Die Sozialdemokratie im Weltkrieg

Von Dr. Eduard David, M. d. R.

Die Sozialdemokratie im Weltkrieg

Von Dr. Eduard David
M. d. R.

Berlin 1915
Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H.
(Hans Weber-Berlin)

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.

Der Ausbruch des Krieges schleuderte die sozialdemokratische Partei in einen Konflikt, wie er schwerer nicht gedacht werden konnte. Während alle anderen Parteien sich nur von der nationalen Woge mitreißen zu lassen brauchten, mußte sich die Sozialdemokratie erst durch einen Wirbelsturm widersprechender Gefühle hindurcharbeiten.

Man vergegenwärtige sich den jähen Frontwechsel, den uns der plötzliche Uebergang vom Frieden zum Krieg aufzwang!

Wir hatten in harter Opposition zur Regierung und den herrschenden Parteien des eigenen Landes gestanden. Der traditionelle Gegensatz war in letzter Zeit sogar in ein Stadium besonderer Verschärfung getreten. Die ausnahmerechtliche Verwaltungspraxis gegen Partei und Gewerkschaften trat namentlich bei Handhabung des Reichsvereinsgesetzes immer offener zutage. Neue gesetzliche Bestimmungen zur Einschnürung des Koalitionsrechtes waren in Aussicht gestellt.

Während so die Mißstimmung gegen die Herrschenden im eigenen Lande verstärkte Nahrung fand, war das Band der Solidarität zu den Arbeiterschaften der anderen Länder breiter und fester geworden. Der gemeinsame Kampf gegen international organisierte kapitalistische Mächte hatte den Ausbau der internationalen Einrichtungen der Gewerkschaftsverbände gefördert. Die wiederholten Bedrohungen des europäischen

Friedens in den letzten Jahren hatten die Sozialisten aller Zungen zu häufigeren Kongressen und Konferenzen zusammengeführt. Durch die Sorge um die Abwehr des Verhängnisses war das Gefühl der kameradschaftlichen Zusammengehörigkeit genährt worden. Die Begeisterung für das gemeinsame Ideal einte die Herzen.

Da kam der Krieg und hieß uns gemeinsame Sache machen mit denen, die uns und die wir noch gestern so heftig bekämpft, hieß uns, Tod und Verderben bereiten denen, die noch gestern an unserer Seite für das Ziel des Friedens gestritten hatten.

Wir wären schlechte Deutsche gewesen, wären wir darüber leicht hinweggekommen. Es waren Tage tiefster Erschütterung. Aber schlechte Deutsche wären wir auch gewesen, hätten wir nicht trotz alledem entschlossen für die Sache unseres schwer bedrohten Vaterlandes Partei ergriffen.

Das nötigte uns freilich zu einer Umstellung unserer Kampffront, die uns plötzlich an die Seite unserer innerpolitischen Gegner führte. Aber wer darin eine „Preisgabe unserer Grundsätze" sieht, der müßte auch unsere Parteigenossen draußen in den Schützengräben des Prinzipienverrats zeihen, weil sie in treuer Waffenbrüderschaft mit den Söhnen der Kapitalisten und Grundherren, mit Liberalen, Konservativen und Klerikalen ihr alles einsetzen für die gemeinsame Heimat.

Nein, so schroff auch die am 4. August 1914 vollzogene taktische Wendung war, ein Bruch mit sozialdemokratischen Grundsätzen war sie nicht. Wir brauchten prinzipiell nicht „umzulernen". Unser Einrücken in die nationale Verteidigungsfront war nur eine Wahrmachung dessen, was die Bahnbrecher und berufensten Führer unserer Bewegung von jeher betont hatten.

Mein Buch bringt reiches Beweismaterial dafür. Ich habe dieses mit Absicht gehäuft, ohne es freilich auch nur annähernd

erschöpfen zu können. Mögen die Worte der Alten an dem Ohr mancher Jungen nicht ungehört vorbeirauschen!

So wenig die deutsche Sozialdemokratie durch Erfüllung ihrer nationalen Pflicht ihre Vergangenheit verleugnete, so wenig beging sie damit „Verrat an der Internationale". Mit gutem Gewissen durften wir unserem Bekenntnis zur Vaterlandsverteidigung vom 4. August hinzufügen: „Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat."

Es mag nationslose Einzelexistenzen geben und wenn sie sich zusammentun, können sie eine kosmopolitische Sekte bilden. Aber eine Partei, die um die Seele ihres Volkes ringt, kann sich nicht national entwurzeln. In Schicksalsstunden, in denen die Nation um ihre bedrohte Existenz kämpft, gibt es kein passives Beiseitestehen für sie. Wer nicht mit mir ist, der ist wider mich — heißt es da für jedes Glied der Volksgemeinschaft. Alles national-verdorrte Holz wird da abgehauen und in das Feuer der allgemeinen Verachtung geworfen.

Wäre die Internationale eine Antinationale, verböte sie uns im Konfliktsfall mit anderen Völkern, für das eigene Land einzustehen, so könnten wir ihr nicht angehören. Sie hat das nie getan. Das Recht auf nationale Selbstbehauptung ist vielmehr ein Eckstein ihres Ideenbaues.

Die harte Konsequenz dieses Rechtes ist freilich, daß nun die Sozialisten der feindlichen Länder aufeinander schießen und mit den Bajonetten gegeneinander losgehen. Das ist ein bitterer Gedanke, unter dem wir alle leiden. Denn uns ist die Hochwertung jedes Menschenlebens, die „Gotteskindschaft aller Menschen", nicht nur Gegenstand eines sonntäglichen Stimmungskultus. Sie ist uns ein ernst genommenes Wirklichkeitsziel.

Auch während des Weltkrieges hat die deutsche Sozialdemokratie diesen Geist der Internationale nicht verleugnet. Sie hat die Giftsaat des Hasses zwischen den Völkern bekämpft; sie hat sich frei gehalten von Rache- und Zerschmetterungsdrohungen; vom ersten Tage des Krieges ab hat sie ihre grundsätzliche Friedensbereitschaft nach erreichter Sicherung des eigenen Landes bekundet.

Solange aber dieses Ziel nicht erreicht, solange die Gegner zum Frieden nicht geneigt sind, solange sie die Hoffnung nähren, das Deutsche Reich niederwerfen, politisch zerreißen und wirtschaftlich erwürgen zu können — solange gebietet uns die Pflicht der nationalen Selbsterhaltung, auszuharren in dem blutigen Ringen mit Einsetzung unserer ganzen Kraft. An dem Stahlblock der deutschen Einheit werden die Zerschmetterungspläne einer Welt von Feinden zerschellen.

Indem wir unser Volk stark und frei erhalten im Rate der Völker, dienen wir auch der menschlichen Entwickelung und den Kulturzielen der sozialistischen Internationale. Inmitten des rasenden Kriegssturms halten wir fest an ihrem Ideal des dauernd gesicherten Weltfriedens. Wir bleiben der Ueberzeugung, daß dies der Leitstern jeder Völkerpolitik sein muß, die dem Edelsten gerecht wird, was das menschliche Wesen birgt.

Friede auf Erden! Diesem Hochziel der Menschheitsentwickelung zu dienen, ist auch der letzte Zweck dieses Buches.

Berlin, den 1. Mai 1915.

Der Verfasser.

I.

Unsere Erklärungen im Reichstag und ihre Bekräftigung durch die sozialdemokratischen Volksmassen.

Zur Begründung ihrer Zustimmung zu der Kriegskreditvorlage wurde am 4. August 1914 namens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion folgende Erklärung abgegeben:

Erklärung.

„Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Aera des Wettrüstens herbeigeführt wurde und die Gegensätze unter den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu; wir lehnen sie ab.

Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwickelung mit allen Kräften bekämpft, und noch bis in die letzten Stunden hinein hat sie durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern, namentlich in innigem Einvernehmen mit den französischen Brüdern, für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen.

Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel.

Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind. Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei.

Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und die Kinder, die ihres Ernährers

beraubt sind, und denen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken des Hungers drohen. Zu diesen werden sich bald zehntausende Verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen. Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermeßliche Not zu lindern, erachten wir als eine zwingende Pflicht.

Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.

Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Uebereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.

Wir fordern dies nicht nur im Interesse der von uns stets verfochtenen internationalen Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes.

Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird.

Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kriegskredite."

*

In diesen Sätzen werden die Beweggründe unseres Handelns klar und scharf ausgesprochen. Nicht aus romantischer Kriegsbegeisterung, nicht als Gefolgsleute einer imperialistischen oder militaristischen Eroberungspolitik haben wir gehandelt. Wie hätten wir gejauchzt, wenn es noch in letzter Stunde möglich gewesen wäre, den Frieden zu erhalten,

unserem Volke und der europäischen Kulturwelt die Schrecken und Zerstörungen des Krieges zu ersparen! Aber unsere dahin zielenden Anstrengungen waren vergeblich gewesen, die Würfel waren gefallen, der Krieg war zur Tatsache geworden. Da taten wir, was wir im Lebensinteresse unseres Landes tun mußten. Wir bekannten uns zur Pflicht der Vaterlandsverteidigung. Wir gaben den Millionen unserer Anhänger das Signal, zusammenzustehen mit der Gesamtheit der Nation zur Abwehr der gemeinsamen Gefahr.

Alle parteipolitischen Gegensätze und Kämpfe mußten zurücktreten angesichts der großen Notwendigkeit der Stunde. Die im feindlichen Ausland gehegte Hoffnung auf ein innerlich zerrissenes Deutschland war vernichtet. Die Reichstagssitzung vom 4. August war die erste gewonnene Schlacht. Die Welt sah ein einiges deutsches Volk.

Und wahrlich, diese Einigkeit war notwendig! Wenn es am 4. August noch jemand geben konnte, der die Größe der Gefahr, die dieser Krieg für Deutschland bedeutete, nicht erfaßte, so mußten die Ereignisse der ersten Kriegsmonate jedem den ganzen furchtbaren Ernst der Situation klarmachen. Noch im Laufe jenes ereignisschweren Tages trat England dem Bunde gegen Deutschland bei. Damit war aus dem europäischen Krieg der Weltkrieg geworden; zu der kontinentalen Umklammerung der beiden Zentralmächte kam ihre Absperrung vom Weltmeer. Das ganze englische Kolonialreich war Feindesland geworden und begann seine Hilfskräfte in den Dienst des Mutterlandes zu stellen. Zum Ueberfluß schloß sich dann auch noch die militärische und marinistische Großmacht Japan dem Weltkriege gegen uns an. Die Dreibundmacht Italien dagegen versagte seinen seitherigen Bundesgenossen die Gefolgschaft; sie machte dadurch alle französischen Streitkräfte frei gegen Deutschland und fesselte einen Teil der österreichischen Kräfte im Süden der Monarchie.

Schon der Krieg der beiden Zentralmächte gegen Rußland und Frankreich wäre ein Kampf gegen eine zahlenmäßig weit überlegene Koalition gewesen. Deutschland und Oesterreich-Ungarn verfügen über eine Bevölkerungsmasse von rund 120 Millionen. Rußland, Serbien, Montenegro, Frankreich und Belgien zählen zusammen rund 215 Millionen. Nach dem

Anschluß Großbritanniens an den Bund der Gegner stand uns eine feindliche Gesamtbevölkerung von über 260 Millionen gegenüber. An Menschen waren uns also schon die europäischen Gebiete der Alliierten um mehr als das Doppelte überlegen. Sie beschränkten sich aber nicht auf das europäische Rekrutierungsgebiet. Sie warfen auch noch weiße und farbige Hilfstruppen aus ihren außereuropäischen Herrschaftsgebieten auf den europäischen Kriegsschauplatz. So sahen sich im Osten wie im Westen die deutschen Heere einer rasch anschwellenden Ueberzahl gegenüber. Ein schier unerschöpfliches Menschenreservoir stand unseren Gegnern zur Verfügung. Bei allem Vertrauen auf die unerreichte Tüchtigkeit unserer Truppen mußten wir doch der drohenden Gefahr ins Auge sehen, durch die Uebermacht schließlich erdrückt zu werden.

Darauf stellten ja auch unsere Gegner ihre Hoffnung ein. Den Krieg in die Länge ziehen, heißt ihn gewinnen! Diese von England laut genug verkündete Taktik stützte sich auf den zweiten Vorteil der Alliierten. Sie beherrschten mit drei- bis vierfacher Flottenübermacht den Zugang zum Seeverkehr. Das Ziel, den beiden Zentralmächten jede Zufuhr von Lebensmitteln und wichtigen Rohstoffen der Kriegs- und Friedensindustrie abzuschneiden, sie auszuhungern und militärisch zu lähmen, trat immer deutlicher in Erscheinung. Weder die völkerrechtlichen Bestimmungen, noch die Interessen der neutralen Länder hielten England ab, die wirtschaftliche Erdrosselung Deutschlands immer rücksichtsloser zu betreiben.

So standen die Dinge am 2. Dezember, als wir uns zum zweiten Male vor die Entscheidung gestellt sahen, der Regierung die finanziellen Kriegsmittel zu bewilligen oder zu verweigern. Die Situation war noch ernster als am 4. August, noch weniger als damals durften wir jetzt unser Vaterland im Stich lassen. In dieser Ueberzeugung stimmten wir für die neuen Kredite. Unsere dazu abgegebene Begründung lautete:

Erklärung.

„Die sozialdemokratische Fraktion steht auf dem Standpunkte ihrer Erklärung vom 4. August. Den Krieg, dessen Ursache die ökonomischen Interessengegensätze bilden, haben wir bis zum letzten Augenblick bekämpft.

Noch sind die Grenzen unseres Landes von feindlichen Truppen bedroht. Daher muß das deutsche Volk auch heute noch seine ganze Kraft für den Schutz des Landes einsetzen.

Die Sozialdemokratie bewilligt deshalb die geforderten Kredite.

In dankbarer Teilnahme gedenken wir aller tapferen Söhne des Volkes, die Leben und Gesundheit für uns hingegeben haben, und aller, die unter unsäglichen Entbehrungen und Mühen im Dienste des Vaterlandes stehen. Schon am 4. August haben wir in Uebereinstimmung mit der Internationale den Grundsatz verkündet, daß jedes Volk das Recht auf nationale Selbständigkeit habe; und es ist unsere unverbrüchliche Ueberzeugung, daß eine gedeihliche Fortentwickelung der Völker nur möglich ist, wenn jede Nation verzichtet, die Integrität und Unabhängigkeit anderer Nationen anzutasten und damit den Keim zu neuen Kriegen zu legen.

Wir bleiben deshalb bei dem, was wir am 4. August gesagt haben: *Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.*

Die Sozialdemokratie verurteilt es, daß in allen Ländern kleine, aber rührige Kreise unter dem Deckmantel einer besonderen Vaterlandsliebe mit allen Mitteln den Haß gegen die anderen Völker zu erregen suchen und dabei jede Rücksicht auf Wahrheit und Würde außer acht lassen.

Solange der Krieg sich hinzieht, muß unermüdlich daran gearbeitet werden, die durch ihn geschaffenen Leiden und Nöte zu lindern, reichlich zu sorgen für alle, die im Feldzuge ihre Gesundheit verloren haben, für die Angehörigen und Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer im weitesten Sinne, für die vom Feind aus ihrer Heimat vertriebenen Flüchtlinge, Arbeitsgelegenheit und Hilfe für die erwerbs- und arbeitslosen Volksgenossen zu schaffen, sowie jede Hilfeleistung zu gewähren, die erforderlich ist, unsere Volkskraft zu erhalten; ferner die Versorgung des Volkes mit Nahrungs- und Gebrauchsmitteln zu organisieren.

Die Anregungen unserer Partei und der Gewerkschaften zu sozialen Maßnahmen dieser Art sind bei der Reichsregierung zum Teil auf fruchtbaren Boden gefallen, doch muß nach unserer Ueberzeugung auf allen diesen Gebieten noch mehr geschehen.

Wir erwarten von der Reichsregierung auch Vertrauen zu unserem Volke, das im Kampfe für das bedrohte Vaterland einmütig zusammensteht.

Die Ausdehnung, in der die Verhängung des Kriegszustandes und die Beschränkung der verfassungsmäßigen Rechte, namentlich der Presse, noch jetzt aufrechterhalten werden, ist durch nichts gerechtfertigt und ist geeignet, Zweifel an der Reife und Entschlossenheit des deutschen Volkes zu erwecken. Die Handhabung der Zensur führt fortgesetzt zu Mißgriffen und wirtschaftlichen Schädigungen.

Wir fordern schleunigste Abhilfe gerade im Interesse geschlossener Verteidigung und des Ansehens und der Wohlfahrt des Deutschen Reiches."

*

Fast einmütig billigte auch diesmal die politische wie die gewerkschaftliche Presse unser Votum. Sie gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Fraktion damit nur ihre vaterländische Pflicht getan und zugleich den Interessen des arbeitenden Volkes gedient habe. Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" schrieb dazu:

„Der Reichstag hat in seiner Sitzung am 2. Dezember mit der Einmütigkeit wie am 4. August die geforderten Kredite für die Fortführung des Krieges bewilligt. Wie hätte auch eine andere Entscheidung gefällt werden können? Die Situation, vor der der Reichstag stand, war am 2. Dezember nicht minder gefahrvoll für das Deutsche Reich als am 4. August. Wer in einer solchen Lage des Landes die zu seiner Verteidigung und Aufrechterhaltung seiner Selbständigkeit geforderten Mittel verweigert, kann damit nur bekunden, daß es ihm gleichgültig ist, wenn die feindlichen Heere die Verwüstungen des Krieges mit ihrer ganzen Schwere, die der heutige Krieg mit sich bringt, in das eigene Land hineintragen. Wer nur einen

Funken des Empfindens, was heute im Interesse der deutschen Arbeiterklasse und des gesamten Landes notwendig ist, in sich spürt, dem kann wohl die Entscheidung nicht schwer fallen, welche Stellung er einzunehmen hat. Das ist keine Entscheidung, die Ueberraschung gebracht hat, wenn die deutsche Sozialdemokratie, die stärkste Vertretung der Arbeiterschaft im Parlament, fest entschlossen die Zustimmung zum Ausdruck brachte. Die Partei hat schon vor diesem so befürchteten Krieg nie einen Zweifel darüber gelassen, daß, wenn es sich um die Verteidigung des Landes handelt, sie mit ihrem ganzen Fühlen und Empfinden auf seiten der eigenen Nation steht."

Mit diesen Worten gab das Zentralorgan der Gewerkschaften zweifellos die Auffassung wieder, die in dem organisierten Millionenheere der modernen Arbeiterbewegung lebte.

Aus der politischen Presse seien aus einem Artikel: „Einigkeit und Disziplin", den ein großer Teil der Parteiblätter brachte, folgende Sätze hervorgehoben:

„Es ist nicht jedermanns Pflicht, mit allem, was jetzt geschieht, einverstanden zu sein. Ueber Einzelheiten kann man verschiedener Meinung sein, und man kann über sie auch unter den gegenwärtigen schwierigen Umständen seine Ansichten austauschen, ohne die notwendige Einigkeit der Aktion zu gefährden. Die Grundlinien für die Politik der Arbeiterklasse sind aber durch die Abstimmungen und Erklärungen der Reichstagsfraktion vorgezeichnet, und die sind unabänderlich, solange sich nicht die Umstände ändern, unter denen sie erfolgt und abgegeben sind. Alle Bedenken und Beschwerden treten zurück gegenüber der Tatsache, daß das deutsche Volk zurzeit den schwersten Kampf seiner ganzen Geschichte kämpft, und daß dieser Kampf von dem Drittel des Volkes, das zu vertreten wir stolz sind, zum mindesten nicht mit geringerer Entschiedenheit geführt werden darf als von den anderen zwei Dritteln. Uns treibt nicht Freude am Krieg, nicht Eroberungslust, nicht der Wunsch, anderen Völkern zu schaden, wir predigen nicht Völkerhaß und Kampf bis zum Weißbluten, aber uns treibt der Wille, das deutsche Volk im Unglück dieses Krieges vor dem noch größeren Unglück eines verlorenen Krieges zu bewahren, und dementsprechend müssen wir handeln.

Die Vorgänge des 4. August und des 2. Dezember sind weltgeschichtliche Tatsachen, die nicht ausgelöscht werden können. Jede deutsche Arbeiterpolitik, die Aussicht auf Erfolg haben will, muß von ihnen ausgehen."

In geradliniger Verfolgung dieser auf die nationale Verteidigung eingestellten Politik hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dann auch die dritte Kriegskreditforderung in Höhe von 10 Milliarden Mark bewilligt. Zwar haben sich in ihrem Schoße verstärkte Kämpfe um diese Bewilligung abgespielt. Das Häuflein der grundsätzlichen Gegner jeder Kriegskreditbewilligung, das bei der ersten und zweiten Vorlage 14 bzw. 17 gezählt hatte, hatte eine Verstärkung erfahren, so daß in der Fraktion für die Ablehnung 23 eintraten. Dieser Zuzug erfolgte jedoch nicht auf Grund prinzipieller Meinungsänderung. Einige der neuen Gegner meinten, es genüge, vorläufig 5 Milliarden zu bewilligen; andere waren der Auffassung, die militärische Gesamtlage sei für Deutschland so günstig, daß die Möglichkeit eines ehrenvollen, guten Friedens bereits gegeben sei. Dazu traten dann bei der Abstimmung im Plenum des Reichstags noch 9 Genossen, die mit jenen sachlichen Gegnern der Bewilligung gemeinsam den Saal verließen, weil sie an der Einfügung der Kriegskredite in den allgemeinen Etat Anstoß nahmen und sich durch die Parteitagsbeschlüsse zur Budgetfrage gehindert glaubten, positiv zuzustimmen.

Die Fraktion verharrte sonach auch jetzt mit überwältigender Mehrheit auf dem prinzipiellen Boden ihrer Erklärung vom 4. August. Noch war das Ziel der Sicherung nicht erreicht und noch war von Friedensneigungen bei den militärischen und politischen Machthabern der feindlichen Staaten nichts zu merken. Im Gegenteil, die neuerlichen Reden von Viviani, Asquith und Ssasonow verkündeten den „Krieg ohne Gnade" und stellten weitgehende Eroberungsziele auf. Ihnen zu zeigen, daß Deutschland sich weder militärisch noch wirtschaftlich auf die Knie zwingen ließ, war notwendig. Wir mußten alles tun, um die physische und seelische Widerstandskraft unseres Volkes zu stärken. In Würdigung dieser Situation erneuerte die Reichstagsfraktion am 20. März ihr Bekenntnis zur nationalen Sache mit folgender

Erklärung:

„Die Gründe, die für uns maßgebend waren, den Kriegskrediten am 4. August und 2. Dezember zuzustimmen, bestehen unverändert fort.

Wir haben nach den großen, bewundernswerten Leistungen unserer Truppen und ihrer Führer das feste Vertrauen, daß es gelingen wird, zu einem ehrenvollen dauernden Frieden zu kommen.

Zur Bekräftigung unseres festen Willens, dieses Ziel in unerschütterlicher Einigkeit mit unserm ganzen Volke zu erreichen, werden wir diesmal dem Etat unsere Zustimmung geben."

*

Damit hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion was in ihrer Macht lag getan, die nationale Verteidigung zu fördern. Festen Blickes hat sie das Steuer ihrer Politik auf das Ziel gehalten: Sicherung unseres Landes vor politischer und wirtschaftlicher Knebelung, Erkämpfung eines guten, dauernden Friedens.

Die Fraktion hat dabei von Anfang an in engster Fühlung und Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand gehandelt. Auch der wiederholt berufene Parteiausschuß, der die leitenden Männer der Bezirksorganisationen aus allen Teilen des Reiches vereinigt, hat diese Politik mit großer Mehrheit gutgeheißen. Dürfen wir gewiß sein, daß auch die breite Masse der Parteigenossen die Haltung ihrer parlamentarischen Vertreter billigt?

Diese Frage haben die Millionen unserer Anhänger bereits durch die Tat beantwortet. Mit ungeteilter Seele haben sie ihre vaterländische Pflicht erfüllt. Soweit sie waffenpflichtig und -fähig waren, haben sie draußen durch entschlossenes Ertragen der ungeheuren Anstrengungen und Gefahren bewiesen, daß sie eines Sinnes mit uns waren und sind in der Erfassung des höchsten Gebotes der Stunde. Die militärischen Führer anerkennen, daß die sozialdemokratischen Kämpfer in keiner Hinsicht hinter ihren nichtsozialdemokratischen Kameraden zurückgeblieben sind. Ja es liegen Zeugnisse vor, die die besondere, durch die Schule der sozialdemokratischen Organisation ge-

wonnene intellektuelle und sittliche Tüchtigkeit unserer Parteigenossen im feldgrauen Rock rühmend hervorheben. Zahlreiche Sozialdemokraten sind zu militärischen Vorgesetzten befördert worden; viele Tausende haben das Eiserne Kreuz erworben. Nicht dem harten Muß sich widerwillig fügend, sind unsere Parteigenossen dem Ruf zur Fahne gefolgt; erfüllt vom hohen Ernst der Stunde sind sie hinausgezogen, tatbereit und entschlossen, alles daranzusetzen, die deutsche Heimat vor den Schrecken einer Niederlage zu behüten.

Zu den Hunderttausenden tapferer Männer, die ihre Gesundheit, ihr Leben dahingegeben haben für die gemeinsame nationale Sache, hat die sozialdemokratische Anhängerschaft ein vollgemessenes Dritteil gestellt. Und das Schicksal wollte es, daß die sozialdemokratische Fraktion das erste Blutopfer aus den Reihen der Reichstagsmitglieder bringen sollte. Unser unvergeßlicher Ludwig Frank, der als Kriegsfreiwilliger mit hinausgezogen war, um, wie er schrieb, „durch die Tat zu zeigen, daß es uns mit der Pflicht zur Verteidigung der Heimat bitterernst ist", hat seine Vaterlandsliebe mit dem Tode besiegelt. Als aller Augen sich am 2. Dezember bei den Gedächtnisworten des Präsidenten auf den lorbeergeschmückten Platz des Gefallenen richteten, da drängten sich nicht nur seinen politischen Freunden die Tränen der Ergriffenheit in die Augen. Ludwig Frank ist tot, aber sein Name wird leben und wirken für die Interessen des arbeitenden Volkes.

Aber auch die Sozialdemokraten, die nicht mit hinausziehen durften oder konnten, haben durch tatkräftige Mitarbeit am nationalen Kräftigungswerk hinter der Front bestätigt, daß sie auf dem grundsätzlichen Boden unserer Erklärungen stehen. Die politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen haben ihre Kräfte in den Dienst der Gesamtheit gestellt. Durch Vorschläge und praktische Maßnahmen sind sie gleich in den ersten Tagen des Krieges dem Lebensmittelwucher entgegengetreten. Unausgesetzt sind sie mit tätig gewesen, um die Ernährungsfrage in befriedigender Weise zu lösen und den Aushungerungsplan unserer Feinde zu vereiteln.

Die Gewerkschaften sind mit ihren Mitteln eingesprungen, die Massen der Arbeitslosen sowie die Familien

der Eingezogenen vor der äußersten Not zu bewahren, bevor noch der staatliche und städtische Unterstützungsapparat arbeitete. Nahezu 16 Millionen Mark Unterstützungsgelder sind aus ihren Kassen allein in den ersten drei Monaten für diesen Zweck verausgabt worden.

Unermüdlich haben Partei und Gewerkschaften in Reich, Staat und Gemeinden an dem Ausbau der Fürsorge für die unterstützungsbedürftigen Angehörigen der Krieger und die sonstigen Notleidenden mitgearbeitet. Insonderheit ist es ihrer Energie und Sachkenntnis zu danken, daß das schwierige Werk der Umformung des Arbeitsmarktes sich so glatt vollzog. Durch Regelung der Arbeitsvermittelung und Durchführung gerechter und zweckmäßiger Arbeitsbedingungen wurde die prompte Produktion des Kriegsbedarfs für Armee und Marine sichergestellt und das ganze Wirtschaftsleben vor schweren Störungen bewahrt. Zugleich wurden wertvolle Grundlagen für die dauernde Lösung des Arbeitslosenproblems gewonnen.

Fürwahr, die parlamentarischen Vertreter der Sozialdemokratie können sich keine bessere Bekräftigung ihrer Politik wünschen, als sie durch das vaterländische Verhalten ihrer Wählerschaft in den Schützengräben wie in der Heimat gegeben wurde. Wir wußten, daß diese Bestätigung erfolgen werde; wir täuschten uns nicht über das gesunde Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit, das auch die sozialdemokratische Arbeiterschaft als einen lebendigen Teil des deutschen Volkskörpers erfüllt.

Die sozialdemokratischen Massen haben durch ihre nationale Opferbereitschaft glühende Kohlen auf das Haupt derer gesammelt, die einstmals von vaterlandslosen Gesellen sprachen und durch ausnahmerechtliche Behandlung den politischen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse zu hindern suchten. Ein ungeheures Maß von Erbitterung war dadurch in der sozialdemokratisch denkenden Arbeiterschaft erzeugt worden. Trotzdem sprang sie tat- und opferbereit ein, als es galt, den Staat zu retten, in dem man sie geächtet und als Bürger minderen Rechtes behandelt hatte. Das war etwas Gewaltiges.

Aber noch ist die Seele der Arbeiterschaft wund von jener, sie im tiefsten verletzenden Behandlung. Der Krieg hat nur die psychologische Vorbedingung zur Heilung dieses inneren

Schadens geschaffen. Er hat aller Herzen erschüttert, hat das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl neu geweckt und geläutert, hat alle Schichten des Volkes gelehrt, in gemeinsamer Gefahr einander beizustehen, in Not und Tod einander zu vertrauen. Wird diese psychologische Errungenschaft des Krieges bleiben? Wird sie reale Früchte bringen?

Es sind verheißende Worte gefallen. Am 2. Dezember feierte der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg den wunderbaren Geist, der die Herzen des deutschen Volkes in nie gesehener Einigkeit durchglühte, und er fuhr fort:

„Wenn ein ruhmvoller, wenn ein glücklicher Friede erkämpft sein wird, dann wollen wir diesen Geist hochhalten als das heiligste Vermächtnis aus dieser furchtbar ernsten und großen Zeit. Wie von einer Zaubergewalt sind die Schranken niedergesunken, die eine öde und dumpfe Zeitlang die Glieder des Volkes trennten, die Schranken, die wir miteinander aufgerichtet hatten, im Mißverstand, in Mißgunst und in Mißtrauen. Eine Befreiung und eine Beglückung ist es, daß nun einmal dieser ganze Wust und Unrat weggefegt ist, daß nur noch der Mann gilt, einer dem andern gleich, einer dem andern die Hand reichend für ein einiges, für ein heiliges Ziel.

Ich wiederhole noch einmal das Wort, das beim Ausbruch des Krieges der Kaiser gesprochen hat: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche! — Wenn der Krieg vorüber ist, werden die Parteien wiederkehren; denn ohne Parteien, ohne politischen Kampf kein politisches Leben auch für das freieste und einigste Volk! Aber kämpfen wollen wir dafür — und ich an meinem Teil verspreche es Ihnen —, daß es in diesen Kämpfen nur mehr Deutsche geben darf.“

Die Sozialdemokratie hat diese Worte wie die von einer „Neuorientierung in der inneren Politik“ vernommen. Optimisten bewerten sie hoch, Pessimisten warnen vor trügerischen Hoffnungen. Aber weder Hoffnungsseligkeit noch pessimistische Flaumacherei werden unsere Politik beeinflussen. Die Sozialdemokratie hat ihre nationale Pflicht erfüllt und sie wird sie weiter erfüllen, sich selbst und ihrem Lande treu; denn sie liebt dieses Land ihrer Väter, das auch das Land ihrer Kinder ist, und will seine Kultur nicht von feindlichen Mächten zertreten und zertrümmern lassen. Die Sozialdemokratie wird aber auch

jederzeit ihren Mann stehen im Kampfe um die nationale Freiheit im Innern. Was wir vor dem Kriege erstrebten, das werden wir nach dem Kriege mit erhöhtem Nachdruck fordern: Gleiches Recht in Reich, Staat und Gemeinde!

Staatsbürgerliche Gleichberechtigung, gleiche Bewegungsfreiheit, gleiche Entwickelungsmöglichkeit — das ist die Konsequenz der Worte, daß es nur noch Deutsche geben darf. Ohne sie ist eine Gesundung des innerpolitischen Lebens unmöglich. Nur so wird auch die unerläßliche Vorbedingung geschaffen für die freudige Mitarbeit der Sozialdemokratie an der Lösung der gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, vor die das deutsche Volk nach dem Kriege gestellt sein wird.

Friedrich Naumann hat in einem Artikel in der „Hilfe" vortreffliche Worte über die nationale Leistung der Massen im Kriege gefunden. Er sagt da:

„Das Volk steht auf! Das weite, breite, gute Volk errettet den Staat. Wer liegt denn monatelang in den Schützengräben? Wer geht auf Patrouille, wer schaufelt im Erdreich, wer schleppt die Bretter, wer trägt die Verwundeten, wer baut die Hütten, wer füttert und säubert die Pferde, wer stemmt sich hinter die Räder, wer ist geduldig im Kugelregen? Das Volk!

„Die Offiziere opfern sich, die Unteroffiziere gehen voran, aber um sie herum, vor ihnen, nach ihnen, mit ihnen, der Mann, der im Frieden ein Gemeiner genannt wurde. Auf seiner Anzahl beruht die Durchführbarkeit der Feldzugspläne. Er geht, nachdem der erste Schreck überwunden ist, an seine Kriegsarbeit, wie er zur Maschine ging oder auf den Acker. Alle Berichte sind darin einig, daß die Ruhe der selbstverständlichen Pflichterfüllung großartig ist. Alle Heerführer bekunden ihre unbedingte Hochachtung vor der Masse.

„Wieweit liegen heute die Klagen hinter uns, daß das Volk unerzogen sei! Wenn es gut geführt und achtungsvoll behandelt wird, so ist es tadellos gut. Keine andere Nation hat ein so kräftiges, anspruchsloses Menschenmaterial, bei dem gleichzeitig soviel Verstand und guter Wille vorhanden sind, als im deutschen Heere.

„Ein Drittel dieser Soldaten, vielleicht sogar etwas mehr, waren und sind deutsche Sozialdemokraten. Das darf nicht vergessen werden, wenn man sie in Zukunft richtig bewerten

und behandeln will. Die deutsche Sozialdemokratie ist eine der festesten Stützen der Vaterlandsverteidigung. Man stelle sich nur einmal vor, die Sozialdemokraten seien wirklich so, wie sie aus innerpolitischer Befangenheit oft dargestellt wurden, welches unübersehbare Unglück für Deutschland würde das sein! Man braucht dabei gar nicht an Revolution zu denken, denn diese ist unter Kriegsrecht eine Unmöglichkeit, sondern es genügt, sich passiven Widerstand, Unbotmäßigkeit auszudenken, um zu wissen, wie anders glücklicherweise die Wirklichkeit ist, als die Träume der Befangenen von ehedem."

Auch den Daheimgebliebenen, Männern wie Frauen der unteren Volksklassen, die in erschwertem Tagewerk, in Arbeit, Sorgen und bitterem Leid treu durchhalten, zollt Naumann die höchste Anerkennung, und dann wirft er die Frage auf:

„Wie wird es der Masse gehen, wenn der Krieg zu Ende sein wird? Die Volksverachtung muß in die Grube der Vergangenheit geworfen werden. Das Bürgerrecht aller Volks- und Staatsgenossen muß unverlöschlich in die Herzen aller Deutschen eingeschrieben sein. Wenn der Krieg nicht so schließt, dann schließt er mit einem Mißklang. Jetzt geben Hunderttausende ihr Leben oder ihre Gesundheit hin fürs Vaterland. Gedenket, was diese Hunderttausende für ein Ideal von deutscher Zukunft in ihren Seelen haben! Sicherlich ist das kein ganz gleichartiges Ideal und ist oft nicht staatsrechtlich durchgedacht und oft kaum formuliert, aber der Gedanke, daß der Staat kein Klassenstaat sein dürfte, daß er kein Gebildetenstaat sei, sondern ein deutscher Volksstaat, ist das Ideal der Menge. Der Arbeiter will anerkannt sein, wie der Bürger und Bauer anerkannt ist. Er verlangt nicht nur Sozialpolitik, sondern Menschenrechte im Staat, Möglichkeit freieren Aufstieges, Freiheitsluft, Glaube an das Gute im Menschen.

„Es sollte nach dem Kriege niemand Minister sein, der dafür kein Gefühl besitzt. Es sollte niemand Verwaltungsbeamter sein, der das nicht begreift. Es sollte niemand Richter sein, der innerlich fern ist vom Volke.

„In kräftigen Sätzen hat der Reichskanzler am 2. Dezember im Reichstag eine mehr volkstümliche deutsche Staatspolitik versprochen. Möge er sein Versprechen halten können im Reiche und in allen Bundesstaaten! — Es lebe das Volk!"

Möchten diese warnenden Worte das Ohr derer erreichen, an die sie gerichtet sind! Von der Einsicht und der Energie der Männer, die die entscheidende Macht in Händen haben, wird es abhängen, ob die Nation nach dem Kriege ihre Kräfte auf fruchtbarer Arbeit konzentrieren kann, oder ob sich die Gegensätze von neuem verschärfen und bis ins Unerträgliche steigern werden. Man hat es nun erfahren, in der Erschütterung tiefsten Erlebens: die Sozialdemokratie hält ihrem Lande die Treue. Für eine Politik des Mißtrauens gegen das eigene Volk darf von jetzt ab kein Raum mehr sein im Deutschen Reich!

II.

Was wir immer betont haben.

Für viele unserer politischen Gegner war die nationale Haltung der Sozialdemokratie eine Ueberraschung. Daß es aber auch in den Reihen der Sozialdemokratie Leute gab, die eine andere Haltung erwarteten, denen unsere Zustimmung zu den Krediten eine Enttäuschung bereitete, das ist schwer zu verstehen. Jene politischen Gegner, die uns ein Versagen in der Stunde der nationalen Not zutrauten, hatten ihre Kenntnis über Wesen und Ziel der Sozialdemokratie aus der einseitigen Quelle gehässiger gegnerischer Blätter geschöpft. Tausendmal hatten sie es in ihrem Leibblatt gelesen, daß die vaterlandslose Gesinnung zu einem echten Sozialdemokraten gehöre wie der Pferdefuß zum leibhaftigen Gottseibeiuns. Aber welche Entschuldigung haben Mitglieder der Sozialdemokratie, die unsere Literatur über die Frage „Vaterlandslosigkeit" kennen, die in jedem Wahlkampf diesen perfiden Vorwurf zurückzuweisen hatten? In zahllosen Erklärungen, Broschüren, Zeitungsartikeln und Flugblättern, in Volksversammlungen und von den Tribünen der Parlamente herab haben wir dasselbe gesagt, was in unserer Erklärung vom 4. August steht: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich."

Diese Worte waren wahrhaftig nicht erst in der Stunde der Not geboren. Sie sind in der Tat nur die Bekräftigung dessen, was wir vordem unzählige Male erklärt hatten. Nichts ist verkehrter als die Behauptung, die deutsche Sozialdemokratie habe am 4. August vor einer Situation gestanden, die sie niemals vorausgesehen, für die sie geistig völlig unvorbereitet gewesen sei. Der Sozialdemokratie hat die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit eines Krieges nach zwei Fronten seit Jahren als wachsende Gefahr vor Augen gestanden. Und sehr maßgebende Männer aus ihrer Mitte haben klar und deutlich

ausgesprochen, von welchen Gesichtspunkten unser Handeln in diesem Falle geleitet sein werde. Wenn das ausländische Parteigenossen nicht gehört haben, so mag sich das aus dem bedauerlichen Mangel einer ausreichenden internationalen Information erklären. Wenn aber bekannte Mitglieder der deutschen Organisation es nicht wissen, wenn sie die Behauptung wagen, „die Fraktionsentscheidung schlage allem, was wir früher gesagt und gelehrt hätten, ins Gesicht", so gibt es dafür keine Entschuldigung.

Völlig hinfällig ist zunächst der in diesem Zusammenhang beliebte Hinweis auf den Präzedenzfall von 1870. Wer uns heute vorhält, Bebel und Liebknecht hätten damals als prinzipienfeste Sozialdemokraten die Kriegskredite abgelehnt, dem erwidern wir: Sie haben sie ja gar nicht abgelehnt! Bei der Abstimmung zu Beginn des Krieges — und diese erste Abstimmung kann allein zum Vergleich mit unseren Kreditbewilligungen herangezogen werden — haben sie sich der Stimme enthalten. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Sie unterstrichen ihn auch in ihrer Erklärung, in der sie sagten: „Die zur Führung des Krieges dem Reichstag abverlangten Mittel können wir nicht bewilligen, weil dies ein Vertrauensvotum für die preußische Regierung wäre, die durch ihr Vorgehen im Jahre 1866 den gegenwärtigen Krieg vorbereitet hat. Ebensowenig können wir die geforderten Geldmittel verweigern, denn es könnte dies als Billigung der frevelhaften und verbrecherischen Politik Bonapartes aufgefaßt werden."

Bebel und Liebknecht wollten also ihre Stimmenthaltung durchaus nicht als eine Ablehnung der Kriegskredite angesehen wissen. Das hat Wilh. Liebknecht in seiner Reichstagsrede am 26. März 1892 noch einmal scharf betont, indem er sagte: „Jene Erklärung wurde von Bebel abgegeben, um die Ablehnung der Kriegsanleihe durchaus für untunlich zu erklären, um unsere Neutralität oder Stimmenthaltung zu begründen." — Freilich hat Liebknecht damals auch erklärt, er würde die Anleihe abgelehnt haben, wenn er 1870 gewußt hätte, daß Bismarck die Hauptschuld am Kriege trug. Es erübrigt sich, hier auf diese, nur aus den äußerlichen Vorgängen abgeleitete Auffassung der Schuldfrage einzugehen. Die Tat-

sache der bloßen Stimmenthaltung bleibt bestehen, und ebenso unbestreitbar ist, daß Liebknecht der Alte sich mit seinem Verhalten nicht der Welt als *prinzipiellen Verneiner der Vaterlandsverteidigung* hat vorstellen wollen. Wie weit er davon entfernt war, bezeugte er in derselben Reichstagssitzung mit den Worten: „Wäre Deutschland wirklich ohne deutsche Schuld, ohne Schuld der Regierung und des Regierungssystems überfallen worden, dann wären wir Hochverräter gewesen an der Nation — *Hoch- und Landesverräter!*"

Die damalige „ablehnende" Haltung Bebels und Liebknechts kann uns also schon deshalb nicht als Muster für die Verweigerung von Kriegskrediten vorgehalten werden, weil die behauptete Tatsache selbst falsch ist. Weiter aber muß daran erinnert werden, daß neben Bebel und Liebknecht noch drei andere Sozialdemokraten im Norddeutschen Reichstag saßen, *Fritzsche, Hasenclever* und *v. Schweitzer*. Diese aber stimmten der Vorlage zu. Die nackte historische Tatsache ist also, daß auch bei der Abstimmung am 19. Juli 1870 die *Mehrheit* der sozialdemokratischen Vertreter *für* die Kriegskredite stimmte. Will man also den Präzedenzfall von 1870 überhaupt heranziehen, so deckt er das Verhalten der Mehrheit von 1914 und verurteilt das Verhalten der Minderheit.

Was nun gar die Haltung der sozialdemokratischen Presse und der offiziellen Parteiinstanzen außerhalb des Parlaments im Jahre 1870 betrifft, so kann sie noch viel weniger gegen uns ausgespielt werden. Das Organ der Lassalleaner, der „*Sozialdemokrat*", schrieb in seiner Nummer vom 17. Juli: „Der Krieg ist erklärt! Louis Napoleon Bonaparte überfällt Deutschland mit seiner stehenden Armee ohne Grund zum Kriege. Der Krieg von 1870, er ist ein Krieg gegen den Sozialismus. Und jeder Deutsche, der sich dem Friedensbrecher entgegenwirft, der kämpft nicht nur für das Vaterland, der kämpft gegen den Hauptfeind der Ideen der Zukunft, für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit."

Im „*Volksstaat*", dem Organ der Eisenacher, bekämpften sich zwei schroff entgegengesetzte Meinungen. In der Nummer vom 20. Juli hieß es: „Also Krieg! Die französische

Demokratie, namentlich das französische Proletariat hat laut und energisch gegen den Krieg protestiert. Bonaparte will durch Demütigung Preußens seinen schwankenden Thron befestigen, der sozial-republikanischen Bewegung in Frankreich ein inneres „Sadowa" bereiten. Der Dezemberthron ist der Eckstein des reaktionären Europa. Fällt Napoleon, so fällt der Hauptträger der modernen Klassen- und Säbelherrschaft. Siegt Bonaparte, so ist mit der französischen die europäische Demokratie vernichtet. Aus diesen Tatsachen ergibt sich: Unser Interesse erheischt die Vernichtung Bonapartes!" — In der nächsten Nummer vom 23. Juli lautete dagegen die Parole: „Mag sich deutscher und französischer Zäsarismus in Begleitung des Geldprotzentums allein schlagen, wir Proletarier haben mit dem Kriege nichts gemein."

Innerhalb der Eisenacher Organisation kam es dann zu heftigen Auseinandersetzungen. Man war mit der neutralen Haltung Bebels und Liebknechts sehr unzufrieden. Sie erregte, wie W. Bracke in seiner Schrift: „Der Braunschweiger Ausschuß in Lötzen und vor Gericht" (1872) mitteilte, viel böses Blut und wurde für einen taktischen Fehler angesehen. Der Braunschweiger Ausschuß selbst, also der offizielle Parteivorstand der Eisenacher, nahm Stellung gegen sie in einer Erklärung vom 24. Juli 1870, in der es hieß: „Solange ein böser Geist die Soldaten Frankreichs an Napoleons Fersen heftet und unsere deutschen Marken mit Krieg und Verwüstung bedroht, werden wir mit aller Entschiedenheit die Unantastbarkeit des deutschen Bodens gegen napoleonische und jede andere Willkür verteidigen helfen. Auch das Streben des deutschen Volkes nach Erringung der nationalen Einheit ist berechtigt; haben sich die Deutschen bei der augenblicklich gemeinsamen Gefahr wie ein Mann zusammengeschart, so wird der gemeinsame Kampf das Band fester und fester schließen und vielleicht entsteht aus den großen Wirren von heute zu unserer aller Freude in nächster Zukunft der deutsche Staat."

Im „Vorboten", dem Zentralorgan der deutschen Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation, schrieb sein Redakteur Joh. Ph. Becker: „Nun ist aber das mit Krieg bedrohte und dazu genötigte Deutschland Frankreich gegenüber in einer

ganz anderen Lage, und kann man wahrlich nicht einen Deutschen des Chauvinismus beschuldigen, wenn er alle Anstrengungen macht, den Feind ferne zu halten, sein Land von den Greueln des Krieges zu verschonen und Bürgschaften gegen die Wiederholung solchen Frevels zu ereichen sucht."

Auch Karl Marx stellte sich, trotz seiner scharfen Kritik an der Politik Bismarcks und dem preußischen Regierungssystem, auf die deutsche Seite.

An Engels schrieb er am 20. Juli: „Die Franzosen brauchen Prügel. Siegen die Preußen, so (siegt) die Zentralisation der state power (Staatsgewalt), nützlich der deutschen Arbeiterklasse." — Mit den Franzosen, die Prügel brauchen, war natürlich das bonapartistische Regiment gemeint, das die nationale Einigung Deutschlands im Interesse der französischen Vormachtstellung in Westeuropa zu hindern suchte. Die Ueberwindung der deutschen Kleinstaaterei durch Bildung eines nationalen Einheitsstaates war eine leitende Idee für die Stellungnahme von Karl Marx und Friedrich Engels zu den kriegerischen Ereignissen in den Jahrzehnten vor 1870. Sie sahen darin die unerläßliche Vorbedingung für die wirtschaftliche Entwickelung Deutschlands und die Erstarkung der deutschen Arbeiterbewegung.

Diesem Gedankengang gibt Friedrich Engels drastischen Ausdruck in seinem Brief an Marx vom 15. August 1870. Dort sagt er: „Mir scheint der Kasus so zu liegen: Deutschland ist durch Badinguet (Spottname auf Napoleon III.) in einen Krieg um seine nationale Existenz hineingeritten. Unterliegt es, so ist der Bonapartismus auf Jahre gefestigt und Deutschland auf Jahre, vielleicht auf Generationen, kaputt. Von einer selbständigen deutschen Arbeiterbewegung ist dann auch keine Rede mehr; der Kampf um Herstellung der nationalen Existenz absorbiert dann alles, und bestenfalls geraten die deutschen Arbeiter ins Schlepptau der französischen. Siegt Deutschland, so ist der französische Bonapartismus jedenfalls kaputt, der ewige Krakeel wegen Herstellung der deutschen Einheit endlich beseitigt, die deutschen Arbeiter können sich auf ganz anderem nationalen Maßstab als bisher organisieren, und die französischen, was auch für eine Regierung dort folgen mag, werden sicher ein freieres Feld haben als unter dem

Bonapartismus. Die ganze Masse des deutschen Volkes, alle Klassen haben eingesehen, daß es sich eben um die nationale Existenz in erster Linie handelt, und ist darum sofort eingesprungen. Daß eine deutsche politische Partei unter diesen Umständen à la Wilhelm (Liebknecht) die totale Obstruktion predigen und allerhand Nebenrücksichten über die Hauptrücksicht setzen (kann), scheint mir unverständlich."

Das ist in Wahrheit die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zum Kriege 1870, solange es ein Krieg war zur Verteidigung des eigenen Landes und zur Zertrümmerung der Hegemonie Bonapartes, und diejenigen Kritiker von 1914, denen starke deutsch-nationale Töne in der Parteipresse auf die kosmopolitischen Nerven gehen, können aus den Kundgebungen von 1870 ersehen, daß auch das sich mit der Parteitradition sehr wohl verträgt.

Erst nachdem das Ziel der nationalen Verteidigung erreicht und das Napoleonische Kaisertum aufgehört hatte zu existieren, lehnten die Sozialdemokraten von 1870 weitere Kredite ab. Sie protestierten damit zugleich gegen die geplante Annexion von Elsaß-Lothringen, weil sie voraussahen und voraussagten, daß dadurch die dauernde Feindschaft Frankreichs gegen Deutschland, der Zusammenschluß Rußlands und Frankreichs und ein neuer europäischer Krieg entstehen werde. Es sei hier aber auch hinzugefügt, daß die deutsche Sozialdemokratie trotzdem, nachdem die Angliederung Elsaß-Lothringens an das Deutsche Reich einmal geschehen war, sich auf diesen neuen Boden der Tatsachen stellte. Namentlich hat Bebel, der 1870 so eifrig gegen die Angliederung protestierte, in späteren Jahren nie ein Hehl daraus gemacht, daß von einer gewaltsamen Rückwärtsrevidierung des Frankfurter Friedens keine Rede sein könne. Darüber gab es schon längst keine Meinungsverschiedenheit mehr in der Partei. „Die Annexion von Elsaß-Lothringen ist vollzogen, und hier im Hause sind von unserer Seite die unzweideutigsten Erklärungen abgegeben worden, daß wir den bestehenden Rechtszustand heute anerkennen" — erklärte Ignaz Auer am 9. Februar 1891 im Reichstag.

Gegen den Gedanken eines Revanchekrieges hat übrigens auch Wilhelm Liebknecht aufs nachdrücklichste pro-

testiert, wie er sich nach 1871 überhaupt sehr bald auf den Boden der neugeschaffenen Tatsachen stellte. So erklärte er in der Reichstagssitzung vom 28. November 1888: „Was die Feinde der deutschen Einigung drüben in Frankreich und Rußland fürchten, das ist ein zur Verteidigung des Landes einiges deutsches Volk. Und nach dieser Richtung hin ist von unserer Seite bei einflußreichen französischen Politikern, auch persönlich durch mich, jeder Zweifel, falls einer vorhanden war, beseitigt worden. Greift Frankreich an, dann ist keine Partei in Deutschland, auf die es rechnen kann, und dann ist der letzte Sozialdemokrat in Deutschland verpflichtet und bereit, gegen den Angreifer zu marschieren."

Die grundsätzliche Anerkennung der Pflicht zur Vaterlandsverteidigung entspricht durchaus der sozialdemokratischen Parteitradition. Hier gab es und gibt es für uns nichts zum „Umlernen". Es galt von jeher als selbstverständlich, daß der Sozialdemokrat im Falle eines uns aufgedrängten Kampfes um unsere nationale Existenz seine vaterländische Pflicht erfüllen werde mit derselben Entschlossenheit und Opferbereitschaft wie jeder andere gute Deutsche. Zahllose Belege lassen sich dafür erbringen.

So sagte Ignaz Auer in der Reichstagssitzung vom 3. Dezember 1890: „Wir haben das schon oft erklärt und auch ich kann erklären, daß wir bereit sind, dem Vaterland gegenüber ganz dieselben Pflichten zu erfüllen wie alle andern Bürger ... Ich weiß, daß nicht einer unter uns ist, der in dieser Beziehung anders denkt."

Georg v. Vollmar sprach sich über denselben Punkt in seiner bekannten am 1. Juni 1891 in München gehaltenen, auch als Schrift erschienenen Rede wie folgt aus: „Wenn jemals irgendwo im Ausland die Hoffnung bestehen sollte, daß im Falle eines Angriffs auf Deutschland der Angreifer auf die deutsche Sozialdemokratie zählen könnte, — diese Hoffnung würde gründlich enttäuscht werden. Sobald unser Land von außen angegriffen wird, gibt es nur noch eine Partei, und wir Sozialdemokraten werden nicht am letzten unsere Pflicht tun."

August Bebel, den man wegen seiner unermüdlichen scharfen Kritik der schweren Schäden im deutschen Heerwesen

oft als einen Feind der nationalen Verteidigung hingestellt hat, wies in seiner Reichstagsrede am 2. März 1880 über die neue Militärvorlage diesen Vorwurf mit den Worten zurück: „Sollte es dahin kommen, daß irgendeine Macht deutsches Gebiet erobern wollte, werde die Sozialdemokratie gegen diesen Feind gerade so gut Front machen, wie jede andere Partei.“ Als Bebel deswegen — wie er in „Aus meinem Leben“, III, Seite 141, erzählt — von einem ungenannten süddeutschen Genossen im „Sozialdemokrat“ angegriffen wurde, antwortete er dort u. a.: „Es mag der Sozialdemokratie sehr hart ankommen, eventuell in einem Kampf für die Integrität des deutschen Bodens gewissermaßen das famose heimische Regierungssystem und ihre Todfeinde mit verteidigen zu müssen; aber diese wird sie nicht durch fremde Eroberer los, sondern allein durch eigene Hilfe, durch Uebertreibung des Systems, das herrscht und schließlich die Massen gegen sich empört. . . . In meiner Rede vom 2. März ist nicht ein Wort, das unserem Standpunkt etwas vergäbe, denn wir verteidigen in einem Verteidigungskriege nicht unsere Feinde und deren Institutionen, wir verteidigen uns selbst und das Land, dessen Institutionen wir in unserem Sinne umgestalten wollen, das allein den Boden für unsere Tätigkeit bildet.“

Man bedenke, daß die deutsche Sozialdemokratie damals die schlimmste Zeit des Ausnahmegesetzes fluchwürdigen Angedenkens durchlebte, dann erst wird man dieses Bekenntnis Bebels zur Vaterlandsverteidigung in seiner ganzen Bedeutung erfassen.

Immer wieder durch die Jahrzehnte seiner parlamentarischen Tätigkeit hindurch erneuerte Bebel dieses nationale Bekenntnis. In den Bericht über die Tätigkeit des Deutschen Reichstages von 1890—1895 schrieb er: „An der Erhaltung der Unabhängigkeit Deutschlands sind die arbeitenden Klassen mindestens ebenso interessiert wie diejenigen, die sich als die berufenen Leiter und Herrscher der Völker betrachten, und das arbeitende Volk ist nicht gewillt, seinen Nacken unter irgend eine Fremdherrschaft zu beugen. Gelte es einmal, sich seiner Haut zu wehren, die arbeitenden Klassen Deutschlands würden ihren Mann stellen.“

Noch nachdrücklicher sprach sich Bebel darüber aus in der Reichstagssitzung vom 7. März 1904. Er sagte damals: „Meine Herren, Sie können künftig keinen siegreichen Krieg ohne uns schlagen. Wenn Sie siegen, siegen Sie mit uns und nicht gegen uns; ohne unsere Hilfe können Sie nicht mehr auskommen. Ich sage noch mehr: wir haben sogar das allergrößte Interesse, wenn wir in einen Krieg gezerrt werden sollten — ich nehme an, daß die deutsche Politik so sorgfältig geleitet wird, daß sie selbst keinen Grund gibt, einen Krieg hervorzurufen —, aber wenn der Krieg ein Angriffskrieg werden sollte, ein Krieg, in dem es sich dann um die Existenz Deutschlands handelte, dann — ich gebe Ihnen mein Wort — sind wir bis zum letzten Mann und selbst die ältesten unter uns bereit, die Flinte auf die Schulter zu nehmen und unsern deutschen Boden zu verteidigen, nicht Ihnen, sondern uns zuliebe, selbst meinetwegen Ihnen zum Trotz! Wir leben und kämpfen auf diesem Boden, um unser Heimatland, das so gut unser Vaterland, vielleicht noch mehr als Ihr Vaterland ist, so zu gestalten, daß es eine Freude ist, in demselben zu leben, auch für den letzten unter uns. Das ist unser Bestreben, das suchen wir zu erreichen, und deshalb werden wir jeden Versuch, von diesem Vaterland ein Stück Boden wegzureißen, mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften bis zum letzten Atemzug zurückweisen.“

Aus den Reihen unserer Gegner wurde höhnische Kritik an diesen Worten geübt; das veranlaßte Bebel in der Reichstagssitzung vom 10. Dezember 1904 noch einmal mit folgenden Worten darauf zurückzukommen:

„Verlangen wir die allgemeine Volkswehr, die allgemeine Volksbewaffnung etwa zum Spaß? Nein, weil wir meinen, daß gegenüber äußeren Gefahren die Notwendigkeit besteht, daß auch der letzte waffenfähige Mann die Möglichkeit haben muß, für die Freiheit und Unabhängigkeit seines Vaterlandes einzutreten, gerade deshalb! Sie haben sich freilich riesig gaudiert, als ich in diesem Frühjahr ausführte, daß ich selbst trotz meines Alters in einem solchen Kampfe für die Unabhängigkeit des Landes noch die Flinte nehmen würde. Da hat man

gehöhnt und gespottet. Ja, es war mir blutiger Ernst: ich und meine Freunde, wir treten kein Stück deutschen Bodens ans Ausland ab; denn wir wissen genau, daß in dem Augenblick, wo Deutschland zerstückelt würde, mit Notwendigkeit das ganze geistige und soziale Leben der Nation, solange ein solches Stück Fremdherrschaft dauerte, vernichtet würde, daß alle Aspirationen des Volkes darauf hinausgingen, den Fremden aus dem Lande herauszutreiben. Also das würde eine Entwickelung herbeiführen, die wir gerade von unserm Standpunkt auf das entschiedenste zu bedauern und zu bekämpfen hätten."

Noch einmal nahm dann Bebel das Wort zur Bekräftigung unserer Entschlossenheit, unser Vaterland zu verteidigen. Es geschah in einer vertraulichen Sitzung der Budgetkommission im Sommer 1913, in der die Regierung Mitteilungen über erhöhte russische Rüstungen machte. Seine Ausführungen bildeten die Grundlage für das vom Parteivorstand herausgegebene Flugblatt: „Ein ernstes Wort in ernster Zeit!". Darin heißt es:

„Es gibt in Deutschland überhaupt keinen Menschen, der sein Vaterland fremden Angriffen wehrlos preisgeben möchte. Das gilt namentlich auch von der Sozialdemokratie, der ihre Gegner, die zum Teil unverständig, zum Teil aber auch gehässig sind, oftmals den Vorwurf der „Vaterlandslosigkeit" gemacht haben. Die Sozialdemokratie hat, im Gegensatz zu dieser Behauptung, niemals verkannt, daß die geographische und politische Lage des Reiches die Vorbereitung einer starken Schutzwehr notwendig macht. Wir müssen in Deutschland mit der Möglichkeit eines Angriffskrieges von außen leider einstweilen noch rechnen, namentlich von Osten her. Wenn auch das russische Volk in seinen großen Massen bestimmt friedliebend ist und andere Sorgen hat, als die Betreibung eines Ueberfalls auf Deutschland, so ist das gleiche nicht mit der gleichen Sicherheit von denjenigen Kreisen zu sagen, die die zaristische Willkürherrschaft zu ihren Zwecken mißbrauchen.

„Wenn einmal ein solcher Krieg ausbrechen sollte, den wir alle zu vermeiden wünschen und dem auszuweichen wohl auch die deutsche Reichsregierung bemüht gewesen ist, dann müßte er bei dem heutigen Stande der Waffentechnik, bei der Orga-

nisation des Heerwesens und bei der Gestaltung der Staatenbündnisse in Westeuropa ungeheuren Umfang annehmen: er würde zum Weltkrieg werden und unser Vaterland vielleicht vor die Frage von Sein oder Nichtsein stellen. Infolgedessen rechtfertigt sich nicht nur die Wehrhaftmachung des letzten Mannes bei uns, sondern sie ist eine notwendige Forderung. Die Sozialdemokratie war die erste große Partei, die das klar erkannt und daher in ihr Programm den Satz aufgenommen hat, der die Erziehung des Volkes zur allgemeinen Wehrhaftigkeit ausspricht.

„Die Sozialdemokratie geht aber noch weiter. Sie will die Wehrhaftmachung des Volkes nicht nur vom körperlichen und vom technischen Standpunkte aus betreiben. Das Vaterland verteidigt man nicht bloß mit Maschinengewehren und Kanonen, mit Lanzen und mit Säbeln, mit starken Fäusten und schnellen Beinen. Dazu gehören auch ganz bestimmte geistige und sittliche Eigenschaften des Volkes. Und die Sozialdemokratie will auch diese geistigen und sittlichen Eigenschaften des Volkes stärken, auf denen, wie die Geschichte aller Völker und Zeiten lehrt, die Selbstbehauptung einer Nation in erster Linie beruht. Diese geistigen und sittlichen Eigenschaften sieht sie tief begründet in dem auf wirklicher Freiheit und Gleichheit wurzelnden Gefühle der Zusammengehörigkeit der Volksangehörigen.“

Dieser Hinweis auf den möglichen Weltkrieg, der unser Vaterland vielleicht vor die Frage von Sein oder Nichtsein stellen werde, datiert aus dem Jahre vor dem Kriegsausbruch. Das gibt ihm seine besondere Bedeutung. Freund und Feind konnte danach wissen, was die Sozialdemokratie gegebenenfalls tun werde. Und mit Recht wird hervorgehoben, daß Deutschland der Gefahr, von zwei Seiten aus erdrückt zu werden, nur durch volle Entfaltung seiner Verteidigungskraft, durch die Wehrhaftmachung des letzten Mannes, begegnen könne. Der Krieg hat inzwischen die positive Bedeutung unserer Programmforderung: Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit ins volle Licht gerückt.

Hören wir, was das 1892 erstmals erschienene, in Millionen Exemplaren verbreitete parteioffizielle Erläuterungsschriftchen zum Erfurter Programm darüber sagt. Es klingt nicht nach

vaterlandsloser Gesinnung und bestätigt das Bebelsche Wort, daß wir die allgemeine Volkswehr „nicht zum Spaß" im Programm stehen haben:

„Der leitende Gedanke, welcher Umfang und Weise der Turn- und Kampfspiele bestimmt, ist die Erziehung der Bürger zur Wehrfähigkeit. Ein freies Volk muß verstehen, die Waffen zu führen, seine kriegerische Tüchtigkeit ist ein Schutz und Schirm für den Frieden des Gemeinwesens. Schon dem Kinde ist die Auffassung einzuimpfen, daß niemand verdient, ein Freier zu heißen, der nicht die Waffen zu führen und mit seinem Blut für die Freiheit einzustehen und für sie zu sterben weiß. Gilt es, einen kecken Feind von der Heimat fernzuhalten, der Bürger, von Jugend auf in körperlichen Künsten geübt und im Waffendienste geschult, wird den eigenen Herd und den gemeinen Nutzen mit flammendem Eifer und wackerem Mute verteidigen. Und wehe dem, der das geheiligte Gut der Freiheit zu versehren wagt! Die geschlossenen Reihen der für ihre gute Sache Streitenden sind schlagfertig, und an ihre Fahne knüpft sich der Sieg. Das Volk, das für seine Rechte ficht, ist unüberwindlich, ist ihm die Spannkraft der Sehnen und Glieder nicht gelähmt und es führt die Waffen sicher und rasch. Die Schweizer Bauern, die Oesterreichs Ritterschaft auf den Grund streckten und Karls des Kühnen eiserne Scharen zerschmetterten, das französische Massenaufgebot von 1793, das die fremden Unterdrücker zu Paaren trieb, sind hier Muster und Vorbild."

Nach diesen Zeugnissen, die sich beliebig vermehren ließen, wird niemand ernsthaft behaupten können, die deutsche Sozialdemokratie habe am 4. August „ihre ganze antimilitaristische Vergangenheit verleugnet". Wir haben jederzeit den „Militarismus" als autokratisches System bekämpft, haben scharfe Kritik an der Militärjustiz, Soldatenmißhandlungen und anderen Uebelständen geübt; auch haben wir auf die gefährlichen Rüstungstreibereien von Kriegsinteressenten diesseits und jenseits der Grenzen hingewiesen. Niemals aber haben wir die kriegerische Tüchtigkeit des Volkes mißachtet und die Notwendigkeit einer starken Wehrmacht verkannt. Die Illusion war uns fern, daß wir innerhalb der heutigen wirtschaftlichen und weltpolitischen Verhältnisse uns l e d i g l i c h auf die ideellen Friedenswünsche und Bestrebungen verlassen könnten. Diese

Friedensbestrebungen haben wir ehrlich und wo wir konnten gefördert. Aber wir wußten sehr wohl, daß sie noch nirgends stark genug seien, eine sichere Garantie des Friedens zu gewähren.

Aus dieser klaren Erkenntnis heraus sind alle jene Erklärungen erfolgt. Der Krieg war uns kein unvorhergesehener Fall, und als wir vor der Notwendigkeit standen, unsere nationale Existenz zu verteidigen, taten wir eben, „was wir immer betont hatten".

Uebrigens gab es auch im Ausland Männer, die wußten, was wir in solchem Fall tun würden. Und gerade die französischen Sozialisten, die uns jetzt so heftig des Verrats an den Grundsätzen der Internationale beschuldigen, sollten sich erinnern, daß Jean Jaurès in seiner großen Rede zur dreijährigen Dienstzeit am 17. und 18. Juni 1913 in der Deputiertenkammer unsere Haltung deutlich genug vorausgesagt und gerechtfertigt hat. Der große Tote, dessen Andenken uns teuer ist, wandte sich damals gegen eine Auslassung des „Echo de Paris", worin die Erwartung ausgesprochen wurde, die deutschen Sozialdemokraten würden in einem kriegerischen Konflikt sich gegen ihr eigenes Land wenden und so den Sieg des durch seine Kolonialtruppen verstärkten Frankreichs sichern. Jaurès antwortete darauf:

„So rechnet das „Echo de Paris" für die Zukunft Frankreichs auf eine Verbindung, ein politisch-militärisches Zusammenwirken der schwarzen Armee Afrikas mit der roten Armee Deutschlands. Also nicht etwa wir sind es, die den deutschen Sozialisten diese Rolle zuweisen, und ich protestiere in ihrem Namen! Sie werden für Deutschland an dem Tage, an dem sie seine Unabhängigkeit werden verteidigen müssen, ebensowenig ein Faktor der Schwäche sein, wie wir französischen Sozialisten es für Frankreich sein werden an dem Tage, wo es gelten wird, ohne Herausforderung und ohne Abenteuer Frankreichs Freiheit zu verteidigen und Frankreichs Recht."

Das amtliche Protokoll verzeichnet hinter diesen Worten: „Stürmischer Beifall auf der äußersten Linken und auf verschiedenen Bänken links". — Galt dieser Beifall etwa nur den auf die vaterländische Haltung der französischen Sozialisten

bezüglichen Worten ihres großen Führers? War er der einzige, der uns keinen Verrat am eigenen Lande zutraute?

Jedoch, ich höre den Einwurf derer, die sagen, Jaurès ging eben von der Voraussetzung aus — und auch die oben zitierten Aeußerungen Liebknechts, Bebels u. a. tun dies —, daß es sich für Deutschland um einen Verteidigungskrieg handele; das aber treffe auf den gegenwärtigen Krieg nicht zu. Die Vertreter dieser Meinung sehen in den Diplomaten der Zentralmächte die eigentlichen Brandstifter. Deutschland führt einen Angriffskrieg, behaupten sie, darum hätte sich die Sozialdemokratie mit der ganzen Kraft ihrer vier Millionen Wähler diesem „weltgeschichtlichen Verbrechen" entgegenwerfen müssen. Auf keinen Fall hätte die Fraktion durch die Zustimmung zu den Krediten sich zur Mitschuldigen machen dürfen.

Wir werden diesen Einwurf nach allen Seiten zu prüfen haben. Aber zunächst müssen wir noch eine Vorfrage abtun: Stand es in der Macht der deutschen Sozialdemokratie, den Krieg zu verhindern?

III.

Konnte die Sozialdemokratie den Krieg verhindern?

Solange noch Aussicht war, den Frieden zu erhalten, hat die deutsche Sozialdemokratie alles getan, was in ihrer Macht stand, den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Seit Jahren haben wir in Parlament und Presse unsere Stimme erhoben gegen die Kriegstreiberei und Völkerverhetzung, die auch in unserem Lande von der Presse der Rüstungsinteressenten, von einigen ehrgeizigen Generalen a. D. und von schwärmenden Kriegsideologen betrieben wurde. Wo wir konnten, haben wir dieses gemeinschädliche Treiben an den Pranger gestellt und ein gegenseitiges Verstehen und Achten der Völker zu fördern gesucht. Auf allen internationalen Kongressen, die die Vertreter der sozialistischen Bewegung zu gemeinsamer Arbeit zusammenführten, haben wir an dieser Verständigungsarbeit mit Ernst und Eifer teilgenommen. Und ganz besonders waren wir in den letzten Jahren bemüht, die schwierige Frage einer freundschaftlichen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland zu lösen. Die Zusammenkunft von Parlamentariern beider Länder in Bern im Jahre 1913 war von unserer Seite angeregt worden, und das Zusammentreffen in Basel zu Pfingsten 1914 lieferte den Beweis, wie rasch der Verständigungsgedanke Boden gewann. Wir haben die Männer, die aus Frankreich kamen, als Freunde begrüßt, nicht nur mit Worten, mit dem Herzen. Ich glaube nicht, daß auch nur einer der Teilnehmer auf französischer Seite das Gefühl gehabt hat, daß das Werk der Annäherung und des Friedens von unserer Seite nicht mit demselben ehrlichen Willen betrieben wurde, wie wir dessen auch von der anderen Seite gewiß waren.

Als sich dann plötzlich die drohende Gefahr des europäischen Krieges mit dem von Oesterreich an Serbien gestellten Ultimatum erhob, ging durch die sozialdemokratische Presse Deutsch-

lands ein einmütiger Ruf des Protestes. Wir taten, was in unserer Kraft stand, die öffentliche Meinung unseres Landes gegen den Krieg aufzurufen. Mit täglich sich steigernder Eindringlichkeit stellten wir den verantwortlichen Leitern unseres Landes das Verbrecherische eines leichtfertig angezettelten Krieges vor Augen. Wir forderten sie zu ernsthafter Abwehr der Gefahr auf und gaben ihnen durch machtvolle Demonstrationen die Gewißheit, daß die Millionen der Sozialdemokratie geschlossen hinter einer Politik der Friedenserhaltung stünden.

Wer sich diese seit Jahren mit wachsendem Eifer betriebene Friedensarbeit der deutschen Sozialdemokratie vor Augen hält, der kann unmöglich zu der Annahme gelangen, daß diese selbe deutsche Sozialdemokratie nun plötzlich, als die Tatsache des Krieges vor ihr stand, sich ins Gegenteil verkehrt und nun mit Jubel begrüßt habe, was sie gestern als schlimmstes Uebel bezeichnete.

Von einem solchen psychologischen Umsturz kann keine Rede sein. Was sich aber plötzlich wandeln mußte, war Art und Ziel unserer äußeren Aktion. Mit dem Augenblick, da der Krieg als eine nicht mehr abzuändernde Tatsache vor uns stand, da mußte an Stelle unseres Kampfes gegen den Krieg die Sorge für die Verteidigung unseres Landes treten. Nichts war uns in jener Stunde der Entscheidung ferner, als eine romantische Kriegsbegeisterung oder gar blindwütiger Haß auf die Bevölkerungen der feindlichen Staaten. Mit schwerem Herzen haben wir die Notwendigkeiten zur Führung des Krieges bewilligt, freilich auch mit dem heißen Wunsch, daß der Kampf zum Siege unseres Landes führen möge, dessen Sache wir für gerecht hielten und auch heute noch halten.

Es gibt aber Leute in der sozialistischen Internationale, die glauben, wir hätten nicht genug getan zur Verhinderung des Krieges. Nicht nur mit dem Wort, mit der „kühnen Tat“ hättet ihr euch dem Krieg in den Weg werfen sollen — sagen oder denken diese Verfechter des Militärstreiks. Sie belehren uns, daß die organisierte Arbeiterschaft durch Nichtbeachtung der Gestellungsbefehle, durch Verweigerung wichtiger, für die Durchführung der Mobilisierung notwendiger Arbeiten, oder gar durch aktives, zerstörerisches Eingreifen in

den technischen Apparat der Verkehrs- und Transport-Einrichtungen imstande sei, jeden Krieg unmöglich zu machen.

Ich glaube zwar nicht, daß diese Lehre nach den Erfahrungen, die der Krieg allen beteiligten Ländern gebracht hat, noch viele Anhänger haben wird. Aber immerhin, es gibt Leute, deren einmal gefaßte Meinung durch keinerlei Erfahrung mehr korrigiert werden kann. Diesen sei gesagt: Viel leichter als die deutschen Arbeiter hätten die französischen und leichter noch als diese die englischen Arbeiter der Mobilisierung in ihren Ländern durch Streik und Sabotage Schwierigkeiten bereiten können. Und die russischen Arbeiter, die kurz vor Ausbruch des Krieges in einer großen Streikbewegung begriffen waren, hätten dieselbe nur gegen die bei ihnen am frühesten einsetzende Mobilisierungsaktion zu richten brauchen, um dieser die größten Hemmnisse in den Weg zu legen. Warum haben denn die russischen, englischen und französischen Sozialisten keinen Generalstreik zur Verhinderung des Krieges gemacht? Aus ihren Reihen kamen doch hauptsächlich die Leute, die vorher uns so oft und eindringlich von der Möglichkeit und Notwendigkeit eines solchen Vorgehens zu überzeugen versucht hatten. Hatten nicht Vertreter dieser Länder auf dem Stuttgarter Internationalen Kongreß einen dahingehenden Beschluß erstrebt? Hatten sie dieses Ziel nicht in Kopenhagen weiter verfolgt? War nicht von französischer und englischer Seite zu dem für 1914 geplanten Wiener Internationalen Kongreß eine darauf zielende Resolution wiederum ausgearbeitet worden? — Aber als der Krieg wirklich drohte, kam aus keinem dieser Länder die Kunde von einem ernsthaft geplanten oder gar faktisch eingeleiteten Generalstreik gegen den Krieg.

Warum also haben unsere russischen, englischen und französischen Parteifreunde von dem Versuch Abstand genommen, durch die „kühne Tat" das große Völkermorden zu hindern? Wohl deshalb, weil sie plötzlich alle miteinander einsahen, daß es für eine Minderheit unmöglich sei, sich der großen Mehrheit des eigenen Volkes in den Weg zu werfen, wenn diese einmal von der nationalen Leidenschaft der Verteidigung gegen den drohenden Angriff eines äußeren Feindes erfaßt ist. Ist einmal ein Volk in seiner Masse überzeugt, daß seine nationale

Existenz bedroht sei — ganz einerlei, ob die Tatsachen, auf denen diese Ueberzeugung beruht, einer objektiven historischen Untersuchung Stich halten oder nicht, — dann wird es jede Minderheit im eigenen Lande, die es wagt, die von außen drohende Gefahr durch innere Schwierigkeiten zu erhöhen, wütend zertreten.

Die von den englischen und französischen Sozialisten für den Wiener Kongreß vorbereitete Resolution wollte die Verpflichtung zum Militärstreik von der Voraussetzung abhängig machen, daß er in allen beteiligten Ländern zugleich durchgeführt werde. Die Garantie dafür war aber noch von keinem Lande gegeben und konnte auch gar nicht gegeben werden. Und selbst, wenn sich die sozialistischen Parteien der einzelnen Länder durch einen Beschluß darauf festgelegt hätten, würde eine solche rein formale Garantie einer, in ihrer Sicherheit bedrohten, von kriegerischer Abwehrleidenschaft erfaßten Nation noch lange keine zureichende Gewähr gewesen sein. In diesem Zustand ist es mit dem Vertrauen auf die Energie und Durchschlagskraft einer im feindlichen Land unternommenen kriegsgegnerischen Aktion eine gar mißliche Sache. Wenn die Fundamente der nationalen Existenz zu beben beginnen, bebt auch der Tempel des internationalen Vertrauens in seinen Grundfesten. Wenn der Feuerbrand das eigene Haus bedroht, vertraut niemand darauf, daß die Rettung eben daher kommen werde, von wo er die Brandfackel geschleudert sieht.

Selbst wer auf den guten Willen, den Mut und die Energie bei den Freunden im feindlichen Lande vertrauen möchte, würde die Sorge nicht los, ob der Widerstand dort auch gelingen werde. Die Gefahr, die Verteidigung des eigenen Landes zu lähmen, indes der Gegner sich der Grenze nähert, ist zu groß. Die Arbeiterschaft, die den Generalstreik im eigenen Lande erfolgreich durchführt, während die entsprechende Aktion im feindlichen Lande versagt, bewirkt nicht die Verhinderung des Krieges, sondern die Niederlage des eigenen Landes. Kein für seine eigene Nation gesund empfindender und gewissenhafter Mensch wird diese Verantwortung tragen wollen.

Hat sich einmal die Sache soweit entwickelt, daß eine Bevölkerung sich von der Invasion feindlicher Armeen be-

droht sieht, dann gilt, was K. Kautsky im April 1911 in der „Neuen Zeit“ schrieb: „Da werden zunächst alle zu Patrioten, auch die international Gesinnten, und wenn einzelne den übermenschlichen Mut haben sollten, sich dagegen aufzulehnen und hindern zu wollen, daß das Militär zur Grenze eilt und aufs reichlichste mit Kriegsmaterial versehen wird, so brauchte die Regierung keinen Finger zu rühren, sie unschädlich zu machen. Die wütende Menge würde sie selbst erschlagen“. Einen Massenstreik unter solchen Umständen nennt Kautsky mit Recht einen „heroischen Wahnsinn“.

Für einen Menschen mit klarer Vernunft kann kein Zweifel darüber bestehen, was in Wirklichkeit die Folge eines von uns versuchten Generalstreiks zu Beginn des Krieges gewesen wäre. Die Arbeiter, die dem Ruf gefolgt wären — sie hätten nicht nach Millionen wohl kaum nach Zehntausenden gezählt —, wären von der militärischen Gewalt erbarmungslos niedergeschlagen worden. Und dies wäre geschehen unter wütender Zustimmung der großen Mehrheit der Nation. Mit dem Blutopfer, das die Arbeiterschaft gebracht hätte, wäre der Friede nicht erkauft worden. O nein! Zu diesem Opfer von Tausenden von Arbeiterleben wären dann die Hunderttausende der Kriegsopfer doch noch gekommen. Ja, ihre Zahl wäre für uns wahrscheinlich noch viel größer geworden. Denn solche innere Hemmungen hätten die Schlagkraft und den Geist der deutschen Wehrmacht natürlich geschwächt. Nicht den Krieg hätten wir durch einen Militärstreik verhindert; die Wahrscheinlichkeit einer Niederlage hätten wir bewirkt.

Der Weg zur Sicherung eines dauernden Friedens führt nicht über den Generalstreik oder ähnliche Methoden der gewaltsamen Widersetzlichkeit gegen die militärische Macht des eigenen Landes. Die deutsche Sozialdemokratie darf für sich in Anspruch nehmen, daß sie das Verfehlte dieses Mittels zur Kriegsverhinderung von jeher erkannt und durch die Ablehnung aller darauf gerichteten Festlegungen klar bekundet hat.

Die Idee des Massenstreiks und der Insurrektion im Kriegsfall entstammt dem geistigen Zeughaus der Anarchosozialisten. Der Holländer Domela Nieuwenhuis empfahl sie als der antimilitaristischen Weisheit letzten Schluß auf dem Inter-

nationalen Kongreß zu Brüssel (1891). Er brachte dort folgende Resolution ein:

„In Erwägung, daß die nationalen Verschiedenheiten nie im Interesse des Proletariats sind, sondern im Interesse seiner Unterdrücker;

in Erwägung, daß alle modernen Kriege, ausschließlich hervorgerufen durch die Kapitalistenklasse in ihrem Interesse, ein Mittel in ihren Händen sind, um die Kraft der revolutionären Bewegung abzulenken und die Suprematie der Bourgeois zu konsolidieren durch die Befestigung der schändlichen Ausbeutung;

in Erwägung, daß keine einzige Regierung sich entschuldigen kann, daß sie provoziert ist, weil der Krieg das Resultat des internationalen Willens des Kapitalismus ist;

beschließt der Internationale sozialistische Kongreß von Brüssel, daß die Sozialisten aller Länder eine etwaige Kriegserklärung beantworten werden mit einem Aufruf des Volkes zur allgemeinen Arbeitseinstellung."

Was Nieuwenhuis zur Begründung seines Antrags ausführte, ist so charakteristisch für die Gedankenwelt auch der jüngsten Kriegsstreikpropagandisten, daß einiges davon hier Platz finden mag. Wer für das Recht der Nation auf nationale Verteidigung eintritt, ist für Nieuwenhuis natürlich ein Chauvinist. „Dieser Chauvinismus ist eine Gefahr für unsere ganze sozialistische Bewegung. Die Sozialisten müssen beim Ausbruch eines Krieges alle dieselbe Haltung haben. Sonst würden die Völker beim Ertönen des Kommandos einfach marschieren und sich gegenseitig zerfleischen. Der Chauvinismus führt zu Unterscheidungen zwischen Angriffs- und Verteidigungskriegen. Ich verwerfe diese Unterscheidung. Es ist bekannt, daß die Diplomaten die Kunst verstehen, jeden Krieg als offensiven oder defensiven hinzustellen, wie sie es brauchen. — Was unsere Haltung beim Kriegsausbruch anbetrifft, so gibt es nur einen Weg, passiven Widerstand. . . . Die Sozialisten müssen die Völker aufklären, daß sie nicht mehr marschieren, wenn zum Kriege geblasen wird, denn die Regierungen hassen uns noch mehr als die Regierungen anderer Länder. . . . Der Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie wird unsererseits dem

Kriege der Nationen vorgezogen. Wenn die Regierungen den Krieg erklären, so ist das eine Revolution. Und darauf haben wir das Recht, unsererseits mit einer Revolution zu antworten, mit der Aufforderung an das Volk, die Waffen nicht zu ergreifen.“

Der Kongreß lehnte den Nieuwenhuis'schen Antrag mit allen gegen zwei Stimmen ab. Wilhelm Liebknecht gab seinem Befürworter eine gepfefferte Antwort: „Der ganze Weltstreik ist nichts als eine jämmerliche Phrase. Wollten wir den Weltstreik proklamieren, würde die Bourgeoisie uns auslachen! . . . Und was wäre die Folge dieses Nieuwenhuis'schen Vorschlags? Bei Ausbruch des Krieges gelten die Kriegsgesetze. Wer sich weigere, würde kurzerhand vor ein Kriegsgericht gestellt und füsiliert! Nieuwenhuis hat freilich mit den Kämpfen, die da kommen, nichts zu tun! Holland ist nicht in Nöten, wenn die 4 bis 5 Millionen Franzosen und Deutschen sich in Waffen gegenüberstehen. . . . Lassen Sie sich nicht von der Phrase beherrschen! Der Fluch der Sozialdemokratie wäre die Herrschaft der Phrase! Befreien Sie sich von der Phrase! Die revolutionärste Betätigung des Proletariats ist, dem Proletariat durch Organisation die Macht verschaffen. Mit einer Revolution wie die Nieuwenhuis'sche machten wir uns nur lächerlich.“ (Donnernder Beifall.)

Die deutschen Sozialisten haben diesen ablehnenden Standpunkt gegenüber der Kriegsstreikidee auf allen weiteren internationalen Kongressen entschieden festgehalten. In den romanischen Ländern dagegen gewann sie sichtlich an Boden. In Stuttgart (1907) fand sie namentlich seitens der französischen Sozialisten lebhafte Befürwortung. Dort trat ihr Bebel namens der deutschen Sozialdemokratie schroff entgegen. „Ich muß rund heraus erklären, daß dieses Mittel bei uns unmöglich und indiskutabel ist“ — erklärte er in der Militärkommission. Auf diese Vorgänge kam Bebel in seiner Rede zur Marokkofrage auf dem zweiten Jenaer Parteitag (1911) mit folgenden Ausführungen zurück:

„Die Stellung der Partei im Falle eines Krieges ist von der Partei längst festgelegt worden, nicht erst heute und gestern. Diese Frage hat bisher fast auf allen internationalen Kongressen eine Rolle gespielt. In Zürich (1893) war es

Nieuwenhuis, der neben einem Massenstreik einen Militärstreik befürwortete, aber er ist mit ungeheurer Majorität, von der deutschen Partei einstimmig, niedergestimmt worden. Wir haben dieselbe Frage später auf den internationalen Kongressen in Paris und Amsterdam erörtert. Zuletzt noch in Stuttgart. Auf allen diesen Kongressen ist klar und deutlich seitens der deutschen Partei gesagt worden: Wir bedanken uns, uns auf irgend etwas festzulegen. Auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart insbesondere waren es die Franzosen von Hervé von der äußersten Linken bis hinüber zu Jaurès auf der Rechten, die verlangten, die Internationale müsse beschließen, sobald ein Krieg auszubrechen drohe, einen allgemeinen Massenstreik zu inszenieren. Ich hatte damals die Ehre, mit Haase und Vollmar in der sogenannten Militärkommission zu sein, die über diese Frage zu beraten hatte, und ich habe dort in der kategorischsten Weise erklärt, daß eine Resolution mit einem solchen Inhalt für uns Deutsche einfach unannehmbar sei, daß es eine Verrücktheit von unserer Seite wäre, einer solchen Resolution zuzustimmen."

Auf dem Züricher Kongreß, auf den Bebel hier Bezug nimmt, hatte Nieuwenhuis seinen Antrag von 1891 erneuert. Ihm gab dort der Russe Plechanoff als Berichterstatter der Kommission folgende Antwort, die den Nagel auf den Kopf traf:

„Was die Frage des Militärstreiks anbetrifft, so kann ein solcher Gedanke nur in einem Lande auftauchen, der nicht so in dem Militarismus aufgeht, wie dies beispielsweise in Deutschland und Frankreich der Fall ist. In diesen beiden Ländern ist ein Militärstreik ein Unding; er würde nur dazu führen, mit einem einzigen Schlage alle Manifestanten zu vernichten, aber auch in anderer Hinsicht würde der Militärstreik das Gegenteil von dem bewirken, was beabsichtigt worden war. Der Militärstreik würde gerade in erster Linie die Kulturvölker entwaffnen und würde Westeuropa den russischen Kosaken preisgeben. Der russische Despotismus würde unsere ganze Kultur hinwegschwemmen und statt der Freiheit des Proletariats, für welche der Militärstreik ein glänzendes Zeichen sein sollte, würde die russische Knute herrschen."

Die Ereignisse haben gezeigt, wie richtig die deutsche Sozialdemokratie handelte, indem sie die Taktik der „direkten Aktion“ zur Unmöglichmachung des Krieges ablehnte. Der Orkan des Kriegsausbruchs würde jeden derartigen Widerstand weggefegt haben. Das gänzliche Versagen der Anhänger dieser Taktik in Frankreich, England und Rußland, die auch nicht den leisesten Versuch machten, ihrerseits die gepriesene Theorie in die Praxis umzusetzen, rechtfertigt nachträglich unsere nüchterne Skepsis in dieser Sache. Wir haben der Internationale keinen blauen Dunst vorgemacht; wir haben nichts versprochen, was wir nicht halten konnten. Wenn es also noch Leute geben sollte, die sich in dieser Sache durch unser Verhalten zu Beginn des Krieges getäuscht sehen, so trifft uns keine Schuld. Mögen sie die anklagen, die ihnen solche Phantasien in den Kopf gesetzt haben.

Ich wiederhole also: Die deutsche Sozialdemokratie hat alles getan, was in ihrer Macht stand, um den Krieg abzuwehren. Vergebens! Die internationalen, zum Krieg treibenden Kräfte erwiesen sich stärker als die für den Frieden wirkenden. Am 1. August war der Krieg da; vor dieser ehernen Tatsache standen wir, als der Reichstag zusammentrat. Unsere Abstimmung — einerlei, wie sie ausfallen mochte — konnte daran nichts mehr ändern.

Das ist wohl zu beachten. In ausländischen Parteiblättern, die die deutschen Verhältnisse schlecht kennen, ist unsere Abstimmung für die Kriegskredite als eine „Abstimmung für den Krieg“ bezeichnet worden. Auch bei uns gibt es Kritiker, die sich nicht scheuen, in der Agitation gegen unsere Haltung dieselbe Verschiebung vorzunehmen. Der Deutsche Reichstag hat nicht das verfassungsmäßige Recht, für oder gegen den Krieg zu stimmen. Die Entscheidung über Krieg und Frieden liegt beim Kaiser. Der Artikel 11 der Reichsverfassung gibt ihm die Machtbefugnis, im Namen des Reiches Krieg zu erklären. Ist ein „Angriff auf das Bundesgebiet erfolgt“, so ist nicht einmal die Zustimmung des Bundesrats erforderlich. Die Volksvertretung wird in keinem Falle um ihre Zustimmung gefragt. Der Reichstag hat lediglich das Recht, die für die Durchführung des Krieges erforderlichen Kredite zu bewilligen oder zu verweigern. Daß in letzterem Fall der Krieg

trotzdem seinen Gang nimmt, kann nur der in Zweifel ziehen, der der Meinung ist, die Militärgewalt werde in einem Konfliktsfall solcher Art vor Parlamentsbeschlüssen zurückweichen. Selbst in Ländern, wo das Parlament über Krieg und Frieden beschließen darf, dürfte, wenn die Dinge einmal soweit gekommen sind, der Wille der Exekutivgewalt durchschlagend sein.

Wir hatten uns also in den ersten Tagen des August nicht darüber schlüssig zu werden, ob wir für oder gegen den Krieg stimmen wollten, sondern nur darüber, ob wir die zur Durchführung des zur Tatsache gewordenen Krieges erforderlichen Geldmittel bewilligen oder verweigern sollten. Darunter fielen neben den Beschaffungskosten für direktes Kampfmaterial auch die ungeheuren Summen für die Bekleidung, für Verpflegung und Löhnung der Truppen, für die Verwundeten- und Krankenfürsorge, für die Unterstützung der zurückbleibenden Frauen und Kinder und für eine Reihe anderer Not- und Linderungsmaßnahmen.

Mit der Ablehnung der Kredite hätten wir also die Kriegserklärung nicht rückgängig machen, den Fortgang der militärischen Aktion nicht hindern können. Darüber war niemand unter uns im Zweifel. Aber eins hätten wir damit bewirkt: die innere Schwächung der eigenen Nation in dem Ringen um Sein oder Nichtsein, das nun begann!

Durften wir das verantworten? Konnte aus den Ursachen und Absichten, die diesen Krieg heraufbeschworen haben, für uns das Recht abgeleitet werden, abseits zu stehen? — Untersuchen wir diese Frage.

IV.

Die Ursachen des Krieges.

Die Ur-Ursache der Kriege ist der „Kampf um die Futterplätze". Die über den alten Nahrungsspielraum hinausgehende Vermehrung zwingt die schweifenden Menschenhorden und Stämme zur Ausweitung ihrer Jagd- oder Weidereviere. Die junge Ueberschußbevölkerung seßhafter, ackerbautreibender Völkerschaften niederer Stufe überfällt schwächere Nachbarn oder unternimmt Eroberungszüge in die Ferne, um neue Siedelungsgebiete zu gewinnen. Mit der höheren staatlichen Entwickelung spielen die Sonderinteressen herrschender Schichten in die Verursachung der Kriege hinein. Dynastische, feudale, hierarchische, händlerische Ziele treten in den Vordergrund und geben den Kriegen ihr spezifisches Gepräge als Hausmachts- und andere herrschaftliche Machterweiterungskriege, Religionskriege, Handels- und Kolonialkriege. Schürft man tiefer, so lassen sich in der Regel aber auch bei solchen, durch spezifische Kasteninteressen charakterisierten Kriegen allgemeinere Interessen als ökonomische Untergründe bloßlegen.

Auch bei den hochentwickelten Handels- und Industrievölkern ist der Drang nach materieller Daseinsausweitung die stärkste Kraft, die feindselige Spannungen zwischen den Völkern erzeugt und zu kriegerischen Entladungen treibt. Das breite Geflecht der mit Welthandel, Schiffahrt und Exportproduktion verknüpften Existenz- und Gewinninteressen durchdringt das ganze Wirtschaftsleben. Soviel internationale Gemeinschaftsinteressen der Geschäftsverkehr herüber und hinüber auch erzeugt, so entspringt aus ihm doch auch eine unerschöpfliche Quelle von internationalen Reibungen und Feindseligkeiten. Diese ökonomischen Völkergegensätze werden zwar durch Zoll- und handelsrechtliche Verträge jeweils pazifiziert. Allein Veränderungen der konkurrierenden Kräfte erzeugen immer wieder neue wirtschaftspolitische Reibungen und Schmerzen.

Interessenkonflikte bei Aneignung kolonialer Ausbeutungsgebiete und bei Monopolisierung von Absatzmärkten oder Kapitalanlage-Gelegenheiten in wirtschaftlich rückständigen Ländern verschärfen die Situation.

Mögen die letzterwähnten hochkapitalistischen Expansionstendenzen in erster Linie dem Gewinninteresse engbegrenzter Finanzkreise dienen, ihr wirtschaftliches Wurzelwerk greift doch viel breiter und tiefer in das Gesamtleben des Volkskörpers ein, als man gemeinhin annimmt.

Mit den wirtschaftlichen Machterweiterungsbestrebungen verbünden sich die realen und ideologischen Wünsche spezifischer Kriegsinteressenten. Waffen- und Munitionsfabrikanten und sonstige Militärlieferanten bearbeiten im Verein mit ehrgeizigen Militärs und chauvinistischen Kriegsromantikern die öffentliche Meinung in allen Ländern. So entsteht eine Verbindung von Kräften, Gründen und Zielen mancherlei Art, deren gemeinsames Resultat schließlich eine kriegerische Explosion ist.

Versuchen wir, den Ursachenkomplex, der zu dem gegenwärtigen Krieg geführt hat, in seinen Hauptzügen darzulegen.

Im Osten Europas hat sich im Laufe der letzten zwei Jahrhunderte ein Staatskoloß zusammengeballt, der an geographischer Ausdehnung und Volkszahl jeden anderen europäischen Großstaat weit hinter sich läßt. Rußland umspannt nicht nur die ganze östliche Hälfte unseres Erdteils, sondern zugleich die ganze nördliche Hälfte des asiatischen Kontinents. Halb asiatisch auch nach seinem ganzen politisch-kulturellen Wesen liegt dieses Reich wie ein drohendes Ungeheuer vor den Toren Westeuropas. Das Konglomerat von Völkern verschiedener Rasse, Religion und Kulturentwickelung, das durch die Zwangsgewalt eines absolutistischen Regierungssystems zusammengehalten wird, zählt über 160 Millionen Menschen.

Wie ist dieser Koloß entstanden? Er ist das Produkt einer konsequenten Raub- und Unterdrückungspolitik, die ihren Ausgang von dem kriegerischen Großfürstentum Moskau nahm. Beim Tode Iwans III. 1505 umfaßte das moskowitische Reich 2,3 Millionen, im Jahre 1914 umspannte es 23,9 Millionen Quadratkilometer. Eine auf rücksichtslose Herrschaftserweiterung eingestellte Dynastie, gestützt auf eine beutegierige Militär-

und Beamtenaristokratie, begleitet von den Segenssprüchen einer fanatischen und fanatisierenden Priesterschaft und gefolgt von einer gehorsamen, zu Gesinde-, Büttel- und Kriegsdiensten mißbrauchten Volksmasse hat diesen ungeheuren Länderkomplex zusammengeschweißt und ihrer Nutznießung unterworfen. Diese Nutznießung blieb eine extensive, d. h. sie ging nicht auf die intensive Erschließung der inneren Kräfte aus. Sie blieb rein ausbeuterische Raubwirtschaft und drängte so nach Einbeziehung immer weiterer Ausbeutungsgebiete gleich einer rein ausraubenden Landwirtschaft, die immer neue jungfräuliche Böden braucht.

Friedrich Engels hat den Raubcharakter der russischen Politik mit ihren seit Jahrhunderten konsequent festgehaltenen Zielen überaus klar und scharf in seinem Aufsatz über die auswärtige Politik des russischen Zarentums („Neue Zeit" 1890) gezeichnet. Er nennt dort die russische Diplomatie einen modernen Jesuitenorden. „Mit eiserner Ausdauer, unverrückt den Blick aufs Ziel gerichtet, vor keinem Treubruch, keinem Verrat, keinem Meuchelmord, keiner Kriecherei zurückschreckend, Bestechungsgelder mit vollen Händen austeilend, durch keinen Sieg übermütig, durch keine Niederlage verzagt gemacht, über die Leichen von Millionen Soldaten und wenigstens eines Zaren hinweg, hat diese ebenso gewissenlose wie talentvolle Bande mehr als alle russischen Armeen dazu beigetragen, die Grenze Rußlands vom Dnjepr und der Dwina bis über die Weichsel bis an den Pruth, die Donau und das Schwarze Meer, vom Don und der Wolga bis über den Kaukasus und zu den Quellgebieten des Oxus und Jaxartes vorzuschieben, Rußland groß, gewaltig, gefürchtet zu machen und ihm den Weg zur Weltherrschaft zu eröffnen."

Die besondere Gunst der geographischen Lage und Beschaffenheit des Landes und die geistig rückständige, zähe, aber zu eigener Initiative wenig veranlagte Bevölkerung bot dieser Diplomatie die materielle Unterlage für eine solche Politik. Sie gewährte ihr die unangreifbare Machtstellung, „um von hier aus in Europa sich ungestraft Dinge erlauben zu können, die jeder anderen Regierung Krieg über Krieg zugezogen hätten".

Das Ziel der russischen Politik nach Süden, das schon Peter der Große ins Auge faßte, war Konstantinopel, d. h. die Zer-

schlagung des Türkenreichs und die Einbeziehung seiner europäischen und asiatischen Teile in das russische Reich. Zaregrad (Konstantinopel) als dritte Hauptstadt bedeutete, sagt Engels, nicht nur die moralische Herrschaft über die orientalische Christenheit, sondern: „das war die alleinige Herrschaft über das Schwarze Meer, Kleinasien, die Balkanhalbinsel". Als Westgrenze war damit im Süden das Adriatische Meer ausersehen. Die Ergänzung dieser Westgrenze nach Norden hieß die Einverleibung Polens. Und: „Jenseits Polen lag ein zweites Land, das der Zertrümmerung unheilbar verfallen schien — Deutschland!"

Mit der verhängnisvollen Teilung Polens wurde Rußland der unmittelbare Nachbar von Deutschland. Von nun ab verfolgt die russische Politik das Ziel, Deutschland innerlich schwach zu halten, um es desto leichter seinen eigenen Interessen dienstbar machen zu können. Es findet in diesem Bestreben einen Bundesgenossen an dem westlichen Nachbar Deutschlands. Schon beim Teschener Frieden (1779) treten Rußland und Frankreich als „Garanten der deutschen Unordnung" (Engels) vereint auf den Plan. Sie sind es, die dann auch im Frieden zu Lunéville (1801) und beim Reichs-Deputations-Hauptschluß zu Rastatt (1803) die Auflösung des alten Deutschen Reiches durchsetzen. Das linke Rheinufer fällt dabei an Frankreich. Die französisch-russische Freundschaft auf Kosten Deutschlands findet ihre Erneuerung in der Allianz Alexanders I. mit Napoleon 1807, nach der für Napoleon die Hegemonie über den Westen, für Alexander die über den Osten Europas, einschließlich Konstantinopel, vorgesehen ist. Als es dann wegen der Kontinentalsperre und wohl auch wegen Napoleons eigenen Plänen im östlichen Mittelmeer zum Bruch zwischen den beiden Beherrschern Europas kam und der Krieg 1812—1815 mit der Zerschmetterung der napoleonischen Macht endete, war Rußlands alleinige Vorherrschaft über Deutschland gesichert. In der „Heiligen Allianz" waren die Herrscher Preußens und Oesterreichs nur Vasallen des Zaren.

Aus diesem Ausgang der sogenannten deutschen Befreiungskriege erklärt sich die ganze innere Leidensgeschichte Deutschlands bis zur Mitte des verflossenen Jahrhunderts.

Hinter dem System Metternich stand der russische Despotismus. Die Niederknebelung der mit dem siegreichen Kriege von 1813/14 mächtig emporgewachsenen demokratischen Bewegung war letzten Endes von Rußland bestellte Arbeit, die freilich auch den innersten Herzenswünschen der Handlanger in Wien und Berlin entsprach. Die deutsche Freiheits- und Einheitsbewegung bedrohte in ihren beiden Bestandteilen das Ziel der russischen Politik in bezug auf Deutschland: Niederhaltung der politischen Entwickelung im Innern und Ohnmacht nach außen. Es ist bekannt, welche Rolle als Hort und Rückendeckung der innerdeutschen Reaktion Rußland auch in den Jahren nach 1848 gespielt hat.

Nach dem zweiten Pariser Frieden von 1815, der Frankreich das linke Rheinufer nahm, hatte sich auch wieder eine Annäherung zwischen Frankreich und Rußland vollzogen. 1829 schlossen beide Staaten einen geheimen Vertrag mit den alten Bündniszielen. Eine schwere Störung erfuhr diese Freundschaft freilich zeitweise durch den Krimkrieg 1853/56, in dem Frankreich sich als Vorspann der englischen Orientpolitik benutzen ließ. Aber 1859 war man bereits wieder einig gegen Oesterreich. Es war ein diplomatisches Meisterstück Bismarcks, Rußland vorübergehend auf seine Seite zu ziehen, um den Krieg gegen Oesterreich 1866 und dann den gegen Frankreich 1870 mit russischer Rückendeckung durchzuführen. Er war es dann aber auch, der durch die Annexion von Elsaß-Lothringen Frankreich wieder in die Arme Rußlands zurücktrieb, und der auf der anderen Seite auch die russischen Machthaber, die sich durch die Schaffung des preußisch-deutschen Einheitsstaates mit seiner überragenden Militärmacht aus der Protektorstellung in Deutschland hinausgeworfen sahen, noch empfindlicher traf, als er als „ehrlicher Makler" auf dem Berliner Kongreß 1878 mithalf, dem russischen Bären die durch den türkisch-russischen Krieg erjagte Beute am Bosporus wieder zu entreißen. Von da an gewann das französisch-russische Bündnis einen immer bedrohlicheren Charakter für Deutschland. Aus dieser Konstellation entstand als Abwehrbündnis der Zweibund zwischen Deutschland und Oesterreich. Damit war auf dem europäischen Kontinent die Mächtegruppierung im Kern gegeben, die der heutige Krieg zeigt.

Die Gefahr des russisch-französischen Bündnisses mit seinen Zielen am Rhein und am Bosporus sah Engels klar vor sich. Am Schluß des erwähnten Aufsatzes sagt er: „Europa gleitet wie auf einer schiefen Ebene mit wachsender Geschwindigkeit abwärts, dem Abgrund eines Weltkrieges von bisher unerhörter Heftigkeit entgegen. Nur eins kann hier Halt gebieten: ein Systemwechsel in Rußland. — Daß er binnen wenig Jahren kommen muß, daran kann kein Zweifel sein. Möge er noch rechtzeitig kommen, ehe das sonst Unvermeidliche geschieht!"

Diese prophetischen Worte wurden Ende Februar 1890 geschrieben. Der erwartete Systemwechsel in Rußland trat nicht ein. Es dauerte noch 15 Jahre, bis überhaupt in Rußland die Revolution im Gefolge des japanischen Krieges zum Durchbruch kam, und leider gelang es ihr nicht, das absolutistische Regiment endgültig niederzubrechen. Die auswärtige Politik des russischen Reiches blieb nach wie vor das unbestrittene Betätigungsfeld jener skrupellosen Gesellschaft panmoskowitischer Eroberungspolitiker. In der inneren Politik Rußlands gewann zwar ein neuer Faktor wachsende Bedeutung: die junge russische Bourgeoisie. Aber das bedeutete für die äußere Politik Rußlands schon deswegen keinen Wechsel des Systems, weil die alte russische Machterweiterungspolitik durchaus den Interessen des erstarkenden Handels- und Industriekapitals entsprach.

Das findet sich sehr klar dargelegt in einem „Offenen Brief über das Verhältnis von Rußland und Deutschland", den der russische Historiker Paul von Mitrofanoff an seinen Freund Professor Hans Delbrück richtete, und der Ende Mai 1914 in den „Preußischen Jahrbüchern" erschien. Mitrofanoff macht darin folgende offenherzige Ausführungen:

„Das deutsch-österreichische Bündnis machte jetzt das Deutsche Reich zum prinzipiellen Gegner Rußlands. Für Rußland ist die Balkanfrage keine guerre de luxe (Streit aus Liebhaberei), kein abenteuerlicher Traum der Slawophilen: ihre Lösung ist eine unzweifelhaft ökonomische und politische Notwendigkeit. Das ganze russische Budget ist auf der Ausfuhr nach dem Ausland basiert; wird die Kommerzbilanz passiv, so ist der russische Schatz bankerott, in-

dem er nicht imstande sein wird, die Zinsen seiner enormen auswärtigen Schulden zu bezahlen. Und zwei Drittel dieser Ausfuhr gehen durch die südlichen Häfen und weiter durch die beiden türkischen Meerengen. Ist dieser Ausgang einmal geschlossen, so stockt der russische Handel, und die ökonomischen Folgen dieser Sperre wären unabsehbar: der letzte türkisch-italienische Krieg hat es hinreichend gezeigt. Nur der Besitz des Bosporus und der Dardanellen kann diesem unerträglichen Zustande ein Ende bereiten, weil die Existenz einer Weltmacht wie Rußland von Zufällen und fremder Willkür nicht abhängig sein darf."

Jeder Staat, der sich diesem Drang nach Süden, der eine historische, politische und ökonomische Notwendigkeit ist, widersetzt — so führt Mitrofanoff weiter aus —, sei für Rußland ein feindlicher Staat. Da sei das nächste Hindernis Oesterreich. Aber hinter Oesterreich und seiner Balkanpolitik erhebe sich die gepanzerte Faust Deutschlands. Und was noch schlimmer sei, Deutschland betreibe eine eigene orientalische Politik, die die Verwirklichung der russischen Ziele durchkreuze. Deutsches Kapital setze sich in Kleinasien fest, so namentlich durch das Bagdadunternehmen, und die deutsche Regierung leiste der Türkei ihre Hilfe zur Reorganisation ihrer militärischen Widerstandskraft zu Lande und zu Wasser. „Kurz und bündig: selbständig und als Bundesgenosse Oesterreichs, überall, auf jedem Schritt und Tritt in der ganzen Levante stößt und stieß Rußland bei der Lösung seiner vitalsten Aufgabe, der Orientfrage, auf den Widerstand der Deutschen. Es ist den Russen jetzt klar geworden: wenn alles so bleibt, wie es jetzt ist, geht der Weg nach Konstantinopel über Berlin. Wien ist eigentlich eine sekundäre Frage."

Deutlicher konnte man den Grund der russischen Kriegsgründe nicht aussprechen. In der konsequent durch die Jahrhunderte bis unmittelbar vor dem Krieg verfolgten Eroberungspolitik Rußlands im Gebiet des Osmanenreichs haben wir einen der starken Kraftströme zu sehen, die das Schiff der europäischen Politik in den Wirbel des Weltkrieges gerissen haben.

Mit dieser Darlegung wurde bereits die historische Verflechtung aufgedeckt, die Frankreich mit in die Katastrophe

verwickelt hat. Für den oberflächlich nur die Tagesgeschichte Betrachtenden hat es etwas Unverständliches, wie die auf ihre demokratischen Errungenschaften so stolze französische Republik sich in ein so inniges Freundschaftsbündnis mit dem russischen Despotismus begeben, wie das Volk der großen Revolution sich dem brutalen Hüter aller europäischen Reaktion an den Hals werfen konnte. Vom Standpunkte der politischen Moral gab es dafür keine Erklärung und keine Entschuldigung. Es bietet ein klassisches Beispiel dafür, daß große reale Interessen in der Politik über moralisch-ideologische Bedenken wegschreiten.

Das alte Ziel Frankreichs, die Ausdehnung seiner Grenzen bis an das linke Rheinufer, hatte, wie Friedrich Engels in seinem Schriftchen: „Po und Rhein“ (1859) treffend darlegte, eine eminent strategische Bedeutung für Frankreich. Eine nicht minder große Bedeutung hatte der Besitz des linken Rheinufers aber auch in ökonomischer Hinsicht. Die französische Bourgeoisie hat eine Anleihe nach der anderen nach Rußland gegeben, um dieses instand zu setzen, seine Armee auf die Höhe der modernen Technik zu heben, seine strategischen Bahnen und seine Festungen im Westen auszubauen. Das erschien an sich schon als kein schlechtes Geschäft. Was verschlug es, daß die Zinsen einer bis aufs Blut gepeinigten Volksmasse abgepreßt wurden! Obendrein wurde es dem französischen Rentner als eine „patriotische Tat“ angepriesen, seine Schätze dem Zaren zu Füßen zu legen. Im Hintergrund winkte als höherer Lohn die Wiedergewinnung der 1870 verlorenen Provinzen und womöglich der 1801—1815 besessenen übrigen Rheingebiete dazu. Diesem Ziele zuliebe mußte alle politische Moral schweigen. So schreckten diese honetten Republikaner nicht davor zurück, das durch die Revolution von 1905 vorübergehend bankerotte Regiment des Despoten an der Newa mit ihren Milliarden wieder flott zu machen und ihm zu helfen, mit Kerker und Galgen furchtbare Rache zu nehmen an den russischen Freiheitskämpfern. Militärisch und finanziell auf Gedeih und Verderb an das Schicksal der zaristischen Macht gekettet, ist die französische Republik immer mehr in die willenlose Vasallenschaft ihres herrschsüchtigen Gläubigers geraten.

Die französischen wie die russischen Sozialisten haben das Schmähliche dieses Verhältnisses vor dem Kriege oft genug

ausgesprochen. Auf dem Internationalen Kongreß zu Amsterdam 1904 rief ein führender russischer Delegierter in den Saal: „Ist es nicht eine Schande, daß sogar die Bourgeoisie einer sogenannten Republik als festeste Stütze des Despotismus den Henker aller Reußen mit ihrem Golde bezahlt?" — Der Bericht verzeichnet dahinter: „Lauter Beifall, besonders bei den französischen Delegierten." Der Sprecher aber hieß — Plechanoff. Derselbe Mann, der bei Ausbruch des Krieges der Koalition gegen Deutschland seinen Segen gab!

Zu den beiden Landmächten, die Deutschland von Westen und Osten bedrohten, gesellte sich die erste Seemacht der Welt, England. Auch für die britische Regierung hatte der Gedanke an enge Bündnisbeziehungen zu den despotischen Gewalthabern an der Newa nichts politisch Anstößiges. Mochten englische Philanthropen und Sozialisten noch so oft Protestmeetings gegen die Grausamkeiten des russischen Henkerregiments veranstalten, das hielt die „liberalen" Staatsmänner keinen Augenblick ab, zur Förderung ihrer eigenen Pläne mit den so gebrandmarkten Beherrschern des moskowitischen Völkergefängnisses in enge und engste Fühlung zu treten. Der Zweck heiligt die Mittel. Der Zweck aber war: unablässige Erweiterung der englischen Weltherrschaft durch Angliederung immer neuer Ländermassen in allen Breiten und Längen des Erdkreises.

Auch das Bündnis zwischen England und Rußland ist keine neue Erscheinung. Seit Jahrhunderten haben gelegentliche offene und geheime Vereinbarungen zwischen England und Rußland stattgefunden, die ihre Spitze gegen die verschiedenen Staaten des europäischen Kontinents richteten. Karl Marx hat das in einer Reihe von Arbeiten dargelegt, die N. Rjasanoff in einem Ergänzungsheft zur „Neuen Zeit" (Nr. 5, 1909) unter dem Titel: „Karl Marx über den Ursprung der Vorherrschaft Rußlands in Europa" zusammengefaßt hat. Marx gibt dort einen interessanten historischen Abriß der Entstehungsgeschichte des russischen Reiches und deckt dabei die geheimen Beziehungen auf, die zwischen der russischen und englischen Diplomatie schon im 17. und 18. Jahrhundert herüber- und hinübergingen. Auch für die innerpolitische Entwickelung Deutschlands in der Mitte des vorigen Jahrhunderts war das

unterirdische Zusammenarbeiten Englands mit Rußland verhängnisvoll. Palmerston war nicht weniger ein Feind der deutschen Freiheits- und Einheitsbewegung wie Nikolaus I. In ihrer Neujahrsnummer des Jahres 1849 schrieb die von Marx geleitete „Neue Rheinische Zeitung" in einem Rückblick über die revolutionäre Bewegung des Jahres 1848:

„Das Land aber, das ganze Nationen in seine Proletarier verwandelt, das mit seinen Riesenarmen die ganze Welt umspannt hält, das mit seinem Gelde schon einmal die Kosten der europäischen Restauration bestritten hat, in dessen eigenem Schoße sich die Klassengegensätze zur ausgeprägtesten, schamlosesten Form fortgetrieben haben — England scheint der Fels, an dem die Revolutionswogen scheitern, das die neue Gesellschaft schon im Mutterschoß aushungert."

Damals war es nämlich England, das Rußland das Geld verschaffte, um seine gegenrevolutionäre Mission durchzuführen. Anfang 1850 schrieb Nesselrode dem Fürsten Woronzow: „Wir erhielten unlängst einen neuen glänzenden Beweis der Sympathien, die jetzt in England Rußland entgegengebracht werden. Dieser Beweis ist die Aufnahme, die unsere Anleihe gefunden hat, ungeachtet Cobden, Peace u. Co., wie „Morning Chronicle" den Führer der Freihändler witzig nennt. Denken Sie sich, die Zeichnung erreichte die Höhe von 16 Millionen Pfund Sterling. Möge man nun sagen, daß man in England nicht mehr Rußland liebe."

Auch die äußere politische Erniedrigung Deutschlands war gemeinsame Arbeit der Herrschenden an der Themse und an der Newa, die im Londoner Protokoll von 1852 Schleswig-Holstein an Dänemark auslieferten. Rjasanoff faßt die Gedankengänge von Karl Marx „über die englisch-russische Sklaverei" jener Zeit wie folgt zusammen:

„Die politische Sklaverei, in der sich das kontinentale Europa gegenüber Rußland befand, wurde vervollständigt durch seine wirtschaftliche Abhängigkeit von England. Die Revolution von 1848 zerschellte in nicht geringerem Maße am Widerstand Rußlands, dieses politischen Despoten Europas, als am Widerstand Englands, dieses Despoten des Weltmarktes. Wenn von London alle wirtschaftlichen Fäden aus-

gingen, die den Weltmarkt umgarnten und die Abhängigkeit des kontinentalen Europas von der Londoner Börse befestigten, so wurden in Petersburg unermüdlich die Ketten geschmiedet, in denen die besiegte Revolution verblutete und die Ränke und Intrigen der Reaktion, mit denen alle europäischen Fürstenhöfe von Berlin bis Madrid ihre Völker umgarnten!“

England, der „Despot des Weltmarktes“ — dieser Ausdruck stammt von Karl Marx und charakterisiert mit glänzender Treffsicherheit das Wesen der englischen Politik. Dieser Despot duldete auf dem Weltmeer keine anderen Götter neben sich, und es gelang ihm im Laufe der Jahrhunderte, jeden ernsthaften Konkurrenten um die Seeherrschaft zu vernichten. Mit der spanischen Armada an der Küste Englands versank die spanische Seeherrschaft. Als die Niederländer sich im 17. Jahrhundert zu immer mächtigeren Rivalen auswuchsen, wurde ihnen das Schicksal der Spanier bereitet. Dann war es die Machtentfaltung Frankreichs seit Ludwig XIV., die unter Napoleon I. zu bedrohlicher Höhe anwuchs, die England alle Kräfte daransetzen ließ, auch diesen Rivalen niederzuringen. Die unbedingte Hegemonie zur See war das Dogma der englischen Politik. Jede Kontinentalmacht, die dieser gefährlich wurde, mußte zu Wasser und zu Lande so geschwächt werden, daß sie Englands Oberherrschaft nicht mehr gefährlich werden konnte. Das war der leitende Gedanke, der die Einmischungspolitik Englands bei allen Händeln beherrschte, die die europäischen Kontinentalmächte gegeneinander ausfochten.

Von diesem Gesichtspunkt aus stützte England Friedrich den Großen gegen Oesterreich und Frankreich im Siebenjährigen Krieg. Ersteres besaß damals das England gegenüberliegende niederländische Gebiet. Frankreichs Machtstellung zu Lande und zur See war schon lange Englands Sorge. Die Herausbildung einer preußischen Militärmacht, mit der man gelegentlich diese oder jene der älteren kontinentalen Großmächte in Schach halten konnte, lag durchaus im englischen Interesse. Jedoch sie durfte zu keiner Seemacht werden und auch als Kontinentalmacht nicht so stark, daß sie dem englischen Einfluß entwuchs. Daher begegnete sich England mit Frankreich und Rußland in dem Bestreben, die Neuaufrichtung eines deutschen Einheitsstaates zu hindern.

Jedoch, als Bismarck dieses Werk nach den Siegen von Sadowa und Sedan vollbracht hatte, fand sich England im Gegensatz zu unseren Nachbarn im Osten und Westen bald mit dem neuen Zustand der Dinge ab. Ja die neue kontinentale Zentralmacht wurde ihm bald ein wertvoller stiller Gehilfe bei seinen weltpolitischen Plänen. Das Vordringen Rußlands in Asien bedrohte Englands ostindische Machtstellung, wie die älteren Pläne Rußlands auf Konstantinopel die englische Beherrschung des östlichen Mittelmeeres und seine Stellung am Suezkanal bedrohten. Zugleich wurden Frankreichs koloniale Eroberungspläne im Sudan und in anderen Teilen Afrikas England sehr unangenehm. Da erschien denn die preußisch-deutsche Militärmacht als der natürliche Verbündete, der die Kräfte der beiden kolonialpolitischen Rivalen in der Heimat fesselte. Die Ablehnung einer kolonialen Expansion durch Bismarck, die bewußte Beschränkung seiner Politik auf die kontinentale Machtstellung des Reiches förderte dieses gute Verhältnis zwischen England und Deutschland.

Um die Wende des Jahrhunderts aber änderte sich das Bild von Grund aus. Die mächtige ökonomische Entwickelung Deutschlands, die eine stürmisch über die Grenzen des Reiches hinausdrängende wirtschaftliche Expansion zur Folge hat, beginnt England unbequem zu werden. Der Aufschwung der deutschen Seeschiffahrt, die Eroberung kolonialer Märkte durch die deutsche Exportindustrie, die wachsende Konkurrenz deutscher Kapitalunternehmungen in den verschiedensten Teilen der Welt werden von dem kapitalistischen Unternehmertum Englands als immer unangenehmere Störungen und Erschwerungen des eigenen Geschäfts empfunden.

Unter dem Druck der deutschen Konkurrenz gerät alsbald auch das wirtschaftstheoretische Fundament des englischen Liberalismus, der Freihandel, ins Wanken. Der Gedanke, die Kolonialgebiete und Tochterländer des englischen Imperiums mit dem Mutterland zu einem nach außen durch Zollschranken abgeschlossenen Wirtschaftsgebiet zusammenzufassen, gewinnt Boden. Joseph Chamberlain, der im Jahre 1895 das Kolonialministerium übernahm, machte sich zum Herold dieser Idee. Zwar findet sie zunächst starken Widerstand in den Tochterstaaten, namentlich in Kanada und Australien wegen

deren besonderen Wirtschafts- und Zollinteressen. Auch im Mutterland widerstreben ihr große Gruppen von Kaufleuten und Fabrikanten, die mit Deutschland ein lebhaftes Import- und Exportgeschäft betreiben. Allein im großen ganzen wächst das Unbehagen in der wirtschaftlichen Welt Englands. Man fühlt, daß das siegreiche Vordringen der deutschen Konkurrenz für die so lange unbestrittene kommerzielle Weithegemonie von Jahr zu Jahr bedrohlicher wird.

Als dann Deutschland sich gar anschickte, eine Kriegsflotte großen Stils zu bauen, verwandelte sich das Unbehagen in feindseliges Mißtrauen. Man erblickte darin eine Infragestellung der eigenen unbedingten Seeherrschaft und damit eine Bedrohung nicht nur des kolonialen Imperiums, sondern auch des Mutterlandes selbst. Die feindliche Stimmung gegen Deutschland wird nun durch eine von kapitalistischen und maristischen Interessen geleitete Presse systematisch in die Massen getragen. Die Parlamentswahlen im Jahre 1910 wurden unter dem Zeichen der „deutschen Gefahr" geschlagen. Dabei konnten sich die englischen Imperialisten und Rüstungstreiber auf ihnen dienliche Aeußerungen deutscher Säbelrasseler und Welteroberer stützen. Fürst Bülows auswärtige Politik trug auch nicht dazu bei, die in England für ein friedliches Verhältnis mit Deutschland wirkenden Kräfte zu fördern. Von Wahl zu Wahl schmolz die Mehrheit der ursprünglich auf Rüstungsbegrenzung eingestellten liberalen Regierung dahin. Um nicht weggefegt zu werden, sah sie sich schließlich genötigt, mit vollen Segeln in das Fahrwasser der jingoistischen Strömung hineinzusteuern.

Aus diesen Verhältnissen entsprang auch die von Eduard VII. eingeleitete Einkreisungspolitik gegen Deutschland. Die ganze auswärtige Politik Englands wurde umgebaut; die großen weltpolitischen Streitsachen mit Frankreich und Rußland wurden durch friedliche Vereinbarung liquidiert. Zuerst kam die Verständigung mit Frankreich über die kolonialen Differenzen in Afrika, wobei Frankreich für den Verzicht auf seine Ziele im Sudan die Anwartschaft auf Marokko erhielt. Ihr folgte die Verständigung mit Rußland über die gegenseitigen Interessensphären in Asien. Hand in Hand mit diesen kolonialpolitischen Verständigungs-

aktionen ging die militärisch-marinistische Annäherung der drei Staaten. Die englisch-französische Entente verschmolz mit dem französisch-russischen Zweibund zum englisch-französisch-russischen Dreiverband. Diese Tripelentente richtete sich in ihrer ganzen Breite gegen Deutschland; nur von der russischen Seite kehrte sie sich unmittelbar auch gegen Oesterreich. Der dritte Partner im Dreibund, Italien, sah sich von den Ententemächten heiß umworben. Deutlich trat das Ziel heraus, einen Vierbund gegen die beiden Zentralmächte zustande zu bringen, ja, darüber hinaus auch alle kleineren Mächte des Kontinents mit in den Ring gegen Deutschland-Oesterreich zu ziehen. In Portugal, Belgien, wie in einigen Balkanstaaten wurde mit Erfolg in diesem Sinne gearbeitet. Auch das ältere englisch-japanische Bündnis wurde mit in die Koalition gezogen.

Ihrem wirtschaftspolitischen Wesen nach war die Tripelentente ein W e l t v e r t e i l u n g s s y n d i k a t, wie es die Geschichte noch nicht gesehen hat. Die in engster Fühlung miteinander arbeitende Ententediplomatie bewährte sich als ein überaus erfolgreicher Exekutivausschuß der englisch-französisch-russischen Expansionspolitik. Wo es in der Welt noch etwas zu verteilen gibt, da tritt er in Aktion. Nordafrika wird endgültig aufgeteilt, Ost- und Mittelasien wird in „Interessensphären" zerlegt, über Vorderasien werden die Lose geworfen. Den gigantischen Eroberungen und Angliederungen, den Interessensphären und Kapitalmonopolen gegenüber, die von diesem Syndikat durchgeführt werden, erscheint die deutsche „Eroberungspolitik" als das Werk eines Zwerges.

An die verwirklichten und weiteren Pläne der englisch-französisch-russisch-japanischen Weltverteilungskompagnie muß in erster Linie gedacht werden, wenn man diesen Krieg als einen „i m p e r i a l i s t i s c h e n Eroberungskrieg" bezeichnet. Die meisten aber, die diesen Ausdruck gebrauchen, kehren ihn gegen Deutschland. Da scheint es nötig, sich zunächst einmal über den Begriff „Imperialismus" selbst zu verständigen. Er wird nämlich von verschiedenen Leuten und in verschiedenen Ländern in ganz verschiedener Bedeutung gebraucht. Infolgedessen redet und schilt man hüben und drüben meist aneinander vorbei.

Ursprünglich hatte das Wort Imperialismus eine streng politische Bedeutung. Man verstand darunter das politische

System eines unumschränkten Herrschers (Imperators), dem die Ausdehnung seines Herrschaftsbereiches (Imperiums) über weitere Länder und Völker am Herzen lag. So sprach man von dem Imperialismus eines Augustus, eines Karls des Großen, eines Napoleon I. Und wenn heute in den französischen Blättern gegen den „Imperialismus" der Hohenzollern als einer Gefahr für die Freiheit der europäischen Völker gewettert wird, so geschieht es meist in dieser alten Bedeutung des Wortes.

Mit der Neubelebung des Wortes in England, namentlich durch Joseph Chamberlain, nahm es die Bedeutung des wirtschaftspolitischen Zusammenschlusses des englischen Imperiums unter Aufrichtung von Zollschutzmauern und Monopolsperren mit in sich auf. Der springende Punkt ist dabei die Sicherung der alleinigen Nutznießerschaft von Rohstoffquellen, Absatzmärkten und Kapitalanlage-Gelegenheiten für die Reichsangehörigen mit Hilfe politischer Maßnahmen und Machtmittel. Als Idealziel erscheint das angelsächsische Weltreich als „geschlossener Handelsstaat".

In diesem Sinne wird das Wort auch von einigen deutschen Eroberungspolitikern gebraucht, die ein dem britischen ähnliches Weltimperium erstreben.

Daneben kursiert das Wort Imperialismus aber in Deutschland noch in zwei anderen Bedeutungen. Einmal in der sehr verengten Anwendung nur auf das Bestreben großer Finanzmächte, ausländische Konzessionen zu erwerben, um ihren im Inland nicht unterzubringenden Kapitalüberschuß mit hohen Profiten zu verwerten. Das Bagdadbahnunternehmen z. B. gilt dafür als typischer Fall. An diesen „modernen Imperialismus" denkt man bei der gelegentlichen Behauptung, der Imperialismus sei eine ganz neue Erscheinung, die Marx und Engels überhaupt noch gar nicht gekannt hätten.

Außer in dieser Verengung wird das vielgeplagte Wort schließlich auch noch in einer ganz verschwommenen Begriffserweiterung gebraucht, nämlich im Sinne jeder weltwirtschaftlichen Ausweitung kaufmännischer, industrieller oder bankmäßiger Betätigung. Die allgemeine wirtschaftliche Expansion über die Landesgrenzen hinaus ist zwar uralt, gleichwohl scheint sie jetzt mancher, weil man sie plötzlich mit dem neuen

Etikett „Imperialismus" versieht, für eine ganz moderne kapitalistische Giftpflanze zu halten, deren Ausrottung sich jeder gute Sozialist zur Aufgabe setzen müsse.

Es liegt auf der Hand, daß die letzterwähnte Art von „Imperialismus" vom sozialistischen Standpunkt aus nicht nur nicht zu bekämpfen, sondern kräftig zu fördern ist. Die weltwirtschaftliche Ausweitung der Volkswirtschaft mit Güter- und Kapitalaustausch herüber und hinüber gehört zur vollen wirtschaftlichen Entfaltung der Produktionskräfte jedes Landes. Der „geschlossene Handelsstaat", besser gesagt Bauern- und Handwerkerstaat, gehört der Vergangenheit an. Ohne aktiven und passiven Anschluß an die Weltherrschaft überland und übersee gibt es auch keine moderne Arbeiterbewegung. Es wäre wirtschaftlicher Selbstmord, wollte sich die Arbeiterschaft der weltwirtschaftlichen Expansion an sich entgegenstemmen.

Wie weit Karl Marx entfernt war, der deutschen Arbeiterklasse diesen Rat zu erteilen, zeigt schon die obenerwähnte bittere Anklage gegen England, das als Despot des Weltmarkts „ganze Nationen in seine Proletarier verwandelt" und damit ihre wirtschaftliche Entfaltung hemmt. Im Zusammenhang damit sagt Marx: „Die Verhältnisse der Industrie und des Handels innerhalb jeder Nation sind beherrscht durch ihren Verkehr mit anderen Nationen, sind bedingt durch ihre Verhältnisse zum Weltmarkt."

Und vom Standpunkt der Marxschen Lehre muß weiter gesagt werden: Es ist eine unausbleibliche Konsequenz der neuen und neuesten Verkehrsmittelentwickelung, daß nunmehr der gesamte Erdkreis in beschleunigtem Tempo in die moderne Wirtschaftsentwickelung hineingezogen wird. Waren es früher nur die Randgebiete der fremden Weltteile, die in den kapitalistischen Handelsverkehr einbezogen wurden, so beginnen nun Eisenbahnen das Innere Afrikas, Asiens, Australiens zu durchqueren. Autos und Luftfahrzeuge, Telephon, Draht- und Radiotelegraph helfen mit, Ländergebiete zu erschließen, die noch vor einem Menschenalter in sagenhaftes Dunkel gehüllt waren. Kein Gebiet bleibt unberührt, kann unberührt bleiben. Keine „eingeborene" Bevölkerung, auf welcher Stufe der wirtschaftlichen und kulturellen Entwickelung sie stehen mag, kann oder darf sich dem widersetzen. So wenig wie die Indianer-

bevölkerung ein Monopol auf den amerikanischen Kontinent als ihr „Recht“ beanspruchen und sich seiner Nutzbarmachung für die Gesamtwirtschaft der Menschheit mit Erfolg widersetzen konnte, so wenig kann irgendeiner anderen primitiven Bevölkerung die alleinige Nutznießerschaft unerschlossener Gebiete als „Naturrecht“ zugesprochen werden. Und wenn es ein „Ethiker“ ihr zuspräche, ein marxistisch geschulter Wirtschaftspolitiker müßte es ihr energisch verweigern.

Die Einbeziehung des gesamten Erdkreises in die moderne technisch-industrielle Entwickelung ist ein unaufhaltsamer, notwendiger und nützlicher Prozeß. Er vollzieht sich heute und kann sich heute in der Regel nur vollziehen mit den Mitteln der kapitalistischen Unternehmung. Hier ist es, wo die Sozialdemokratie mit bestimmten Forderungen auf den Plan tritt. Wir haben zu verlangen, daß dieser Aufschließungsprozeß nicht als Raubwirtschaft an der Natur betrieben wird, und wir haben darauf hinzuwirken, daß die eingesessene Bevölkerung, welcher Farbe und Rasse sie auch sein mag, geschont und zu kulturellem Dasein emporgehoben wird.

Wir sind also nichts weniger als prinzipielle Gegner der weltwirtschaftlichen Expansion an sich. Nicht das W a s eines so gemeinten „Imperialismus“ bekämpfen wir, sondern lediglich das W i e, seine Neigung zu menschenmörderischen Methoden zwecks Erzielung rascher, hoher Profite auf Kosten von Naturleben und Menschenglück. Demgemäß erklärte auch B e b e l am 1. Dezember 1906 im Reichstag: „Daß K o l o n i a l p o l i t i k getrieben wird, ist an und für sich kein Verbrechen. Kolonialpolitik zu treiben kann unter Umständen eine Kulturtat sein; es kommt nur darauf an, w i e die Kolonialpolitik getrieben wird.“

Handelt es sich um die koloniale Erschließung von Gebieten, in denen gesicherte Verkehrs- und Rechtseinrichtungen noch nicht bestehen und deren Bewohner noch unfähig sind, diese notwendigen Vorbedingungen wirtschaftlicher Entwicklung zu schaffen, so ist die Einsetzung einer geordneten Verwaltung durch den kolonisierenden Kulturstaat nicht zu umgehen. Die kulturelle Hebung der Eingeborenen und ihre Heranziehung zur Selbstverwaltung darf dabei aber nicht aus dem Auge gelassen werden. Zu verwerfen ist dagegen eine solche politische

Vormundschaft überall da, wo die Bevölkerung genügend hoch entwickelt ist, um aus eigener Kraft ein geordnetes Staatswesen zu schaffen. Das dürfte auf die meisten Völker des islamitischen und buddhistischen Kulturkreises zutreffen. Aus diesem Grunde ist die europäische Fremdherrschaft in den afrikanischen Mittelmeergebieten, wie über Kleinasien, Persien und die indischen Gebiete zu verurteilen. Hier können durch wirtschaftliche Verträge und internationale Regulierungen und Kontrollen genügende Sicherheiten für die weltwirtschaftliche Erschließung geschaffen werden.

Gerade auf die politische Unterwerfung und nationale Niederhaltung dieser Gebiete aber war der Imperialismus der Ententemächte eingestellt. Sie betrieb ein grandioses Weltverteilungsgeschäft mit dem besonders gepflegten Spezialzweig: Erwerb subtropischer Gebiete älterer Kultur.

Wie steht es demgegenüber mit den weltwirtschaftlichen Expansionsbestrebungen Deutschlands und Oesterreichs?

Oesterreich besitzt bis heute keinen Quadratmeter Kolonialland. Die einzige politische und wirtschaftliche Expansion, die es seit dem Jahre 1870 gemacht hat, ist die Angliederung Bosniens und der Herzegowina. In bezug auf territoriale Expansion befand sich die Donaumonarchie vor dem Ausbruch des Krieges in der Defensive. Sie sah sich durch die großserbische Expansionsbewegung bedroht. In der letzteren vereinigte sich ein von Serbien aus gesehen durchaus berechtigtes Streben nach wirtschaftlicher Entwickelung mit nationalideologischen Tendenzen, die von Rußland aus nichts weniger als ideologischen Motiven genährt wurden. Die Absperrung des serbischen Bauernlandes vom europäischen Markt durch die österreichisch-ungarische Wirtschaftspolitik bedeutete für Serbien eine schwere ökonomische Niederhaltung. Und insofern diese Niederhaltung von den österreichisch-ungarischen Agrarproduzenten aus Geschäftsinteresse betrieben wurde, muß man sie als eine der ökonomischen Kriegsursachen der Donaumonarchie auf die Rechnung setzen.

Dieser Interessenkonflikt wäre aber viel zu unbedeutend gewesen, um die europäischen Großmächte in einen Weltkrieg zu verwickeln. Hinter dem österreichisch-serbischen Gegensatz

stand der russisch-österreichische Gegensatz. Serbien war nur der vorgeschobene Arm Rußlands, der sich zur Adria ausstreckte und dabei die südslawischen Gebiete Oesterreichs bedrohte. Will man der Donaumonarchie ihr Daseinsrecht selbst nicht bestreiten, so wird man ihr das heftige Widerstreben gegen diese serbisch-russische Expansion nicht verargen können.

Was den deutschen Imperialismus betrifft, so ist er zwar in der Zukunftsphantasie einiger Welteroberungspolitiker sehr groß, in Wirklichkeit aber, wie gesagt, im Vergleich zu dem seiner Gegner ein Kind. Ansätze zur Bildung eines „größeren Deutschlands" sind freilich durch den Erwerb der Kolonien gemacht worden, wobei die anfänglichen Methoden nicht besser waren als die von anderen Mächten beliebten. Aber was wollen die deutschen Kolonialerwerbungen sagen gegenüber den politisch-ökonomischen Herrschaftserweiterungen, die die Ententemächte in den letzten Jahrzehnten durchgeführt haben. Frankreich hat sich Indochina, Madagaskar, Tunis und Marokko angeeignet. Rußland hat die mittelasiatischen Steppenländer, die Nordmandschurei, die Mongolei und Nordpersien in seine „Einflußsphäre" gezogen, England hat Aegypten mit dem Sudan, die Gebiete der Somali, Zulus, Aschanti, die Burenrepubliken, Ober-Birma und Tibet seinem Reich eingefügt! Es klingt wie Hohn, wenn dieselben Mächte, die fortgesetzt große Völker und ungeheure Ländergebiete verschlungen haben, sich nun der Welt als die Beschützer der „Völkerfreiheit" gegen die „Eroberungssucht" Deutschlands vorstellen.

Abgesehen von jenen Kolonialerwerbungen hat die deutsche Expansionspolitik nur Forderungen der wirtschaftlichen Gleichberechtigung, gemäß dem Grundsatz der „offenen Tür" erhoben. Darum handelte es sich z. B. für Deutschland bei der Marokko-Angelegenheit. Es darf zum Beweis dafür nur daran erinnert werden, daß die Tangerfahrt Kaiser Wilhelms ihre Krönung erfuhr in der scharf betonten Erklärung, daß man in dem Sultan von Marokko einen „souveränen" Herrscher sähe. Der Charakter der deutschen Marokkopolitik war ein durchaus defensiver gegen den englisch-französischen Geheimvertrag, der das unter internationalem Vertragsrecht stehende Land Frankreich auslieferte.

Was nun gar die Betätigung der deutschen Kapitalexpansion in Kleinasien betrifft, so darf die deutsche Politik gerade hier für sich in Anspruch nehmen, den Grundsatz der nationalen Unabhängigkeit gegen die Raub- und Aufteilungsgelüste der Tripelentente verteidigt zu haben. Sie tat das natürlich nicht aus ideologischen Motiven, sondern aus dem einfachen Grunde, weil sie in der Aufrechterhaltung der Türkei als eines selbständigen nationalen Staatsgebildes die Voraussetzung für die freie ökonomische Betätigung deutscher Kräfte in den vorderasiatischen Gebieten gegeben sah. Auch vom sozialistischen Standpunkt aus müssen wir solche wirtschaftlichen Unternehmungen zur Erschließung brachliegender Natur- und Menschenkräfte begrüßen. Wir haben darum auch das Bagdadbahn-Unternehmen im Reichstag gebilligt; insbesondere ist August Bebel entschieden für die Förderung desselben eingetreten.

Jedenfalls kann nicht bestritten werden, daß die deutsche Politik auf die Erhaltung und innere Entwickelung der Türkei gerichtet war. Der Einwurf, daß Deutschland dabei die „Aegyptisierung“ der Türkei, d. h. die allmähliche Aufrichtung seiner eigenen politischen Herrschaft dort nach dem Vorbild der Engländer in Aegypten als Ziel verfolgt hätte, ist ganz hinfällig. Will man ein Land „ägyptisieren“, so ist der erste und notwendigste Schritt, daß man seine nationale Wehrmacht zur Auflösung bringt. Deutschland tat in der Türkei das Gegenteil; es richtete die zusammengebrochene militärische Macht des Osmanenreichs wieder auf.

Dadurch gerade kam Deutschland ja auch der russisch-englischen Eroberungs- und Zertrümmerungspolitik in die Quere. Nichts war mehr geeignet, die Stimmung der Ententepolitiker gegen Deutschland zu verschärfen, als das Bestreben Deutschlands, dem türkischen Reich bei der Reorganisation seiner Armee und Marine zu Hilfe zu kommen. Denn damit wurde der Aufteilungsplan verhindert, der den Norden Kleinasiens dem russischen Reich und den Süden dem englischen Imperium angliedern wollte. Die Weltpolitiker an der Themse sahen ihren grandiosen Plan bedroht, das afrikanische Kolonialreich Englands mit dem asiatischen durch eine Landbrücke zu verbinden. Eine Eisenbahn von Kairo durch Syrien, Süd-

Mesopotamien und Südpersien nach Indien — was das für die Festigung der englischen Welthegemonie zu Wasser und zu Lande bedeuten würde, bedarf keines weiteren Nachweises.

Eine der Vorarbeiten zur Verwirklichung dieses imperialistischen Projektes war bereits vollbracht: Südpersien war der englischen „Einflußsphäre" einverleibt worden. Die zweite, größere Vorarbeit, die Zertrümmerung des Osmanenreiches, war noch zu vollenden. Mit Rußland hatte man sich über die Verteilung der Beute geeinigt. Da schob sich die deutsche Orientpolitik mit ihrem Bagdadbahn-Unternehmen und der Kräftigung der türkischen Staats- und Heeresorganisation in den Weg. Was Wunder, daß sich die beiden Raubmächte enger aneinander schlossen, um den deutschen „Störenfried" unschädlich zu machen.

In dem von dem Internationalen Kongreß zu Basel 1912 beschlossenen Manifest heißt es: „Sollte aber in weiterer Folge der militärische Zusammenbruch der Türkei zur Erschütterung der osmanischen Herrschaft in Vorderasien führen, dann ist es die Aufgabe der Sozialisten Englands, Frankreichs und Deutschlands, sich mit aller Kraft der Eroberungspolitik in Vorderasien zu widersetzen, die geradeswegs zum Weltkrieg führen müßte."

Mit größerer Treffsicherheit konnte die Gefahr, die die Ententepolitik in Vorderasien für den Weltfrieden bedeutete, nicht angekündigt werden.

Ueberblickt man das Gesamtbild der großen politisch-ökonomischen Interessenkreuzungen zwischen den beiden Mächtegruppen, so muß das Endurteil lauten: die aggressive, auf gewaltsame politische Angliederungen ausgehende Politik war auf seiten der Tripelentente; die Politik der beiden Zentralmächte verfolgte im allgemeinen das Prinzip der offenen Tür, der gleichen ökonomischen Bewegungsfreiheit bei der Aufschließung des Erdkreises. In bezug auf die aktuelle vorderasiatische Frage war sie jedenfalls auf die Erhaltung des Bestehenden gerichtet. Es kann kein Punkt genannt werden, an dem Deutschland durch aggressive Maßnahmen einen Konflikt mit den Partnern der Tripelentente provoziert hätte. Und wenn es vor einigen Jahren den Anschein hatte, als ob

Agadir ein solcher Punkt sein sollte, so hat der weitere Verlauf der dadurch eingeleiteten Marokkokrise gezeigt, daß die deutschen Imperialisten nicht die Macht hatten, die Reichsleitung zu einem europäischen Krieg zu treiben. Die „imperialistische Angriffspolitik" kam von der anderen Seite.

V.

Die diplomatische Schuldfrage.

Bleibt man sich der geschilderten großen politischen und weltökonomischen Gegensätze, die die Völker und Völkergruppen gegeneinander getrieben haben, bewußt, so wird man den diplomatischen Aktionen, die unmittelbar zum Kriege führten, nicht die Bedeutung beimessen, die ihnen der naive Zeitungsleser beimißt. Die feindseligen Spannungen, die durch jene Gegensätze seit Jahren erzeugt und verstärkt wurden, drängten mit fast elementarer Gewalt auf eine kriegerische Entladung. Solange die Politik der Einzelstaaten sich lediglich aus nationalen Sonderinteressen herleitet, solange nicht internationale Rechts- und Kulturinteressen im Konfliktsfall eine überragende Geltung in der Politik aller Einzelregierungen erlangt haben, werden solche durch rücksichtslose Verfolgung entgegengesetzter Interessen hervorgerufenen Verwickelungen und Katastrophen die Folge sein.

Von diesem Standpunkt aus gewinnt die Frage der persönlichen Verschuldung dieses oder jenes Diplomaten ein anderes Gesicht. Keiner von ihnen hat die Verhältnisse, mit denen und an denen er zu arbeiten hat, geschaffen. Jeder findet beim Antritt seines Amtes historisch gegebene Beziehungen, Interessen und Aufgaben vor. Die Geschichte seines Landes, die Arbeit seiner Vorgänger, ist der Zettel des politischen Gewebes, an dem er weiter zu wirken hat. Neben ihm sind andere Weber am Werke, die seine Absichten und Handlungen so oder so modifizieren oder durchkreuzen. Das Resultat ist ein Kollektivwerk, das dem ursprünglichen Plan keines der Mitarbeiter entspricht. Geschieht dabei ein politisches Unglück, so ist es sehr schwer festzustellen, inwieweit die einzelnen Diplomaten dabei aus Ungeschick, Irrtum oder böser Absicht gehandelt haben. In der Politik ist das Problem der menschlichen Willensfreiheit noch zweifelhafter als sonst im Leben. Nirgends bestimmt der einzelne weniger allein die Wirkung seines Handelns.

Mit diesem und noch anderen Vorbehalten müssen auch die Weiß-, Blau-, Grau-, Gelb-, Orange- und Rotbücher gelesen werden, mit denen nachträglich die Diplomaten die Welt über die Vorgänge in der Geheimküche ihres Metiers zu unterrichten bestrebt sind. Es liegt auf der Hand, daß letzte Motive und Absichten in diesen Dokumenten überhaupt nicht ausgesprochen werden. Man operiert mit Gründen gegeneinander, die oft nur den Zweck haben, den Grund der Gründe zu verdecken. Dazu kommt, daß jede Regierung bestrebt ist, bei der Abfassung dieser Dokumente und, soweit es möglich ist, noch bei ihrer späteren Zusammenstellung den Gegner ins Unrecht zu setzen. Wenn nicht aus der kritischen Gegenüberstellung der verschiedenen Dokumentensammlungen sich mancherlei erschließen ließe, so wäre der Wert der farbigen Bücher für die Ermittelung der Wahrheit rein negativer Art, d. h. sie dienten nur zur Irreführung der Leser des betreffenden Landes, um die eigene Regierung im Lichte höchster Weisheit und Gerechtigkeit erscheinen zu lassen.

Danach wird man sich nicht wundern, daß Eduard Bernstein, der eine Herausgabe der amtlichen Dokumentensammlungen aller beteiligten Regierungen veranstaltet hat, in einem Artikel in der „Neuen Zeit" (8. Januar 1915) zu dem Schluß kommt, daß diesen Krieg „nicht e i n e r der Staatsmänner gewollt hat, die in den beteiligten Staaten die auswärtige Politik zu führen haben . . ." Zu einem so weitherzigen Generalpardon kann ich mich nun freilich nicht entschließen. Möglich, daß die Oeffentlichkeit später heute noch verschlossenes Dokumentenmaterial erhält, das zu einer Korrektur meines Urteils nötigt. Das bis jetzt vorliegende Material führt mich zu folgender Auffassung:

Der unmittelbare Anlaß zu der verhängnisvollen Entwickelung wurde von seiten der Tripelentente gegeben. In Serbien, dem Schutzstaat und Werkzeug Rußlands, wurde das erste Glied der unglückseligen Kette geschmiedet. Das brutale A t t e n t a t v o n S e r a j e w o, dem der Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau zum Opfer fielen, war eine p o l i t i s c h e Aktion, inspiriert von den Leitern der großserbischen Propaganda.

Hinter der großserbischen Bewegung aber wirkte der panslawistische Arm. Das haben die serbischen Sozialisten klar genug ausgesprochen. Ihr im Krieg gefallener Führer Tutzowich hat es 1910 vorausgesagt, daß das von den großserbischen Schreiern verrückt gemachte, alles von der russischen Hilfe erhoffende serbische Volk in den Krieg mit Oesterreich getrieben werde. („Erinnerungen an Tutzowich", „Dresdner Volkszeitung", 9. Dezember 1914.) Die beiden sozialistischen Abgeordneten Laptschewitsch und Kazlerowitsch begründeten ihre ablehnende Haltung in der Kriegssitzung der serbischen Skupschtina vom 1. August 1914 unter anderem mit dem Vorwurf, die Regierung habe Serbien zum Trittbrett für Rußland und Frankreich gemacht und die Treibereien der großserbischen Geheimkomitees geduldet, die das Land in den Krieg führten. Wir haben im vorigen Kapitel die berechtigten wirtschaftspolitischen Ziele Serbiens erwähnt; die Ziele und Methoden der „Narodna Odbrana" können damit nicht gerechtfertigt werden. Fragt man also nach denen, die „den Stein ins Rollen" gebracht oder „die Lunte ans Pulverfaß gelegt haben", so lautet die Antwort: die Verantwortlichen für die politische Mordtat in Serajewo.

Das zweite Glied der verhängnisvollen Kette war das Ultimatum der Wien-Budapester Staatsmänner an Serbien. Wenn man einen Preis ausgesetzt hätte für die Kunst, sich in einer gerechten Sache durch ungeschicktes Vorgehen vor der ganzen Welt ins Unrecht zu setzen, so verdienten ihn die Verfasser dieses diplomatischen Machwerks. Seine Maßlosigkeit in Form und Inhalt verdient die schärfste Kritik. Jedermann billigte der Donaumonarchie das Recht zu, strenge Maßnahmen gegen die großserbischen Meuchelmörder und ihre Hintermänner zu fordern. Niemand aber konnte ihr das Recht zusprechen, die Schuld einzelner durch einen Krieg gegen das ganze Volk zu sühnen. Unter allen Umständen hätten vorher alle Mittel und Wege versucht werden müssen, die Abhilfe ohne kriegerisches Eingreifen zu erreichen.

Das Ultimatum war gleichbedeutend mit der Kriegserklärung an Serbien. Daran läßt sich nicht deuteln. Eine günstigere Plattform für den „moralischen" Vernichtungskrieg der Ententepolitiker gegen die Diplomatie der Zentralmächte

konnte nicht geschaffen werden. Aber nicht nur die Ankläger im feindlichen Lager, auch sehr viele Beurteiler in den neutralen Ländern leiten von da aus ihre weiteren Schlüsse ab. Oesterreich wollte von vornherein den Krieg, sagen sie. Deutschland stellte sich bedingungslos hinter Oesterreich. Also wollte offensichtlich auch Deutschland den Krieg. Warum? Doch wohl nicht um der österreichisch-serbischen Sache willen. Also mußte es andere Ziele, also eigene Eroberungspläne haben. Jedenfalls also ist Deutschlands Krieg kein Verteidigungs-, sondern ein Angriffskrieg. Also . . . und so weiter!

Was ist darauf zu erwidern? Zunächst das eine: daß Oesterreich den Krieg gegen Serbien wollte, beweist noch lange nicht, daß es auch den Krieg gegen Rußland und damit den europäischen Krieg wollte. Man hatte in Wien offenbar die Auffassung, daß die Entrüstung über den schauerlichen Meuchelmord an dem österreichischen Thronfolger und die Scheu, für das Attentat moralisch mit verantwortlich gemacht zu werden, den Zaren abhalten werde, Serbien beizuspringen. Das war naiv für Kenner des zaristischen Systems, aber für Wiener Hofkreise erklärlich. So hoffte man, einen lokalen Sühnekrieg gegen Serbien mit dem Ziel der Vernichtung der großserbischen, den südslawischen Bestand Oesterreichs bedrohenden Bewegung führen zu können. Daß die Herren in Wien und Budapest darüber hinaus einen Krieg mit Rußland wünschten, scheint ausgeschlossen. Hätten sie das gewollt, so wäre die Zusicherung an Rußland, den territorialen Bestand Serbiens nicht antasten zu wollen, sinnlos und zweckwidrig gewesen. Es ist wichtig, sich dessen bewußt zu bleiben.

Der deutschen Diplomatie darf der Vorwurf nicht erspart bleiben, in diesem Entstehungsstadium der Verwickelung einen Fehler dadurch gemacht zu haben, daß sie sich vorbehaltlos hinter die österreichische Diplomatie stellte. In der dem Reichstag am 3. August vorgelegten Denkschrift heißt es: „Ein moralisch geschwächtes, durch das Vordringen des russischen Panslawismus zusammenbrechendes Oesterreich wäre für uns kein Bundesgenosse mehr, mit dem wir rechnen und auf den wir uns verlassen könnten, wie wir es angesichts der immer drohender werdenden Haltung unserer östlichen und westlichen Nachbarn müssen. Wir ließen daher Oesterreich völlig freie

Hand in seiner Aktion gegen Serbien. Wir haben an den Vorbereitungen dazu nicht teilgenommen."

Der in dem ersten Satz dieser Auslassung aufgedeckte letzte Grund für die Rückendeckung, die Deutschland der Donaumonarchie gewährte, ist unanfechtbar. Nicht aus einer formalen Bündnispflicht — die in so weitgehendem Maße gar nicht existierte —, sondern um der eigenen Sicherheit willen mußte Deutschland die Erniedrigung und Zertrümmerung des österreichisch-ungarischen Staatengebildes abzuwenden suchen. Aber aus dieser vitalen politischen Interessengemeinschaft ist die entgegengesetzte Folgerung zu ziehen, als wie sie in den beiden weiteren Sätzen gezogen wird. Gerade weil wir auf Gedeih und Verderb mit der Donaumonarchie verbunden waren, durften wir ihr in keinem und zum wenigsten im vorbereitenden Stadium einer so gefahrenschwangeren Aktion freie Hand lassen.

Die deutsche Regierung wiederholte damit die Taktik des Jahres 1909, wo durch den entschlossenen Rückhalt, den Deutschland Oesterreich bei der Annexion Bosniens und der Herzegowina bot, ein Eingreifen Rußlands und damit der europäische Krieg verhindert wurde. Aber damals war Rußland noch durch den japanisch-russischen Krieg und die darauf folgenden inneren Wirren zu sehr geschwächt, als daß es einen Krieg gegen Deutschland-Oesterreich hätte riskieren können. Klüger wäre es gewesen, wenn Deutschland diesmal wieder die Taktik von 1913 befolgt und so wie damals in der Durazzo-Frage Oesterreich von vornherein keine „freie Hand" gegenüber Serbien gelassen hätte.

Daß die deutsche Regierung bemüht war, nachträglich den Fehler gut zu machen, kann nicht bestritten werden. Nach dem Erscheinen des Ultimatums setzte sie ihre ganze Autorität ein, um den Konflikt auf die beiden nächstbeteiligten Mächte zu beschränken. Lokalisierung — das war ihr Stichwort. Aus diesem Ziel erklären sich alle diplomatischen Schritte, die sie zunächst unternahm, um das Verhängnis abzuwenden.

In schroffem Gegensatz dazu lautete die von Rußland von vornherein ausgegebene Losung — Europäisierung! In Petersburg erklärte man, trotz der Zusicherung Oesterreichs,

keine Verschiebungen der territorialen Machtverhältnisse auf dem Balkan zu erstreben, daß Rußland bei dem österreichisch-serbischen Konflikt nicht unbeteiligt bleiben könne, „da ein Ueberfall auf Serbien die größten Lebensinteressen Rußlands berühre". (Mitteilung des serbischen Gesandten in Petersburg, Spalaikowitsch, in der „Nowoje Wremja" vom 23. Dezember 1914.) Nur wer die Zertrümmerung der Donaumonarchie und die Einbeziehung aller slawischen Bestandteile in den moskowitischen Herrschaftsbereich als russisches „Lebensinteresse" ansieht, kann dieses Verhalten Rußlands als berechtigt anerkennen. Da man in Petersburg aber auch wußte, daß Deutschland aus eigenstem Interesse die Durchführung dieser antiösterreichischen Expansionspläne nicht zulassen werde, so konnte man dort nicht im Zweifel sein, daß die kriegerische Haltung gegen Oesterreich eine solche gegen Deutschland bedeute. Trotzdem zögerte die russische Regierung keinen Augenblick, den österreichisch-serbischen Konflikt auszuweiten. Die Abrechnung mit Deutschland lag eben im Plan der panslawistischen Eroberungspolitiker, weil sie sich sagten, daß der Weg nach Konstantinopel und nach all den schönen anderen Orten auf dem Balkan und in Vorderasien über Berlin gehe. D a r u m stellte Ssasonow seine diplomatische Aktion sofort auf den europäischen Krieg ein. Worauf es ihm bei dem ganzen weiteren diplomatischen Spiel ankam, war nur, sich der Gefolgschaft der beiden Westmächte zu vergewissern. Ohne die durfte er die Partie nicht wagen.

Die Diplomatie der Weststaaten ist Rußland erst zögernd, dann willig auf diesem Wege gefolgt und hat sich dadurch zu seinen Mitschuldigen gemacht. Die deutsche Regierung hat die Leiter der französischen und englischen Politik zu bestimmen gesucht, auf Rußland im Sinne der Lokalisierung des Konflikts einzuwirken. Beide Regierungen lehnten das ab. Sie sahen in dieser Zumutung nur einen Versuch, die Freundschaft zwischen den Ententemächten zu erschüttern. Aber sie übersehen bei der Behauptung, die deutsche Regierung sei von vornherein zum Krieg entschlossen gewesen, daß gerade die Bemühungen Deutschlands, über Paris und London Rußland zum Einhalten zu bewegen, den schlagendsten Beweis bilden, daß die verantwortliche Leitung der Berliner Politik den Weltkrieg

nicht wollte. Wenn die Pariser und Londoner Diplomatie diesem wiederholten Ersuchen der deutschen Regierung entsprochen hätte, wie hätte Deutschland dann sein ihm unterstelltes Ziel, den Krieg, noch erreichen können?

Die deutsche Regierung bewies ihren Friedenswillen auch dann noch, als sie sah, daß eine Einwirkung auf Rußland auf dem Wege über Paris und London nicht zu erreichen sei. Sie begann, einen wachsenden Druck auf den Bundesgenossen an der Donau auszuüben, wobei das persönliche Eingreifen des deutschen Kaisers verstärkend mitwirkte. Das hatte alsbald den Erfolg, daß Oesterreich durch seinen Vertreter in Petersburg in direkte Verhandlungen eintrat, die eine friedliche Verständigung über die serbische Sache anzubahnen schienen. Diese Tatsache wurde auch von dem französischen Botschafter in Petersburg am 30. Juli nach Paris berichtet.

Die Pariser und Londoner Diplomatie glaubte ihrerseits mit dem Vorschlag einer Viermächtekonferenz den Konflikt am besten lösen zu können. Sie hätte sich sagen müssen, daß auch dieser Weg zu nichts führen konnte, solange man nicht den Petersburger Herrschaften klar zu wissen tat, daß man es ablehnen müsse, ihnen wegen der österreichisch-serbischen Streitsache in einen europäischen Krieg zu folgen. Das wäre auf jeden Fall, welchen Weg der Ausgleichungsverhandlungen man auch wählen mochte, die unbedingt nötige Vorbedingung gewesen, die in Petersburg zum Krieg treibenden Kräfte zu bannen und vor allem die bereits am 25. Juli dort begonnenen militärischen Maßnahmen hintanzuhalten.

Daß es im Petersburger Lager eine mächtige Partei gab, die den Krieg wollte, konnte den Herren in London und Paris nicht verborgen geblieben sein. Delcassé mußte doch auf seinem Botschafterposten in Petersburg diese Kreise und Kräfte genau kennengelernt haben. Und sollten Poincaré und Viviani bei ihrem Besuch in der Zarenresidenz gar nicht mit ihnen in Berührung gekommen sein? — Das ist nicht gut anzunehmen, schon deshalb nicht, weil andere höfische Kreise gerade gegen die beiden letztgenannten den Vorwurf erheben, ganz wesentlich mit zum Sieg der Kriegspartei beigetragen zu haben.

Die „Münchener Post“ hat im Januar d. J. Auszüge aus dem Brief einer hohen russischen Aristokratin, einer nahen Verwandten des Zaren, veröffentlicht. Die Schreiberin führte darin bittere Klage über die furchtbaren Wirkungen des Krieges auf Rußland, sie berichtet über die Bemühungen ihres Gatten und einiger Großfürstinnen deutscher Abkunft, den Zaren vom Krieg abzuhalten, und macht dann folgende interessante Mitteilung:

„Die eigentliche Entscheidung war schon bei der Anwesenheit Poincarés und Vivianis in Petersburg gefallen. Sie war intensiv vorbereitet worden, nach den Absichten der Kriegspartei, von Iswolsky und Benckendorff, den russischen Botschaftern in Paris und London. Zur Zeit der Anwesenheit Poincarés und Vivianis hatte Benckendorff bereits aus London berichtet, daß die von England mit Belgien (!), Portugal und Japan geschlossenen Koalitionen jedes Risiko für alle Teilnehmer ausschließen. Die Fürstin bemerkt dabei, daß Benckendorff und Iswolsky viel eifriger im Sinne Nikolais gewirkt hätten, als der englische Botschafter Buchanan in Petersburg, den sie als den Typ eines „bedächtigen Engländers“ charakterisiert. Seinen Haupttrumpf beim Zaren habe Nikolai mit der angeblichen Versicherung Vivianis ausgespielt: „die französische Regierung habe mit Ausnahme von Jaurès die ganze Sozialdemokratie geschlossen hinter sich und könne darüber hinaus die Gewähr bieten, daß die revolutionären Elemente Rußlands aller Schattierungen während des Krieges von jeder aggressiven Haltung gegen die Zarenfamilie und die Regierung absehen würden.“ — Das habe beim Zaren den Ausschlag gegeben. So sei das Unheil hereingebrochen, das der Gatte der Briefschreiberin längst habe kommen sehen, als es feststand, daß die französischen Milliarden, anstatt zur Hebung und Kultivierung des Volkes und Landes verwendet zu werden, hauptsächlich und „zur Beschämung aller wahren russischen Patrioten“ der auch noch unter ausländischer Kontrolle erfolgten Kriegsrüstung gedient hätten“.

Wie weit die hierin gegen Poincaré und Viviani erhobenen Anklagen richtig sind, kann nicht festgestellt werden. Es ist nicht wahrscheinlich, daß Viviani über die Haltung der französischen und russischen Sozialisten so bindende Versiche-

rungen abgegeben hat, aber ebensowenig trägt die Aeußerung den Stempel freier Erfindung. Die Bemerkung betr. Jaurès verdient besondere Beachtung. Vor allem aber zeigen diese Mitteilungen, welche Bedeutung das Verhalten der französischen und englischen Staatsmänner hatte für die in Petersburg fallende Entscheidung über Krieg oder Frieden. In Paris und London mußte man sich dieser Verantwortung bewußt sein.

Der als „bedächtiger Engländer“ charakterisierte Botschafter Buchanan hat obendrein seiner Regierung in einem der veröffentlichten Dokumente deutlich genug gesagt, daß nur durch eine Mahnung von London den russischen Mobilisierungsmaßnahmen Einhalt getan werden könne. Er hat offenbar auch in diesem Sinne in Petersburg anfänglich gewirkt und gesprochen; aber die Direktive von London aus wies auf ein anderes Ziel. Das wird bestätigt durch den amtlichen Bericht des belgischen Gesandten, B. de l'Escaille, vom 30. Juli an seine Regierung, der über Berlin dirigiert war und in die Hand der deutschen Regierung fiel. Darin heißt es:

„England gab anfänglich zu verstehen, daß es sich nicht in einen Konflikt hineinziehen lassen wolle. Sir George Buchanan sprach das offen aus. Heute aber ist man in St. Petersburg fest davon überzeugt, ja, man hat sogar die Zusicherung, daß England Frankreich beistehen wird. Dieser Beistand fällt ganz außerordentlich ins Gewicht und hat nicht wenig dazu beigetragen, der Kriegspartei Oberwasser zu verschaffen.“

Die Tatsache dieser Zusicherung wird auch durch die offiziellen Dokumente der englischen und französischen Regierung bestätigt. Das wichtigste Beweisstück dafür ist die im englischen Blaubuch veröffentlichte Mitteilung Greys vom 29. Juli (!) an den englischen Botschafter in Paris. Sie lautet:

„Nachdem ich heute Mr. Cambon (französischen Botschafter in London) den Ernst der Lage auseinandergesetzt hatte, sagte ich ihm, daß ich heute dem deutschen Gesandten erklären würde, er möge sich durch den freundschaftlichen Ton unserer Gespräche nicht irreführen und nicht zu der Annahme verleiten lassen, daß wir bei kriegerischen Verwickelungen untätige Zuschauer bleiben würden. Herr Cambon meinte, daß ich unseren Stand-

punkt sehr deutlich auseinandergesetzt hätte. (!) Er verstand unsere (die englische) Auffassung dahin, daß wir uns bei einem Kampfe zwischen Teutonen und Slawen nicht berufen fühlten, einzugreifen, sobald aber Frankreich und Deutschland und die Frage der Hegemonie zwischen den beiden Staaten in Betracht kämen, wir ernstlich erwägen müßten, was zu tun wäre. Er (Cambon) wäre auf diesen Standpunkt vorbereitet und hätte keine Bedenken dagegen."

In der Tat, Grey hatte sich „sehr deutlich" ausgedrückt. Herr Cambon verstand Herrn Grey, Herr Viviani verstand Herrn Cambon, Herr Iswolsky verstand Herrn Viviani, und die entscheidenden Herren in Petersburg verstanden Herrn Iswolski, der ihnen noch selbigen Tages die frohe Botschaft übermittelte. Der Reigen der Zusagen war geschlossen. Rußland hatte die Zusage Frankreichs, Frankreich hatte die Zusage Englands, somit hatte auch Rußland die Zusage Englands. Die Kriegspolitiker an der Newa brauchten jetzt nur noch auf den Knopf der russischen Mobilmachung zu drücken, und die Flammen schlugen im Osten und Westen Europas empor.

Sobald man in Petersburg die sichere Gewähr der französisch-englischen Gefolgschaft hatte, gab es kein Halten mehr für Nikolai Nikolajewitsch und seine Leute. Die schon vorher insgeheim immer weiter ausgedehnten Teilmobilisierungen wurden durch den Befehl auf allgemeine Mobilmachung gekrönt. Der belgische Gesandte nimmt in dem erwähnten Bericht Bezug auf eine amtliche Bekanntmachung an die Zeitungen vom 30. Juli früh, „daß die Reservisten in einer bestimmten Anzahl von Gouvernements zu den Fahnen gerufen sind". Herr de l'Escaille bemerkt dazu: „Wer die Zurückhaltung der offiziellen russischen Communiqués kennt, kann ruhig behaupten, daß überall mobil gemacht wird." — Die Bekanntgabe der allgemeinen Mobilmachung am 31. Juli hinkte also wahrscheinlich um einen bis zwei Tage hinter der Tatsache selbst her.

Die Mobilisierung der russischen Heeresmacht durchschlug die von Berlin aus in Wien bis zur letzten Stunde unternommenen Schritte zu einer friedlichen Lösung, und sie sollte sie nach dem Willen der Petersburger Kriegspartei durchschlagen. Daß sich die deutsche Regierung in beiden Zentren

der Gefahr ehrlich um die Erhaltung des Friedens bemüht hat, wird ebenfalls in dem Bericht des Herrn del'Escaille bestätigt. Er spricht von der Ungewißheit der vorhergehenden Tage, wo die widersprechendsten Nachrichten über die Absichten der russischen Regierung verbreitet worden seien, und sagt dann: „Unbestreitbar bleibt nur, daß Deutschland sich hier ebensosehr wie in Wien bemüht hat, irgendein Mittel zu finden, um einen allgemeinen Konflikt zu vermeiden. . . ."

Dieses Zeugnis eines jedenfalls nicht von der deutschen Seite inspirierten, mitten in den Petersburger Dingen stehenden Diplomaten wiegt schwer. Die von Grey und Viviani gegen die deutsche Regierung erhobene Anklage, den Krieg verschuldet zu haben, fällt auf die Ankläger zurück. Die Verantwortlichen für die russische Mobilmachung tragen somit die erste und schwerste Schuld an diesem Krieg. Neben den maßgebenden Personen in Petersburg gehören die Staatsmänner in Paris und London, die diesen Schritt Rußlands hätten hindern können, ihn zu hindern aber unterließen, auf die Anklagebank.

Nachdem der Krieg zwischen Serbien-Rußland und Oesterreich-Deutschland zur Tatsache geworden, mußte im Interesse der ganzen westeuropäischen Kulturwelt versucht werden, den Brand wenigstens auf den Osten zu beschränken. Die deutsche Regierung unternahm diesen Versuch. Das ist kein kleiner Faktor auf ihrem Verdienstkonto. Er war ernstlich gemeint. Darüber konnte kein Zweifel bestehen, denn er entsprach durchaus dem deutschen Interesse.

Er entsprach aber auch dem Interesse der Westmächte. Eine Niederwerfung Rußlands durch Deutschland-Oesterreich bedeutete für die ganze europäische Kulturwelt die Bannung der zaristischen Gefahr. Die Befürchtung, daß Deutschland nach der Niederwerfung Rußlands sich an die Vergewaltigung der Weststaaten machen werde, konnte ernstlich nicht in Frage kommen. England und Frankreich wären zusammen zu Lande und zu Wasser ein militärischer Machtfaktor geblieben, stark genug, um einen deutschen Anfall zu einem sehr riskanten Unternehmen zu machen. Ein Krieg gegen die Westmächte

allein hätte außerdem in Deutschland den stärksten Widerstand gefunden. Er wäre unmöglich gewesen, wenn er von der deutschen Diplomatie provoziert worden wäre.

Die von Bethmann Hollweg in den letzten Jahren verfolgte Politik der freundlichen Annäherung an die Westmächte, die in bezug auf England auch bereits zu gewissen kolonialen Vereinbarungen geführt hatte, war getragen von der wachsenden Gunst der Volksmassen in den drei beteiligten Ländern. Es ist nachträglich bekanntgeworden, daß auch die interparlamentarischen Verständigungsbestrebungen zwischen Deutschland und Frankreich von Bethmann Hollweg begünstigt wurden. Die Teilnahme von Vertretern der bürgerlichen Parteien an der Baseler Konferenz 1914 wurde vom Berliner Auswärtigen Amt direkt empfohlen, wie der Reichstagsabgeordnete Gothein mitgeteilt hat. Und es ist weiter bekannt, daß der Deutsche Kaiser persönlich die dauernde Verständigung mit Frankreich wünschte. Er hat sich in diesem Sinne wiederholt zu französischen Politikern ausgesprochen, wofür der ehemalige Minister des Aeußern, Hanotaux, öffentlich Zeugnis abgelegt hat. Wie ein Gespräch Wilhelms II. mit Sven Hedin im September 1914 zeigt, hat er diesen Gedanken auch nach dem Kriegsausbruch nicht fallen gelassen. Ueber diese Unterredung erzählt Sven Hedin in seinem Buche „Ein Volk in Waffen" folgendes:

„Der Kaiser beklagte die Notwendigkeit, die ihn gegen seinen Wunsch gezwungen habe, sein Heer gegen die Franzosen ins Feld zu führen, und er hoffte, daß die Zeit kommen werde, da Deutsche und Franzosen gute Nachbarschaft halten könnten. Auf dieses Ziel habe er 26 Jahre hingearbeitet, und er hoffe, daß aus dem gegenwärtigen Kriege eine ganz neue Ordnung der Dinge hervorgehen werde. Eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich werde mit Notwendigkeit ein unerschütterliches Bollwerk für den künftigen Frieden schaffen. Zuerst müsse aber Deutschland über die unübersehbaren Heere, die vier Großmächte gegen Deutschlands Grenzen und seine Besitzungen in fremden Weltteilen geworfen hätten, den Sieg davontragen; dann ein ehrenvoller, nach allen Seiten hin Sicherheit schaffender Friede, und schließlich der große und festgebaute Weltfriede."

Die maßgebenden französischen Staatsmänner haben die deutsch-französische Verständigungsidee vor dem Kriege bekämpft, und sie haben die ihnen zu Beginn des Krieges mit Rußland von deutscher Seite gebotene Neutralität kurzerhand zurückgewiesen. Können sie das etwa mit dem Hinweis auf die Verpflichtungen des Bündnisvertrages mit Rußland rechtfertigen? Wenn die französischen Sozialisten mit ihrer Auffassung von dem Charakter dieses Vertrages recht haben, nein!

Von den französischen Sozialisten ist jederzeit ganz entschieden bestritten worden, daß jenem geheimen Vertrage eine so weitgehende Verpflichtung innewohne und verfassungsrechtlich innewohnen dürfe. Demgemäß hat die sozialistische Kammerfraktion noch am Vorabend des Krieges in der „Humanité" (29. Juli 1914) eine Erklärung veröffentlicht, in der es u. a. heißt:

„Sie ist der Meinung, daß das ganze Bemühen Frankreichs und Europas sich jetzt auf das Gelingen der von England vorgeschlagenen Vermittlung konzentrieren muß und daß jede bewaffnete Aktion Rußlands diesem weisen und hochgesinnten Plan schaden würde. Sie fügt hinzu, daß Frankreich, das seit über 40 Jahren seinen Anspruch auf Elsaß-Lothringen dem obersten Interesse des Friedens untergeordnet hat, sich nicht in einen Konflikt, wo Serbien der Einsatz wäre, hineinziehen lassen kann. — Sie verkündet laut, daß Frankreich allein über Frankreich verfügen darf, daß es in keinem Fall durch die mehr oder minder willkürliche Ausdeutung geheimer Verträge und unbekannter Verpflichtungen in einen furchtbaren Konflikt verwickelt werden darf und daß es seine volle Aktionsfreiheit bewahren muß, um auf Europa einen friedlichen Einfluß auszuüben."

Ein Artikel, den Gustave Hervé am gleichen Tage in seiner „Guerre Sociale" brachte, vertritt ganz den gleichen Standpunkt mit äußerster Schärfe. Er trägt die Ueberschrift: Heraus mit dem Bündnisvertrag! (Montrez le Traité d'alliance!) Hervé ergreift rückhaltlos gegen Oesterreich und für Serbien Partei. Er gibt Rußland auch das Recht, zugunsten der Serben zu intervenieren, die anderen Balkanstaaten gegen Oesterreich mobil zu machen, ja selbst Oesterreich mit den Waffen in den Arm zu fallen. Wir werden Bravo dazu rufen,

sagt er; aber nur unter einer Bedingung, nämlich: „daß es ohne uns operiert, daß es auf eigenes Risiko und Gefahr handelt, und daß es nicht beansprucht, uns in den Konflikt mit hineinzuziehen, selbst wenn sein Angriff gegen Oesterreich ihm eine deutsche Intervention bringt.“ („c'est qu'elle opère sans nous; c'est qu'elle le fasse à ses risques et périls et qu'elle ne prétende pas nous entraîner dans la bagarre, même si son agression contre l'Autriche lui vaut une intervention allemande.“)

Wir wollen keine bewaffnete Intervention seitens Frankreichs „um keinen Preis“ ruft Hervé, und er führt dann weiter aus, daß der Bündnisvertrag mit Rußland Frankreich nicht zu einem solchen Schritt verpflichte, es sei ein reiner Defensivvertrag; habe die Regierung sich weitergehend gebunden, „so gehöre sie aufs Bagno!“ —

Eine andere Pflicht war es, die die französischen Sozialisten aus dem Bündnisverhältnis mit Rußland ableiteten: die Einwirkung auf die Petersburger Machthaber im Sinne einer friedlichen Haltung! Sie haben das auch nachdrücklichst von ihrer Regierung verlangt. Das deckte sich mit dem von deutscher Seite in Paris angestrebten Ziel. Die französische Regierung lehnte das ab. Die Milliardeninteressen der französischen Gläubiger an Rußland und die Hoffnungen der nationalistischen Revanchepolitiker auf Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen wogen schwerer als die Friedenswünsche der Sozialisten.

Dadurch, daß Frankreich mit in den Krieg eintrat, wurde er zum europäischen Krieg. England hätte es nun noch in der Hand gehabt, seine weitere Ausdehnung zum Weltkrieg zu verhindern. Es hatte keinen zwingenden Grund, seine Neutralität aufzugeben. Es sei denn, daß man die unbedingte Seeherrschaft Englands und die Niederzwingung der deutschen Weltmarktskonkurrenz als berechtigte Lebensinteressen Englands anerkennt. Von dem höheren, menschlichen Rechtsstandpunkt aus kann aber dieser jingoistische Weltbeherrschungsanspruch nicht zur Rechtfertigung herangezogen werden. Die nationale Existenz und Unabhängigkeit Altenglands und der Bestand des britischen Imperiums waren nicht bedroht. Das jingoistische Schreckgespenst einer deutschen Invasion, eines Eroberungs-

und Vernichtungskrieges gegen das englische Reich durfte kein ernsthafter Politiker vorschützen. Ein neutrales England hätte in allen Phasen des Krieges und nach seiner Beendigung eine dominierende Stellung gehabt. Es wäre in der Lage gewesen, seine Interessen bei der Neugestaltung der europäischen Dinge nachdrücklichst wahrzunehmen.

Deutschland war — daran ist kein Zweifel möglich — sehr ernstlich bemüht, die Neutralität Englands zu erlangen. Hinsichtlich Belgiens sicherte es von vornherein die Integrität, d. h. die Nichtverletzung des territorialen Bestandes des belgischen Staates zu. Es bot dann aber auch als Preis für die feste Zusage der Neutralität Englands die Nichtverletzung der belgischen Neutralität an. In bezug auf Frankreich versprach es, von einem Angriff auf die nordfranzösische Küste Abstand zu nehmen, auch im Falle der Gegenseitigkeit keine feindlichen Operationen gegen die französische Handelsschiffahrt vorzunehmen, und im Falle eines Sieges die europäische Territorialität Frankreichs nicht anzutasten. Man erklärte sich schließlich auch bereit, die Integrität des französischen Kolonialreichs zu gewährleisten. Und noch in letzter Stunde gab ein Telegramm des Kaisers an König Georg die Bereitwilligkeit Deutschlands kund, nach Westen überhaupt Gewehr bei Fuß zu bleiben, wenn England die Garantie für das gleiche Verhalten der französischen Heeresmacht übernähme.

Man kann darüber streiten, ob der letzterwähnte und andere Vorschläge in der gemachten Form durchführbar waren, aber dann bleibt immer noch zugunsten der Berliner Regierung die schwerwiegende Tatsache, daß sie sich bereit erklärte, auch auf anderen Grundlagen sich die Neutralität Englands zu sichern und an Grey das Ersuchen richtete, seinerseits diese Bedingungen zu formulieren. — Grey lehnte auch das ab.

Den dokumentarischen Beweis für das Gesagte erbringt das englische Blaubuch selbst. Am 1. August telegraphiert Grey an den englischen Botschafter Goschen nach Berlin über eine Unterredung, die er mit dem deutschen Botschafter in London, Fürst Lichnowski, am selben Tage gehabt hatte:

„Er (der deutsche Botschafter) fragte mich, ob wir uns verpflichten wollten, neutral zu bleiben, falls Deutschland die Zusage gebe, die Neutralität Belgiens zu respektieren. Ich antwortete, daß ich eine solche Zusage nicht geben könne. Wir wären noch frei und erwägten, was zu tun wäre. Unsere Haltung sei stark von der öffentlichen Meinung abhängig, und dieser läge die Neutralität Belgiens sehr am Herzen. Ich fügte hinzu, daß ich nicht glaubte, allein auf diese Zusage hin unsere Neutralität in Aussicht stellen zu können. Der Botschafter drang in mich, die Bedingungen zu formulieren, auf Grund deren wir neutral bleiben wollten, er gab sogar zu verstehen, daß die Integrität von Frankreich und seiner Kolonien garantiert werden könnte. Ich erwiderte, daß ich mich verpflichtet fühlte, jedes Versprechen, auf solche Bedingungen hin neutral zu bleiben, endgültig abzulehnen; ich könne nur sagen, wir müßten freie Hand behalten."

So konnte die englische Regierung nur handeln, wenn sie entschlossen war, nicht neutral zu bleiben. Ihre in dieser Sache maßgebenden Mitglieder Grey und Churchill waren das. Sie wollten Frankreich unter allen Umständen Kriegsgefolgschaft leisten.

Die Rolle, die Grey in dem diplomatischen Vorspiel zu dem weltgeschichtlichen Drama dieses Krieges gespielt hat, scheint von Anfang an mindestens zweideutig gewesen zu sein. In den ersten sorgenvollen Tagen nach dem österreichischen Ultimatum knüpften sich auch in Deutschland an seinen Namen die größten Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens. Sein Vorschlag auf Regelung der Streitfrage durch eine Konferenz der vier nicht unmittelbar beteiligten Großmächte schien ein glücklicher Gedanke zu sein, den Konflikt auf den Weg friedlicher Verständigung zu leiten. Man tadelte die deutsche Regierung, daß sie ihn ablehnte und auf die direkte Verhandlung zwischen Wien und Petersburg hinwirkte. Heute, wo man über die Intimität der Beziehungen zwischen London—Paris—Petersburg besser aufgeklärt ist, können wir den Greyschen Vorschlag nicht mehr als die Eingebung eines ehrlichen Maklers und Friedensanwalts ansehen lassen. Er hätte als solcher gelten und wirken können, wenn Grey gleichzeitig dem Vor-

wärtstreiben der Petersburger Kriegspartei Einhalt getan hätte. Ohne die energische Niederhaltung jener verhängnisvollen Kräfte konnte auch eine Viermächtekonferenz zu nichts führen. Ihr einziges Resultat wäre gewesen, den russischen Kriegsvorbereitungen eine längere Zeitspanne zu erwirken. Grey übte jenen Druck nicht aus. Er tat das Gegenteil, er stärkte den russischen Kriegstreibern den Rücken und lieferte damit der Welt den Beweis, daß kein ernster Friedenswille hinter seinem Konferenzvorschlag stand.

Mögen im Anfang des Konflikts noch zwei Seelen in der Brust Greys gerungen haben, so hat jedenfalls die Kriegsseele die Friedensseele bald überwältigt. Die letztere war durch Greys ganze Ententepolitik seit Jahren geschwächt und ausgehungert, die erstere aber mächtig genährt worden. Grey hatte durch die Verfolgung der Einkreisungspolitik gegen Deutschland, die unter seiner Leitung bis zur Ausarbeitung gemeinsamer militärischer und marinistischer Aktionspläne mit den beiden Ententemächten gelangte, wesentlich dazu beigetragen, daß sich die europäische Situation immer drohender gestaltete. Er hatte die englische Politik dabei auch ohne formelle Verträge so gebunden, daß er, als der Konflikt ausbrach, sich aus der Kombination mit Frankreich-Rußland nicht mehr herauslösen konnte und w o l l t e. Nachdem durch sein Mitverschulden der Krieg zwischen den Zentralmächten und Rußland-Frankreich zur Tatsache geworden war, zog er sein eigenes Land mit Absicht und auf dem kürzesten Weg mit in den Weltkrieg hinein.

Die Herolde der britischen Regierung verkündeten zu Beginn des Krieges aller Welt, die Nichtachtung der belgischen Neutralität durch Deutschland habe England das Schwert in die Hand gezwungen. Die Vergewaltiger Indiens, Aegyptens, der Burenrepubliken usw. usw. fanden hohe Worte von der Heiligkeit der Verträge, von dem Recht und der Freiheit der kleinen Nationen. Diese schöne Pose des weltpolitischen Idealisten, die so seltsam mit der ganzen englischen Welteroberungspolitik kontrastierte, fand natürlich den begeistertsten Beifall beim Ententepublikum. Auch daß sie in den neutralen Ländern viele gläubige Bewunderer fand, läßt sich begreifen. Im höchsten Maße verwunderlich war es dagegen, daß es auch

in Deutschland politische Naivlinge gab, die diese Pose für echt hielten. Schon die oben erwähnte und dokumentarisch belegte Tatsache, daß England sich weigerte, seine Neutralität gegen Garantie der belgischen zuzusichern, hätte sie eines besseren belehren sollen.

Inzwischen hat der englische Löwe das Lammfell des uninteressierten Ideologen aber selbst mit einigem ärgerlichen Knurren abgeworfen. Wie gewöhnlich, wenn zwei Freunde in Streit geraten, die Wahrheit den Gewinn davon trägt, so hier. Der Streit innerhalb des englischen Ministeriums hat das schöne Trugbild zerstört. Schon der Rücktritt der Minister John Burns, Lord Morley und J. P. Trevelyan hatte offenbart, daß schwere Kämpfe innerhalb der Regierung wegen der Frage der Beteiligung am Kriege stattgefunden haben. Nachträglich hat dann Lloyd George durch ein in „Pearsons Magazine" veröffentlichtes Interview einen tieferen Einblick in jene Kämpfe ermöglicht. Lloyd George erklärte dort, nach der Zusicherung, daß die deutsche Flotte die Küste Frankreichs nicht angreifen, noch Deutschland irgendwelches französische Gebiet annektieren werde, wäre er nicht für die Kriegserklärung zu haben gewesen, wenn Deutschland nicht in Belgien eingedrungen wäre. Er meinte dann weiter: „Ich glaube, ich kann das gleiche von der Mehrheit, wenn nicht von der Gesamtheit meiner Kollegen sagen."

Darauf haben die „Times" eine Antwort gegeben, die offenbar von der Grey-Churchill-Gruppe ausging, der inzwischen die Notwendigkeit klar geworden war, dem englischen Publikum die solideren Kriegsgründe zu Gemüt zu führen, um derenwillen man ihm so ungeheure Opfer an Gut und Blut abverlangte. Der Artikel trägt die Ueberschrift: „Warum wir Krieg führen?" und enthält folgende Abfertigung derer, die in der Rechtsverletzung gegen Belgien den eigentlichen Grund sahen:

„Es scheint immer noch englische Männer und Frauen zu geben, die sich in einem großen Irrtum hinsichtlich der Gründe befinden, die England gezwungen haben, das Schwert zu ziehen. Sie wissen, daß es Deutschlands flagrante Verletzung der belgischen Neutralität war, die den Becher des Unwillens überlaufen und sein Volk auf Krieg bestehen ließ. Sie bedenken

nicht, daß unsere Ehre und unser Interesse (!) uns gezwungen haben würden, Frankreich und Rußland beizustehen, selbst wenn Deutschland gewissenhaft die Rechte seines kleinen Nachbarn geachtet (!) und versucht hätte, sich seinen Weg nach Frankreich hinein durch dessen östliche Festungen zu bahnen.

„Warum haben wir Belgiens Neutralität verbürgt? — Aus dem überwiegenden Grunde des Selbstinteresses, aus dem Grunde, der uns immer das Aufkommen irgendeiner Großmacht verhindern hieß, die unserer Ostküste Gefahr bedeutete, aus demselben Grunde, der uns die Niederlande gegen Spanien und gegen das Frankreich der Bourbonen und Napoleons verteidigen hieß. Wir halten unser Wort, wenn wir es gegeben haben; aber wir geben es nicht ohne solide, praktische Gründe, und wir beabsichtigen nicht, internationale Don Quixotes zu sein, immer bereit, Unrecht gut zu machen, das uns keinen Schaden tut. Herr v. Bethmann Hollweg hat ganz recht: Selbst wenn Deutschland nicht in Belgien eingedrungen wäre, würden Ehre und Interesse uns mit Frankreich vereinigt haben."

Der Artikel schildert dann die dem englischen Imperium von Deutschland drohende Gefahr; jahrelang habe Deutschland „in Aegypten, Indien und Südafrika intrigiert", habe „die heimatlichen Streitfragen Englands belauscht und die Symptome seines Verfalls mit arglistiger Wachsamkeit beobachtet", habe versucht, Mißtrauen zwischen England und seine Verbündeten zu säen und „uns zum Verrat zu verleiten". „Sein Ziel ist, die Tripleentente in diesem Kriege zu erschüttern, um das freie britische Reich zu zerstören und auf seinen Ruinen ein deutsches Weltreich des Militarismus und der Bureaukratie aufzubauen".

Das Schreckgespenst der deutschen Welteroberungsgefahr werden sich die englischen Imperialisten natürlich nicht nehmen lassen. Es dient ihnen zur notwendigen Deckung ihrer eigenen Weltverschlingungspolitik. Das Wertvolle des „Times"-Artikels ist das offene Bekenntnis zum „Selbstinteresse", zu den „soliden, praktischen Gründen", die England zur Kriegserklärung an Deutschland geführt haben. Lloyd Georges Behauptung, daß, wenn Deutschland nicht seinen Fuß auf belgischen Boden gesetzt hätte, die englische Regierung nicht in den Krieg

eingegriffen hätte, ist gänzlich hinfällig. Der „Labour Leader“ fertigt sie mit der Bemerkung ab: „Nun, in diesem Falle würde eine Koalitionsregierung eingegriffen haben.“ Die Führer der Konservativen, Lord Landsdowne und Bonar Law, hatten Asquith ihre Bereitschaft dazu schon kundgetan; sie standen vor der Tür, um in das Kabinett einzutreten, sobald Lloyd George und die ihm Gleichdenkenden es verließen.

Ramsay Macdonald hat schon früher im „Labour Leader“ die Politik Greys einer scharfen Kritik unterzogen, die sich mit der unserigen in den wesentlichen Punkten deckt. Er nimmt zwar als wahr an, daß Grey anfänglich den europäischen Krieg nicht gewollt habe und meint, auch Deutschland habe nichts für den Frieden getan, gibt aber die entscheidende Tatsache zu: „Die russische Mobilmachung zwang Deutschland, den Krieg zu erklären.“

Ueber die Verhandlungen zwischen Deutschland und England sagt Macdonald:

„Während der Unterhandlungen war Deutschland bemüht, sich mit England zu verständigen, und man wollte den englischen Wünschen in manchen Punkten entgegenkommen. Grey wies aber alle deutschen Versuche kurzerhand ab und weigerte sich, mit dem deutschen Botschafter über die Frage der Neutralität Englands zu sprechen. Dies haben Asquith und Grey in ihren Reden im Parlament verschwiegen. — War Grey nicht in der Lage, den Frieden zwischen Rußland und Deutschland zu wahren, so arbeitete er doch vorsätzlich darauf hin, England in den Krieg hineinzuziehen und bediente sich zu diesem Zwecke Belgiens. Grey bedeutete in den letzten acht Jahren eine Bedrohung des europäischen Friedens, und seine Politik ist ein Unglück für England. Als Asquith und Grey im Parlament versicherten, daß England durch seine Entente mit Frankreich keine Verpflichtungen habe, so war das buchstäblich wahr, im Wesen aber unwahr.“

Den Charakter der Entente Englands mit Frankreich-Rußland kennzeichnet Macdonald wie folgt:

„Von 1906 ab gab es einen regelmäßigen Gedankenaustausch zwischen französischen und englischen Heeres- und Marineführern. Es entstanden Pläne für eine Kooperation zu

Wasser und zu Lande. In Uebereinstimmung mit diesen Plänen ließ die französische Flotte die Nordküste Frankreichs unbewacht. Die Pläne waren überdies auf der Vorstellung begründet, daß Belgiens Neutralität in einem allgemeinen Kriege nicht respektiert werde. (!) Sechs Jahre hat dieser Gedankenaustausch stattgefunden. Die Pläne wurden nach Petersburg gesandt, und ein Großfürst (so sagen wohlunterrichtete Autoritäten), der Beziehungen zu der deutschen Partei in Rußland hatte, sandte sie nach Berlin. Deutschland wußte alle diese Jahre, daß zwischen England und Frankreich militärische Vereinbarungen getroffen worden sind und daß Rußland seine militärischen Operationen in Zusammenhang damit führen soll. So hatten wir uns in das französisch-russische Bündnis eingemischt, daß uns Sir Edward Grey am 3. August sagen mußte, wenn unsere Hände frei seien, so wäre doch unsere Ehre gebunden."

Schließlich betont Macdonald noch, daß Grey dem englischen Parlament in der entscheidenden Sitzung vom 3. August zwei wichtige Umstände verschwiegen hatte:

„Er hat uns verschwiegen, daß nicht die Integrität, sondern nur die Neutralität Belgiens gefährdet war und ließ uns glauben, die Unabhängigkeit dieses Staates wäre gerade so gefährdet, wie seine Neutralität. Auch hat er uns das Gespräch mit dem deutschen Botschafter vom 1. August nicht mitgeteilt. Und warum? Weil Sir Edward Grey, ohne Mitwissen der Nation, England so sehr an Frankreich und Rußland gebunden und sich verpflichtet hat, an der Seite dieser Mächte zu kämpfen, daß er nicht mehr in der Lage war, über Neutralität zu verhandeln."

Die gleiche Auffassung vertritt das vom Vorstand der Unabhängigen Arbeiterpartei (Macdonald, Keir Hardie, Bruce Glasier, Jowett u. a.) erlassene (im „Vorwärts" vom 17. September abgedruckte) Manifest. Darin wird zunächst der Diplomatie aller Länder vorgeworfen, sie habe „eine wahre Sphäre von Neid, Täuschung und Mißgunst um sich verbreitet". Des weiteren wird auf den unheilvollen Einfluß der Hetzpresse jedes Landes, und der von gewinnsüchtigen Interessenten geschürten Rüstungstreiberei hingewiesen. Es sei schwierig, die Verantwortlichkeit genau abzumessen, die

auf die verschiedenen Länder falle, und es sei genau so unrichtig zu sagen, daß die englische Politik ganz weiß und die deutsche ganz schwarz gewesen sei, wie zu sagen, daß die deutsche Politik völlig richtig gewesen sei und die englische völlig verwerflich. Nach diesen Vorbehalten heißt es dann aber:

„Gegenwärtig hat Sir Edward Grey sein Weißbuch herausgegeben, um zu beweisen, daß Deutschland der Angreifer ist, genau so, wie Deutschland ein Weißbuch herausgibt, um zu beweisen, daß Rußland der Angreifer ist und Rußland, um zu beweisen, daß Oesterreich der Angreifer ist. Selbst wenn man jedes Wort in dem englischen Weißbuch unangefochten lassen wollte, so fehlen doch die weiteren Anklagepunkte. Zugegeben, daß in den Tagen unmittelbar vor dem Kriege Sir Edward Grey sich um den Frieden bemühte. Es war zu spät. Eine ganze Reihe von Jahren hat er zusammen mit anderen Diplomaten selbst den Abgrund gegraben und eine kluge Staatskunst hätte das unvermeidliche Resultat vorhergesehen und vermieden.

„Es war nicht die serbische Frage oder die belgische Frage, die unser Land in den fürchterlichen Kampf hineingezogen. Großbritannien führt nicht den Krieg wegen unterdrückter Nationen oder wegen der belgischen Neutralität. Auch wenn Deutschland die belgische Neutralität nicht unrechtmäßig gebrochen hätte, wären wir doch hineingezogen worden. Wer glaubt, daß, wenn Frankreich in Verletzung von vertragsmäßigen Rechten nach Belgien eingedrungen wäre, um nach Deutschland zu gelangen, wir gegen Frankreich die Feindseligkeiten begonnen hätten? Hinter dem Rücken des Parlaments und des Volkes trat das Britische Auswärtige Amt in ein geheimes Einvernehmen mit Frankreich, dessen Existenz es leugnete, als es gefragt wurde. Das ist die Ursache, warum unser Land jetzt dem völligen Ruin und der Verarmung ins Auge blicken muß, die der Krieg mit sich bringt. Verträge und Uebereinkommen haben das republikanische Frankreich in das Schlepptau des despotischen Rußland gebracht, Großbritannien in das Schlepptau Frankreichs. Zur gehörigen Zeit wird das alles klargemacht werden und die verantwortlichen Männer zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

„Wir wünschen weder die Verstärkung des deutschen, noch die des russischen Militarismus. Aber die Gefahr liegt darin, daß dieser Krieg entweder den einen oder den anderen fördern wird. England hat sich hinter Rußland gestellt, die reaktionärste, korrupteste und brutalste Macht in Europa. Wenn Rußland gestattet wird, seine Ländergier zu befriedigen und seine Kosakenherrschaft auszudehnen, werden Zivilisation und Demokratie schwer gefährdet . . .“

Auf dem im April 1915 in Norwich stattgehabten Parteitag der Unabhängigen Arbeiterpartei wurde die Stellungnahme des Vorstandes mit 183 gegen 3 Stimmen gebilligt. C. H. Norman, der das Vertrauensvotum beantragte, bemerkte in der Begründung, die Parteileitung habe in ihrem Manifest mit Recht hervorgehoben, daß die Politik der englischen Regierung das Land in den Krieg mit Deutschland getrieben habe. „Durch das Bündnis mit Frankreich hat Grey England verpflichtet, für die Interessen Rußlands Krieg zu führen, was immer auch der Vorwand sei, unter dem Rußland zum Schwerte greifen würde.“ —

Nach alledem muß gesagt werden, daß bei der Untersuchung nach der diplomatischen Schuld der Löwenanteil auf die russische und danach auf die englische Diplomatie fällt. In Petersburg saßen die Regisseure, die aus dem lokal österreichisch-serbischen Konflikt den Weltkrieg machten. In Paris hatte man nicht die Kraft und auch nicht den ehrlichen Willen, sich aus der historischen und finanziellen Verbindung mit Rußland zu lösen, und die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens war ein lockender Siegespreis. In London aber hatte man die Bremse in der Hand, die den Kriegswagen aufhalten konnte und gebrauchte sie nicht. Aus den „soliden, praktischen“ Gründen der englischen Weltpolitik gab man dem Verhängnis freien Lauf.

Die Behauptung, die Leiter der deutschen Politik hätten den Krieg gewünscht und angezettelt, fällt sonach bei Betrachtung der diplomatischen Einzelvorgänge in sich zusammen. Ihre Unhaltbarkeit erweist sich aber auch aus einer allgemeinen Erwägung. Welches Motiv sollte die deutsche Reichsleitung zur Kriegsabsicht geführt haben? — Ihre An-

kläger antworten: Eroberungssucht! Ein Hauptbeweisstück dafür wird in dem Streben des Deutschen Kaisers nach einer „hohenzollernschen Welthegemonie" gefunden, und da ausländische Sozialisten uns vorwerfen, wir hätten uns zu willigen Helfershelfern dieses „Kaiserismus" gemacht, so muß auch darauf mit einigen Worten eingegangen werden. Man stützt sich dabei auf gelegentliche Reden des Kaisers, die auf Geltendmachung deutschen Einflusses in aller Welt lauten. Sie sind bekannt genug. Allein der objektive Beurteiler muß auch zugeben, daß die späteren Aeußerungen Wilhelm II. eine innere Wandlung anzeigen.

So sagte der Kaiser vor einigen Jahren gelegentlich der Einweihung des Kaiser-Wilhelm-Denkmals in Bremen: „Ich habe mir gelobt, auf Grund meiner Erfahrungen aus der Geschichte, niemals nach einer öden Weltherrschaft zu streben. Denn was ist aus den großen Weltreichen geworden? Alexander der Große, Napoleon I., alle die großen Kriegshelden, im Blute haben sie geschwommen und unterjochte Völker zurückgelassen, die beim ersten Augenblick wieder aufgestanden sind und die Reiche zum Zerfall gebracht haben. Das Weltreich, das ich mir geträumt habe, soll darin bestehen, daß vor allem das neuerschaffene Deutsche Reich von allen Seiten das absolute Vertrauen als eines ruhigen, friedlichen Nachbarn genießen soll, und daß, wenn man dereinst vielleicht von einem deutschen Weltreich oder einer Hohenzollernweltherrschaft in der Geschichte reden sollte, sie nicht auf Eroberung gegründet sein soll durch das Schwert, sondern durch gegenseitiges Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen, kurz ausgedrückt, wie ein großer Dichter sagt: „Nach außenhin begrenzt, im Innern unbegrenzt."

Beweiskräftiger aber als solche und andere Reden sind die heftigen Angriffe, die gegen den Kaiser und den derzeitigen Kanzler aus dem kleinen Kreise der deutschen Kriegs- und Eroberungspolitiker seit Jahren gerichtet worden sind, gerade wegen des friedlichen, einer kriegerischen Expansion abgeneigten Charakters der offiziellen Reichspolitik. Ich will hier die jedem Kenner der innerdeutschen Verhältnisse wohlbekannten Aeußerungen alldeutscher und imperialistischer Blätter nicht wiederholen. Ihre Verfasser wußten sehr gut,

wo der Widerstand gegen ihre Wünsche seinen stärksten Halt hatte.

Diese Haltung des Kaisers hat auch der „Vorwärts“, unbeschadet seiner prinzipiellen Stellung zur Monarchie, am 30. Juli 1914 offen und ehrlich anerkannt, als er schrieb, „daß Wilhelm der Zweite sich durch seine Haltung namentlich in den letzten Jahren als aufrichtiger Freund des Völkerfriedens bewährt hat“. — Auch an die oben erwähnte Aeußerung des Kaisers zu Sven Hedin über die Verständigung mit Frankreich als Garantie für den Weltfrieden sei hier nochmals erinnert.

Das Zerrbild eines auf Länderraub und Verwüstung ausgehenden Attila paßt also wirklich nicht auf den vorliegenden Fall. Mit diesem Beweisstück für den deutschen „Eroberungskrieg“ ist es nichts. Und die anderen Beweise — ja, wo sind sie? Welche speziellen Eroberungspläne sollten denn die verantwortlichen Leiter der deutschen Reichspolitik zum Kriege verführt haben? Die Kriegswolken stiegen im Osten auf. Lagen da verlockende Eroberungsziele? Es wird sich schwerlich jemand finden, der behauptet, die polnischen, lettischen oder litauischen Gebiete hätten der deutschen Regierung in die Nase gestochen. Vom „türkischen Erbe“ in Kleinasien aber hätten wir doch wohl viel eher mit Rußland, als gegen Rußland etwas aberhalten können.

Was weiter die möglichen Eroberungen nach dem Westen anlangt, so fragen wir: würde sich Deutschland wohl vor aller Welt und insbesondere England gegenüber verpflichtet haben, Belgiens territoriale Integrität und Unabhängigkeit nicht anzutasten, wenn es den Krieg aus Eroberungsabsichten nach dieser Richtung beabsichtigt hätte? Oder glaubt man, daß französische Gebietsteile als erstrebungswerte Beutestücke der deutschen „Raubgier“ vorgeschwebt hätten? Damit wäre das Bestreben der deutschen Diplomatie, Frankreichs Neutralbleiben zuerst direkt und dann noch in letzter Stunde durch Vermittelung Englands zu erreichen, absolut nicht zu vereinbaren. Und ebenso wenig wäre damit zu vereinbaren die Bereitschaft Deutschlands, um den Preis der englischen Neutralität die Zusicherung zu geben, kein französisches Gebiet annektieren zu wollen. Durch all das

hätte ja die deutsche Regierung ihre angeblichen Eroberungsziele von vornherein selbst durchkreuzt.

Ja, aber der Drang nach kolonialen Eroberungen — das war die eigentliche Triebkraft, sagen gewisse Leute auch innerhalb Deutschlands. Wie konnte man denn die erlangen? Durch den Krieg gegen Rußland waren keine Kolonien zu erobern, da Rußland selber keine hat. Mit dem Bemühen, England vom Eingreifen abzuhalten durch Zusicherung der Integrität Belgiens und Frankreichs, verschloß man sich auch den Weg zu deren Kolonien. Ueberhaupt konnte man irgendwelche Kolonien doch nur „erobern" durch einen Krieg mit England. Den aber suchte man gerade mit dem größten Eifer und bis zum letzten Augenblick zu vermeiden! Diese Tatsache kann doch von niemand bestritten werden. Also auch im Hinblick auf koloniale Erwerbungen fällt die These des von vornherein beabsichtigten „deutschen Eroberungskrieges" in sich zusammen.

Wohlgemerkt: ich behaupte nicht, daß nicht während des Krieges Eroberungswünsche und Hoffnungen in Deutschland an den Tag getreten sind und sich durchzusetzen suchen. Aber darum handelt es sich hier nicht. Die hier zur Untersuchung stehende Frage ist lediglich, ob es wahrscheinlich sei, daß territoriale und koloniale Eroberungsabsichten die Reichsregierung in den Krieg geführt haben. Ihr ganzes Verhalten wie die Betrachtung der Tatsachen spricht dafür, daß das nicht der Fall war.

Schließlich muß noch ein gewichtiges Moment hervorgehoben werden. Die beiden Zentralmächte führen diesen Krieg gegen eine gewaltige Uebermacht im Osten wie im Westen, zu Lande wie zu Wasser. Hätten sie einen Eroberungskrieg von langer Hand geplant und absichtlich herbeigeführt, so würden sie ganz gewiß nicht versäumt haben, sich ihres dritten Dreibundsgenossen vorher zu versichern, um das zahlenmäßige Kräfteverhältnis einigermaßen gleichzustellen und das Risiko des Mißerfolgs zu vermindern. Sie haben sich aber der Kriegsfolge Italiens vorher nicht nur nicht versichert, Italien konnte sogar der Welt mitteilen, daß der Bündnisfall für es nicht gegeben sei, da man ihm von dem Schritt Oesterreichs auf dem Balkan nicht einmal Kenntnis gegeben, geschweige

denn sein Einverständnis dazu eingeholt habe. Diese Unterlassung wäre undenkbar gewesen, wenn die beiden Zentralmächte absichtlich den europäischen Krieg hätten herbeiführen wollen.

Im Gegensatz zu der Zerrissenheit des Dreibundes sahen wir auf der anderen Seite eine wohlgefügte fertige Kriegsgemeinschaft auf den Plan treten. Die Tripleentente war eine aggressiv gegen Deutschland gerichtete Kombination. Der Dreibund hatte rein defensiven Charakter. Das ergab sich bei der Untersuchung der politisch-ökonomischen Ursachen des Krieges. Die Analyse der diplomatischen Schuldfrage führt zu demselben Resultat. *Die Motive und Handlungen der Diplomaten waren die geistigen Reflexe der politisch-ökonomischen Interessenuntergründe der beiden Lager.*

VI.

Die Größe der Gefahr.

Es ist seltsam, wie wenig die Sozialisten der westeuropäischen Länder vermocht haben, sich die Situation Deutschlands beim Ausbruch dieses Krieges richtig vorzustellen. Sie redeten und handelten gegen Deutschland, als ob die russische Gefahr im Osten gar nicht existiere. Wenn ihre Kenntnisse von der politischen Geographie und Geschichte Europas auch nur einigermaßen auf der Höhe gewesen wären, so hätten sie wissen müssen, was für Deutschland bei diesem Kampfe auf dem Spiel stand.

Nur ganz wenige von ihnen haben überhaupt den Versuch gemacht, die Haltung der deutschen Sozialdemokratie aus jener Gefahr heraus zu begreifen. In den oben zitierten Auslassungen Macdonalds und der Unabhängigen Arbeiterpartei tritt uns dieses Verständnis entgegen. Auch in dem Manifest der britischen Sektion der Internationale, das zu Beginn des Krieges erschien und die Unterschriften von Keir Hardie und Arthur Henderson trägt, wird erklärt: „Heute wäre der Erfolg Rußlands der Fluch der Welt".

Die Dezembernummer der amerikanischen Zeitschrift „Independent" brachte einen Appell Emile Vandervel des, in dem sich ebenfalls einiges Verständnis für die Haltung der deutschen Reichstagsfraktion zeigte. Er sagt da, die deutschen Genossen hätten sich in einem schweren Dilemma befunden: „Gegen die Kriegskredite zu stimmen, hätte nur bedeutet, ihr Land den Händen der russischen Eindringlinge zu überliefern; dafür zu stimmen bedeutete, die Regierung mit Mitteln zur Bekämpfung Englands, Frankreichs und Belgiens, der Demokratie Westeuropas, zu versehen. Von den zwei Uebeln wählten sie dasjenige, das ihnen das kleinere erschien. In ihrem Haß gegen das Zarentum stimmten sie für die Kriegskredite und lösten auf diese Weise die schwere Gewissensfrage,

der sie sich gegenübersahen". In gleicher Weise sprach sich Vandervelde in einem am 18. April 1915 in Paris gehaltenen Vortrag aus, über den der „Vorwärts" nach der Zeitschrift „Foi et Vie" berichtete. Dort fügte er hinzu: „Sie haben gewählt — und schlecht gewählt; aber wer könnte ihnen mildernde Umstände versagen". — Na, das ist immerhin etwas. Wir wollen ihm für manches, was er sonst noch gesagt hat, das gleiche zubilligen.

Am verständnislosesten stand die auf ihre Intelligenz so stolze französische Nation der Haltung der deutschen Sozialdemokratie gegenüber. Mit Jaurès schien der einzige Mann gefallen zu sein, der zu einem objektiven Urteil über die deutsche Situation befähigt war. Die französischen Sozialisten schrieben und schrien plötzlich, als ob ihr Land allein in Gefahr sei. Sie sahen nur das eine nach Westen gekehrte Gesicht des Krieges, das nach Osten gekehrte blieb ihnen verborgen. Oder soweit sie es sahen, begrüßten sie es lediglich als Verheißung der eigenen Rettung. Sie schwelgten in der Hoffnung auf die „russische Dampfwalze" und gaben sich der naiven Vorstellung hin, auf den eingewalzten deutschen Fluren werde dann der Zar den Baum der deutschen Freiheit pflanzen.

Mag man es noch verstehen, daß die französischen Sozialisten das uns und die ganze europäische Kultur von Osten bedrohende Unheil in der Hypnose des ersten Kriegsschreckens völlig vergaßen; gänzlich unbegreiflich bleibt es, daß es auch in Deutschland einige Geister gab, die hinsichtlich der russischen Gefahr sofort umlernten. Versuchen wir, ihnen das Verständnis dafür wieder beizubringen. Schon bei Betrachtung der Kriegsursachen wurde einiges von dem in die Erinnerung zurückgerufen, was die Altmeister und Bahnbrecher der sozialistischen Bewegung über die Raubnatur der russischen Politik gesagt haben. Tragen wir noch einiges nach.

Anläßlich des russisch-türkischen Krieges 1877—1878 schrieb Wilhelm Liebknecht die in seinem Schriftchen „Zur orientalischen Frage" oder: „Soll Europa kosakisch werden?" zusammengefaßten Artikel. Dort heißt es:

„Rußland — eine halbbarbarische Macht, die sich gerade soviel Zivilisation angeeignet hat, um ihre barbarischen Ziele

mit dem Raffinement der Kultur verfolgen zu können. Der brutalste Raubstaat, den die Geschichte kennt, der einzige, welcher der langen ununterbrochenen Reihe von an der Menschheit begangenen Verbrechen keinen der Menschheit erzeigten Dienst mildernd zur Seite stellen kann . . . dieser räuberischste, grausamste, heuchlerischste aller Raubstaaten darf ungestraft Europa, die Welt, aus einer Panik in die andere stürzen, darf den Handel und die Industrie der zum Aufblühen unentbehrlichen Ruhe und Sicherheit berauben, darf Verwickelungen schaffen, aus denen jeden Augenblick ein europäischer, ein Weltkrieg emporschießen kann."

In dem Sieg Rußlands sieht Liebknecht der Alte „*den Tod der Freiheit in Europa und vor allem in unserem Deutschland*". Von einer Niederlage der zarischen Despotie erhoffte er dagegen die politische und soziale Umwälzung in Rußland „und damit den Umschwung in ganz Europa". Von der gleichen Auffassung aus hatte er 10 Jahre vorher auf dem Nürnberger Arbeitertag erklärt: „Doch mit unserer Befreiung sind wir noch nicht am Ziele, es bleibt noch eine blutige Arbeit zu verrichten und eine heilige Pflicht zu erfüllen: die Zertrümmerung Rußlands, die Wiederherstellung Polens".

Demselben Gedankengang gab Wilhelm Liebknecht in seiner schon erwähnten Reichstagsrede am 28. November 1888 Ausdruck. Er erhob dort gegen die deutsche Regierung wie gegen die französische den Vorwurf, sich vom russischen Selbstherrschertum durch Freundschafts- und Liebesdienste Vorteile verschaffen zu wollen. „Wir Deutsche krochen, die Franzosen krochen neben uns. Was hat uns das Kriechen genützt? . . . Und was haben wir davon? — sind wir der Russen etwa sicherer als vorher? Sie spielen einfach mit uns wie die Katze mit der Maus, und wenn wir den Frieden mit Rußland und mit Hilfe Rußlands den Weltfrieden noch so ernstlich wollen, wir können ihn niemals bekommen. Rußland ist eine durch und durch despotische Macht, und das zarische Rußland muß seiner ganzen Natur nach ein erobernder Staat sein. Rußland kann in der Gestalt und Verfassung, die es gegenwärtig hat, seine Eroberungspolitik nicht aufgeben; *es ist ein Raubstaat, der ohne Länderraub nicht bestehen*

kann. — Also wenn wir auf ein friedliches Rußland rechnen, so täuschen wir uns. Das heutige Rußland wird stets eine Gefahr des Weltfriedens sein; friedlich kann Rußland nur werden, wenn es gezwungen wird, die Bahnen der europäischen Kultur zu wandeln und dazu wäre Deutschland in der Lage gewesen."

Die in den Schlußworten angedeutete Auffassung, daß Deutschlands Schwert der Freiheit in Rußland eine Gasse bahnen solle, wurde einstmals auch von Karl Marx vertreten und besaß viele Anhänger in der deutschen Sozialdemokratie. Den besonderen Zweck, die französischen Sozialisten über die Gefährlichkeit des französisch-russischen Bündnisses für die Sache der deutschen Arbeiterbewegung aufzuklären, verfolgte Friedrich Engels in dem Aufsatz, den er 1891 für den Almanach des „Parti ouvrier" (des streng marxistischen Flügels der französischen Sozialdemokratie) schrieb. Er veröffentlichte ihn dann auch in der „Neuen Zeit" (1892 Band 1), um die deutschen Parteigenossen wissen zu lassen, wie unverhohlen man vor den Franzosen den Fall erörtern kann, „wo deutsche Sozialisten an einem Krieg, auch gegen Frankreich, unbedingt teilnehmen würden".

Dieser Fall ist für Engels gegeben, wenn Frankreich im Bunde mit Rußland gegen Deutschland und Oesterreich steht. Denn: „Dann kämpft Deutschland einfach um seine Existenz! Siegt es, so findet es nirgends Annexionsstoff vor, im Westen wie im Osten trifft es nur auf fremdsprachige Provinzen, und deren hat es schon mehr als genug. Wird es besiegt, zermalmt zwischen dem französischen Hammer und dem russischen Amboß, so verliert es an Rußland Altpreußen und die polnischen Provinzen, an Dänemark ganz Schleswig, an Frankreich das linke Rheinufer. Selbst wenn Frankreich diese Eroberung zurückwiese, Rußland würde sie ihm aufzwingen. Denn Rußland braucht vor allem einen ewigen Zankapfel, einen Grund unaufhörlicher Entzweiung zwischen Frankreich und Deutschland. Versöhnt diese beiden großen Länder und es ist aus mit der Vorherrschaft in Europa. Ein so zerstückeltes Deutschland aber wäre außerstande, die ihm in der europäischen geschichtlichen Entwickelung zukommende Rolle durchzuführen. Herabgedrückt

auf den Stand, den ihm Napoleon nach Tilsit aufzwang, könnte es sich am Leben erhalten nur in der Vorbereitung eines neuen Krieges zur Wiederherstellung seiner nationalen Lebensbedingungen. Inzwischen aber bliebe es das gefügige Werkzeug des Zaren, der nicht ermangeln würde, sich seiner zu bedienen — gegen Frankreich.

„Was würde unter solchen Umständen aus der deutschen sozialdemokratischen Partei? Soviel ist sicher: weder der Zar, noch die französischen Bourgeoisrepublikaner, noch die deutsche Regierung selbst würden eine so schöne Gelegenheit vorübergehen lassen zur Erdrückung der einzigen Partei, die für sie alle drei der „Feind“ ist . . .

„Wenn aber der Sieg der Russen über Deutschland die Erdrückung des deutschen Sozialismus bedeutet, was wird dann, gegenüber einer solchen Aussicht, die Pflicht der deutschen Sozialdemokraten sein? Sollen sie die Ereignisse passiv über sich ergehen lassen, die ihnen Vernichtung drohen, sollen sie widerstandslos den Posten räumen, für den sie die Verantwortung übernommen haben vor dem Proletariat der ganzen Welt?

„Keineswegs. Im Interesse der europäischen Revolution sind sie verbunden, alle eroberten Stellungen zu behaupten, nicht zu kapitulieren, ebensowenig vor dem äußeren wie vor dem inneren Feind. Und das können sie nur, indem sie bis aufs äußerste Rußland bekämpfen und alle seine Bundesgenossen, wer sie auch seien.

„Sollte die französische Republik sich in den Dienst Seiner Majestät des Zaren und Selbstherrschers aller Reußen stellen, so würden die deutschen Sozialisten sie mit Leidwesen bekämpfen, aber bekämpfen würden sie sie.“

Ja selbst für den Fall, daß der Krieg die Herrschaft der Sozialdemokratie in Deutschland herbeiführe — was Engels für wahrscheinlich hielt —, kündigt er den Franzosen an, daß ihren Heeren derselbe Empfang bereitet werde, den die französischen Revolutionäre von 1793 den Armeen der fremden

Eindringlinge bereiteten. Man würde sie mit den Worten der Marseillaise begrüßen:

„Wie, soll dies fremde Heer uns schnöde
Gewalt antun am eignen Herd?"

Klarer als es hier von Engels geschah, konnte den französischen Sozialisten die Gefährlichkeit des russisch-französischen Bündnisses nicht gezeigt, deutlicher konnte ~~ihnen~~ nicht gesagt werden, was die deutsche Sozialdemokratie im Falle eines Krieges nach zwei Fronten tun werde. Diese Aufklärung schien auch gute Wirkung zu haben. Hervorragende Führer der französischen Partei, allen voraus Jean Jaurès, übten scharfe Kritik an dem Bündnis der Republik mit dem Zarismus. Man erkannte die darin liegende Gefahr für den Frieden und befürwortete die Verständigung mit Deutschland, um aus der unheilschwangeren Verbindung herauszukommen.

Auf dieser Linie bewegte sich auch das Ende 1913 erschienene Buch von Marcel Sembat: „Faites un Roi, si non, faites la Paix". (Macht einen König, wenn nicht, macht Frieden!) Sembat versetzt sich dort „in die Haut eines Deutschen", um zu verstehen, was die mit 1870 erkämpfte nationale Einheit für jeden Deutschen bedeute; in dieser Verwandlung erklärt er: „Sobald ich die deutsche Einheit bedroht glaube, erhebe ich mich, bereit, alles zu opfern, mein Geld, wenn ich etwas habe, und mein Leben! Einerlei, ob ich Sozialist, Katholik, Liberaler oder Konservativer bin, wer die deutsche Einheit bedroht, der hat mich zum Feind."

Diese nationale Haltung der Deutschen verstehe der Franzose sehr wohl, meint Sembat, denn der würde es, unbeschadet seiner Parteistellung ja ebenso machen, sobald er sich dem großen Säbel eines Eroberers gegenübersähe. Für den Deutschen aber komme noch etwas hinzu, was dem Franzosen schwerer begreiflich sei: die Furcht vor Rußland! „Der Deutsche ist groß geworden unter der ständigen Bedrohung einer furchtbaren Lawine, die über seinem Haupte hängt, einer Lawine, die sich jeden Augenblick lösen und über ihn weggehen kann; einer Lawine von zahllosen wilden Völkern, von brutalen, barbarischen Horden, die sein Land zu überfluten, seine Zivilisation und Kultur zu begraben drohen. — Deutsch-

land grenzt an wilde Länder. Es ist der unmittelbare Nachbar der Barbarei Asiens, der ungeheuren Horden der Kosaken, der Hunnen."

Für ihn als Franzosen, führt Sembat weiter aus, sei diese russische Gefahr fern, er verehre den einzelnen russischen Dichter, Literaten, Sozialisten und erhoffe viel von dem slawischen Geist für die Zukunft der Menschheit. Für den Deutschen aber stelle sich der Russe anders dar: als ein Geknuteter oder einer, der die Knute schwingt.

„Und schließlich, hausen nicht in den Domänen des Zaren die Barbaren von Turkestan und Zentralasien.... Würde er sich scheuen, sobald die europäischen Russen ihm zu liberal oder zu sozialistisch würden, die Sotnien der Kosaken und Turkomanen gegen sie aufzurufen? Wenn dieser Tag anbricht, dann wird Asien, der barbarische Osten, dann werden die Wilden an den Toren Europas und an der Schwelle Deutschlands stehen.

„Das französisch-russische Bündnis und danach die Triple-entente muß daher dem Deutschen als der Pakt zweier zivilisierter Völker mit der Barbarei erscheinen. Das Auge des Deutschen sieht die Zivilisation betrogen und zugleich mit Deutschland dem Barbarentum ausgeliefert." —

So Marcel Sembat kurz vor dem Kriege. Und als dann das Verhängnis, das er vorausgesehen hatte, hereinbrach, da war die ganze Erkenntnis wie weggewischt. Für den Minister Sembat war nun plötzlich Rußland keine barbarische Macht mehr; der Despot an der Newa war zum Schutzengel der Kultur und Freiheit geworden, und die Deutschen taten Unrecht, daß sie sich gegen die „Lawine" zur Wehr setzten.

Da müssen wir Sembat wirklich bitten, noch einmal in die Haut eines Deutschen zu schlüpfen, dann wird er begreifen, warum wir nicht so schnell umlernen konnten wie er. Er wird dann auch Verständnis gewinnen für die Gefühle, mit denen wir seine und Jules Guesdes Bemühungen begleiteten, die russischen Sozialisten zu Vorkämpfern der zaristischen Befreiungsmission zu machen. Damit haben sie freilich wenig Gegenliebe gefunden. Der „Zar Befreier" hat ihnen einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht.

Wenn je eine Hoffnung grausam enttäuscht worden ist, so die der Zarenfreunde in Paris und London auf einen liberalen Umschwung in Petersburg. Die Machthaber an der Newa scherten sich den Teufel um die Wünsche ihrer Verbündeten im Westen. Wie zum Hohn auf alle solche Illusion eröffneten sie den großen „Befreiungskrieg" mit der brutalen Zertretung der letzten Freiheitsreste des finnischen Volkes. Den Polen gab der Generalissimus Nikolai Nikolajewitsch schöne Versprechungen, indem er zugleich jede widerspenstige national-polnische Bewegung zu vernichten suchte. In dem „befreiten" Ostgalizien bekamen die österreichischen Ruthenen sofort die Segnungen des russischen Regierungssystems zu spüren. Mit dem Einzug der russischen weltlichen und geistlichen Kulturpioniere wurden die ruthenischen Schulen, Bibliotheken, Vereine und wirtschaftlichen Organisationen geschlossen. Man verlangte die Auslieferung aller Bücher, selbst der Gebetbücher in ruthenischer Sprache. Knute, Gefängnis und Galgen, die Wahrzeichen der zaristischen Kultur, traten in Funktion, um alles national-ukrainische Leben in den eroberten Gebieten mit den gleichen brutalen Mitteln zu ersticken wie in der russischen Ukraine.

Mit geradezu teuflischer Grausamkeit aber wütet seit Ausbruch des Krieges das zaristische Regiment gegen die unglückselige jüdische Bevölkerung. „Der Zar hat Polen auferstehen lassen, indem er durch einen Akt der Gerechtigkeit die Pogrome von gestern gutmachen will, die Juden seines Reiches von Sklaverei befreit", — so schrieb die „Humanité" am 23. Oktober. Was es damit auf sich hatte, hat sich bald genug gezeigt. Statt Aufhebung der alten Beschränkungen und Ausnahmegesetze, neue, furchtbare Unterdrückungsmaßnahmen! Himmelschreiende Greuel wurden an der jüdischen Bewohnerschaft Polens begangen.

Der Feldrabbiner Dr. Arthur Levy schilderte im Hamburger „Israelitischen Familienblatt" eine Reihe Einzelheiten, die das Blut des Lesers erstarren machen. Man plündert, brennt die Wohnungen der Unglücklichen nieder, schändet Frauen und Mädchen, hängt die Männer auf und zwingt ihre Frauen, die Stricke dafür herbeizuholen. Selbst Synagogen wurden zum Schauplatz solcher Greuel gemacht. Dr. Levy

sagt zusammenfassend über dieses teuflische Wüten gegen seine unglücklichen Glaubensgenossen: „Die Pogrome früherer Zeiten sind nichts gegen die rasende Vernichtung jüdischer Häuser und jüdischen Lebens, die mit dem russischen Heere sich durch ganz Polen wälzt, mit ihm vorwärts und rückwärts geht und es begleitet wie ein Schatten. In mehr als 215 Orten wurde bisher „pogromiert", und es ist kein Ende des Schreckens abzusehen."

Diese Darstellung wird bestätigt und übertroffen von den Mitteilungen, die der „Allgemeine jüdische Arbeiterbund" (die gewöhnlich kurzweg als „Bund" bezeichnete Vertretung der jüdischen Sozialisten in Litauen, Polen und Rußland) in seinem an die Internationale gerichteten Notruf gemacht hat. Da heißt es über die grausame Verfolgung der jüdischen Bevölkerung u. a.:

„Worauf wir hier die Aufmerksamkeit der zivilisierten Welt lenken wollen, das sind die selbst in der blutigen Geschichte des Zarismus beispiellos dastehenden Greueltaten, die unter dem Deckmantel des Krieges jetzt vollbracht werden. Die Regierung hat einen wahren Vernichtungsfeldzug gegen die Juden unternommen, der im Rayon der Kriegsoperationen an eine Strafexpedition großen Maßstabes erinnert.

„Der Krieg spielt sich in Rußland im Ansiedlungsgebiet der Juden ab, in der Hauptsache in Polen und in einigen litauischen Grenzgouvernements. Die jüdische Bevölkerung dieser Gegenden ist infolge des Krieges vollständig ruiniert und hungert — buchstäblich! — massenweis. Das grenzenlose Elend und die Invasion feindlicher Truppen zwingen die Juden, ihre Wohnsitze zu verlassen. Und da tritt die vorsorgliche Regierung auf und gibt darauf acht, daß kein Jude etwa die Grenzen des Ansiedelungsrayons überschreite. Sorgfältig werden die Häuser der Juden in den Städten außerhalb des Ansiedelungsrayons nach Flüchtlingen durchstöbert, wird jemand dort erwischt, so wird er verhaftet, für „unrechtmäßigen Aufenthalt" bestraft und zurück nach seinem verödeten Zuständigkeitsort per Schub abtransportiert. Selbst die im Felde verwundeten Juden, die sich zur Heilung außerhalb des Ansiedelungsrayons befinden, werden sofort nach Entlassung aus den Spitälern in ihre Heimat-

orte zwangsweise abgeschoben, insofern sie für den weiteren Felddienst untauglich sind. Sämtliche Gesuche einzelner Juden um zeitweilige Aufenthaltsbewilligung außerhalb des Ansiedelungsrayons, wodurch allein sie dem Hungertode entgehen könnten, werden entschieden abgelehnt mit einer zynischen Begründung, die jedem menschlichen Empfinden Hohn spricht: „„In Ermangelung gesetzlicher Veranlassung . . .““

„Mehr noch: Unter den Auspizien der Zivil- und Militärbehörden hat in Polen eine lange Reihe von Pogromen begonnen, an denen die Soldaten teilnehmen, die durch die antisemitische Propaganda der Regierung und des Abschaums der polnischen Bevölkerung gegen die Juden aufgehetzt werden. Die Juden werden grausam mißhandelt, ihr Hab und Gut wird geplündert. Selbst in Lodz, dem „russischen Manchester“, einer Stadt mit 500 000 Einwohnern, wütete vor Einzug der deutschen Truppen während einiger Tage ein heftiger Judenpogrom. So sind die Juden in Polen jetzt buchstäblich außerhalb des Gesetzes gestellt worden.

„Pogrome gegen die eigene Bevölkerung, während der äußere Feind die Grenzen des Landes überschreitet — eine derartige Ungeheuerlichkeit kann selbst in der Politik des russischen Zarismus stutzig machen, eines politischen Systems, das mit vollem Recht als die grausamste Form der Despotie gilt. Die russischen Militärbehörden begnügen sich jetzt aber mit dem traditionellen, durch die russische Verwaltungspraxis geweihten Formen der Pogrome nicht mehr und haben ihrerseits dazu beigetragen, die russische moderne Folterkammer um eine wirksame Waffe zu bereichern. Sie brachten zur Anwendung ein ruchloses Mittel, das sie der Geschichte der mittelalterlichen Judenverfolgungen entnommen haben: die Ausweisung der gesamten jüdischen Bevölkerung aus einer ganzen Reihe von Ortschaften.

„Die Prozedur der Ausweisung führt uns in längst verflossene Zeiten zurück und läßt vor uns grauenerregende Bilder mittelalterlicher Barbarei neu erstehen: Durch Trommelschlag wird die gesamte jüdische Bevölkerung des gegebenen Ortes auf einem Platz gesammelt. Es wird ihr der Befehl der Militärbehörde verkündet, die Stadt zu verlassen. Der Befehl ist in-

appellabel. Frist — 24 Stunden, mancherorts nicht mehr als 13 Stunden. Wer nach dieser Frist am Orte bleibt, wird vor ein Feldgericht gestellt.

„Ganz wie im Mittelalter geschieht auch der „Auszug" der Juden: Männer und Frauen, Gesunde und Kranke, gebrechliche Greise und Kinder ziehen zu Fuß tagelang, obgleich das Ziel ihrer Wanderung, die einzige Stadt, die sie beherbergen kann, Warschau, mit der Eisenbahn in einigen Stunden zu erreichen wäre. Unsägliches Elend, unmenschliche Qualen und Entbehrungen begleiten sie auf ihrer Wanderung. Nicht selten sind unterwegs Todesfälle von Kindern und vorzeitige Entbindungen. Man schreitet in Nacht und Sturm, und die Panik, die sich der Ausgewiesenen bemächtigt, ist so groß, daß Mütter ihre Säuglinge verlieren. Wenn sie zu ihrem Schrecken dessen gewahr werden, finden sie das Kissen, worauf sie das Kind trugen, leer. Das Kind ist in der Dunkelheit unbemerkt entglitten."

Der Aufruf schildert dann noch weitere grauenvolle Einzelheiten solcher Ausweisungen und zählt die davon betroffenen Ortschaften auf, aus denen sich in Warschau über 100 000 unfreiwilliger jüdischer Flüchtlinge ansammelten. Weiter wird auf das Wirken der russischen Feldgerichte hingewiesen. Zahlreiche Juden seien unter den nichtigsten Vorwänden vor Feldgerichte gestellt worden, die sie zum Tode durch den Strang oder zu Zwangsarbeit und Verbannung verurteilten. Selbst wenn keinerlei Beweise für die Schuld der Verdächtigten sich hätten auftreiben lassen, habe man sie einer entehrenden Körperstrafe unterworfen und für die Dauer des Krieges aus ihrem Wohnsitz verjagt. Für die Kosaken sei es ein gewöhnlicher, straffreier Sport geworden, einen Juden niederzumachen oder wenigstens zu berauben.

Um all diese Scheußlichkeiten zu rechtfertigen, verbreite die Regierung die Verleumdung, daß die Juden den deutschen Truppen Dienst leisten. Das sei eine Verleumdung, die angesichts der zahlreichen ins Heer eingetretenen und mit Tapferkeitsmedaillen ausgezeichneten jungen Juden sowie der sonstigen freiwilligen Kriegshilfeleistungen der jüdischen Bevölkerung eine maßlose Unverfrorenheit darstelle. Nirgendwo sonst in der Welt sei — so erklärt das Manifest des „Bundes" zum

Schluß — „ein derartiges ruchloses Spiel mit der Ehre, dem Leben und dem Hab und Gut von Millionen friedlicher Bürger denkbar."

So sieht der „Kulturkrieg" des bekehrten Zaren aus! So war er seit Beginn des Krieges bestrebt, seine vormaligen Sünden wieder gut zu machen. Auch einige russische Sozialisten hatten ihre Zukunftshoffnung auf ihn eingestellt und eine Aera der „sozialen Versöhnung" erhofft. Die Zahl dieser naiven Illusionäre war freilich gering; sie dürfte inzwischen noch geringer geworden sein.

Die Auflösung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der russischen Arbeiterschaft, die gänzliche Unterdrückung ihrer Presse, die Verhaftung und Verurteilung ihrer Führer dürfte geeignet gewesen sein, auch die Plechanoff, Gorki, Krapotkin zur Vernunft zurückzuführen.

Jedenfalls wird Burzew inzwischen von dem voreiligen Vertrauen auf die zaristische Großmut geheilt sein, das ihn aus Paris nach Rußland heimtrieb. Auf der Rückreise hatte dieser reuige Revolutionär in Stockholm einem Befrager nach einer Meldung des „Vorwärts" erklärt: „Ich will der russischen Regierung meine Hand reichen; wenn sie damit antwortet, mich ins Gefängnis zu werfen, so ist das nicht meine Schuld . . . Rußland muß siegen; aber das kann nur geschehen, wenn dieser Krieg eine Nationalsache wird für die ganze Nation. Ich ziehe deshalb nach Rußland, um über die Forderung „Amnestie und politische Freiheit" zu sprechen."

Die Antwort der russischen Machthaber war die sofortige Verhaftung des vertrauensseligen Patrioten und seine Verurteilung zur Deportation nach Sibirien. Nichts beleuchtet schärfer das innerste unveränderliche Wesen des zarischen Systems.

Die Tragikomödie Burzew hat dann doch, wie es scheint, einige französische Sozialisten aus ihrem russophilen Rauschzustand zur Ernüchterung gebracht. Gustave Hervé schrieb dazu in seiner „Guerre Soziale":

„Die Verurteilung Burzews würde ein Keulenschlag für alle Freunde des russischen Volkes und der russischen Regierung sein, die wir seit Kriegsausbruch trotz ihrer Vergangenheit mit derselben Sympathie zu betrachten bemüht waren. Wir

träumten von einem neuen Zar-Befreier, der nicht nur die kleinen slawischen Völker in Mitteleuropa und auf dem Balkan vom österreichischen Joche befreien, sondern auch Finnland die ihm längst versprochene Autonomie wiedergeben, Polen wiedererwecken, die Juden aus ihrer Sklaverei befreien, den Revolutionären die Türen der sibirischen Zuchthäuser öffnen und aus der Duma ein Haus von wirklichen Abgeordneten des russischen Volkes machen würde. Bedeutet die Verurteilung Burzews, daß wir uns schmählich täuschten? Wird der Zar, der Freund der verbündeten französischen Republik, des freien Englands und des ritterlichen Belgiens, gestatten, daß Burzew nach Sibirien verschickt wird?" —

Jawohl, der „Zar Befreier" hat sogar gestattet, daß der Verurteilte in Ketten dorthin transportiert wurde — und die verbündete französische Republik, in deren Regierung Sozialisten sitzen, hat es nicht verhindert. Das hatte übrigens auch kein nüchterner Beurteiler der Dinge von ihr erwartet.

Der russische Despotismus durfte sich auf seine Verbündeten verlassen. „Indem der Zarismus alle Vorteile seiner internationalen Lage ausnutzt, rechnet er mit Bestimmtheit darauf, daß die Regierungen des republikanischen Frankreichs und des parlamentarischen Englands keinen Finger rühren werden, um den Trägern der republikanischen Idee in dem monarchischen Polizeistaat Rußland zu Hilfe zu kommen," so schrieb der „Golos", das in Paris erscheinende Organ der russischen Sozialisten, in einem Protest gegen die Verhaftung der sozialdemokratischen Dumaabgeordneten. Die Antwort der republikanisch-sozialistischen Pariser Regierung auf diesen Hilferuf war — die Unterdrückung des „Golos"!

Es bedurfte des Falles Burzews und der Prozessierung der sozialistischen Dumaabgeordneten, um die „Humanité" zur Erkenntnis zu bringen: „Die Politik der russischen Regierung ändert sich nicht."

Diese Einsicht hätten die französischen Genossen sich von vornherein bewahren sollen. Statt dessen unternahmen sie den Versuch, die russischen Sozialisten in die Bundesgenossenschaft mit dem „Zar Befreier" hineinzuziehen. Vor Guesde und Sembat hatte das schon Vandervelde in seinem offenen Brief an die russischen Sozialisten versucht. In der Antwort,

die ihm der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Rußlands (der sogenannten Majoritätsgruppe) gab, und die in der Beurteilung des Zarismus mit allen übrigen offiziellen Aeußerungen der sozialistischen Gruppen Rußlands übereinstimmt, heißt es:

„Dieser bleibt in seiner inneren Politik unverändert. In Rußland herrscht dieselbe schonungslose Unterdrückung und dieselbe grenzenlose Ausbeutung. Sogar jetzt, während des Krieges, da man hätte erwarten können, daß der Absolutismus vorsichtiger und auch großmütiger hätte handeln müssen, ist er seiner wahren Natur treu geblieben, denn er verfolgt wie vorher und übt denselben Druck auf die Demokratie, auf die verschiedenen Nationalitäten Rußlands und vor allem auf die Arbeiterklasse aus. Alle sozialistischen Zeitungen sind unterdrückt, alle Arbeiterorganisationen aufgelöst; Verhaftungen und Verbannung ohne Untersuchung und ohne gerichtliches Urteil finden immer noch statt. Und sollte der Krieg mit einem vollständigen Siege der russischen reaktionären Regierung schließen, ohne daß gleichzeitig eine Demokratisierung der politischen Macht stattfände, wird diese Regierung auch nach Schluß des Krieges ihre volksfeindliche Politik sowohl innerhalb als auch außerhalb Rußlands fortsetzen. In diesem Falle kann sie der Mittelpunkt und der Herd der weltpolitischen Reaktion werden.“ —

Die deutsche Sozialdemokratie hätte sich eines verbrecherischen Leichtsinns schuldig gemacht, wenn sie sich bei ihren Entschlüssen auch nur im geringsten durch die Hoffnung auf freiwillige Bekehrung der moskowitischen Machthaber zu demokratischen Idealen und Kriegszielen hätte beeinflussen lassen. Wir wußten, was ein Sieg Rußlands für das deutsche Volk und für die deutsche Arbeiterbewegung zu bedeuten hätte. Ihn mit allen Kräften zu hindern, war uns eine heilige Pflicht. In unserer Erklärung vom 4. August hieß es: „Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Siege des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten seines Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen“.

Diese Worte sind ungehört oder unverstanden an den Ohren der Sozialisten in den mit dem Zarismus verbündeten Ländern vorübergehallt. Es gab dort sogar Leute, die glaubten, uns beruhigen und in unserer Haltung erschüttern zu können mit der Versicherung, die demokratischen Westmächte würden im Falle eines Sieges schon dafür sorgen, daß der Zarismus unserer nationalen Unabhängigkeit und Kultur nichts zu Leide täte. Ja, hirnverbrannte Illusionäre versprachen sich und uns die Förderung der innerdeutschen Freiheit auf diesem Wege. Wir haben diese gefährlichen Phantastereien kalt lächelnd abgewiesen. Und wir wissen, es wird die Zeit kommen, wo man auch außerhalb Deutschlands begreift, was die Niederwerfung der zarischen Militärmacht für die ganze europäische Kultur zu bedeuten hat. Kommende Geschlechter werden das weltgeschichtliche Verdienst des deutschen Volkes würdigen.

Insbesondere aber vor dem Forum der sozialistischen Internationale steht die deutsche Sozialdemokratie mit dieser Haltung gerechtfertigt da. „Ist doch der Zarismus auch die Hoffnung aller reaktionären Mächte Europas, der grimmigste Feind der Demokratie der von ihm beherrschten Völker selbst, dessen Untergang herbeizuführen die gesamte Internationale als eine ihrer vornehmsten Aufgaben ansehen muß." — Diese Worte aus dem Manifest des internationalen Sozialistenkongresses zu Basel 1912, mögen sich die Sozialisten in Frankreich, England und Belgien, die geglaubt haben, in Rußland und in den neutralen Ländern die Werbetrommel für den „Zar Befreier" rühren zu müssen, ins Gewissen zurückrufen!

Daß die Demokraten des Westens die Verbündeten des Blutzaren geworden sind, war weder der Wunsch noch die Schuld Deutschlands. Die Tatsache selbst aber verminderte für uns nicht die russische Gefahr; sie machte sie erst so furchtbar groß und ernst für uns. Wahrlich Rußland allein, mit seinen 160—170 Millionen Bewohnern und 10 Millionen Soldaten wäre genug gewesen als Gegner der beiden Zentralmächte, hinter denen nur annähernd 120 Millionen Bewohner und 7½ Millionen Kämpfer standen. Nun aber kamen Frankreich und England hinzu. Und die Alliierten

zögerten nicht, ihre gewaltige Ueberzahl noch durch Heranziehung von Hilfstruppen aus ihren ungeheuren Kolonialländern zu verstärken.

Dazu kam die riesige Uebermacht der feindlichen Streitkräfte zur See. Unsere Handelsschiffahrt war mit einem Schlage auf allen Meeren stillgelegt. Nirgends blieb eine offene Tür für die direkte Zufuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln. Neben der militärischen Zerschmetterung proklamierten die Entente-Mächte die *wirtschaftliche Erdrosselung* unseres Landes.

Das war die zweite furchtbare Bedrohung, die sich mit diesem Krieg vor unseren Augen auftat. ~~Die russische Gefahr war alt, wir kannten sie aus der Geschichte, und die täglichen Nachrichten aus Rußland hielten sie in unserem Bewußtsein wach~~. Die Erkenntnis der *englischen* Gefahr war für die meisten von uns neu. Nicht, daß die nimmersatte Eroberungssucht der englischen Imperialisten uns entgangen wäre. Auch die Einkreisungsbestrebungen der englischen Diplomatie sahen wir, und ihre drohende Haltung in der Marokkokrisis 1911 schreckte manchen von uns auf. Aber bei all dem war England für uns das Idealland der Demokratie. Wir sahen die starken und ehrlichen Bemühungen einflußreicher sozialistischer und liberaler Politiker, mit Deutschland in ein gesichertes Freundschaftsverhältnis zu kommen, und wir hofften, daß die große kommerzielle Interessengemeinschaft, die sich in einem gewaltigen Hinüber- und Herüberfluten von Waren, Kapitalien und Menschen ausdrückte, die feindlichen Gegensätze in anderen Gebieten des Wirtschaftslebens in Schach halten würde. Die englische Seehegemonie war eine alte Sache, die uns nicht wehe tat, solange sie gepaart war mit liberalem Recht und freier Handelsbetätigung für jedermann im Bereich der englischen Weltherrschaft.

Der Krieg hat uns die englische Seebeherrschung zum ersten Mal von ihrer anderen Seite gezeigt. England ist im Bunde mit Frankreich und Rußland in der Lage, uns von allem Weltverkehr abzuschließen. Im Norden überwacht es die Zugangsstraßen zum Weltmeer. Auch die Zufuhr aus dem Süden kann es abschneiden, dank seiner Beherrschung aller seestrategischen Punkte des Mittelmeeres. Darüber hin-

aus beherrscht es mit seinen Kolonialländern und Flottenstützpunkten die Ozeane so lückenlos, daß es unseren ganzen Ueberseeverkehr lahmlegen kann.

Der Krieg ließ uns fühlen, daß das keine bloße theoretische Erwägung, kein böses Phantasiegebilde ist, sondern harte Wirklichkeit. England kann uns nicht nur vom Weltverkehr abschneiden, England hat das tatsächlich unter souveräner Nichtachtung der Rechte der Neutralen getan. Nun ist uns klargeworden, warum man in England so hartnäckig der Beseitigung des Seebeuterechts widerstrebte. Der Plan, mächtige Zweige unserer Industrie durch Abschneiden der Rohstoffzufuhr zu vernichten und uns von aller überseeischen Nahrungszufuhr abzuschneiden, war das strategische Hauptstück der englischen Kriegspartei für den seit Jahren ins Auge gefaßten Koalitionskrieg gegen den deutschen Konkurrenten.

Diese Möglichkeit, uns wirtschaftlich zu erwürgen — das ist es, was in Deutschland nun so lebhaft als die „englische Gefahr" empfunden wird. Was ihre Verwirklichung für das gesamte wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben Deutschlands zu bedeuten hätte, ist klar. Es hieße für uns: wirtschaftliche Stagnation, Zurückgezwungenwerden in bäuerlich-handwerkliche Verhältnisse. Am schwersten würde das die industrielle Arbeiterschaft Deutschlands zu spüren bekommen. Millionen würde die Existenzmöglichkeit glatt abgeschnitten; Hunger, Not, Elend und Erniedrigung auf der ganzen Linie wäre die unausbleibliche Folge. Die politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiterorganisationen würden ausgehöhlt und außerstande gesetzt werden, ihre hochgesteckten Ziele zu erreichen. Der Weg des deutschen Volkes vorwärts zu innerpolitischer Freiheit und aufwärts zur Sonnenhöhe allgemeiner Kultur wäre verlegt.

Von zwei Seiten sah sich sonach das deutsche Volk mit Ausbruch dieses Krieges schwer bedroht. Die Lebensgefährlichkeit der Situation entsprang der Gleichzeitigkeit der Gefahr von Ost und West. Das war das Furchtbare der über uns hereinbrechenden Kriegskatastrophe. Unsere ganze politische und ökonomische Existenz war in Frage gestellt. Der Sieg der feindlichen

Koalition hätte die vollständige Zertrümmerung der Donaumonarchie, die Verwandlung ihrer einzelnen Bestandteile in russische Satrapien bedeutet. Deutschland wäre damit seines einzigen Verbündeten gegen die Bedrohung von Osten beraubt worden. Es hätte zudem seine Gebiete östlich der unteren Weichsel und der oberen Oder verloren. Seine Ostgrenze hätte dem Anprall der osteuropäischen und asiatischen Völkerflut unter russischem Szepter offengestanden. Wenige Tagemärsche von Berlin wären fortan die russischen Grenzkosaken patrouilliert. Im Westen hätte das Reich die linksrheinischen Gebiete von Basel bis an die niederländische Grenze verloren. Die Zugehörigkeit Schleswig-Holsteins wäre von neuem in Frage gestellt gewesen. Zerstückelt und eingekeilt zwischen Rußland und Frankreich hätte sich Deutschland zu politischer Ohnmacht verdammt gesehen.

So wäre des Reiches Kraft und Größe elend zusammengesunken. Aus tausend Wunden blutend, hätte die deutsche Nation unter der Vormundschaft ihrer Bezwinger dahinvegetieren oder zu einem alsbaldigen neuen wütenden Kampf um Wiedereroberung ihrer politischen Unabhängigkeit und Machtstellung alle Kräfte sammeln müssen. Aber unter welchen Verhältnissen hätte sie diese neuen Kräfte sammeln müssen, *großer Gebietsteile beraubt und wirtschaftlich entkräftet* durch einen skrupellosen Konkurrenten, der ihm die ökonomischen Lebensadern unterband!

Wenn je ein Volk sagen durfte, daß es sich um einen **nationalen Verteidigungskampf** *für es handle, so das deutsche Volk in diesem Ringen gegen eine Welt von Feinden um die Sicherung seiner ganzen politischen und kulturellen Gegenwart und Zukunft.*

Das deutsche Volk hat keinen Augenblick den Mut verloren; es hat sich seinen Gegnern im Osten wie im Westen mit einer Kampfentschlossenheit entgegengeworfen, die einzig in der Geschichte dasteht. Aber bei aller Siegeszuversicht durfte ein nachdenkender Beurteiler keinen Augenblick vergessen, daß die Kräfteverteilung eine sehr ungleiche sei; daß wir es zu Lande wie zu Wasser mit der doppelten und dreifachen Ueber-

zahl zu tun hatten, und daß nur eisernes Zusammenhalten und Anspannen aller Kräfte uns vor der Niederwerfung schützen könne.

Wer sich das alles vergegenwärtigte, wer dazu an die erhöhten Opfer an Gut und Blut, die Zerstörungen von Kulturwerken und Vernichtungen von Menschenleben dachte, die der Einbruch feindlicher Heere in die eigenen Grenzen zur Folge gehabt hätte — der durfte nicht die Verantwortung auf sich laden, durch Versagen der notwendigen Mittel der Durchführung des Krieges innere Schwierigkeiten zu machen, durch Zwiespalt, Mißtrauen und Widerspenstigkeit die eigene Wehrmacht zu schwächen. Hatten wir den Krieg nicht verhindern können, so mußten wir angesichts der furchtbaren Gefahr alles aufbieten, um die Niederlage zu verhindern.

VII.

Die Stellungnahme der Sozialisten in den Weststaaten.

Wir waren also überzeugt und sind es heute mehr noch wie zu Beginn des Krieges, daß dieser furchtbare Kampf ein Ringen um das politische, wirtschaftliche und kulturelle Schicksal des deutschen Volkes, daß es ein Verteidigungskrieg im wahrsten und ernstesten Sinne des Wortes sei. Darum war es unser nationales Recht, unsere höchste vaterländische Pflicht, ihn entschlossen aufzunehmen und durchzuhalten.

Hat die deutsche Sozialdemokratie damit „Verrat an der Internationale" begangen, wie gewisse Leute behaupten, so könnte sie sich mit dem Gedanken trösten, daß die Sozialisten Belgiens, Frankreichs und Englands das gleiche getan haben. Viktor Adler, der hochverdiente Führer der österreichischen Partei, hat diese Auffassung in der „Wiener Arbeiterzeitung" vom 14. Februar mit folgenden Worten scharf und klar zum Ausdruck gebracht:

„Die französischen Sozialisten haben sich von der ersten Minute des Krieges an, selbstverständlich wie wir Sozialdemokraten alle in allen Ländern, auf den Boden der Verteidigung ihres Landes gestellt. Das war nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht, wie es Recht und Pflicht der deutschen Sozialdemokraten war, bei den Abstimmungen im Deutschen Reichstag am 4. August und 2. Dezember mit der größten Wucht und Feierlichkeit zu bekennen, daß sie, da der Krieg, den sie verdammen, nun einmal da, ihre volle Kraft und ihren letzten Tropfen Blut an die Verteidigung des deutschen Bodens und des deutschen Volkes, das als uns wertvollstes Glied die deutsche Arbeiterklasse umfaßt, setzen. Und die sozialdemokratische Fraktion in Berlin hat auch für uns Oesterreicher gesprochen, die das Schicksal freilich in weit weniger einfache Ver-

hältnisse gestellt hat und denen überdies jede Möglichkeit, zu sprechen, entzogen war. Wir haben also hüben wie drüben ein gutes Gewissen als Sozialdemokraten wie als Glieder der Internationale, die mit aller Leidenschaft gegen den Krieg und für den Völkerfrieden eingetreten ist, die aber niemals und für niemanden die Landespreisgebung als proletarische Pflicht vorgeschrieben hat. Jeder von uns hat in jenen furchtbaren Augustwochen die erdrückende Schwere des tragischen Konflikts empfunden, aber keiner, der nicht die proletarische Politik als ein Gedankenspiel im luftleeren und vor allem menschenleeren Raume ansieht, konnte eine andere Entscheidung treffen oder auch nur erwarten. Wenn von einzelnen Genossen trotzdem an der Entscheidung der deutschen Sozialdemokraten und, wohlgemerkt, nur an dieser, nicht etwa an der der Franzosen, gemäkelt wird, so wird man das bei allem Respekt vor jeder ehrlichen Ueberzeugung nur entweder als Aeußerung eines naiven Doktrinarismus oder, was noch schlimmer wäre, als demagogische Ausnützung des Grauens ansehen müssen, das angesichts des Entsetzlichen, das uns der Krieg gebracht, nicht nur uns alle, sondern auch die leidenden Massen täglich mehr beherrscht."

In der Tat, nur Doktrinäre, die die proletarische Politik „als ein Gedankenspiel im luftleeren und vor allem menschenleeren Raume" ansehen, konnten eine andere Entscheidung erwarten, als sie von den Sozialisten getroffen wurde hüben wie drüben. Das letztere muß man unterstreichen für die Herren Kritiker, die das ganz gleiche Verhalten der Sozialisten der Westmächte stillschweigend übergehen oder gar als echt sozialistisch feiern, das sie den Sozialisten der Zentralmächte als Preisgabe aller Grundsätze und Ideale ankreiden. Angesichts dessen ist es nötig, einen Blick hinüberzuwerfen. Wie haben sich die Sozialisten der Weststaaten mit dem Krieg abgefunden?

Daß die belgischen Genossen ohne Zögern sich der Abwehraktion gegen den Einbruch der deutschen Heere anschlossen, war nur natürlich, und nur hoffnungslos verrannte „Antiministerialisten" werden mit Emile Vandervelde darüber rechten, daß er beim Ausbruch des Krieges in das belgische Ministerium eintrat. Auch daß er in England als

Rekrutenwerber unter den belgischen Flüchtlingen sich betätigte und daß er in Flandern durch Feldpredigten die Kampfbegeisterung der verbündeten Truppen anfeuerte, wollen wir ihm nicht verargen.

Emile Vandervelde vereinigt in seiner Person das Amt des Ministers eines kriegführenden Staates mit dem des Vorsitzenden der sozialistischen Internationale. Das ist ein in der Weltgeschichte noch nicht dagewesener Fall, und es ist begreiflich, daß sich dabei eine seltsame Geistesmischung ergibt. Dafür lieferte er einen drastischen Beweis mit seinem Vortrag in der Royal Society of Arts zu London am 11. Dezember, wo er nach einem Bericht des „Vorwärts" sagte:

„Der Vorsitzende hat mich als belgischen Kriegsminister angesprochen! Ich Kriegsminister! Wer hätte je so etwas geträumt! Und doch ist es in meiner Stellung nichts Widerspruchsvolles. Als Sozialist, Pazifist, Internationalist erkläre ich mich für den Krieg bis zum äußersten." — Eine nähere Erläuterung dazu findet sich in dem früher zitierten Bericht über den Pariser Vortrag am 18. April. Dort erklärte er: „Ich bin, was ich gestern war: sozialistischer und internationalistischer Friedensfreund, und in dieser Eigenschaft bin ich für den Krieg bis ans Ende. Als Sozialist — weil der Sozialismus als Grundlage die Anerkennung der Rechte der Nationalitäten wie der Individuen hat. Als Friedensfreund — weil der uns aufgedrungene Krieg ein Krieg gegen den Krieg ist. König Albert sagte unlängst, daß dieser Krieg unvermeidlich war, da er die Folge der Rüstungen der letzten Jahre war. Nun, wenn der bewaffnete Frieden den Krieg herbeigeführt hat, muß der Krieg den entwaffneten Frieden bringen. Und als Internationalist bin ich für den Krieg, weil die Internationale freie Nationen von gleicher Würde voraussetzt und nur möglich ist mit Völkern, welche Sinn für die Freiheit haben."

So der Vorsitzende der Internationale, Vandervelde. Der belgische Staatsminister Vandervelde fügt hinzu: „In drei Gestalten ist unser Land Fleisch geworden: im König, der die alten kriegerischen Eigenschaften unserer Rasse enthüllt hat, im Bürgermeister von Brüssel und im Erzbischof von Mecheln!"

Die neue Stellung der belgischen Sozialisten zur Kirche und zum Königtum, mit dem auch der Sekretär der Internationale, Camille Huysmans, ostentativ Frieden und Freundschaft geschlossen hat, ist ihre Sache, in die hineinzureden wir kein Recht haben. Anders verhält es sich mit dem, was Vandervelde über das Kriegsziel sagte. Damit ging er weit über das hinaus, was er im Interesse seines eigenen unglücklichen Landes fordern durfte. In jenem Vortrag proklamierte er nämlich als Friedensbedingungen: „Frankreich muß Elsaß-Lothringen, Dänemark Schleswig-Holstein wiederbekommen und Italien Trentino und Triest.“

Die Sozialisten Frankreichs haben in der gleichen Stunde wie die deutsche Sozialdemokratie am 4. August ohne Debatte und einstimmig für die Kriegskredite gestimmt.

Bereits am 2. August hatten in einer großen Versammlung in der Salle Wagram die hervorragendsten Vertreter der französischen Partei keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie, falls der bis dahin heftig bekämpfte Krieg zur Tatsache werde, „als gute Franzosen“ für die Kredite stimmen würden. Vaillant erklärte dort: „Die Sozialisten werden sowohl ihre patriotische wie ihre sozialistische Pflicht erfüllen.“ Es war derselbe Vaillant, der seit Jahren auf den Internationalen Kongressen den Militärstreik und 1912 in Basel die soziale Revolution angekündigt hatte, falls der Kapitalismus den Krieg verwirklichen würde. — Longuet erinnerte an das Vorbild der revolutionären Verteidiger des Vaterlandes von 1793. Sembat rief, Asien an den Toren Europas vergessend, der Versammlung zu: „Ihr schlagt euch, um die französische Kultur und um die Freiheit der Völker zu verteidigen!“ In der von Dubreuilh verlesenen, einstimmig beschlossenen Erklärung heißt es: „Wie wir stets dargetan haben, mit allen unseren Kräften, mit aller unserer Energie werden wir den Angriffen gegen das republikanische und friedfertige Frankreich, die die Zivilisation und die Menschheit bedrohen, entgegentreten.“

Ein jäher Umschwung hatte sich vollzogen. Wie wir oben sahen, hatten die französischen Sozialisten sich scharf gegen die Herleitung einer Pflicht zur Kriegsteilnahme aus dem Bündnisvertrag mit Rußland ausgesprochen. Jean Jaurès hatte

noch bei der internationalen Kundgebung am 29. Juli in Brüssel gesagt: „Unsere Pflicht ist es, darauf zu bestehen, daß die französische Regierung mit Nachdruck auf Rußland einspreche, sich zurückzuhalten. Sollte aber unglücklicherweise Rußland dem nicht nachkommen, so ist es unsere Pflicht, zu erklären: „Wir kennen nur einen Vertrag, den Vertrag, der uns an das Menschengeschlecht bindet."

Inzwischen war Jaurès, der den Brennpunkt der Gefahr kannte, durch Meuchelmord beseitigt worden. Der französischen Regierung war es gelungen, den Sozialisten den Glauben beizubringen, daß Deutschland den Krieg beabsichtigt habe, daß Rußland und Frankreich die Angegriffenen seien. Die von Deutschland zuerst erfolgte formale Kriegserklärung stützte diese falsche Auffassung, und der Einmarsch in Belgien befestigte ihre Ueberzeugung. Sie sahen, wie wir, ihr Land in Gefahr und taten, was ihr patriotisches Pflichtgefühl ihnen gebot. Sie gewährten der Regierung ihres Landes die uneingeschränkte parlamentarische und militärische Unterstützung zur Durchführung des Krieges. Ja, sie übernahmen sogar die volle Mitverantwortung für alle Maßnahmen der Exekutive dadurch, daß zwei von ihnen, Marcel Sembat und Jules Guesde, in das französische Ministerium eintraten und neben den wegen ihres „Ministerialismus" so scharf angegriffenen ehemaligen Parteigenossen Viviani, Millerand und Briand Platz nahmen. Sie bekräftigten damit das Wort Briands: „Es gibt in diesem Kriege in Frankreich nur noch eine Partei — das französische Volk — und nur noch ein Parteiprogramm — den Sieg!"

Die Begründung zu diesem Schritt gab ein in der „Humanité" vom 28. August veröffentlichtes Manifest der französischen Partei, das nach einer von Friedrich Adler im „Kampf" gegebenen Uebersetzung folgenden Wortlaut hat:

Manifest der französischen Partei.

Genossen! Auf Grund einer ordnungsgemäßen Beratung, auf Grund eines reiflich erwogenen Beschlusses hat die sozialistische Partei zwei ihrer Mitglieder, unsere Freunde Jules Guesde und Marcel Sembat, ermächtigt, in das neue Ministerium einzutreten und hat sie dadurch zu ihren Dele-

gierten in der Regierung der Landesverteidigung (défense nationale) gemacht. Alle Vertreter der sozialistischen Fraktion im Parlament, des permanenten Verwaltungsausschusses der Partei, des Verwaltungsrates der „Humanité“ waren einig, die großen Verantwortlichkeiten, die sich jene Genossen bereit erklärten zu übernehmen, mit ihnen zu teilen.

Wenn es sich nur um die Umbildung eines Ministeriums gehandelt hätte, nur darum, der alten Regierung einige neue Kräfte anzugliedern, einige jener ungebrochenen Kräfte, an denen unsere Partei so reich ist, kurz, wenn es sich nur um die gewöhnliche Teilnahme an einer Bourgeoisregierung gehandelt hätte, wäre weder die Zustimmung unserer Freunde noch die unsere zu erhalten gewesen.

Aber es handelte sich heute um die Zukunft der Nation, um das Leben Frankreichs und da hat die Partei nicht gezögert.

Die Wahrheit, die man vorausgesehen hat, die wir angekündigt haben, ist offenbar geworden. Unsere Armeen haben sich, ohne geschwächt, ohne in ihrem inneren Gefüge gelockert zu sein, für den Augenblick vor überlegenen Streitkräften zurückgezogen. Eines der reichsten und arbeitsamsten Gebiete unseres Landes ist bedroht.

Die nationale Einheit, deren Wiedererstehung die Herzen am Beginn des Krieges stärkte, muß ihre ganze Kraft manifestieren.

Es ist notwendig, daß mit jenem heldenmütigen Feuer, das in ähnlichen Stunden immer wieder in unserer Geschichte aufloh te, die ganze Nation sich zur Verteidigung ihres Bodens und ihrer Freiheit erhebe.

Der Chef der Regierung erkannte, daß er, um die Nation hinzureißen, um sie in den Kampf zu führen, der notwendigerweise erbittert sein wird und erbittert sein muß, der Mithilfe aller bedarf und insbesondere wohl jener, die im Kampf für die Befreiung des Proletariats und der Menschheit das Drücken des Jochs des Despotismus zu fürchten haben. Er wußte wohl, daß in allen schweren Stunden, 1793 ebenso wie 1870, es diese Männer, diese Sozialisten, diese Revolutionäre waren, in die die Nation ihr Vertrauen setzte.

Spontan, ohne irgendeine andere Manifestation des Volkswillens abzuwarten, ließ er den Ruf an unsere Partei ergehen und unsere Partei antwortete: Hier!

Das ist der Geist, der unsere Freunde beim Eintritt in die Regierung beseelt. Sie haben bei diesem Eintritt auch das klare Bewußtsein, welches ungeheure Werk sie zu vollbringen haben.

Vor allem werden sie durchsetzen, daß dem Land die Wahrheit kund werde.

Sie werden seinen Mut und seinen Willen zum Siege erhalten und steigern, indem sie ihm das volle Vertrauen zur Aufrichtigkeit der Regierung verbürgen.

Sie werden das Aufgebot des Volksganzen (la levée en masse) vollenden. Sie werden es so durchführen, daß keine Kraft, kein guter Wille ungenützt bleibe.

Sie werden die Vorräte an Ausrüstungsgegenständen, an Proviant und Waffen, die sich in unseren Lagern befinden, überprüfen. Sie werden sich bemühen, sie zu vermehren.

Sie werden die Erzeugung von Munition und Waffen durch die Heranziehung aller verfügbaren Kräfte von Tag zu Tag steigern.

Es bedarf eines vorurteilslosen Willens, der sich einzig durch das Wohl des Landes leiten läßt, es bedarf eines gewaltigen Aufwandes von Organisation, um die Verwertung der Kräfte der Nation zum Maximum zu steigern.

Schließlich und vor allem, Genossen, wird die Anwesenheit unserer Freunde in der Regierung für alle die Garantie sein, daß die republikanische Demokratie zum Kampf bis zum äußersten bereit ist.

Wie oft hat unser großer Jaurès die Notwendigkeit dieses Kampfes betont, auch unter der Voraussetzung, daß unter der Attacke großer Massen anfänglich ein Zurückweichen der Franzosen stattfinde. Er wünschte, daß dieser Kampf in allen Einzelheiten vorbereitet werde. Aber nun haben wir die Pflicht, unter allen Umständen diesen hartnäckigen Widerstand zu organisieren und haben sie um so mehr, als von ihm der gemeinsame Erfolg der Verbündeten abhängt. Zu diesem Widerstand fordern unsere Freunde die Nation auf.

Heute ebenso wie früher, nach den ersten Prüfungen ebenso wie in der Begeisterung der Mobilisierung, haben wir die Gewißheit, nicht nur für die Existenz des Vaterlandes und die Größe Frankreichs zu kämpfen, sondern für die Freiheit, für die Republik, für die Zivilisation.

Wir kämpfen dafür, daß die Welt von der erstickenden Bedrückung des Imperialismus und der Barbarei des Krieges befreit werde und endlich den Frieden in der Achtung vor den Rechten aller genieße.

Diese Ueberzeugung werden die sozialistischen Minister auf die gesamte Regierung übertragen. Sie werden damit deren Arbeit beleben. Sie werden diese Ueberzeugung auf die heldenhafte Armee, in der heute die Blüte der Nation kämpft, übertragen. Durch ihre ausdauernde Arbeit, durch ihre flammende Begeisterung werden sie gleichermaßen das Wohl des Vaterlandes wie den Fortschritt der Menschheit sichern.

Die sozialistische Fraktion im Parlament.
Die permanente Verwaltungskommission der Partei.
Der Verwaltungsrat der „Humanité".“

*

Wer dieses Manifest mit den von der deutschen Reichstagsfraktion abgegebenen Erklärungen vergleicht, wird schwerlich behaupten wollen, die Franzosen seien im Ausdruck ihrer vaterländischen Parteinahme und Pflichterfüllung hinter uns zurückgeblieben. Wer uns ob unserer Sprache als „Chauvinisten“ und „Kriegsenthusiasten“ ausschreit, wie müßte der erst mit den französischen Sozialisten ins Gericht gehen!

Gemäß dieser Haltung der Führer hat auch die französische Parteipresse nicht gezögert, den „Souffle guerrier“ in den Reihen der Parteigenossen anzufeuern. In dem Leitartikel der „Humanité“ vom 22. August hieß es: „In der Ueberzeugung, das Recht auf ihrer Seite zu haben, durchdrungen von der Gewißheit, für ihre Unabhängigkeit, ihre Einheit, ihr Erbgut der Zivilisation zu kämpfen, haben die Franzosen einmütig den Krieg akzeptiert. Aus dieser Ueberzeugung schöpft unsere schneidige Jungmannschaft ihr unbezähmbares Kampffeuer. Auf diesen festen Felsen stützt sich unser unerschütterlicher Mut bis zum äußersten.“

Wenige Tage darauf veröffentlichte Compère-Morel an derselben Stelle eine leidenschaftliche Aufforderung an die Regierung, alle Kräfte zur Verteidigung des Vaterlandes zu entfesseln. Sie schloß mit den Worten: „Ruft das republikanische Frankreich zur Fahne! Unser Blut, unser Fleisch, unser Leben gehören Euch!"

So handelten und sprachen unsere französischen Gesinnungsgenossen. Ich bin der letzte, der ihnen einen Vorwurf daraus macht. Sie taten, was sie als gute Franzosen tun mußten. Sie traten einmütig und entschlossen für die Verteidigung ihres Landes ein, dessen Sache sie für die gerechte hielten. Wozu sie aber kein Recht hatten, war, daß sie uns wegen des Eintretens für unser Land mit wildesten Anklagen überschütteten. Und ebensowenig können wir es als ihr Recht ansehen, daß sie versuchten, noch weitere Nationen in den Kriegsstrudel hineinzuziehen.

Das tat das Haupt des französischen Marxismus Jules Guesde.

In einem Interview mit dem italienischen Syndikalisten Alceste de Ambris beantwortete er zunächst die Frage, wie er es mit seiner marxistischen und revolutionären Ueberzeugung verantworten könne, einem Bourgeoisministerium anzugehören, folgendermaßen:

„Heute, wo es sich um die Landesverteidigung handele, habe er in vollster Ueberzeugung seine Mitarbeit an der Regierung gewährt. Allerdings dauere der Klassenkampf auch während des Krieges fort; aber heute sei die Regierung mehr ein Komitee der nationalen Verteidigung als ein Mittel zum Schutze der Unternehmerinteressen. Wenn ein Proletarier im fünften Stocke wohnt und der Hausbesitzer im ersten, so wird der Proletarier doch nicht seine Mitwirkung verweigern, um das Haus vor einem Brande zu retten. Er wird aus einem spontanen Gefühl menschlicher Solidarität helfen und auch, um die paar Möbel seiner Dachkammer zu retten. Er wird das um so lieber tun, wenn er überzeugt ist, daß das von ihm bewohnte Haus trotz aller Schäden besser oder doch ihm angemessener ist, als alle anderen Häuser."

Sodann suchte Guesde den italienischen Sozialisten zu überzeugen, daß die Pflicht und das Interesse Italiens es

erheische, sich schleunigst dem Krieg gegen die Zentralmächte anzuschließen. Er führte dafür folgende Gründe an:

Erstens werde durch Eingreifen Italiens der Krieg verkürzt werden, was eine ungeheure Ersparnis an Menschenleben bedeutet. Wenn sich die italienischen Genossen heute Gegner des Krieges nennen, so müßten sie durch Teilnahme an dem Kriege das ihre tun, um die Metzelei abzukürzen. Tun sie das nicht, so gehorchen sie dadurch nicht irgendwelchen Prinzipien, sondern lediglich der Sorge um die eigene Bequemlichkeit. Zweitens hält Guesde das Eingreifen Italiens deshalb für nötig, damit im Falle eines Sieges der Allianzmächte (deren Sieg Guesde als sicher annimmt) Italien den Einfluß der demokratischen Länder, nämlich Englands, Frankreichs und Belgiens, verstärken und dem russischen Einfluß das Gegengewicht halten könne. Allerdings hält Guesde dafür, daß Rußland nicht schlechthin als reaktionäres Element anzusehen sei. Durch den Krieg werde die r u s s i s c h e P o l i t i k ganz von selbst modernen Einflüssen zugänglich gemacht. Außerdem werde ein Sieg der Allianzmächte Rußland von der wirtschaftlichen Hörigkeit befreien, die ihm Deutschland auferlegt hat; so werde ihm der Weg zu bürgerlicher Entwickelung freigegeben und die Bourgeoisie würde sich wie überall liberale Regierungsformen erzwingen. Ein Gegengewicht gegen Rußland wäre daher vor allem in der Nationalitätenfrage nötig, da man von den Russen die Anerkennung der Rechte Polens und der Rumänen fordern muß. Als de Ambris einwarf, daß nach Ansicht der italienischen Sozialisten die Nationalitätenfrage belanglos sei oder doch nicht die Sozialisten anginge, erklärte Guesde dies für eine große Torheit. Vor einer Lösung der n a t i o n a l e n Probleme könne man nicht daran denken, feste Grundlagen für die Internationale zu erlangen. —

Nach den Darlegungen im vorigen Kapitel über das wahre Gesicht der russischen Bundesgenossen braucht nichts mehr über die Guesdeschen Illusionen in dieser Hinsicht gesagt zu werden, und was den Einfall betrifft, daß durch die Teilnahme Italiens am Kriege eine „ungeheure Ersparnis an Menschenleben" erzielt würde, so ist er zu originell, als daß ein ernsthaftes Wort der Widerlegung am Platze wäre. Die Tatsache selbst aber, daß Guesde versucht, den Kriegsbrand noch zu erweitern, ver-

dient festgehalten zu werden. Auch sein Ministerkollege Marcel Sembat und andere hervorragende französische Sozialisten haben in diesem Sinne auf Italien, Dänemark und andere neutrale Länder zu wirken gesucht. In einem Artikel der „Humanité“ forderte Compère-Morel sogar ganz generell die Neutralen auf, sich den Allianzmächten anzuschließen.

Die französischen Sozialisten werden begreifen, daß wir diese Versuche nicht mit freundlichen Augen ansahen. Die zahlenmäßige Uebermacht auf seiten der Alliierten war ohnehin schon groß genug, und das Bestreben, noch mehr Völker in die Koalition gegen uns hineinzuziehen, erschien uns wenig rühmlich. Wir vernahmen es mit ähnlichen Gefühlen wie den Jubel der Franzosen über die Senegalneger, Turkos, Sikhs und Gurkas, die man auf die europäischen Schlachtfelder schleppte, um „Kultur und Freiheit“ zu verteidigen. Jedoch, unsere Gefühle und Interessen haben begreiflicherweise kein Gewicht für die Kriegführenden auf der Gegenseite. Soweit diese internationale Sozialisten sind, hätten sie aber nicht vergessen dürfen, daß das Interesse der unschuldigen Bevölkerung der neutralen Länder hier in Frage steht. Es heißt neue Millionen friedlich arbeitender Menschen den Schrecken und Vernichtungen des Krieges preisgeben, wenn man sie mit in das blutige Ringen hineinzuziehen sucht. Das scheint uns unverträglich mit den Grundsätzen der Internationale.

Noch in anderer Hinsicht sind die französischen Sozialisten weit über das hinausgegangen, was von unserer Seite in Wahrnehmung berechtigter nationaler Lebensinteressen gesagt und getan worden ist. Wenn sich die französische Partei mit ihrer Regierung solidarisch erklärte, insoweit sie als „Komitee der nationalen Verteidigung“ handelte, so verstehen wir das vollkommen. Daß sie darüber hinaus auch die weiteren Kriegsziele der Poincaré, Viviani und Delcassé sich zu eigen machte, müssen wir bedauern. In der Regierungserklärung, die Viviani am 22. Dezember in der Kammer verlas, wird dem „Kampf ohne Gnade“ folgendes Ziel gegeben: „Getreu seiner Unterschrift im Vertrage vom 4. September, wo es seine Ehre und somit auch sein Leben einsetzte, wird Frankreich die Waffen erst niederlegen, wenn es

das verletzte Recht gerächt, die gewaltsam geraubten Provinzen für immer an das französische Vaterland geschmiedet, das heldenmütige Belgien in der Gesamtheit seines materiellen Lebens und seiner politischen Unabhängigkeit wiederhergestellt und den preußischen Militarismus zerbrochen haben wird, um auf Grundlage der Gerechtigkeit endlich ein neugeborenes Europa aufbauen zu können."

Mit der Zerbrechung des preußischen Militarismus konnte unter den gegebenen Umständen natürlich nur die Zerschmetterung der deutschen Wehrmacht und die politische Kleinmachung des Deutschen Reiches gemeint sein. Für Frankreich wurde dabei als Minimalforderung die Wiederangliederung Elsaß-Lothringens aufgestellt. Selbstverständlich fielen dann Rußland im Osten nicht zu knappe Kompensationen zu. Nehmen wir hinzu, was Guesde, Sembat und andere Sozialisten der Westmächte den Italienern, den Dänen, den Serben und Rumänen in Aussicht stellten, so ergibt sich ungefähr das Bild des „neugeborenen Europas", das das Ministerium der nationalen Verteidigung im Auge hatte.

Die offiziellen Leiter der französischen Partei haben sich in einer am 25. Dezember veröffentlichten Kundgebung mit der Regierung solidarisch erklärt. Das Weihnachtsmanifest beginnt: „Getreu der Disziplin der Einigkeit, welche die Nation sich dem Feinde gegenüber auferlegt, hat die sozialistische Fraktion im Parlamente auch nicht mit einem Worte die von allen Franzosen beschlossene Einheit trüben wollen. Sie hat sich jeder Erklärung enthalten. Sie hat sich mit allen Parteien auf die Losung vereinigt, welche die verantwortliche Regierung formuliert hat."

Die Losreißung Elsaß-Lothringens vom Deutschen Reich wird dann freilich mit der Klausel versehen, daß die beiden Provinzen „freien Willens zu dem Vaterland ihrer Wahl zurückkehren". Was es mit dem freien Willen der Bevölkerung in einem eroberten und militärisch besetzten Lande auf sich hätte, braucht nicht erörtert zu werden. Die französischen Sozialisten wissen das so gut wie wir. Sie hätten aber auch aus zahlreichen Aeußerungen unserer Partei wissen können,

daß die elsaß-lothringische Frage für die deutschen Sozialisten schon längst keine „Frage“ mehr ist. Wer dies Land „ein Stück Frankreich“ nennt, beweist damit nur, daß er weder seine Ethnographie noch seine Vergangenheit kennt. Elsaß-Lothringen ist nach Abstammung, Geschichte und Sprache zu vier Fünfteln nationaldeutsches Land. Wir sind für seine gleichberechtigte Stellung und demokratische Selbstverwaltung; aber seine Abtrennung vom deutschen Reichsverband ist für uns, wie schon oben dargetan wurde, undiskutierbar.

Noch bedauerlicher war für uns die Wahrnehmung, daß die französischen Genossen dem Kultus des „Hasses“ gegen Deutschland nicht nur keinen energischen Widerstand leisteten, sondern ihn teilweise direkt förderten. Das geschah nicht nur durch empörende Einzelheiten, wie z. B. durch das Bild in der „Guerre Sociale“, auf dem zwei deutsche Soldaten im Schützengraben auf herannahende französische Verwundete anlegen, mit der Unterschrift: „Jetzt ist Gelegenheit, zu schießen“, und der Ueberschrift: „Bei den Boches!“ Schlimmer noch war es, daß die sozialistischen Mitglieder der Regierung und die Parteipresse die offiziellen Veröffentlichungen über die angeblich von den deutschen Truppen systematisch begangenen Schandtaten gegen unschuldige Zivilbevölkerung kritiklos unterstützt haben. Wir hoffen, es wird die Zeit kommen, wo die französischen Sozialisten selber empfinden werden, wie ungerecht sie handelten, als sie mit einstimmten in das Geschrei von den deutschen „Barbaren“ und „Hunnen“.

In England haben die Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei, J. Ramsay Macdonald und Keir Hardie, wie wir bereits bei Behandlung der diplomatischen Schuldfrage darlegten, scharfe Kritik an der Diplomatie ihres Landes und namentlich an der Haltung Sir Edward Greys geübt. Macdonald erklärte am 9. September, damals noch als Vorsitzender der Arbeiterfraktion im Parlament, „daß England hätte neutral bleiben müssen, weil wir aus innerstem Herzen überzeugt sind, daß dies das Richtige und das Einzige gewesen wäre, das mit der Ehre der Nation und den Traditionen der jetzigen Regierungspartei übereingestimmt hätte“. Trotzdem aber haben die genannten Parlamentarier wie alle übrigen Mitglieder der Parlamentarischen Arbeiterpartei nach

einer unwidersprochen gebliebenen Meldung des Wolffschen Bureaus am 16. November 1914 für die Kriegskredite gestimmt. Sie hielten sich sonach, obgleich sie der eigenen Regierung den größten Teil der Schuld am Ausbruch des Krieges beimaßen, dennoch für berechtigt und verpflichtet, nachdem der Krieg einmal da war, für ihr eigenes Land einzutreten. Demgemäß erklärten sie auch in dem früher erwähnten Manifest der Unabhängigen Arbeiterpartei trotz der scharfen Verurteilung des Krieges: „Wir sind bereit, unsere Nationalität und Selbständigkeit zu verteidigen, die uns teuer ist." Das Beispiel der genannten sozialistischen Führer läßt sich also keinesfalls von denjenigen verwenden, die uns wegen der Zustimmung zu den Kriegskrediten angreifen.

Im übrigen hat die große Mehrheit der englischen Arbeitervertreter im Parlament wie die sonstigen Führer der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen sich rückhaltlos auf die Seite der englischen Regierung gestellt. In dem Manifest, das sie am 15. Oktober veröffentlichten, wird der deutschen Regierung in erster Linie die Schuld an dem Kriege aufgebürdet und der Sieg Deutschlands als der Tod der Demokratie in Europa bezeichnet. Dann heißt es:

„Deshalb hat die Arbeiterpartei, als die Vertreterin der demokratischsten Elemente in der britischen Nation, im Parlamente den Maßnahmen ihre Unterstützung gegeben, die notwendig sind, um unserem Lande die wirksame Durchführung des Kampfes zu ermöglichen. Sie hat sich den Bestrebungen auf Schaffung einer für die nationalen Bedürfnisse genügend großen Armee angeschlossen, indem sie an der von den verschiedenen parlamentarischen Parteien organisierten Rekrutierungskampagne aktiv Anteil nimmt. Mitglieder der Partei haben zu diesem Zwecke in zahlreichen Versammlungen im ganzen Lande gesprochen, und die ganze Organisation der Partei ist in den Dienst der Rekrutierungskampagne gestellt worden. Dieser Schritt ist vom parlamentarischen Komitee des Gewerkschaftskongresses, das die überwiegende Majorität der Gewerkschaftler des Landes vertritt, energisch gutgeheißen worden. Dieses Komitee stellte in einem Manifest über den Krieg u. a. fest:

„Frieden kann es nicht geben, bis die Macht, die Belgien geplündert und fast ganz Europa in dies entsetzliche Elend, Leiden und Schrecken des Krieges gestürzt hat, niedergeschlagen ist. Solange der Konflikt dauert, muß England nach innen und außen erhalten, Mitkämpfer wie auch Nichtkämpfende müssen auf das äußerste unterstützt werden. Die Arbeiterbewegung hat ihren Teil dieser höchsten nationalen Pflicht getan und tut dies noch in der Ueberzeugung, daß die brutalen Lehren und Methoden des deutschen Militarismus versagen werden. Wenn die Zeit kommt, Friedensbedingungen zu besprechen, dann wird die Arbeiterbewegung wie stets bisher für eine internationale Vereinbarung zwischen allen zivilisierten Nationen, nach der alle Streitfälle und Mißverständnisse der Zukunft nicht durch Maschinengewehre, sondern durch Schiedsspruch beigelegt werden, eintreten."

Die Erklärung ist unterzeichnet von folgenden Abgeordneten: Right Hon. W. Abraham, C. N. Barnes, J. R. Clynes, Crooks, C. Duncan, F. W. Goldstone, F. Hall, J. G. Hancook, A. Henderson, J. Hodge, W. Hupson, J. O'Grady, J. Parker, G. H. Roberts, T. Richards, Albert Smith, J. E. Sutton, W. Thorne, J. H. Thomas, R. Toothill, S. Walsh, G. J. Wardle, A. Wilkie, W. T. Wilson, John Williams.

Für das Parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses von: J. A. Seddon, Vorsitzender; W. J. Davis, 2. Vorsitzender; C. W. Bowerman, Sekretär; A. Evans, H. Gosling, J. Hill, J. Jenkins, W. Matkin, W. Mosses, J. W. Ogden, J. Sexton, A. Smith, H. Smith, J. B. Williams, J. E. Williams.

Für den Gewerkschaftsbund (dieser ist dem internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen): Joseph Croß, J. P. (bedeutet Friedensrichter), Jas. Crinton, Pen Cooper, Councillor Ivor H. Gwynne, Ben Tillet, T. Mallalieu, W. Marsland, Alf. Short, T. F. Richards, John Taylor, W. A. Appleton, W. S. Sanders, Sekretär der Vereinigung der Fabier, W. F. Purdy, Verband der Schiffszimmerer, Thos. Grenall, Lancashire-Bergarbeiterverband, H. Twist, von demselben Verbande, Tom Fox, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells in Manchester, A. G. Walkden, Verband der Eisenbahnbureauangestellten, Stadtrat

W. House, Vorsitzender des Durham-Bergarbeiterverbandes, Vernon Harsthorn, Angestellter des Bergarbeiterverbandes.

Was die streng marxistische Gruppe der englischen Arbeiterbewegung, die „British Socialist Party", betrifft, so trat sie ebenfalls in ihrer großen Mehrheit auf die Seite der Regierung. Ihr Senior, H. M. Hyndman, schrieb in der „New Yorker Times" vom 21. Oktober u. a. folgende wütenden Sätze: „Es war und ist ein Krieg der Selbsterhaltung gegen verräterische, infame und barbarische Angriffe durch eine überwältigende Heeresmacht . . ." „Ich für meine Person erkläre unumwunden, daß unsere französischen, belgischen und britischen antipreußischen Sozialisten absolut im Rechte sind, und ich würde, wäre ich nicht 72 Jahre alt, selbst in den Kampf ziehen. — Glücklicherweise werden die „Banditti von Berlin", wie sie Herr Charles Russel (Gouverneurskandidat der sozialistischen Partei für New York!) nennt, aufs Haupt geschlagen werden!"

Derselbe Bannerträger des englischen Marxismus hat dann auch den Versuch gemacht, Italien mit in den Krieg „gegen den brutalen Militarismus von Berlin" hineinzutreiben, indem er an das italienische Blatt „Secolo" einen Brief richtete, worin er u. a. sagt, Italien müsse „die Abtretung der Gebiete fordern, die es mit Recht wünscht".

Die „Justice", das Wochenorgan der genannten sozialdemokratischen Parteigruppe, brachte am 28. Januar einen Aufruf, der offenbar der von der „Unabhängigen Arbeiterpartei" betriebenen Friedenspropaganda entgegenwirken sollte. Darin wird erklärt, daß der jetzige Krieg Großbritannien aufgezwungen wurde durch den völlig unprovozierten Angriff Deutschlands auf die Neutralität und Unabhängigkeit Belgiens; weder Frankreich, England oder Rußland seien auf den Krieg vorbereitet gewesen, bis zum allerletzten Augenblick hätten sie nach Frieden gestrebt. „Deutschland und Deutschland allein war voll und ganz für den Krieg vorbereitet und entschlossen, ihn bei der ersten Gelegenheit herbeizuführen."

Für das praktische Verhalten werden den Parteigenossen folgende Richtlinien gegeben: „Die gesamten Gewerkschaften Großbritanniens und die Organisationen der Arbeiterklasse unserer freien Kolonien erkennen an, daß der Krieg fortdauern

muß, bis die jetzige preußische Gefahr für Frieden und Freiheit wirksam entfernt ist. Sie erklären, daß der Sieg der preußischen militärischen Kaste die Reaktion stärken und die Entwickelung der Demokratie in Europa, auf der allein, wie wir feststellen, ein gesunder Sozialismus aufgebaut werden kann, für viele Jahre zurückwerfen würde. — Da also der jetzige Krieg nicht in demselben Lichte betrachtet werden kann, wie unsere Unterdrückung der Burenrepubliken in Südafrika, so können wir uns diesmal mit der überwältigenden Majorität unserer Mitbürger in solchen Dingen, wie die Unterstützung der belgischen Unabhängigkeit und die Verteidigung der Freiheit Europas, vereinigen. Etwas anderes zu tun, würde bedeuten, dauernd unseren zukünftigen Einfluß und unsere Wirksamkeit gefährden. — Frieden ist nicht wünschenswert, nicht einmal diskutabel, solange Belgien und Frankreich nicht vollständig von ihren unbarmherzigen Eindringlingen befreit sind, und bis Deutschland, dieser rücksichtslose Angreifer, gezwungen worden ist, für die von ihm begangenen Zerstörungen und Ruinen vollauf Schadenersatz zu leisten. — Genossen, laßt euch nicht verleiten, für irgendeine Resolution zu stimmen, welche mit den wichtigsten obenbehandelten Punkten unvereinbar ist, die euch vielleicht unterbreitet wird. Ein solcher Weg könnte nur dem Feind helfen und das Wachstum unserer Partei auf dieser Insel nach dem Kriege schädigen." (J. K.)*)

Unter den Unterzeichnern finden sich folgende Namen: E. Belfort Bax, Frank H. Edwards, A. Evans, Victor Fisher, H. M. Hyndman, Dan Irving, J. J. Jones, Bert Killip, H. W. Lee, L. E. Quelch, John Stokes, Will Thorne, Ben Tillet, J. G. Webster, J. E. Williams.

Das einzige Tageblatt der englischen modernen Arbeiterbewegung, der „Daily Citizen", hat sich gelegentlich geradezu als chauvinistisches Hetzblatt gebärdet mit seinen Aeußerungen gegen die deutschen „Barbaren", diese „Schädlinge am Baume der Menschheit", die erbarmungslos zu vernichten seien. In dasselbe Horn hat auch der „Clarion", ein Organ des Bundes der Fabier, gestoßen. Dort hat besonders Robert

*) Die mit J. K. bezeichneten Zitate entstammen der von A. Baumeister, Berlin-Karlshorst, herausgegebenen „Internationalen Korrespondenz".

Blatchford, der sich als Verfasser zahlreicher populärer sozialistischer Schriften einen Namen gemacht hat, Musterleistungen gehässiger Angriffe gegen die Deutschen verbrochen. Er nennt uns eine „Rasse militärischer Banditen" und spricht von der Wildheit des kriegstrunkenen deutschen Volkes. Wörtlich heißt es in einem Artikel gegen Bernhard Shaw wegen dessen vorurteilsloser Beurteilung der Kriegsursachen:

„Es handelt sich nicht nur darum, daß die deutschen Soldaten Kinder verstümmelt, Frauen mißbraucht und gepeinigt, alte Männer ermordet oder verwundet haben, — es handelt sich nicht nur darum, daß deutsche Luftschiffer Bomben auf die Straßen von Antwerpen und Ostende und Paris warfen, — es handelt sich nicht nur darum, daß des Kaisers Raufbolde ein neutrales Land verwüsteten, sondern es ist auch wahr, daß die große Masse der Frauen und Männer in Deutschland halbverrückt sind durch die Gier, die Straßen Londons in Brand zu stecken und in großen Massen unbewaffnete englische Frauen und Kinder zu ermorden."

Wir sind überzeugt, daß die verständigeren Elemente unter den Sozialisten Englands die verleumderischen Anwürfe gegen das deutsche Volk mißbilligen. Wir führen sie nur an, um denen, die die ganz vereinzelten Fälle chauvinistischer Entgleisungen in der deutschen Parteipresse getadelt haben, zu zeigen, daß wir „Wilden" in dieser Hinsicht jedenfalls die besseren Menschen waren.

Die Hauptsache bei unseren Feststellungen ist, daß auch die englische organisierte Arbeiterschaft in ihrer übergroßen Mehrheit durch Wort und Tat für die Sache ihres Landes Partei genommen hat. Mit besonderem Eifer haben sich die Gewerkschaften, die allein über organisierte Massen verfügen, für die Rekrutenwerbung ins Zeug gelegt. Im „Daily Citizen" prangten fortgesetzt die Aufforderungen zum Eintritt ins Heer mit dem Schlußsatz: „Gott segne den König!"

Die Mehrheit der englischen Arbeiterschaft hat sich in dieser ihrer Stellungnahme auch nicht beirren lassen durch die Art, wie die englische Regierung den Krieg führte. Sie hat keinen Protest erhoben gegen die widerrechtliche Ausweitung des Begriffs der relativen Konterbande und die Unterbindung der neutralen Schiffahrt, wodurch die englische Regierung die

Rohstoff- und Nahrungsmittelzufuhr für die deutsche Zivilbevölkerung abzuschneiden suchte. Sie hat sich mit dieser Aushungerungsstrategie gegen Frauen, Kinder und Greise solidarisch erklärt. Beim Zusammentritt der zweiten Kriegssitzung des englischen Unterhauses am 12. November erklärte Arthur Henderson, der nach dem Rücktritt Macdonalds den Vorsitz der Parlamentarischen Arbeiterpartei übernommen hatte und zum Mitglied des Privy Council (Königlicher Kabinettsrat) ernannt wurde: die Arbeiterpartei werde alles tun, um die Einigkeit bis zum Ende der großen gegenwärtigen Prüfung aufrechtzuerhalten. Die gesamte Arbeiterschaft sei mit der Regierung einig. Trotz des früheren Gegensatzes bleibe jetzt keine andere Wahl für die Nation, als den Krieg entschlossen bis zu einem befriedigenden Ausgang fortzusetzen. Die Dauer des künftigen Friedens hänge von der Vollständigkeit des Sieges ab. Die Arbeiterpartei werde fortfahren, die Regierung überall zu unterstützen, in der Erwartung, daß diese die übernommene Aufgabe bis zu einem von allen gewünschten Ergebnis durchführe.

Dieses Versprechen wurde denn auch gehalten. Ja, es fehlte nicht an gewerkschaftlichen Stimmen, die für die Boykottierung deutscher Arbeitskräfte und die „Kampagne zur Eroberung des deutschen Marktes" Propaganda machten. Wie sehr Phantasie und Wille großer Teile der englischen Arbeiterschaft von den politischen und wirtschaftlichen Vernichtungszielen der englischen Kriegführung gefangen genommen wurde, mag eine Auslassung des „Daily Citizen" vom 16. Februar 1915 illustrieren. Da heißt es über die Kriegsaussichten: „Jeder vernünftige Zweifel über das Schicksal des kurzlebigen militärischen Reiches, des verpreußten Deutschlands ist glücklicherweise jetzt vorüber. Es wird versinken. Selten war etwas so gewiß. Nach 6 Monaten gigantischen Kampfes sieht jenes Reich sich dem Ende seiner Hilfsmittel in Männern und Geld gegenüber. . . . Mit einem Worte: die Aussicht klärt sich auf, und der wahre Friede, den jeder vernünftige Mann herbeiwünscht, kommt näher." (J. K.)

Am nächsten Tage scheint dem „Daily Citizen" freilich der Sieg wieder etwas weniger sicher und nahe zu sein. Aber das Ziel steht fest. Er schreibt da:

„Wir müssen unsere Feinde noch überwinden und vieles mag geschehen, ehe das Ende des Krieges in Sicht gebracht ist, doch wenn die Alliierten siegreich sind, sollte es keinerlei Zögern geben, Schadenersatz in solchem Maße zu erzwingen, daß Deutschland ruiniert wird."

Inzwischen aber ruhten auch die Vorkämpfer einer richtigeren Auffassung über das Wesen der englischen Regierungspolitik und das zu erstrebende Friedensziel nicht. Die führenden Männer der Unabhängigen Arbeiterpartei entfalteten mit wachsendem Erfolg ihre auf Verständigung mit Deutschland abzielende Propaganda. Zu einer bedeutsamen Auseinandersetzung zwischen ihnen und den auf „Zerschmetterung" Deutschlands eingestellten Sozialisten der Westmächte kam es auf der Londoner Konferenz, die am 14. Februar 1915 auf Einladung der britischen Sektion des internationalen Büros zusammentrat. Es waren rund 40 Delegierte aus den gegen Deutschland verbündeten Ländern anwesend. Den Vorsitz führte J. Keir Hardie. Unter den Delegierten befanden sich Marcel Sembat, französischer Staatsminister, eine Anzahl französischer Deputierter wie Jean Longuet, Vaillant, Compère-Morel und Albert Thomas, ferner Emile Vandervelde, belgischer Staatsminister, Henri La Fontaine, belgischer Deputierter, Jouhaux, Sekretär der französischen Arbeiterkonföderation, Roubanovitsch, in Vertretung einer der russischen Parteien. Unter den englischen Vertretern befanden sich die Parlamentsmitglieder J. Ramsay Macdonald, Arthur Henderson, G. H. Roberts, John Hodge, W. C. Anderson, J. R. Clynes, ferner Dan Irving, Hunter Watts, Victor Fisher, W. S. Sanders, J. Bruce Glasier und J. S. Middleton.

Nach heftigen Auseinandersetzungen einigte man sich schließlich auf folgende

Resolutionen:

1. Die Konferenz kann nicht stillschweigend hinweggehen über die tieferen allgemeinen Ursachen des europäischen Konflikts, der selbst ein ungeheuerliches Produkt der Gegensätze ist, die die kapitalistische Gesellschaft auseinanderreißen, insbesondere der Politik der kolonialen Expansion und des aggressiven Imperialismus, gegen die der internationale

Sozialismus nie zu kämpfen aufgehört hat und für die jede Regierung ihr Teil der Verantwortung trifft.

Die Invasion Belgiens und Frankreichs durch die deutschen Heere bedroht die ganze Existenz unabhängiger Nationalitäten und versetzt allem Vertrauen in Verträge einen Schlag. Unter diesen Umständen wäre ein Sieg des deutschen Imperialismus gleichbedeutend mit der Niederlage und der Vernichtung der Demokratie und der Freiheit in Europa. Die Sozialisten Großbritanniens, Belgiens, Frankreichs und Rußlands gehen nicht aus auf die politische und wirtschaftliche Zertrümmerung Deutschlands; sie führen keinen Krieg gegen die Völker Deutschlands und Oesterreichs, sondern nur gegen die Regierungen dieser Länder, die sie unterdrücken. Sie fordern, daß Belgien befreit und entschädigt werde. Sie verlangen, daß die Frage Polens nach den Wünschen des polnischen Volkes gelöst werde, entweder im Sinne einer Autonomie innerhalb eines anderen Staates oder im Sinne vollständiger Unabhängigkeit. Sie wünschen, daß in ganz Europa, von Elsaß-Lothringen bis zum Balkan, jene Bevölkerungen, die durch Gewalt annektiert worden sind, das Recht erhalten, frei über sich selbst zu verfügen.

Während die Sozialisten unerschütterlich entschlossen sind, zu kämpfen, bis dieses Befreiungswerk vollbracht ist, sind sie nicht minder entschlossen, sich jedem Versuch zu widersetzen, diesen Verteidigungkrieg in einen Eroberungskrieg umzuwandeln, der nur neue Beschwerden erzeugen und verschiedene Völker mehr denn je der doppelten Plage der Rüstungen und des Krieges unterwerfen würde.

In der Ueberzeugung, daß sie den Grundsätzen der Internationale treu bleiben, drücken die Mitglieder der Konferenz die Hoffnung aus, daß die Arbeiterklasse all der verschiedenen Länder sich bald wieder vereint finden werde in ihrem Kampfe gegen den Militarismus und den kapitalistischen Imperialismus. Der Sieg der verbündeten Mächte muß ein Sieg sein für Völkerfreiheit, für die Einigkeit, Unabhängigkeit und Autonomie der Nationen in der friedlichen Föderation der Vereinigten Staaten Europas und der Welt.

2. Nach Beendigung des Krieges muß die Arbeiterklasse aller Industriestaaten sich in der Internationale vereinigen,

um die geheime Diplomatie zu unterdrücken, den Interessenten des Militarismus und der Rüstungsindustrie den Garaus zu machen und irgendeine internationale Autorität einzusetzen, um Differenzpunkte zwischen Nationen durch obligatorische Vermittlung und Schiedsgerichtsbarkeit beizulegen und alle Nationen zur Aufrechterhaltung des Friedens zu zwingen.

3. Die Konferenz protestiert gegen die Verhaftung der Dumamitglieder, gegen die Unterdrückung der russischen sozialistischen Presse und die Verurteilung ihrer Redakteure, sowie gegen die Unterdrückung der Finnen, Juden und der russischen und deutschen Polen. —

*

Man war anfangs in der deutschen Partei geneigt, in diesen Beschlüssen den Beginn einer gewissen Sinneswandlung bei den französischen Sozialisten zu erblicken. Man wies auf die Versicherung hin, daß die Sozialisten der Ententeländer nicht auf „die politische und wirtschaftliche Zertrümmerung Deutschlands“ ausgingen und sich jedem Versuch widersetzen wollten, „diesen Verteidigungskrieg in einen Eroberungskrieg umzuwandeln“. Allein die zweideutige Formel, „daß in ganz Europa, von Elsaß-Lothringen bis zum Balkan, jene Bevölkerungen, die durch Gewalt annektiert worden sind, das Recht erhalten, frei über sich zu verfügen“, ließ schon erkennen, daß man mit dem Zertrümmerungs- und Eroberungsziel keineswegs gebrochen habe. Die sich an die Konferenz anknüpfenden Erörterungen zerstörten jene Illusion vollends.

In Frankreich gab es einen Entrüstungssturm in der chauvinistischen Presse gegen die Minister Sembat und Guesde als moralisch mitverantwortlich für jene Beschlüsse. Namentlich erbosten sich „Temps“, „Figaro“, „Echo de Paris“ usw. über den Protest gegen die russische Politik, weil er den Feinden eine moralische Waffe in die Hand gäbe. In der „Humanité“ rechtfertigte demgegenüber der Deputierte Renaudel die französischen Delegierten mit der Erklärung, man müsse sich beglückwünschen, daß die Konferenz einstimmig die Fortsetzung des Krieges bis zum Sieg beschloß. Die „öffentliche einmütige Zustimmung der britischen Sektion“ zu dieser Auffassung sei die wertvolle neue Tatsache. In diesem Resultat sahen die französischen Sozialisten also die

eigentliche Errungenschaft der Konferenz. Um dieser Einstimmigkeit willen hatten sie Macdonald und seinen engeren Freunden zuliebe auf einen Protest gegen die „Vergewaltigung Serbiens" und gegen die „belgischen Greuel" verzichtet.

Auch die Aufnahme jener Verwahrung gegen Zertrümmerungsabsichten mit dem sophistischen Zusatz, „daß man keinen Krieg gegen die Völker Deutschlands und Oesterreichs führe, sondern nur gegen die Regierungen dieser Länder", fand bei dem französischen Pressestreit seine Erklärung. Der besondere Berichterstatter des Pariser „Journal", dem es dank seiner nahen persönlichen Beziehungen gelang, den Schleier der Vertraulichkeit etwas zu lüften, teilte über die taktische Absicht der französischen Delegierten folgendes mit: „Die französische These ist bekannt: w i r wollen nicht den Frieden fordern, aber das deutsche Volk dazu bringen, ihn zu fordern. Wie werden wir das anstellen? Wir werden dem deutschen Volk zunächst versichern, daß wir es als ein großes Volk ansehen, an dessen Integrität zu rühren wir uns nicht gestatten werden. Denn haben wir denn nicht den Krieg nur gemacht, um das Recht der Nationalitäten zu bewahren? Wir werden ihm endlich verständlich machen, daß wir ihm selbst nichts antun wollen, sondern dem preußischen Militarismus, dessen mehr oder minder bewußtes Opfer er selbst ist. Er ist diese Hydra und sie allein, die wir abschlagen wollen." (J. K.) — Das deckte sich mit Bemerkungen, die Sembat bei der Aussprache der französischen Kammerfraktion wenige Tage vor der Konferenz gemacht hatte. Man wollte die durch die Zertrümmerungsdrohungen geweckten Besorgnisse der deutschen Sozialisten zerstreuen, um der erhofften wachsenden Opposition innerhalb der deutschen Sozialdemokratie Wind in die Segel zu bringen. Das war der „kluge" Plan. An ein Aufgeben der eigenen Kriegsziele dachte man nicht.

Eine Bestätigung dafür erbrachte die K a m m e r s i t z u n g, in der Viviani seine beiden sozialistischen Ministerkollegen Guesde und Sembat deckte. Viviani erklärte dort erneut, man sei fest entschlossen, den Krieg bis zum erstrebten Ziel durchzuführen, dazu gehöre die Wiedergewinnung E l s a ß - L o t h r i n g e n s, die man nicht als Eroberung, sondern als Wiederherstellung (restitution) zu betrachten

habe. Er erhielt dabei eine lebhafte Beifallskundgebung auch von den Bänken der sozialistischen Abgeordneten.

Auch in England selbst löste das Kompromißprodukt der Londoner Konferenz einen Gegenstoß aus. Hyndman schrieb am 1. März einen Brief an — Clemenceau, in dem er, um das Mißverständnis über die Haltung der englischen Sozialisten aufzuklären, sagt:

„Es gibt auch nicht den Schatten des Zweifels darüber, daß die erdrückende Mehrheit der Arbeiter dieser Insel für den Krieg ist. Die Parlamentarische Arbeiterpartei (Parliamentary Labour Party), mit der Ausnahme eines halben Dutzend von Pazifisten oder gar noch weniger, ist gleichfalls dem Kriege günstig gesinnt. Das ist nicht alles, denn Hunderttausende unter den zwei Millionen Soldaten, die augenblicklich unter den Fahnen stehen, kommen aus dem Milieu der Arbeiter, und zwar nicht aus den Reihen der unqualifizierten und schlecht bezahlten Arbeiter, sondern aus den Reihen der echtesten Gewerkschafter. So gibt es augenblicklich in einer einzigen Armee nicht weniger als 200 000 Bergarbeiter, deren Lohn in dem Augenblick, als sie eintraten, 10 Frank täglich betrug, und die um diese Zeit alle arbeiteten. Ich möchte ganz gerne, daß die Herren Keir Hardie, Macdonald und Anderson zu diesen Leuten reden gingen, um zu versuchen, wenn auch nur in etwas, die Schinder der Zivilisation, der Frauen und der Kinder in Belgien und im Norden Frankreichs reinzuwaschen. Die Vertreter der anderen Berufe außerhalb der Bergarbeiter haben sich fast im gleichen Maße freiwillig gestellt. — Das ist die wahre britische Arbeiterklasse und nicht diese ärmliche Clique, der meine Freunde Vandervelde, Vaillant und andere Konzessionen gemacht haben. Eine bedauerliche und sehr unnütze Nachgiebigkeit, die allen jenen wie eine Kapitulation erscheint, die sie von außen beurteilen.“ (J. K.)

Schwerer als diese von persönlicher Gehässigkeit nicht freie Kundgebung Hyndmans fällt folgende im „Daily Citizen“ vom 15. März veröffentlichte Kundgebung ins Gewicht, die 27 Mitglieder der Arbeiterfraktion des Unterhauses am 15. März an die sozialistischen Kammerfraktionen Frankreichs und Belgiens richteten:

An die Arbeiter Frankreichs und Belgiens!

Wir, die unterzeichneten Mitglieder der Arbeiterpartei im britischen Hause der Gemeinen, entbieten Ihnen, unseren französischen und belgischen Genossen, unsere tiefgefühlte Sympathie in Ihrem heroischen Kampfe zur Zurücktreibung des Einfalls Deutschlands in Ihre Länder.

Wir erkennen an, daß Sie nicht nur Ihre eigenen nationalen Freiheiten verteidigen, sondern daß Sie auch für die Freiheit ganz Europas gegen die Beherrschung durch despotischen Militarismus kämpfen. Wir sind voll der tiefsten Bewunderung für den Mut und die Ergebenheit, welche Sie in dem schrecklichen Konflikte, den Sie gegen Ihren grausamen Feind führen, entwickeln, und unsere Gefühle werden von der Masse der organisierten Arbeiter Großbritanniens geteilt.

Hunderttausende von Gewerkschaftlern, angespornt von gerechter Entrüstung über den verbrecherischen Anfall Deutschlands, sind freiwillig in die Armee eingetreten, welche im vereinigten Königreich aufgeboten wurde, um die französische und belgische Sache zu unterstützen. Wir haben jede Maßnahme unterstützt, welche dahingeht, dieses freiwillige Heer zu einem großen und mächtigen Instrument für die Verteidigung von Demokratie und Zivilisation gegen die Mächte der Autokratie und des Despotismus zu machen. Wir versichern Sie, unsere französischen und belgischen Genossen, daß wir mit Herz und Seele mit Ihnen sind in Ihrer Entschlossenheit, Frankreich und Belgien von dem Eindringling zu befreien, die Wiederherstellung der verwüsteten Territorien zu erreichen und ein für allemal der Drohung des Militarismus ein Ende zu machen.

Geo. J. Wardle (Redakteur des Organs der Eisenbahner), Will Thorne (Vorsitzender der Gas Workers' Union, des großen Verbandes ungelernter Arbeiter), James Parker, J. E. Sutton, Wm. Adamson, F. W. Goldstone, J. R. Clynes, Rob. Tootill, John Williams (Bergarbeiterverband), J. H. Thomas, F. Hall (Bergarbeiterverband), Alex. Wilkie (Sekretär der Schiffszimmerer), Arthur Henderson (Vorsitzender der Arbeiterpartei), C. W. Bowerman (Sekretär des parlamentarischen Komitees des Gewerkschaftskongresses), Stephan Walsh, Walter Hudson (Eisenbahnerverband), Charles Duncan (Sekretär des großen Verbandes ungelernter Arbeiter Workers'

Union), George N. Barnes (Sekretär des großen Maschinenbauverbandes), Geo. H. Roberts (Buchdruckerverband), Will Crooks, Johl Hodge (Sekretär der Stahlschmelzer), W. Tyson Wilson, James O'Grady (Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes, Organisator der Möbelarbeiter), John W. Taylor, John Wadsworth (Bergarbeiterverband), Albert Stanley (Bergarbeiterverband), Thos. Richards (Bergarbeiterverband). (J. K.)

Bemerkt sei dazu, daß Parker und Barnes auch hervorragende Mitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei sind. Volle Einmütigkeit herrschte also auch nicht in den Reihen dieser.

Für die französischen Sozialisten beantwortete das Permanente Verwaltungskomitee am 31. März das Anschreiben. Das Komitee erklärt, es sei glücklich und stolz, feststellen zu können, daß das britische und französische Proletariat einig zusammenmarschiere in der gleichen heiligen Sache. Zum Schluß heißt es: „Wir sind entschlossen, an Ihrer Seite bis zum Siege zu kämpfen, den deutschen Imperialismus, den Angreifer, zu zerschmettern, und so die Grundlagen für einen dauernden und gerechten Frieden, der die Rechte aller Nationalitäten achtet, zu schaffen." (J. K.)

Jedoch, während in Frankreich die vereinzelt auftretende Opposition gegen die Zerschmetterungsparole bedeutungslos blieb, gewannen die verständigeren Auffassungen Macdonalds und Keir Hardies in England sichtlich auch außerhalb ihrer engeren Parteigruppe an Boden. Eine wachsende Opposition auch innerhalb der Britischen Sozialistenpartei wandte sich gegen die Haltung Hyndmans und die vom Vorstand geförderte Rekrutenwerbung.

Am bedenklichsten aber schien der englischen Regierung und ihren Verbündeten die in der Arbeiterschaft um sich greifende Streikbewegung, die die Versorgung der Armee mit Waffen und Munition in Frage stellte. Das drückte Vandervelde die Feder in die Hand zu einem offenen Briefe an die englische Arbeiterschaft. In diesem Schreiben stellt er mit „Schmerz und Erstaunen" fest, daß „ein recht großer Teil" der organisierten Arbeiter Großbritanniens den Krieg nicht anders als einen Kolonialkrieg betrachten, sie

treten in den Streik, verweigern Ueberstunden zu machen und befördern damit eine Krise, „die Lord Kitchener bedauert und Lloyd George in machtvoller Anklage enthüllt". Die Verantwortung dafür schiebt Vandervelde zum Teil auf die Friedenspropagandisten, denen er mit folgenden Worten ins Gewissen redet:

„Wir stellen die Frage sehr ernsthaft an unsere Genossen von der Unabhängigen Arbeiterpartei, an Macdonald, Keir Hardie, Anderson und ihre Freunde. Sie waren mit uns auf der Londoner Konferenz. Sie machten Abänderungsvorschläge zum Beschlußantrag — Vorschläge, die wir annahmen, um einen einstimmigen Beschluß zu erhalten. Es war auf Antrag Macdonalds selbst, daß folgender Text angenommen wurde:

„„Die Invasion Belgiens und Frankreichs durch die deutschen Armeen bedroht die Existenz der unabhängigen Nationalitäten und erschüttert den Glauben an die Verträge. Der Sieg des deutschen Imperialismus wäre die Niederlage und die Vernichtung der Freiheit und der Demokratie in Europa.""

„Wenn das keine leeren Worte sein sollen, enthalten sie für diejenigen, die sie ausgesprochen haben, eine gebieterische Pflicht. Um die Niederlage zu verhüten, um den Sieg der Freiheit und Demokratie in Europa zu sichern, müssen Macdonald und seine Freunde mit uns zusammen tun, was menschenmöglich ist. Wenn sie zu den englischen Arbeitern über die Bedingungen des künftigen Friedens, über die notwendigen Bürgschaften seiner Dauer und Gerechtigkeit sprechen wollen, so sind wir einverstanden, und wir haben es auch gesagt.

„Aber wir haben auch gesagt — und sie mit uns —, daß zuvor der deutsche Imperialismus besiegt und der Krieg geführt werden muß bis zu Ende. . . .

„Wir fordern es von ihnen im Namen des Märtyrerleid erduldenden Belgien, im Namen Frankreichs, dessen Boden der Eindringling besetzt hält. Ihre Pflicht ist klar. Sie werden ihr nicht untreu werden." (Vorwärts 7. 4. 1915.)

Diese Auslassungen sind nicht nur ein interessantes Dokument für die Tätigkeit des Mannes, der während des Krieges die Würde des Vorsitzenden der sozialistischen Internationale mit der eines belgischen Staatsministers vereinigt, sie geben auch wertvollen Aufschluß über die politische Haltung Mac-

donalds. Er ist der deutschen Reichstagsfraktion von gewisser Seite als Muster eines national indifferenten Sozialisten hingestellt worden. Ich habe schon oben darauf hingewiesen, daß das schon darum nicht angeht, weil Macdonald und seine engeren Freunde trotz ihrer scharfen Kritik an der Greyschen Diplomatie für die Kriegskredite gestimmt haben. Vandervelde offenbart hier nun, daß Macdonald der Vater des Satzes ist, der den Sieg des „deutschen Imperialismus" als die Niederlage und die Vernichtung der Freiheit und der Demokratie in Europa bezeichnet. Daraus erhellt, daß die Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei sich hinsichtlich des Kriegszieles keineswegs über den Streit der Nationen gestellt, sondern ganz bestimmt Partei ergriffen haben, und zwar zugunsten ihres Landes und seiner Verbündeten. Bei aller Kritik an der eigenen Regierung hinsichtlich der Vorgeschichte des Krieges standen sie seiner Durchführung doch keineswegs wie gewisse doktrinäre Kosmopoliten in Deutschland, sondern wie national empfindende Engländer gegenüber.

Das war ihr gutes Recht. Daß sie davon Gebrauch machten, ohne in chauvinistische Ueberhebung zu verfallen, daß sie der Haß- und Verleumdungskampagne entgegentraten und daß sie das Kriegsziel nicht über die Wahrung des eigenen nationalen Interesses hinaus auf die Zerschmetterung und Erwürgung fremder Nationen einstellten, gereicht ihnen zu hohem Lob. Insoweit wollen wir sie gern als Vorbild gelten lassen.

Auch ihr zeitiges Wirken für Wiederherstellung des Friedens verdient Anerkennung. Daß sie, um einen Druck auf Regierung und Heerführung auszuüben, den Streik in Munitionsfabriken gefördert hätten, erscheint jedoch wenig glaublich. Die Streikbewegung wurzelt in den schlecht geordneten Produktionsverhältnissen Englands, wo der Lohndrückerei und Ausbeutungssucht der Unternehmer während des Krieges nicht annähernd so scharfe Hemmungen bereitet wurden, wie es in Deutschland infolge des frühzeitigen Zusammenwirkens der Militär- und Zivilverwaltung mit den Gewerkschaften gelang. Die von der Unabhängigen Arbeiterpartei und von der altliberalen Opposition ausgehende Kritik an der Kriegspolitik der Regierung mag freilich die Stimmung der Volksmasse in

einer der Heerführung sehr unwillkommenen Weise beeinflußt haben. Daß eine solche Kritik und Friedenspropaganda in England während des Krieges möglich war, hat nicht ihren eigentlichen Grund in den demokratischen Einrichtungen des Landes, sondern in der besonderen Lage Englands dem Krieg gegenüber. England war nicht gezwungen, in den Krieg einzutreten, Englands Boden und nationale Unabhängigkeit waren nicht gefährdet, seine überragende Flotte sicherte die Verbindung mit den Hilfsquellen der Welt. Diese besondere politische und geographische Situation rechtfertigt das Verhalten der englischen Opposition und verbietet zugleich, daraus Schlußfolgerungen für das Verhalten der Sozialisten in den anderen kriegführenden Ländern abzuleiten.

Die französischen Sozialisten konnten den Standpunkt Macdonalds und Keir Hardies auf der Londoner Konferenz kaum verstehen. Das ist begreiflich. Das Fieber einer Nation, auf deren Boden siegreiche feindliche Armeen stehen, raste in ihren Adern und hielt ihr Hirn umkrallt. Nur so erklärt es sich, daß sie das einfachste und nächstliegende zur Rettung ihres Landes nicht zu sehen vermochten: die Bereitschaftserklärung zu einem Frieden, der ihre nationale Existenz nicht vergewaltigt. Das würde in Deutschland bei der deutschen Sozialdemokratie und weit darüber hinaus ein mächtiges Echo ausgelöst haben. Statt dessen klammerten sie sich an das Phantasiegebilde eines sicheren, nahen Sieges und drohten uns mit Züchtigungs- und Zertrümmerungszielen.

Als ein sehr charakteristisches Symptom dieses Fieberzustandes ist die stete Furcht der französischen Sozialisten vor den „deutschen Intrigen“ zu verzeichnen. Sie sahen sie hinter den redlichen Bemühungen der Sozialisten der neutralen Länder, Konferenzen zur Förderung des Friedens zu veranstalten. Longuet und Vaillant wandten sich aus diesem Grund besonders heftig gegen den Plan der Kopenhagener Konferenz. Sie erschien ihnen als ein Manöver der deutschen Sozialisten, dieser verkappten Agenten Attilas. Frankreich soll nach ihrer Meinung übertölpelt werden; Deutschland will bei den Neutralen um gut Wetter bitten und hofft, durch deren Fürsprache der verdienten Strafe zu entgehen. Alles was sich innerhalb oder außerhalb Frankreichs für den Frieden regte, war von

dem vor der gerechten Strafe bangenden deutschen „Kaiserismus“ inspiriert.

Die Gipfelleistungen auf diesem Gebiet bilden die Antworten, die einem „Friedensmanifest“ ungenannten Ursprungs zuteil wurden, das der Amsterdamer Korrespondent der „Humanité“ irrtümlich als ein Werk der Minderheit der Reichstagsfraktion übermittelt hatte. Darin wurde das „Erwachen der deutschen Sozialdemokratie“ konstatiert, die vereinzelten Friedensregungen in Frankreich und das Verhalten der Unabhängigen Arbeiterpartei in England gelobt und der feste Entschluß angekündigt, die Fahne des Friedens zu erheben mit dem Programm: keine Eroberungen, keine Annexionen!

Was war das Echo, das aus Frankreich auf diesen „Friedensschrei“ zurückkam? — In seiner „Guerre Sociale“ vom 7. April brachte G u s t a v e H e r v é eine Antwort, die mit den schönen Worten begann: „Mit Bewegung, mein lieber Liebknecht, habe ich den Aufruf gelesen, den Sie und einige andere gute Genossen Deutschlands, welche die Ehre der Sozialdemokratie zu retten versuchten, an die ausländischen Sozialisten gerichtet haben.“ Und dann sagt er den „guten Genossen Deutschlands“, warum er nicht und „hoffentlich kein französischer Sozialist“ auf diesen Ruf eingehen könne:

„Wir wollen Ihrem Kaiser und seinen Krautjunkern nicht behilflich sein, aus dem Strom von Blut, in dem sie gerade ertrinken, unversehrt und schadlos hervorzugehen. . . .

„Mein lieber Freund! Sie glauben, die militärische Lage sei günstig für Euch! Sie hören wohl nicht die Türkei und Oesterreich, welche in Ihrer nächsten Nähe röcheln? Und sehen Sie denn nicht, daß, wenn wir mit denen fertig sind, die ganze Lawine auf Sie niederschmettern wird? Wissen Sie denn nicht, daß wir in Frankreich erst anfangen, militärisch bereit zu sein, und daß auf dem Kontinent erst die Vorhut der englischen Armee ist? Aber wenn wir den Kaiser, seine Krautjunker und sein Volk — Ihr Volk, mein armer Freund! — durchschlüpfen ließen, so würden sie sich einbilden, daß sie mit einer militärisch günstigen Lage und mit Ehren aus diesem Kriege hervorgehen und gar glauben, uns eine Gnade zu erweisen mit der Räumung Polens, Frankreichs und Belgiens,

von wo wir sie in einigen Wochen mit Verderben und Getöse hinauswerfen werden. . . .

„Sie sagen, daß Sie für einen Frieden ohne Annexionen seien, aber was verstehen Sie darunter? Daß man die alten Annexionen behalten werde? Wenn Sie glauben, daß wir dem Großtürken die griechische, armenische und arabische Bevölkerung lassen würden, die er unter seinem Joche hält, den Habsburgern die Polen, Rumänen, Tschechen, Serbokroaten und Italiener, auf die sie ihren Stiefel setzen; wenn Sie glauben, daß wir Ihrem Volke erlauben würden, die deutsche Kultur den Dänen Schleswigs, den Polen Posens und Schlesiens und den Elsaß-Lothringern aufzuzwingen, so liegt das daran, daß Sie uns nicht kennen. . . . Keine Annexionen, nein, aber Befreiung der annektierten Völker! . . .“

So Hervé, der Mitglied des französischen Parteivorstandes ist, und dessen Blatt seit Beginn des Krieges großen Einfluß auf die französischen Sozialisten und Arbeiter gewonnen hat. In dasselbe Horn stieß C o m p è r e - M o r e l, ein sehr ernst genommener und einflußreicher Führer des radikal-marxistischen Flügels, in einem Artikel in der „Humanité“, der an Verblendung den Erguß Hervés noch übertrifft. Compère-Morel schreibt u. a.:

„Den Frieden, für den wir hier die energischste parlamentarische und außerparlamentarische Aktion entfalten, wollen auch wir, und wir wünschen ihn. Aber unter einer Bedingung, daß er aufgerichtet werde auf dem Grabe des preußischen Militarismus, niedergerungen durch euch oder besiegt durch uns, ganz wie ihr wollt. Solange ihr nicht den Willen bekundet, ein Regime niederzuwerfen, das eine permanente Gefahr für die ganze Welt bedeutet, die es durch die Gewalt beherrschen will, und dessen ganze Macht durch eure Unterordnung unter seinen Willen zustandegekommen ist, solange keinen Frieden! Solange das sozialistische und proletarische Deutschland — und das seid ihr, die ihr das Manifest geschrieben habt — blindlings den Worten der Generale à la Bissing folgt, die unmenschlich, brutal und barbarisch sind, so lange es Staatsmännern folgt à la Bethmann Hollweg, die skrupellos und ohne moralisches Pflichtbewußtsein sind, keinen Frieden! Solange eure bewaffneten Kameraden willenlos ihren Vorgesetzten gehorchen, den

belgischen Boden verwüsten, französisches Gebiet besetzen, ohne Rechtstitel, so lange keinen Frieden! Und wenn ihr Proletarier unfähig seid, eine republikanische Freiheitsbewegung durchzuführen, die euer kaiserliches, militarisiertes und kriegerisches Deutschland allein in ein freies, demokratisches und friedliches Deutschland verwandeln könnte, weiterhin den revolutionären Geist des alten Liebknecht und des kämpfenden Bebel in einem Gewirr von Blutströmen, Feuerherden und Tränen, das hervorgerufen wurde durch eure Unterdrücker, untergehen laßt, so wird es Aufgabe der Waffen der Alliierten sein, der Waffen, die in den Dienst der gerechtesten, der größten und der vornehmsten Sache der modernen Zeit gestellt sind, euch einen vollständigen und dauernden Frieden aufzuzwingen!" —

Die von Compère-Morel der deutschen Sozialdemokratie gestellte Zumutung, sie solle den feindlichen Armeen die Arbeit durch eine Revolution im Innern des Landes erleichtern, entsprach den Erwartungen, die die französischen Sozialisten von Anfang an gehegt hatten. Die Belehrungen, die Engels, Liebknecht der Alte, Bebel, Vollmar und andere an ihre Adresse gerichtet hatten, waren ebenso vergebens gewesen wie die früher erwähnten verständigen Worte von Jean Jaurès in der französischen Kammer. Nicht nur, daß man in der „Humanité" alle Aeußerungen der deutschen Opposition, wie das Auftreten Karl Liebknechts, die Schreiben von Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Mehring u. a., die Taten der Westmeyer-Gruppe in Stuttgart als verheißungsvolle „signes croissantes" (wachsende Zeichen) begrüßte, auch in dem Weihnachtsmanifest der sozialistischen Kammerfraktion, das die „heilige Einheit" der französischen Nation betont, wurde auf die Uneinigkeit der Deutschen spekuliert. Da hieß es: „Heroisch hat Liebknecht protestiert. Aber wir wissen, daß es schon mehr wie eine unruhige Brust gibt. Und zur selben Stunde, wo wir den Stolz haben, zugleich mit der Unabhängigkeit unserer Nation die sozialistische Sache zu verteidigen, fragen sich jene vielleicht, ob der Krieg nicht auf einem furchtbaren Umwege den höchsten Zweck hatte, ihren Befreiungskampf zum Ziele zu führen."

Dieselben französischen Sozialisten, die sich bemühten, die russischen Arbeiter zu veranlassen, Burgfrieden und

Kampfgemeinschaft mit dem Zaren zu schließen, muteten uns zu, wir sollten unserer, das Vaterland verteidigenden Armee in den Rücken fallen. So sehr hatte das Bündnis mit dem Zarismus ihren Geist verwirrt.

Die deutsche Sozialdemokratie hat den Sozialisten der Westmächte nicht den geringsten Vorwurf daraus gemacht, daß sie für die Sache ihrer Länder eingetreten sind. Wir anerkannten ihr gutes Recht, so zu handeln vom ersten Tage ab und in jeder Phase des Krieges. Wir versetzten uns in ihre Lage, wir versenkten uns in ihre Seele und waren objektive Richter. Das gleiche aber verlangen wir auch von ihnen. Nur unter dieser Voraussetzung, nur auf dem Boden gleichen nationalen und internationalen Rechts können wir uns mit ihnen auseinandersetzen.

Wir haben getan, was Pflicht und Liebe zum eigenen Vaterlande gebot. Dabei haben wir aber auch nicht vergessen, daß gemeinsame Ideale uns verbinden mit den Bannerträgern einer höheren Menschheitszukunft in allen, auch in den gegen uns Krieg führenden Ländern. Wir haben uns freigehalten von den Aeußerungen des Hasses und der Verachtung, wir haben uns mit Mißtrauen gewappnet gegen die Verbreiter von Greuelgeschichten und gesucht, der Völkerverhetzung auch während des Krieges zu steuern. Wir haben uns auch nicht dazu verleiten lassen, Zerschmetterungs- und Eroberungsziele zu proklamieren, wie das von sozialistischer Seite in den Weststaaten geschah. Die deutsche Reichstagsfraktion hat in ihren Erklärungen vom 4. August und 2. Dezember klar und vor aller Welt ausgesprochen, daß sie nicht wolle, daß dieser Krieg über die Grenze der notwendigen nationalen Selbstbehauptung hinaus ein Eroberungskrieg werde, und sie hat ihre Bereitschaft zum Frieden zweimal vor aller Welt bekannt durch den Satz: „*Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.*“

Die Sozialisten des feindlichen Auslandes konnten also von Anfang an wissen, daß die deutsche Sozialdemokratie ihrer-

seits auch während des Krieges den Wunsch nach Frieden nähre und sich fernab hielt, dem Krieg ein Ziel zu setzen, das die politische oder wirtschaftliche Vernichtung anderer Völker in sich schließe. Wir bedauern tief, daß das in der sozialistischen Welt jenseits unserer Grenzpfähle so ganz überhört, oder so wenig gewürdigt worden ist.

Auch die gemeinsame Erklärung der am 12. und 13. April in Wien stattgehabten Konferenz von Mitgliedern der Parteivorstände der deutschen, österreichischen und ungarischen Sozialdemokratie atmet diesen Geist. Sie lautet:

Erklärung.

„Trotz der langen Dauer des Krieges sind die Völker in allen Ländern unbeugsam entschlossen, mit aller Kraft ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu verteidigen. Aber der Krieg — unerhört in Ausdehnung, Heftigkeit und Dauer — hat über die Menschheit überall entsetzliches Elend gebracht, Millionen von Leben vernichtet, unermeßliche durch die Arbeit von Generationen aufgehäufte Kulturgüter zerstört. In verhängnisvoller Weise hat sich die Voraussage unserer bewährtesten Kenner der Wirtschaft und Geschichte auf allen internationalen sozialistischen Kongressen nunmehr bewahrheitet, daß das fortgesetzte Wettrüsten zu einer Weltkatastrophe führen werde. Am meisten leidet überall naturgemäß das Proletariat, insbesondere auch unter den wirtschaftlichen Folgen des Krieges. So muß in gleicher Weise in allen Ländern, nicht nur in den kriegführenden, sondern auch in den neutralen, die Sehnsucht nach Beendigung des Krieges und nach dem Frieden anwachsen. Insbesondere wird beim Herannahen des Maitages der Gedanke an die Solidarität aller Völker lebendiger als je die Herzen der klassenbewußten Arbeiter aller Länder erfüllen.

Die sozialdemokratischen Parteien, die von jeher und ihrem Wesen nach für die Verbrüderung der Völker wirken, sind die berufenen Verkünder der Friedenssehnsucht. Diese entspringt dem Willen und der Kraft der Selbstbehauptung, nicht etwa dem Gefühl der Schwäche. Daraus aber folgt mit Notwendigkeit, daß nur ein Frieden möglich ist, der kein Volk demütigt, daß nur ein solcher Frieden das dauernde Zu-

sammenarbeiten aller Kulturvölker gewährleisten wird.

Die bei der Zusammenkunft vertretenen Parteien stehen auf dem Boden der Beschlüsse der internationalen Sozialistenkongresse, insbesondere des Kopenhagener Kongresses von 1910 und halten in diesem Sinne beim Friedensschluß folgende Sicherungen für notwendig:

Den Ausbau der internationalen Schiedsgerichte zu obligatorischen Einrichtungen zum Zwecke der Schlichtung aller Streitigkeiten zwischen den einzelnen Staaten.

Die Unterwerfung aller Staatsverträge und Vereinbarungen unter die demokratische Kontrolle der Volksvertretungen.

Die internationale vertragsmäßige Einschränkung der Rüstungen mit dem Ziele der allgemeinen Abrüstung.

Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker.

Weiter erklären die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns: die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Parteien der kriegführenden Länder ihr Land und Volk verteidigen, darf kein Hindernis dafür sein, die internationalen Beziehungen aller sozialistischen Parteien zueinander aufrechtzuerhalten sowie die Tätigkeit ihrer internationalen Einrichtungen fortzuführen."

Und das Echo, das von der anderen Seite zurückhallte!? — Die „Humanité" druckte die Erklärung ab mit der einleitenden Bemerkung, daß sie die „lebhaftesten Gegeneinwände" zu machen hätte. Die französische Regierung habe entschieden den Frieden gewollt, daher hätten die französischen Sozialisten sie unterstützt. Deutschland und Oesterreich seien schuld am Kriege; das sei der Unterschied in der Situation für die Sozialisten hüben und drüben. „Deshalb hat die französische sozialistische Partei kürzlich durch Beschluß ihres Verwaltungsrates festgestellt, daß es für den Augenblick nicht angängig sei, das internationale sozialistische Bureau oder den internationalen Kongreß einzuberufen."

Der letzterwähnte Beschluß war gefaßt worden in Zurückweisung von Vermittelungsanregungen, die der Sekretär der

italienischen Parlamentsfraktion, Morgari, in Paris gegeben hatte. Auch der Vorsitzende der Internationale, Vandervelde, wies die gutgemeinte Anregung Morgaris glatt ab. Am Schluß seiner obenerwähnten Pariser Rede vom 18. April erklärte er: „Ich fühle Zorn gegen jene unsere Gesinnungsgenossen, die möchten, daß man Frieden schließe. Ach nein! Dem Verbrechen muß die Sühne folgen.“

Wie sich diese Sühne bei hervorragenden französischen Geistern ausnimmt, mögen die Auslassungen von Charles Dumas, des früheren sozialistischen Abgeordneten von Allier, illustrieren. In seiner Broschüre „Vom Frieden, den wir wollen“, die von der „Humanité“ gebilligt und gelobt wurde, erklärt er, anknüpfend an den Beschluß der Londoner Konferenz: „Der Friede, den wir wollen, wird alles wieder an seinen rechten Platz bringen. Die Elsaß-Lothringer zu Frankreich, die Dänen zu Dänemark, die Polen zu Polen, die Belgier zu Belgien, den Kaiser ins Exil und die schuldigen deutschen Generale und Offiziere an den Galgen. Einmal dieses Ziel erreicht, sprechen wir nicht weiter von einer Vernichtung der gegnerischen Völker. Wir müssen sie besiegen, entwaffnen und es ihnen unmöglich machen, wieder anzufangen.“

Angesichts dieser vergleichenden Uebersicht von Aeußerungen hüben und drüben können wir ruhig jedem objektiven Beurteiler die Entscheidung überlassen, auf welcher Seite man es ernster genommen hat mit den Grundsätzen der sozialistischen Internationale oder, was dasselbe ist, mit dem Geist der Humanität, auch während des Krieges.

VIII.

Die russische Taktik und Theorie.

Die einzigen, die auf Grund ihres eigenen Verhaltens berechtigt sein könnten, die Sozialisten Deutschlands, zugleich aber auch die der Westmächte, des „Verrats an der Internationale" anzuklagen, sind die Sozialisten Rußlands und Serbiens, denn sie beharrten auch während des Krieges in schroffster Opposition gegen ihre Regierungen.

Die serbischen Sozialisten lehnten, wie schon bei Erörterung der Schuldfrage berichtet wurde, in der Skupschtina am 1. August die Kriegskredite ab. In einem Schreiben an die Kopenhagener Konferenz (Januar 1915) erläuterte der Vorstand der serbischen Partei seine Stellung dahin, daß nicht die Hauptfrage sei, welche Regierung angegriffen oder sich verteidigt habe; das sei eine noch nicht aufgeklärte Frage; was aber feststehe, sei die Tatsache, daß der Krieg das Ergebnis der kapitalistischen Politik aller Staaten sei. „Der Kampf gegen den Krieg, der Kampf gegen diejenigen, die ihn führen, der Kampf gegen die Gesellschaftsordnung, aus der er geboren wurde, das muß das unmittelbare Ziel des internationalen Sozialismus sein."

Was die russischen Sozialisten betrifft, so zeigten schon ihre an früherer Stelle zitierten Aeußerungen gegen Vandervelde und andere, daß sie den Glauben an die „liberale Aera" nicht teilten. So gegensätzlich in theoretischen und taktischen Dingen die verschiedenen Gruppen der russischen Sozialdemokratie sein mögen, sie zeigten sich einig in der Parole: Kampf gegen den Zarismus auch während des Krieges! — Nur vereinzelte sozialistische und anarchistische Theoretiker wie Plechanoff, Maßloff, Burzew und Krapotkin zeigten nationalpolitische Anwandlungen, sprachen von einem „Kulturkrieg" gegen den deutschen „Imperialismus" und ähnlichen Dingen. Auch scheinen größere Schichten der Arbeiterschaft anfangs mit

in den Rausch der Begeisterung für „Väterchen" Zar und „Mütterchen" Rußland hineingerissen worden zu sein. Aber die offiziellen Parteileitungen blieben davon unberührt.

Die seit Beginn des Krieges gemeinsam operierenden Fraktionen der radikalen (Bolschewiki) und der gemäßigten (Menschewiki) Richtung gaben in der Dumasitzung am 8. August durch den Mund des Abg. Valentin Chaustoff eine Erklärung ab, in der es nach einem dem „Retsch" entnommenen Bericht des „Vorwärts" heißt:

„Ein schreckliches und noch nie dagewesenes Unglück hat sich auf alle Völker herabgesenkt. Millionen von Arbeitern sind aus der Arbeit gerissen, werden in das Blutbad geworfen und müssen zugrunde gehen; Millionen von Familien sind zum Hunger verurteilt. . . . Der Krieg ist ausgebrochen. Als die europäischen Regierungen sich zum Kriege vorbereitet hatten, protestierte das europäische Proletariat, mit dem deutschen an der Spitze, gegen den Krieg, den die herrschenden Schichten führen wollten. Die russischen Arbeiter wurden durch verschiedene, allen bekannte Verhältnisse verhindert, offen gegen den Krieg zu protestieren; doch schlagen die Herzen des russischen zusammen mit den Herzen des europäischen Proletariats.

„Der Krieg ist die Folge der imperialistischen Politik der herrschenden Klassen; die Verantwortung müssen die Regierungen aller Länder, die jetzt den Krieg führen, tragen. Das Proletariat — der ständige Verteidiger der Freiheit und der Volksinteressen — wird immer die Kultur vor jedem Angriff verteidigen. Das klassenbewußte Proletariat der Länder, die jetzt den Krieg führen, konnte leider den Krieg nicht verhindern. Wir sind aber tief überzeugt, in der internationalen Solidarität aller Arbeiter werden wir die Mittel finden, um dem Krieg und dem Greuel ein baldiges Ende zu setzen. . . . Möge der Friedensvertrag nicht von den Diplomaten, sondern von den Völkern abgeschlossen werden!

„Außerdem sind wir tief überzeugt, daß der Krieg den breiten Volksmassen aller Länder endlich die Augen öffnen wird über die wirkliche Quelle der Herrschaft und Ausbeutung und daß der jetzige Ausbruch der Barbarei der letzte sein wird."

Nachdem die Erklärung verlesen worden war, verließen die Abgeordneten der sozialdemokratischen Dumafraktion und

die der bürgerlich-demokratischen „Trudowiki" den Sitzungssaal.

In dem Bericht, den das „Organisationskomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" (Ausschuß der seit Kriegsbeginn vereinigten Gruppen) an die Kopenhagener Konferenz gerichtet hat, wird die Lage und das Verhalten der russischen Sozialisten zu Beginn des Krieges wie folgt geschildert:

„Die allgemeine Mobilisierung und der kurz danach ausgebrochene Krieg hatten die russische Sozialdemokratie vollständig überrascht. Man muß sich der Begebenheiten in Petersburg vor dem Kriege erinnern. Der Generalstreik in Petersburg Anfang Juli, der sozusagen einen unorganisierten Charakter hatte und der von einer Reihe von Zusammenstößen mit der bewaffneten Polizei und Militär begleitet war, gab der Regierung Veranlassung, Massenverhaftungen vorzunehmen sowie die Arbeiterpresse niederzuschlagen, so daß, als der erste Donnerschlag (der Zusammenstoß Oesterreichs mit Serbien), der dem kommenden Gewitter — dem europäischen Krieg — vorausging, über die zivilisierte Welt dahinrollte, die russische Sozialdemokratie sozusagen desorganisiert dastand und außerstande war, irgendeine Protestbewegung gegen die kommenden Begebenheiten zu organisieren.

„Gleichzeitig mit der Erklärung der Mobilisierung und des Kriegszustandes in Petersburg schloß die Regierung alle Arbeiterorganisationen ohne Ausnahme (Gewerkschaften und Bildungsvereine). Die Gefängnisse wurden mit den Führern der Arbeiter gefüllt und das Proletariat Petersburgs, das innerhalb der russischen Arbeiterbewegung eine führende Stellung eingenommen hatte, war jetzt ohne irgendeine Organisation, ohne Preßorgane. Außer durch die Unterdrückung seitens der Regierung wurde die Lage für die russische Sozialdemokratie noch durch die kriegerische Stimmung in den breiten Schichten der Bevölkerung erschwert. In allen Städten wurden patriotische Manifestationen abgehalten. Obwohl die Initiative für die Manifestationen, ebenso wie während des japanischen Krieges, von der Regierung und von den reaktionären Elementen der Gesellschaft ausging, welch letzteren in diesen Manifestationen die größte Rolle gespielt haben, so unterliegt es

jedoch keinem Zweifel, daß zwischen jenen und den letzten Demonstrationen ein großer Unterschied besteht. Der jetzige Krieg unterscheidet sich von dem japanischen darin, daß er populär geworden ist und sich auf die Bourgeoisie stützen konnte. Der Kampf gegen den deutschen Militarismus, gegen das preußische Junkertum, sowie gegen die mächtige Herrschaft des deutschen Kapitalismus, die Frage der Befreiung der unterdrückten Nationalitäten, die Teilnahme des demokratischen Frankreichs und Englands am Kriege als Verbündete Rußlands — alle diese Losungen, die die wahren Ursachen und die Beweggründe der Veranstaltungen verschleiern sollten und mußten, wurden in die Massen hineingeschleudert und schufen die Popularität des Krieges. Hinzu kam das Schlagwort von der Einigkeit zwischen allen Parteien untereinander und zwischen diesen und der Regierung, die Einigkeit aller russischen Nationen in dem Kampfe gegen den äußeren Feind. An diesem allgemeinen Ausbruch des Patriotismus und des Chauvinismus nahm die russische Sozialdemokratie keinen Teil. Sie hatte aber auch nicht genügend Kraft, ihre Propaganda und ihre Agitation aktiv gegen diese Bewegung und gegen diese Stimmung einzusetzen. Nur nach und nach, je nachdem wie die Hitze des Patriotismus in den Massen abgekühlt wird und Zeichen einer nüchternen Grundstimmung sich immer mehr zeigen, je nachdem wie die Sozialdemokratie sich nach und nach aufrichtet nach den empfangenen Schlägen, tritt die Möglichkeit eines neuen Aufschwunges der sozialdemokratischen Bewegung in Rußland ein.

„Obwohl die russische Sozialdemokratie im Anfange des Krieges sich in einer sehr schwierigen Situation befand und im ersten Augenblick nicht aktiv auftreten konnte, kann man doch sagen, daß sie im großen und ganzen der Fahne des Internationalismus und seinen Aufgaben treu geblieben ist. Das erste öffentliche Auftreten der Sozialdemokratie nach der Kriegserklärung war die Deklaration der sozialdemokratischen Dumafraktion. Man muß die Verhältnisse kennen, worunter unsere Fraktion ihre Erklärung verlesen mußte, um die Bedeutung dieses Auftretens sowie ihre Ablehnung der Kriegskredite verstehen zu können. Diese Handlung, dem Versuche der Duma gegenüber, eine theatralische Einigkeit herbeizuführen, bedeu-

tete einen Widerstand gegen die durch den Krieg hervorgerufene Demoralisation bei dem demokratischen Teile der Bevölkerung, besonders in den Massen. Es gelang dem Präsidium der Duma nur, unser Auftreten in der Duma dadurch abzuschwächen, daß es keine Veröffentlichung der Erklärung der Fraktion in der Gestalt zuließ, worin sie vorgelegt wurde und durch Fälschung des Reichstagsberichtes."

Des weiteren werden dann die verschiedenen Auffassungen über die Ursachen des Krieges und über die Bedeutung der eventuellen Folgen skizziert. Ein Teil sieht in dem „deutschen Militarismus" den Hauptschuldigen und erhofft von seiner Niederlage Vorteile für die demokratische und sozialistische Entwickelung in Europa. Im Gegensatz dazu vertritt ein anderer Teil die Ansicht, daß die Ursache des Krieges in dem kapitalistischen Wettbewerb zwischen den einzelnen Staaten zu suchen ist und auf die Schuld der einzelnen kein Gewicht zu legen sei. Die Anhänger dieser Auffassung, zu denen auch die Mehrheit des Organisationskomitees gehört, sind der Meinung, „daß der einen oder der anderen Koalition Sieg oder Niederlage unmöglich einen Fortschritt für die demokratische und sozialistische Bewegung bringen kann, und sie ist der Meinung, daß ein Sieg Rußlands über Deutschland nur die russische Reaktion stärken und eine beständige Gefahr für die demokratische Bewegung in Europa sein würde. Man kann hinzufügen, daß eine Minorität besteht, die von diesem Standpunkt aus und im Interesse des Fortschritts den Sieg Deutschlands über Rußland herbeiwünscht."

Ueber die innerpolitische Taktik sagt der Bericht dann folgendes: „Diese Meinungsverschiedenheiten hindern jedoch nicht, daß die russische Sozialdemokratie in der Frage der inneren Aufgaben einig dasteht. Nur einige wenige Stimmen, die dem deutschen Militarismus eine Niederlage wünschen, glauben, daß die russischen Sozialdemokraten ihre demokratischen Aufgaben im Kampfe gegen die Regierung beiseite schieben und für die Kriegsbewilligungen stimmen müssen. Die überwiegende Mehrzahl dagegen glaubt, daß die russischen Sozialdemokraten im Interesse des russischen und des internationalen Proletariats mit voller Aktivität und Energie als ihre erste Aufgabe die Demokratisierung der Staatsver-

fassung verlangen und die Heucheleien über die Einigkeit der Regierung und des Volkes klar zutage legen müssen. Denn die Regierung erweitert nicht die Rechte des Volkes, sondern benutzt den Kriegszustand ohne Widerstand von seiten der Gesellschaft, um das vorkonstitutionelle absolutistische Regime wieder einzuführen, um die Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit zu unterdrücken usw. und um eine jede soziale Initiative, sie möge von seiten der Demokratie oder besonders von seiten des Proletariats kommen, niederzutreten. . . ."

Es wird dann noch auf die Notwendigkeit des Kampfes gegen chauvinistische Verhetzung, insbesondere auch gegen den von bürgerlicher Seite besonders gepflegten Deutschenhaß, hingewiesen und die internationale Solidarität des Proletariats betont. Zum Schluß wird gegen die Verhaftung der Dumaabgeordneten protestiert und die Erwartung ausgesprochen, „daß die Internationale im ganzen und die Sozialisten in England und Frankreich insbesondere ihre Stimme erheben werden zu einem Proteste gegen die Gewalthandlungen gegen die Vertreter der Arbeiter, denen die Katorga (Zwangsarbeit) in Aussicht steht". (J. K..)

Der Appell an die Hilfe der Sozialisten in den verbündeten Demokratien hat bekanntlich das Schicksal der Dumamitglieder nicht verhindert. Auch sonst erwies sich der Einfluß der für „Freiheit und Kultur" kämpfenden Westmächte auf die inneren Verhältnisse Rußlands gleich Null. Der Zarismus wütete in unerhörter Weise weiter gegen die Arbeiterbewegung.

Dem gab namens der übriggebliebenen sozialistischen Vertreter in der Duma der Abg. Tscheidze in seiner Rede am 9. Februar schärfsten Ausdruck. Er führte nach dem amtlichen Stenogramm der Dumasitzung aus:

„Am 8. August vorigen Jahres hat die Reichsduma der unverantwortlichen Bureaukratie ihr bedingungsloses Vertrauen ausgesprochen. . . . Nur die sozialdemokratische Fraktion hielt es für ihre Pflicht, gegen eine solche Einigung der Duma mit der Regierung zu protestieren. Die sechs Monate des Krieges haben sonnenklar erwiesen, daß die sozialdemokratische Fraktion recht gehabt hat. Die hereingebrochene Weltkatastrophe, eine direkte Folge der militaristischen und imperialistischen Politik der herrschenden Klassen, hat die

Menschheit in einen Abgrund von Greueln und Leiden gestürzt, die in der Geschichte ohnegleichen dastehen. . . . Bei uns in Rußland werden diese Folgen des Krieges durch die Politik der vor dem Volke nicht verantwortlichen Bureaukratie und aller derjenigen verschlimmert, die laut oder stillschweigend diese Politik unterstützen. Die Regierung, die das Volk aufgefordert hat, alle inneren Streitigkeiten einzustellen, suchte von Anfang an die durch den Krieg geschaffene innere Lage auszunutzen, um ihre alten Stellungen zu festigen. Während das Recht der Nationen auf freie Entwickelung, die Befreiung und die Einigung Polens, die Freiheit der Südslawen usw. verkündet wird, wird zugleich in verstärktem Maße die traditionelle Politik der Unterdrückung der Völker, der Aufpeitschung der nationalen Leidenschaften und Vorurteile betrieben. Am klarsten tritt dieser schreiende Widerspruch zwischen Worten und Taten in bezug auf die jüdische Nation zutage. . . . Diese Politik hat in den an die Kriegsschauplätze angrenzenden Gebieten dahin geführt, daß Ströme jüdischen Blutes vergossen und die friedliche jüdische Bevölkerung ihrer ganzen Habe beraubt wurde. Die mohammedanische Bevölkerung des Kaukasus ist für vogelfrei erklärt worden. Bei der Säuberung der Gouvernements Batum und Kars vom Feinde wird die mohammedanische Bevölkerung, darunter auch die mohammedanischen Georgier, in Massen aus Rußland verbannt oder der Vernichtung preisgegeben. Die Lösung des nationalen Problems in Galizien wird auf die gewohnte Art der zwangsweisen Russifizierung, der religiösen Verfolgung, der Vernichtung aller bisherigen Freiheiten der Galizier betrieben. Es wird die Autonomie Polens proklamiert und zugleich wird ein neues Attentat auf die Rechte der finnländischen Nation vorbereitet. Der Ausbruch der chauvinistischen Leidenschaften wird in ausgiebiger Weise ausgenutzt, um eine Hetze gegen die russischen Bürger deutscher Nationalität zu veranstalten. Unter dem Vorwande der Bewahrung von Militärgeheimnissen ist die Präventivzensur überall wiederhergestellt, jede freie Meinungsäußerung unmöglich gemacht, die ganze ukrainische und deutsche Presse — von der Arbeiterpresse schon gar nicht zu reden — vernichtet. In anderen Ländern hat der Krieg, der dem Volke die schwere Last der ökonomischen Krise und der

Arbeitslosigkeit auferlegt hat, zu einer Verstärkung aller Formen der gesellschaftlichen Selbständigkeit und zu einer ganzen Reihe von staatlichen Maßnahmen zur Linderung der Leiden der Kriegsopfer geführt. Bei uns dagegen wird jeder Versuch einer organisierten Tätigkeit unter dem heuchlerischen Vorwand der Landesverteidigung unterdrückt. Der wuchtigste Schlag jedoch ist, wie immer, gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen geführt worden. Alles, was noch von der Reaktion verschont geblieben war, ist jetzt erbarmungslos vernichtet worden; jeder Versuch der Arbeiterklasse, gemeinsam gegen die Arbeitslosigkeit und andere Leiden des Krieges anzukämpfen, wird sofort unterdrückt, während zu gleicher Zeit allen gewinnsüchtigen Bestrebungen der Unternehmer Vorschub geleistet wird, die Lebensbedingungen der desorganisierten Arbeiterschaft zu verschlechtern. Der Kampf gegen die Arbeiterklasse hat seinen krassesten Ausdruck in der Verhaftung der sozialdemokratischen Dumaabgeordneten gefunden. Während Millionen von Arbeitern auf den Schlachtfeldern verbluten, ist die Regierung nicht davor zurückgeschreckt, die Vertreter dieser Millionen in der Reichsduma zu verhaften. Ich benutze die erste sich mir bietende Gelegenheit, um im Namen der sozialdemokratischen Fraktion unseren Protest und unsere Empörung gegenüber einer solchen Mißachtung der Rechte der Arbeiterklasse auszusprechen. . . . ."

Tscheidze schließt mit der Erklärung, daß nach alledem von einer Aussöhnung mit der Regierung auch jetzt keine Rede sein könne, daß die russische Sozialdemokratie vielmehr den sofortigen Frieden im Sinne der von der Kopenhagener Konferenz aufgestellten Richtpunkte fordere.

In Uebereinstimmung mit der Haltung der russischen Sozialdemokratie im engeren Sinne bewahrten auch die nationalen sozialistischen Sondergruppen ihre scharf oppositionelle Haltung gegen die zaristische Regierung. Das Auslandsbureau der Sozialdemokratie Litauens veröffentlichte im Pariser „Golos" eine Erklärung, worin es nach der vom „Vorwärts" (21. 12. 1914) gebrachten Uebersetzung hieß:

„Der Helfershelfer der litauischen Bourgeoisie, Dumaabgeordneter Itschas, hat in der Reichsduma im Namen aller Litauer ohne Unterschied der Parteien erklärt, das litauische

Volk habe alle ihm zugefügten Bedrückungen vergessen und betrachte diesen Krieg als einen heiligen Krieg. Die litauischen Nationalisten aller Schattierungen, von den reaktionären Klerikalen bis zu den sogenannten „Volkstümlern“, sprechen in ihren Deklarationen von der Solidarität aller Litauer ohne Unterschied der Parteien in diesem Kriege gegen die „teutonische Invasion“, gegen den „unersättlichen, alles verschlingenden Germanismus“. Sie betrachten diesen Krieg gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn als einen Befreiungskrieg und erklären, „die geschichtliche Mission Rußlands bestehe in der Befreiung und der Vereinigung der zersprengten Nationalitäten“, und deshalb müsse es unter der Aegide der Romanows auch ganz Litauen — das preußische wie das russische — vereinigen. Sie wollen die preußischen Litauer vom „deutschen Joch“ befreien, obgleich diese nie auch nur den leisesten Wunsch ausgedrückt haben, sich mit Russisch-Litauen zu vereinigen und der nationalen Bewegung in diesem Gebiet vollkommen fremd geblieben sind. Hierbei erstrecken sich die Bestrebungen der russisch-litauischen Nationalisten auf ganz Ostpreußen, obwohl dort zurzeit nicht mehr als 100 000 Litauer ansässig sind. . . .“

Gegen diese Auffassung wird dann im Namen der sozialdemokratischen Partei Litauens protestiert; es wird auf die brutale Vergewaltigung der kleineren Nationen und der Arbeiterklasse durch die zarische Politik hingewiesen und zum Schluß erklärt:

„Die Sozialdemokratische Partei Litauens steht nach wie vor auf altem, erprobtem Standpunkt und vertritt die Anschauung, daß die unterdrückten Völkerschaften Rußlands nur im Kampfe gegen den Zarismus, nicht aber durch Liebedienerei und „diplomatische“ Deklarationen Freiheit und Rechte erringen können. Ebenso erwartet aber die Sozialdemokratische Partei Litauens auch nicht die Errettung des Proletariats Litauens durch die Eroberungspolitik des deutschen Imperialismus. Deshalb kämpft sie nach wie vor in der energischsten Weise gegen den Krieg. Nach wie vor betrachtet sie die Organisierung der Arbeitermassen als ihre Aufgabe und kommt ihnen in dieser schweren Zeit nach Kräften zu Hilfe. Sie propagiert in den Massen eine unversöhnliche Haltung zum Kriege und tritt für den Kampf um seine Einstellung ein. Uner-

schütterlich auf dem Klassenstandpunkt des Proletariats verharrend, sammelt sie sich um das Proletariat Litauens zum endgültigen Kampf gegen den Zarismus und zum endgültigen Triumph des Sozialismus.“ —

In demselben Sinne lauten die Erklärungen des Kaukasischen Landeskomitees und des „Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes“, dessen Aufruf gegen die grausame Behandlung der Juden in Polen wir bereits früher zitierten. Auch die „Polnische Sozialistische Partei“ und die „Sozialdemokratie Polens und Litauens“, die sich seit Kriegsausbruch einen gemeinsamen Aktionsausschuß gaben, nahmen in ihren Aufrufen Stellung gegen die bürgerlichen Gruppen, die für eine der kriegführenden Parteien, sei es für Rußland, Oesterreich oder Preußen Partei ergreifen und das Heil der polnischen Nation von der einen oder anderen Seite erwarten. In einer im August erschienenen Proklamation heißt es nach Darlegung dieser Auffassung zum Schluß:

„Der Krieg wird um die wesentlichsten Bedürfnisse der kapitalistischen Staaten ausgefochten, er ist das logische Ergebnis der seit Jahren betriebenen Politik der Rüstungen, er ist das ureigenste Kind der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

„Arbeiter! Nicht um die Arbeitersache wird der gegenwärtige Krieg ausgefochten und schade ist es um jeden Tropfen Blutes der polnischen Arbeiter, das in diesem Kriege vergossen wird.

„Die Vertreterin des polnischen arbeitenden Volkes, die Sozialdemokratie, zeigt, wie ehedem auch jetzt dem Volke, daß das polnische Volk aus der nationalen, konfessionellen und ökonomischen Unterdrückung nicht durch den Krieg und nicht dadurch, daß es der Bourgeoisie Dienste leistet, sich befreien kann, sondern einzig durch das Erringen politischer Rechte, durch das Demokratisieren der Gesellschaftsordnung.

„Wir dürfen nicht unsere Kräfte vergeuden, um diese oder jene Pläne der besitzenden Klassen zu unterstützen. Bemühen wir uns, diese schwere Zeit zusammengeschlossen und durch die Einigkeit stark durchzuhalten, dessen bewußt, daß, wenn der entscheidende Moment herankommen wird, wir alle wie ein Mann zur Verteidigung unserer Rechte und unserer Ideale

auftreten werden. Nieder mit der Politik der Bourgeoisie! — Es lebe die Arbeitersache! — Es lebe der Sozialismus!" (J. K.)

Von diesem Standpunkt aus verurteilten die russisch-polnischen Organisationen auch die „Polnischen Legionen", sowohl das kleine von russischer Seite versuchte, wie das größere von der österreichisch-polnischen Sozialdemokratie mit ins Leben gerufene Gebilde. Eine im Januar 1915 abgehaltene Konferenz erklärte, daß die auf dem Boden Galiziens erwachsenen Organisationen, „die polnisch-nationale Organisation und das Nationale Hauptkomitee, sowie die ihren Bestandteil bildende Revolutionäre Fraktion, welche sich des Namens P. P. S. bedient" tatsächlich nur im Dienst der bewaffneten Macht der verbündeten Reiche stehen. „Die Konferenz stellt fest, daß die Ziele und die Aktion dieser Organisationen, trotz der Sympathien mancher ihrer Mitglieder für die Arbeiterbewegung, nichts gemeinsames weder mit den Interessen der Arbeiterklasse, noch mit dem Sozialismus haben, unter dessen Standarten die Arbeiterklasse allein Siege erringen und ihrer Befreiung sich nähern kann."

Allen diesen sozialistischen Kundgebungen aus dem Bereich des zarischen Zepters ist gemeinsam die Ablehnung jeder nationalen Kriegsparole, einerlei, ob sie sich in großrussischer, panslawistischer oder austroslawistischer Prägung gibt. Die Idee der Vaterlandsverteidigung hat hier keinerlei Kurs. Unversöhnlicher Kampf gegen die eigene Regierung, die die Arbeiterbewegung mit Knute, Kerker und Galgen verfolgt, ist die unabänderliche Losung. Der Zusammenbruch des Zarismus wird als die unbedingt notwendige Voraussetzung jeder fortschrittlichen Entwickelung Rußlands betrachtet. Mehr oder minder deutlich erhebt sich im Hintergrund aller jener Aeußerungen der Hinweis auf die soziale Revolution, als der einzigen Möglichkeit, dem System der brutalen Gewalt ein Ende zu machen.

Man kann die größte Hochachtung haben für den Mut und die Opferfreudigkeit von Männern, die lieber die Schrecken der russischen Justiz über sich ergehen lassen, als mit der zarischen Regierung gemeinsame Sache zu machen. Daß man sich auch nicht solidarisch fühlt mit den herrschenden Kreisen eines solchen „Vaterlandes" selbst im Falle eines Angriffs von außen, ist

begreiflich. Und in diesem Falle konnte den russischen Sozialisten noch dazu nicht verborgen bleiben, daß die Regierung des eigenen Landes nicht die angegriffene, sondern die angreifende Partei war. Aus diesen Gründen wäre jede Kritik an dem Verhalten der russischen Sozialisten verfehlt.

Aber ebenso wenig kann die deutsche Sozialdemokratie das Verhalten der Russen als vorbildlich für sich anerkennen. Deutschland ist nicht Rußland. Zwar gibt es einige komische Käuze, die glauben oder wenigstens behaupten, die politischen und sozialen Verhältnisse in Preußen-Deutschland seien nicht besser als die Rußland's, und darum verlören die deutschen Arbeiter nichts, wenn sie das russische Regiment gegen das deutsche eintauschten. Allein mit solchen Geistern ernsthaft zu diskutieren, hieße sich selbst zum Narren machen.

Wenn die russischen Sozialisten sich also damit begnügt hätten, ihre Taktik als die für Rußland gebotene zu begründen, so wäre kein Wort dagegen zu sagen. Sie haben aber diese Zurückhaltung leider nicht geübt, sondern sich für berufen gehalten, den Sozialisten der anderen Länder, die anders handelten als sie, die richtigen Wege zu weisen. Sie gehen dabei von der Auffassung aus, daß *ihre* Taktik nicht nur die *für Rußland* gebotene, sondern die allein und allgemein richtige sei. Wer anders denkt und handelt als sie, versteht ihrer Meinung nach nichts vom Sozialismus, oder er verleugnet ihn. Das Eintreten für die nationale Verteidigung ist in ihren Augen, wo auch immer es geschieht, ein Verrat an den Grundsätzen und Zielen der Internationale. Von diesem Standpunkt aus sind aus den Kreisen der russischen Sozialdemokratie die schärfsten Angriffe gegen uns wie gegen die Sozialisten der Westmächte gerichtet worden.

Mit gewohnter Gründlichkeit und Unfehlbarkeit in der theoretischen Analyse besorgten das die Vertreter der Richtung *Axelrod-Martoff* und der Richtung *Lenin* in einer gemeinsamen *Erklärung gegen die Londoner Konferenz*. Darin wurde den in der Irre gehenden belgischen, englischen und französischen Sozialisten u. a. folgendes kundgetan:

1. Das Prinzip, nach dem die Londoner Konferenz als eine Konferenz der Sozialdemokraten der alliierten Länder ein-

berufen wurde, die durch eine provisorische Gemeinschaft verknüpft sind, widerspricht dem Wesen nach den internationalen Aufgaben des Proletariats.

2. Das Bestreben der Regierungssozialisten der alliierten Länder, auf der oben gekennzeichneten Grundlage die einberufene Konferenz zugunsten der moralischen und politischen Unterstützung der Politik des Dreiverbandes, zur Aufrechterhaltung der Illusion von der sozialistischen Pflicht zur „nationalen Verteidigung" und des angeblichen Charakters des Befreiungskrieges, zur Sanktionierung der Parole Grey-Viviani-Ssasonow vom Durchhalten bis zum Ende, versucht aufs neue einen verbrecherischen Mißbrauch der Ideen und der Autorität des internationalen Sozialismus, indem dieser die ihm feindlichen Interessen des russischen, englischen und französischen Imperialismus decken soll.

3. Die Grundaufgabe der wirklich sozialistischen Elemente der alliierten Länder gegenüber der Londoner Konferenz besteht in der Aufdeckung der Tendenzen dieses Krieges und in der Klarlegung gegenüber der Sozialdemokratie der „feindlichen" Länder, daß die Regierungssozialisten nicht die Meinung aller Sozialisten der alliierten Länder vertreten.

4. Von diesem Standpunkt ausgehend wäre die Boykottierung der Konferenz nicht zweckmäßig, da sie sonst zur antisozialistischen Demonstration werden könnte. Die aktive Teilnahme der revolutionären Elemente der russischen Sozialdemokratie an der Konferenz ist daher eine Notwendigkeit, zwecks entschiedener Gegenüberstellung der Aufgaben des revolutionären Sozialismus und der unsozialistischen Bestrebungen des angeblich sozialistischen Imperialismus, zwecks Annäherung der dem Sozialismus treugebliebenen Elemente zu planmäßigem, entschiedenem Kampfe Hand in Hand mit den revolutionären Sozialdemokraten in den „feindlichen Ländern" gegen den Krieg und gegen das Gift des Chauvinismus, und endlich, um auf eine baldige Einberufung einer internationalen Konferenz aller Länder zu dringen, die in diesem Sinne wirken soll.

5. Als Losung einer gleichzeitigen revolutionären Mobilisation des Proletariats aller Länder, als Losung zur revolutionären Tat, die man an der Londoner Konferenz dem Programm des Krieges gegenüberstellen muß, ist die rasche Be-

endigung des Krieges zu fordern, unter strikter Ablehnung jeder gewaltsamen Annexion.

6. Die Bestrebungen, einen baldigen Friedensschluß herbeizuführen, setzen voraus: Die Auseinanderreißung des nationalen Blocks in allen kriegführenden Ländern. — Die Wiederaufnahme des proletarischen Klassenkampfes der Arbeiter in den kriegführenden Ländern auf ökonomischer und politischer Basis. Entschiedene Ablehnung aller Kriegs- und Militärkredite. — Austritt der Sozialdemokraten aus den bürgerlichen Ministerien Frankreichs und Belgiens. — Ein Appell an die sozialistischen Frauen in den kriegführenden Ländern, in dem eben gekennzeichneten Sinne zu wirken. — Unterstützung des Kampfes gegen den Zarismus durch das gesamte Proletariat und besonders Unterstützung jener sozialdemokratischen Arbeitervertreter, die nicht nur die Kriegskredite verweigerten, sondern auch auf die Gefahr der Verfolgung hin ihre Arbeit im Geiste des internationalen revolutionären Sozialismus fortsetzten.

Jede Abweichung von diesem Programm, das nichts anderes als der Ausfluß der Kongreßbeschlüsse von Stuttgart, Kopenhagen und Basel ist, jede Stärkung der Solidarität mit den herrschenden Klassen, jede Vertuschung der bestehenden Gegensätze würde nur die bestehende Verwirrung in den Köpfen der Arbeiter vergrößern und den Interessen des angeblich sozialistischen Imperialismus, der mit den Aufgaben der Internationalen im Widerspruch steht, Vorschub leisten.

Was einige sozialdemokratische Schriftsteller Rußlands betrifft (wie Plechanoff, Alxinsky, Masloff u. a.), so muß an der Londoner Konferenz jede Verantwortung für ihre Handlungen abgelehnt und kundgegeben werden, daß die sozialdemokratischen Arbeiter Rußlands nicht auf diesem Standpunkt stehen." —

Nach der Konferenz hat dann das Auslandskomitee des „B u n d e s" eine gleichgestimmte Protestnote erlassen, in der am Schluß gesagt wurde: „Die Sozialdemokratie Rußlands trägt für die Beschlüsse der Londoner Konferenz keine Verantwortung. Der Vertreter des Organisationskomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und der des Zentralkomitees der Leninschen Fraktion verließen die Konferenz vor

Erledigung ihrer Tagesordnung. Die nationalen sozialistischen Parteien: der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund, die Polnische Sozialistische Partei („Lewitza“), die Sozialdemokratie Polens und Litauens und die Lettische Sozialdemokratie haben sich an ihr überhaupt nicht beteiligt.“

Eine breitere Begründung dieser Auffassung gab das Manifest der von Lenin geführten „unentwegt-bolschewistischen“ Richtung der russischen Sozialdemokratie an die Kopenhagener Konferenz im Januar 1915. Darin wird zunächst als „der einzige und wirkliche Sinn des gegenwärtigen Krieges“ festgestellt, außer den kapitalistischen Raubzielen: „die Spaltung der Arbeiterklasse durch nationalistische Düpierung und die Vernichtung ihrer Vorhut zum Zwecke der Schwächung der revolutionären Bewegung.“

Den deutschen Kapitalisten wird dann gesagt, daß sie „das Märchen von der Vaterlandsverteidigung“ zwar vorschützten, in Wahrheit aber einen Raub- und Eroberungszug gegen Serbien unternahmen, während sie zugleich ihre Hauptkräfte gegen die freien Länder Belgien und Frankreich warfen, um diese auszuplündern. Auf der Gegenseite erklären die britischen und französischen Kapitalisten, für Freiheit und Zivilisation zu kämpfen. „In Wirklichkeit hatten diese Kapitalisten schon längst für den Preis ihrer Milliarden die Truppen des russischen Zarismus, der reaktionärsten und barbarischsten Monarchie in Europa, für sich gedungen und zu einem Angriff gegen Deutschland vorbereitet. Tatsächlich ist von seiten der britischen und französischen Kapitalisten der Zweck des Krieges der, die deutschen Kolonien zu ergreifen und eine sich durch raschere wirtschaftliche Entwickelung auszeichnende rivalisierende Nation zugrunde zu richten.“

Man sollte meinen, die Verfasser würden nun fortfahren: Darum hatten die deutschen Arbeiter, um nicht mit ihrer so bedrohten Nation zugrunde zu gehen, alle Veranlassung, mit zu den Waffen zu eilen, um das Unheil abzuwehren. Aber diese nächstliegende Schlußfolgerung entgeht den scharfsinnigen Männern gänzlich. Sie konstatieren nur, daß die „fortschrittlichen“ und „demokratischen Nationen für dieses Ziel der Zugrunderichtung Deutschlands dem raubgierigen Zarismus helfen, die Polen, Ukrainer nur noch grausamer zu unter-

drücken und die Revolution in Rußland noch wirksamer zu zertreten.“ Dann heißt es weiter:

„Beide Gruppen der kriegführenden Länder geben einander nicht nach in bezug auf Räubereien, Greueltaten und endlose Grausamkeiten des Krieges. Um aber das Proletariat zu betören und seine Aufmerksamkeit von dem einzigen wirklichen Befreiungskrieg, d. h. vom Bürgerkrieg gegen die eigene und gegen die fremdländische Bourgeoisie, abzulenken, bemüht sich die Bourgeoisie eines jeden Landes mit Hilfe lügenhafter Phrasen über den Patriotismus, die Bedeutung „ihres“ Nationalkrieges zu verherrlichen. Sie will glauben lassen, daß sie den Feind nicht der Beraubung und Landaneignung halber zu besiegen bestrebt ist, sondern zur Befreiung aller anderen Völker mit Ausnahme des eigenen.

„Aber je eifriger die Regierungen und die herrschenden Klassen aller Länder sich bemühen, die Arbeiter zu spalten und sie gegeneinander zu hetzen, je barbarischer ihr System des Kriegsrechts und der Militärzensur, die sogar während der Kriegszeit den „inneren“ Feind mehr verfolgt, als den „äußeren“, um so mehr ist es die Aufgabe der organisierten Arbeiterklasse, ihre Klasseneinheit, ihren Internationalismus, ihre sozialistischen Ueberzeugungen gegenüber den jingoistischen Orgien der „patriotischen“ Kapitalistenclique aller Länder zu verteidigen. Auf diese Aufgabe verzichten, hieße alle demokratischen und erst recht alle sozialistischen Freiheitsbestrebungen abschwören.

„*Mit dem Gefühl der größten Bitterkeit muß konstatiert werden, daß die sozialistischen Parteien der bedeutendsten europäischen Länder diese Aufgabe nicht erfüllt haben.* Das Verhalten der Führer dieser Parteien, insbesondere derer in Deutschland, grenzt an *Verrat an der Sache des Sozialismus.* Im Augenblicke von allergrößter historischer Wichtigkeit versucht die Mehrheit der Führer der gegenwärtigen zweiten (1889 bis 1914) sozialistischen Internationale, den *Nationalismus für Sozialismus* auszugeben. Dank ihrer Haltung haben die Arbeiterparteien dieser Länder die verbrecherischen Taten ihrer Regierungen nicht bekämpft, ja sogar die Arbeiter-

klasse aufgefordert, gemeinsame Sache mit den imperialistischen Regierungen zu machen. Die Führer der Internationale haben den Sozialismus verraten, indem sie für die Kriegskredite stimmten, indem sie die chauvinistischen Schlagworte der Kapitalisten „ihrer" Länder wiederholten, indem sie den Krieg rechtfertigten und verteidigten, indem sie sich kapitalistischen Ministerien anschlossen. Die einflußreichsten sozialistischen Führer und Blätter in Europa vertreten den chauvinistisch-bürgerlichen und liberalen, keinesfalls aber den sozialistischen Standpunkt. Die Verantwortung für die so auf den Sozialismus geladene Schmach lastet in erster Linie auf den deutschen Sozialdemokraten, die die stärkste und einflußreichste Partei der zweiten Internationale bildeten. Aber ebensowenig können die französischen Sozialisten von aller Schuld freigesprochen werden, die Ministerposten in der Regierung derselben Bourgeoisie akzeptiert haben, die ihr Land verraten und sich zur Erdrückung der Kommune mit Bismarck vereinigt hat."

Weshalb wir deutschen Sozialisten die größten Sünder sein sollen, ist zwar nicht recht einzusehen, sintemalen die Verfasser oben doch selber die Lebensgefahr für die deutsche Nation anerkannten. Aber die Franzosen werden wenigstens hinter uns auf die Anklagebank gesetzt. Es ist immerhin ein Trost, im Unglück Genossen zu haben. Jedoch es gibt auch einige Gerechte in der deutschen Sozialdemokratie und unter den Sündern auch noch feine Unterschiede. Man merke wohl auf:

„Wenn die Vertreter der revolutionären Sozialdemokratie in der Gestalt der Minderheit der deutschen Sozialdemokratie und der besten Sozialdemokraten der neutralen Länder die brennende Scham infolge des Bankerotts der zweiten Internationale empfinden, wenn Stimmen einzelner Sozialisten in England und in Frankreich gegen den Chauvinismus der Mehrzahl der sozialdemokratischen Parteien laut werden, wenn die Opportunisten, wie die deutschen „Sozialistischen Monatshefte", die längst den national-liberalen Standpunkt verfechten, ganz gerechtfertigt ihren Triumph über den europäischen Sozialismus bejubeln, so erweisen dem Proletariat den schlechtesten Dienst jene zwischen dem Opportunismus und der revolutionären Sozialdemokratie pendelnden Leute — wie z. B. das „Zentrum" der deutschen sozialdemokratischen Partei! —,

die den Bankerott der zweiten Internationale zu verschweigen oder mit diplomatischen Phrasen zu verschleiern versuchen."

Noch schöner hat das bekanntlich schon der Apostel Johannis gesagt: Ach, daß du kalt oder warm wärest! Weil du aber lau bist, weder kalt noch warm, werde ich dich ausspeien aus meinem Munde!

Dann begründen die Verfasser den „Bankerott der Internationale" mit folgenden, die Beschlüsse der Internationale gröblichst vergewaltigenden Ausführungen: „Die Opportunisten haben die Beschlüsse von Stuttgart, Kopenhagen und Basel umgestoßen. Diese Beschlüsse verpflichten die Sozialisten aller Länder, gegen den Chauvinismus unter allen Bedingungen zu kämpfen. Sie verpflichten die Sozialisten, auf jeden durch die Regierungen und die Bourgeoisie entfachten Krieg mit einer verstärkten Propaganda des Bürgerkrieges und der sozialen Revolution zu antworten. Der Bankerott der zweiten Internationale ist der Zusammenbruch des Opportunismus, welcher auf dem Boden der verflossenen (sogenannten friedlichen) Geschichtsperiode groß geworden ist und in den letzten Jahren die faktische Oberhand in der Internationale erhielt. Die Opportunisten bereiteten diesen Zusammenbruch seit langem vor, indem sie die sozialistische Revolution ableugnen und sie durch den bürgerlichen Reformismus ersetzen, indem sie den Klassenkampf mit seiner in gewissen Momenten notwendigen Umwandlung in Bürgerkrieg ablehnen und die Kooperationen der Klassen predigen, indem sie den bürgerlichen Chauvinismus unter dem Namen des Patriotismus und der Vaterlandsverteidigung predigen und die Grundwahrheit des Sozialismus ignorieren oder verneinen, die noch im Kommunistischen Manifest verkündet wurde und die darin besteht, daß die Arbeiter kein Vaterland haben, indem sie im Kampf gegen den Militarismus sich mit dem sentimentalen kleinbürgerlichen Gesichtspunkt begnügen, anstatt die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes der Proletarier aller Länder gegen die Bourgeoisie aller Länder anzuerkennen, indem sie die notwendige Ausnutzung des bürgerlichen Parlamentarismus und der bürgerlichen legalen Möglichkeiten in einen Fetischismus der Legali-

tät verwandeln und die **Pflicht zur Schaffung illegaler Agitations- und Organisationsformen in Kriegszeiten vergessen.** Die natürliche Ergänzung des Opportunismus, die ebenso bürgerliche, wie dem proletarischen, d. h. marxistischen Standpunkte feindliche anarchistisch-syndikalistische Richtung hat sich nicht weniger blamiert durch selbstzufriedene Wiederholung der Schlagworte des Chauvinismus während der gegenwärtigen Krise. Es ist unmöglich, die Aufgaben des Sozialismus jetzt zu erfüllen, eine wirkliche internationale Verbindung der Arbeiter herbeizuführen, ohne mit dem Opportunismus gebrochen zu haben und ohne den Massen die Unvermeidlichkeit seines Fiaskos klargemacht zu haben."

Diese Aufklärungsarbeit ist also das erste, ist aber nicht das einzige, was zu tun ist. Was zu folgen hat, ist die **kühne Tat.** Sie gilt es, nunmehr sofort vorzubereiten. Dafür wird zum Schluß folgende Weisung gegeben:

„Die Benutzung des Kriegsrechts, um dem Proletariat den Mund zu stopfen, stellt das letztere vor die absolut dringende Aufgabe, **illegale** Formen der Agitation und Organisation zu schaffen. Mögen die Opportunisten durch den Verrat an ihren Grundsätzen ihre legalen Organisationen „bewahren". Aber die revolutionären Sozialdemokraten werden ihre organisatorischen Erfahrungen und ihre Verbindungen in der Arbeiterklasse dazu benutzen, um für die Krisenzeit geeignete illegale Formen zu schaffen zum Kampfe für den Sozialismus und für die Einigkeit der Arbeiterklasse nicht mit der Bourgeoisie ihres Landes, sondern mit den Arbeitern aller Länder. Die proletarische Internationale ist nicht untergegangen und wird nicht untergehen. Ueber alle Hindernisse hinweg werden die Arbeitermassen eine neue Internationale aufbauen. Der momentane Triumph des Opportunismus wird nicht von langer Dauer sein. Je mehr Opfer der Krieg verschlingen wird, um so klarer wird den Arbeitermassen werden der Verrat an der Arbeitersache seitens der Opportunisten und die Notwendigkeit, die Waffen gegen die Regierungen und die Bourgeoisie zu lenken.

„**Die Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Krieges in einen Bürger-**

krieg ist die einzig richtige proletarische Parole, die durch die Erfahrungen der Kommunen diktiert, von der Baseler Resolution 1912 vorgeschrieben und durch die ganze Umgebung des imperialistischen Krieges zwischen Ländern mit hochentwickelten Bourgeoisien bedingt wird. Wie groß die Schwierigkeiten dieser Umwandlung zur gegebenen Zeit auch sein mögen — die Sozialisten werden niemals ablehnen, die Vorarbeiten in der bezeichneten Richtung systematisch, unbeugsam und energisch auszuführen, falls der Krieg zur Tatsache geworden ist.

„Nur so wird das Proletariat imstande sein, sich von seiner Abhängigkeit von der chauvinistischen Bourgeoisie zu befreien und in der einen oder anderen Form Schritte zur wahren Völkerfreiheit und zum Sozialismus zurückzulegen.

„Es lebe die internationale Brüderlichkeit der Arbeiter gegen den Chauvinismus und Patriotismus der Bourgeoisie aller Länder! Es lebe die von Opportunismus befreite proletarische Internationale!" (J. K.)

In diesen Ausführungen ist, wie man sieht, alles beieinander, womit die Kritik gegen die deutsche Reichstagsfraktion im In- und Auslande arbeitet. Ich nenne die hier vertretene Theorie und Taktik kurzweg die russische. Das soll weder sagen, daß alle russischen Sozialisten sie ohne Einschränkung akzeptieren, noch daß sie außerhalb Rußlands nicht vertreten werde. Aber in Rußland hat sie reale Existenzberechtigung; dort ist ihr wahres Vaterland; da sind die starken Wurzeln ihrer Kraft. Von dort kommen auch die meisten Rufer männlichen oder weiblichen Geschlechts, die die Sozialisten Deutschlands und anderer von Opportunismus verseuchten Länder auf den rechten Weg zurückführen wollen. Seit Jahren bemühten sie sich mit geläufigen Zungen und spitzigen Federn innerhalb der toleranten deutschen Partei, eine Gemeinde um sich zu sammeln, und lebten dem Traum, die Millionenmasse der deutschen Sozialdemokratie für die Taktik der „außerparlamentarischen Aktion" gewinnen zu können. Da kam der Sturm des Krieges und blies das Kartenhaus ihrer tiefgründigen Theorien und unfehlbaren Voraussagen um.

Die deutsche Sozialdemokratie hat keinen Augenblick daran gedacht, den Sieg eines auswärtigen Feindes zu fördern,

um mit seiner Hilfe innerpolitische Freiheitsforderungen zu erzwingen. Den Weltkrieg in einen Bürgerkrieg umwandeln zu wollen, wäre Wahnsinn gewesen. Sie weist solche Zumutungen, aus welchen Motiven immer sie eingegeben sein mögen, mit aller Entschiedenheit ab. Sich ernsthaft mit solchen Hirngespinsten auseinanderzusetzen, erübrigt sich.

Aber mit der Theorie der Vaterlandslosigkeit, als einer angeblich Marxschen Lehre, müssen wir uns noch auseinandersetzen. Was hat es mit der Berufung auf das Kommunistische Manifest für eine Bewandtnis? Haben die Verkünder des russisch-revolutionären Kosmopolitismus die Baumeister der sozialistischen Internationale auf ihrer Seite?

IX.

Nation und Internationale.

Wer auf dem Standpunkt steht, daß die Nation für den internationalen Sozialisten ein überwundener Begriff sein müsse, für den wiegt alles, was zur Begründung unseres Eintretens für die eigene nationale Sache gesagt wurde, federleicht. Er bläst die „Phrase von der Vaterlandsverteidigung" hinweg mit der Erklärung: Wir kennen nur ein Vaterland, das ist die Welt, nur ein Volk, das ist die Menschheit, nur eine Nation, das ist die Internationale!

Das erscheint uns „opportunistischen Nationalsozialisten" nun als eine Phrase. Aber sie führen gewichtige Gewährsmänner für ihre Lehre an: Karl Marx und Friedrich Engels. Sie verweisen auf das Kommunistische Manifest aus dem Jahre 1847. Und in der Tat, in jenem klassischen Dokument der beginnenden modernen Arbeiterbewegung finden sich Sätze, die zur Begründung jenes nationalen Indifferentismus dienen können. Dort steht zu lesen:

„Den Kommunisten ist ferner vorgeworfen, sie wollten das Vaterland, die Nationalität abschaffen.

„Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst zur Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.

„Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwickelung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktionen und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse.

„Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen. Vereinigte Aktion wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung.

„In dem Maße wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben. Mit dem Gegensatze der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nation gegeneinander."

Zu diesen aus vormärzlicher nationaler Not geborenen, in eine konstruierte ferne Zukunft stürmenden Sätzen des jungen Marx und Engels ist zunächst zu sagen, daß die ganze spätere politische Praxis ihrer Verfasser es verbietet, sie gegen unser Verhalten in diesem Kriege auszuspielen. Marx und Engels haben sich so ernsthaft um die Lösung der nationaldeutschen Einheitsfrage gesorgt, daß sie unter keinen Umständen als Kronzeugen genannt werden dürfen von denen, die die Pflicht zur Verteidigung der errungenen Einheit in Abrede stellen.

Die Parteinahme von Marx und Engels für den Sieg der deutschen Waffen 1870 wurde schon erwähnt. Wie im Jahre 1870, so haben die beiden ebenso wie Lassalle auch die kriegerischen Ereignisse der vorhergehenden Jahrzehnte stets von der Frage aus beurteilt, wie sie der Bildung des deutschen Einheitsstaates dienen können? Hochinteressant sind in dieser Hinsicht die beiden zum italienisch-österreichischen Krieg Frühjahr 1859 anonym erschienenen Schriften, deren eine „Po und Rhein" aus der Feder von Engels, die andere „Der italienische Krieg" aus der von Lassalle stammt.

Der Schluß der Engels schen Schrift lautet: „Daß die Karte von Europa definitiv festgestellt sei, wird kein Mensch behaupten. Alle Veränderungen, sofern sie Dauer haben, müssen aber im großen und ganzen darauf hinausgehen, den großen und lebensfähigen europäischen Nationen mehr und mehr ihre wirklichen natürlichen Grenzen zu geben, die durch Sprache und Sympathien bestimmt werden, während gleichzeitig die Völkertrümmer, die sich hier und da noch finden und die einer nationalen Existenz nicht mehr fähig sind, den größeren Nationen einverleibt bleiben und entweder in ihnen aufgehen oder sich nur als ethnographische Denkmäler ohne politische Bedeutung erhalten. Militärische Erwägungen können nur in zweiter Linie gelten. — Soll aber die Karte von Europa revidiert werden, so haben wir Deutsche das Recht, zu

fordern, daß es gründlich und unparteiisch geschehe, und daß man nicht, wie es beliebte Mode ist, verlange, Deutschland allein solle Opfer bringen, während alle anderen Nationen von ihnen Vorteil haben, ohne das geringste aufzugeben. Wir können manches entbehren, das an den Grenzen unseres Gebiets herumhängt und uns in Dinge verwickelt, in die wir uns besser nicht direkt einmischten. Aber gerade so geht es anderen auch, mögen sie uns das Beispiel der Uneigennützigkeit geben oder schweigen. Das Endresultat aber dieser ganzen Untersuchung ist, daß wir Deutschen einen ganz ausgezeichneten Handel machen würden, wenn wir den Po, den Mincio, die Etsch und den ganzen italienischen Plunder vertauschen könnten gegen die Einheit, die uns vor einer Wiederholung von Warschau und Bronzell schützt und die allein uns nach innen und außen stark machen kann. Haben wir diese Einheit, so kann die Defensive aufhören. Wir brauchen dann keinen Mincio mehr, „unser Genie" wird wieder sein „zu attackieren", und es gibt noch einige faule Flecken, wo dies nötig sein wird."

Lassalle vertritt in seiner Schrift: „Der italienische Krieg" zwar einen anderen Standpunkt als Engels hinsichtlich der Lebensberechtigung Oesterreichs. Aber in Sachen des „deutschen Einheitstriebes, dieses zu allen Poren der Nation ausbrechenden nationalen Dranges" führt er eine noch entschlossenere Sprache als Engels. „Wäre nichts Großes, nichts Gewaltiges und Nationales jetzt möglich?" fragte er und gibt namens Preußens die Antwort: „Revidiert Napoleon die europäische Karte nach dem Prinzip der Nationalitäten im Süden, gut, so tun wir dasselbe im Norden. Befreit Napoleon Italien, gut, so nehmen wir Schleswig-Holstein! Und mit dieser Proklamation unsere Heere gegen Dänemark gesendet! . . . Ja, dies wäre der Moment, das deutsche Einheitsgefühl zu einer Tatsache zu gestalten und es durch Taten groß, stark, stolz, sicher zu machen!"

Der Ton macht die Musik. In diesen Schriften pulst ein so starkes nationaldeutsches Gefühl, daß der Versuch, ihre Verfasser zu nationslosen Kosmopolitikern zu stempeln, absurd ist. Das können nur Leute unternehmen, in deren Seele nie die Saite nationalen Fühlens schwang, oder in denen sie der Rost einer versauerten Doktrin zerfressen hat.

Richtig ist, daß die Heroen der modernen Arbeiterbewegung ihre nationalen Bestrebungen in innigsten Zusammenhang mit ihren demokratischen und sozialistischen Zielen brachten. Der deutsche Einheitsstaat war ihnen nicht nur eine nationale Gefühlssache, sie sahen in ihm zugleich die zu schaffende politisch-ökonomische Grundlage für die Verwirklichung ihrer innerpolitischen Hoffnungen. Das berechtigt uns um so mehr, sie als Gewährsmänner für das Pflichtgebot der nationalen Verteidigung heranzuziehen. Oder glaubt jemand, daß dieselben Männer, die Jahrzehnte hindurch für die deutsche Einigung wirkten, die zum Zwecke der nationalen Konsolidierung sogar Angriffskriege befürworteten, daß die dann nach der Erringung dieses Zieles passiv zur Seite gestanden hätten, als es galt, das Errungene vor der Vernichtung zu schützen? Darüber hat doch wohl Engels nicht den leisesten Zweifel gelassen in dem früher zitierten Aufsatz für den Almanach der französischen Arbeiterpartei für 1892, wo er den verbündeten Franzosen und Russen für den Fall eines Krieges gegen Deutschland die entschlossenste Gegenwehr ansagt.

Darum ist auch Bebel mit vollem Recht dem Versuch schroff entgegengetreten, jene längst überwundene Lehre des Kommunistischen Manifests von der prinzipiellen Vaterlandslosigkeit des Arbeiters wieder in Kurs zu setzen. Diesen Versuch unternahm kein anderer als der heutige Uebernationalist Gustave Hervé in seinem Buche „Leur Patrie" (Ihr Vaterland). Dort findet sich die ganze Theorie der Lenin, Luxemburg, Sobelsohn-Radek, Pannekoek usw. kristallklar auf Flaschen gezogen. Man lese nur nach, was Hervé mit mehr Geist als Verstand gegen den „patriotischen Internationalismus" vorbringt, der im Ernstfall eines Krieges zu der Konsequenz führe, daß Bebel auf der einen, Jaurès auf der anderen Seite, jeder mit der Flinte in der Hand, für ihr beiderseitiges Vaterland in den Tod gehen. Es sei Zeit, meint Hervé, diesem vermanschten Internationalismus, der Patriotismus und Internationale bastardieren wolle, den Krieg zu erklären. Da wird nett und nackt ausgesprochen, daß das Proletariat nichts zu verlieren habe, wenn sein „Vaterland" durch ein benachbartes „Vaterland" annektiert werde. Die Unterschiede der politischen Systeme seien bedeutungslos, da die

gleiche ökonomische Knechtung in allen Ländern herrsche. Für das Proletariat sei es ganz gleichgültig, ob es zu Frankreich, Deutschland, England, Italien oder Rußland gehöre. Ein spezifisches Nationalgefühl dürfe es für uns nicht geben. Man müsse den Arbeitern rund heraus sagen: „Die Proletarier haben kein Vaterland. . . . Die Arbeiter, die sich für das Vaterland töten lassen, sind Narren, Hornochsen (brutes stupides). . . . Nur ein Krieg ist vereinbar mit der Würde eines intelligenten Menschen: der Bürgerkrieg, die soziale Revolution."

Auf die Frage, was soll die Arbeiterschaft machen, falls der Krieg wirklich ausbricht, antwortete der damalige Hervé: den Militärstreik, die Insurrektion! Demgemäß beantragte er auch auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart 1907 eine Resolution, in der die „lügnerische Behauptung vom Bestehen einer Interessengemeinschaft unter allen Bewohnern eines Landes" zurückgewiesen und die Arbeiterschaft aufgefordert wird: „jede Kriegserklärung, von welcher Seite sie auch kommen mag, mit dem Militärstreik und mit dem Aufstand zu beantworten".

Allein mit jenen antinationalen Anschauungen fand Hervé keinerlei Gegenliebe auf dem Kongreß. Von den namhaftesten Vertretern der verschiedenen Nationen wurden sie scharf zurückgewiesen. August Bebel führte damals in der Militär-Kommission aus, die Berufung Hervés auf das Kommunistische Manifest sei hinfällig, denn: „Einmal haben Marx und Engels Schüler erklärt, daß sie nicht mehr die Anschauungen des Manifests teilten, und zweitens haben sie im Laufe der Jahrzehnte zu den europäischen und auch zu den deutschnationalen Fragen klar und keineswegs negativ Stellung genommen. Was wir bekämpfen, ist nicht das Vaterland an sich — das gehört dem Proletariat weit mehr als den herrschenden Klassen —, sondern die Zustände, die in diesem Vaterlande im Interesse der herrschenden Klassen vorhanden sind. . . . Das Kulturleben und die Kulturentwickelung eines Volkes kann sich nur auf dem Boden voller Freiheit und Unabhängigkeit durch das Hilfsmittel der Muttersprache entwickeln. Daher überall das Streben unter Fremdherrschaft stehender Völker nach nationaler Freiheit und Unabhängigkeit."

Außer Bebel wandte sich von deutscher Seite damals Georg v. Vollmar mit folgenden Worten gegen die Hervésche Auffassung des Internationalismus: „Es ist nicht wahr, daß international gleich antinational ist. Es ist nicht wahr, daß wir kein Vaterland haben, und dabei nenne ich das Wort Vaterland, ohne irgendeine haarspalterische Begriffserklärung hinzuzufügen. Ich weiß, daß und warum der Sozialismus international sein muß. Aber die Liebe zur Menschheit kann mich in keinem Augenblick hindern, ein guter Deutscher zu sein, wie sie andere nicht hindern kann, gute Franzosen oder Italiener zu sein. Und so sehr wir die gemeinsamen Kulturinteressen der Völker anerkennen und ihre Verhetzung gegeneinander verdammen und bekämpfen, so wenig können wir an die Utopisterei eines Aufhörens der Nation und ihres Untergangs in einen formlosen Völkerbrei denken. . . . Wir verhöhnen mit Recht die Karikatur des Patriotismus und Nationalgefühls durch die Gegner. Da wollen wir auch nicht die Gelegenheit geben, uns mit Fug ein Zerrbild des Internationalismus vorzuhalten, und damit den herrschenden Klassen selbst die Möglichkeit in die Hand geben, ihren Egoismus in den nationalen Deckmantel zu hüllen und die Gefühle der Nation gegen uns zu erregen."

Die französischen Delegierten, die Hervés Militärstreikideen weit entgegenkamen, zögerten trotzdem nicht, seine antipatriotische Begründung scharf abzuweisen. So erklärte Edouard Vaillant: „Die Nationen sind nicht nur nützliche, sondern sogar notwendige Elemente der menschlichen Entwickelung."

Jean Jaurès prägte damals den klassischen Satz: „Die Nation ist das Schatzhaus des menschlichen Genies und Fortschritts, und es stünde dem Proletariat schlecht an, diese kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern."

Von den Aeußerungen in Stuttgart seien noch hervorgehoben die des schwedischen Führers Hjalmar Branting: „Wir müssen dem Vertreter des antipatriotischen Gedankens eigentlich dankbar sein, daß er uns Gelegenheit gegeben hat, unsere vollkommene Einmütigkeit darüber zu zeigen, daß Nationalität und Internationalität keine Gegensätze, sondern notwendige Ergänzungen sind."

Für Italien erklärte Costa: „Wenn wir auch nicht Patrioten im bürgerlichen Sinne sind, so doch im besten sozialistischen Sinne."

In seinem Bericht über die Verhandlungen der Kommission im Plenum des Kongresses faßte dann Emile Vandervelde die fast einstimmige Auffassung des Kongresses über das Verhältnis von Nation und Internationale wie folgt zusammen: „Die Internationale der Arbeiter ist nicht eine amorphe Masse ohne Gliederung und Gruppierung, sondern eine freie Vereinigung, ein Bund nicht nur von selbständigen Staaten, sondern auch von Nationen, denen die Internationale ihre Autonomie wiedergegeben hat, wie den Polen. Wir haben die vollste Berechtigung der nationalen Gliederung anerkannt, rückhaltloser und ehrlicher als je eine Partei könnte. Nun wissen wir ja, daß trotz dieser nationalen Gesinnung, die uns alle beseelt, französische Zeitungen der Bourgeoisie nicht aufhören werden, die deutsche Sozialdemokratie als die einzig nationale zu bezeichnen, während die deutschen Zeitungen die Sozialdemokratie Frankreichs als diejenige rühmen werden, die allein fest am Vaterlande halte. Die Widersprüche der Anschauungen zerstören sich selbst, und unsere Resolution spricht erneut die Tatsache aus, daß man die Existenz der Nation als notwendig erkennen kann, ohne dadurch den internationalen Zusammenhang der Arbeiter irgendwie abzuschwächen. Die notwendige Folge dieser unserer Ueberzeugung war die Anerkennung des unveräußerlichen Rechtes jeder Nation, ihre Unabhängigkeit gegen jeden Angriff von außen zu verteidigen."

Entsprechend dieser prinzipiellen Stellung hat die Internationale denn auch folgerichtig eine zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit geeignete militärische Einrichtung als notwendig erachtet. Als solche wurde vom Internationalen Kongreß zu Paris 1889 unter Verwerfung des Systems der „stehenden Heere" die „allgemeine Volksbewaffnung" nach folgenden Grundsätzen verlangt:

„Die Nationalarmee, die bewaffnete Nation, besteht aus allen kriegstüchtigen Bürgern; sie werden in Bezirken

organisiert in der Weise, daß jede Stadt, jeder Kreis, jeder Bezirk sein Bataillon oder mehrere — je nach der Bevölkerungszahl — hat, gebildet von Bürgern, welche sich kennen, und welche, wenn es sein muß, in 24 Stunden versammelt, bewaffnet und marschbereit sind. Jeder hat sein Gewehr und seine Ausrüstung im Hause, wie in der Schweiz, um die öffentlichen Freiheiten und die nationale Sicherheit zu verteidigen."

In London (1896) und Stuttgart (1907) wurde der Beschluß auf ein demokratisch organisiertes Volksheer erneut. Die meisten nationalen Sektionen haben die Forderung der allgemeinen Wehrhaftmachung, natürlich ohne sich an die Schablone des 1889er Beschlusses zu binden, auch in ihren Landesprogrammen. Auf die starke Betonung der Vaterlandsverteidigung in dem Wehrprogramm der deutschen Sozialdemokratie wurde schon an früherer Stelle hingewiesen.

Angesichts dieser internationalen und nationalen Festlegungen ist der Versuch, die Lehre von der proletarischen Vaterlandslosigkeit neuerdings als sozialistischen Grundsatz auszurufen, einfach kindisch. Hervé hat sie inzwischen auch gründlich preisgegeben. Aber gelehrige Schüler wandeln in seinen verlassenen Fußtapfen. Bei den Russen hat das noch Sinn und Verstand. Maßten sie sich nicht die Mission an, uns Deutschen die richtigen nationalen Wege zu weisen, so würden wir ihnen ihre für das zaristische Rußland noch zutreffende antipatriotische Theorie gern lassen und nur den Wunsch aussprechen, daß sie auch für ihr Land bald überholt sein möge. Daß es aber auch in Deutschland Leute gibt, die den „Verteidigungsnihilismus" als neuestes Evangelium predigen und diejenigen des „Verrats an den Grundsätzen des Sozialismus und der Internationale" zeihen, die zur Sache des eigenen Landes stehen, das ist schwer zu verstehen. Wollten wir den Weisungen jener Leute folgen, so müßten wir, um den „Verrat an der Internationale" zu vermeiden, Verrat an der eigenen Nation begehen. Das lehnen wir ab.

Nation und Internationale sind keine Gegensätze. International heißt nicht antinational. Wie oft haben wir das gesagt in den politischen Kämpfen des Tages, in Zeitungen und Wahlflugblättern, in Versammlungsreden und bei Parlamentsverhandlungen — überall, wo wir der Anklage begegneten,

die Sozialdemokraten seien „vaterlandslose Gesellen“, sie fraternisierten mit dem Ausland in der Absicht, das eigene Land zu schädigen und wohl gar fremden Angriffen preiszugeben. Mit berechtigter Entrüstung haben wir diese Unterstellung jederzeit und allerorten abgewiesen, haben auf unsere unverdrossene Arbeit an der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Wohlfahrt unseres eigenen Volkes hingewiesen und nachdrücklichst betont, daß wir gleichermaßen wie die innere, auch die äußere Wohlfahrt unseres Landes, sein Ansehen und seine Stellung in der Welt bei all unserm Tun und Lassen im Auge haben.

Wenn wir unser politisches Wirken nicht auf den Rahmen des eigenen Landes beschränkten, wenn wir Beziehungen knüpften zu den Arbeitermassen und Gesinnungsgenossen anderer Länder, so geschah es, weil die Schädigungen der Menschheit durch kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung nur wirksam bekämpft werden können, wenn dies in allen Ländern nach gleichen Richtlinien und mit gleicher Energie geschieht. Die rote Internationale ist eine Abwehrorganisation gegen die goldene Internationale, aber niemals ist die rote Internationale dem Vorbild der goldenen darin gefolgt, daß sie sich in Verfolgung von Sonderinteressen über die nationalen Interessen des Volksganzen hinweggesetzt hätte.

Die sozialistische Internationale ist aufgebaut auf der Anerkennung der Nationen. Es ist einer ihrer Fundamentalsätze, daß jede Nation das Recht nationalen Eigenlebens, sei es als selbständiger Staat oder als Glied eines Nationalitätenverbandes, für sich in Anspruch nehmen darf. Entsprechend diesem Grundsatz sind wir ja auch von jeher gegen die Brutalisierung schwacher Nationen eingetreten. Zu diesem nationalen Prinzip hat sich die Internationale von der ersten Stunde ihrer Existenz ab bekannt. Auf dem internationalen Meeting in St. Martins Hall zu London 1864, auf dem die „Internationale Arbeiter-Assoziation“ aus der Taufe gehoben wurde, wurde auch Protest erhoben gegen die neuerfolgte Knebelung der polnischen Nation.

Das nationale und das internationale Prinzip der sozialistischen Arbeiterbewegung stehen sonach nicht im Widerspruch zueinander. Sie ergänzen einander, als die zwei Seiten ein

und desselben Höhenzieles. Jean Jaurès, der ein ebenso guter Franzose wie ein großer internationaler Mensch war, hat das in seinem Buche „Die neue Armee" (deutsch bei Diederichs, Jena 1913) vortrefflich dargelegt. Er schreibt dort:

„Ich habe die Paradoxe, die gegen den Begriff des Vaterlandes gerichtet werden, niemals tragisch genommen. Das Vaterland ist keine überlebte Idee, der Vaterlandsgedanke verändert und vertieft sich. Ich bin immer überzeugt gewesen, daß das Proletariat in seinem innersten Wesen keiner Lehre des nationalen Verzichts, der nationalen Knechtschaft zustimmen kann. Sich gegen den Despotismus der Könige, gegen die Tyrannei der Herrenklasse und des Kapitals empören und sich dabei widerstandslos das Joch der Eroberung, die Herrschaft eines fremden Militarismus auferlegen lassen: das ist ein so kindisch-kläglicher Widerspruch, daß ihn beim ersten Alarm alle Kräfte des Instinkts und der Vernunft hinwegfegen müßten. Daß die Proletarier, die durch den Eroberer nicht befreit werden von der Herrschaft des Kapitals, einwilligen sollten, überdies noch tributpflichtig zu werden, ist eine Ungeheuerlichkeit. Niemals wird ein Proletariat, welches der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und auch der Verteidigung seiner eigenen freien Entwickelung entsagt hätte, die Kraft besitzen, den Kapitalismus zu besiegen, und wenn es, zum Joch des Kapitals, widerstandslos auch noch das Joch des Eindringlings auf seinen Nacken genommen haben wird, wird es nicht einmal die Versuchung mehr fühlen, sein Haupt zu erheben. . .

„Die Wahrheit aber ist diese: Wo immer es ein Vaterland, das heißt eine historische Gruppe gibt, die sich ihrer Kontinuität und Einheitlichkeit bewußt ist, da ist jeder Angriff auf die Freiheit und Unabhängigkeit dieses Vaterlandes ein Attentat auf die Gesittung, ein Rückfall in die Barbarei. Die Behauptung, die Proletarier, vom Kapital geknechtet, könnten durch Einfall und Eroberung nicht in schlimmere Knechtschaft geraten, ist kindisch-töricht."

Den modernen Arbeitern der europäischen Länder ist es auch gar nicht eingefallen, sich so „kindisch-töricht" zu benehmen. Ueberall haben sie als Massenaufgebot der Demo-

kratie an den nationalen Einigungsbewegungen ihrer Länder durch das ganze 19. Jahrhundert hindurch teilgenommen und ihr Blut in den Kämpfen gegen die heimischen und fremdländischen Feinde der nationalen Einheit vergossen. Wer war denn die Trägerin der nationalen Idee, der nationalen Machtgestaltung nach außen? Die Demokratie, sie, die zugleich die Trägerin des Freiheitsgedankens nach innen war. Aus der innerrevolutionären Demokratie sog die nationale Bewegung ihre beste Kraft. In den französischen Revolutionsarmeen 1793 loderte zum ersten Mal die mächtige Flamme einer nationalen Volksbewegung auf. In Deutschland mußten erst die demokratischen Kräfte und Hoffnungen geweckt werden, um die begeisterten Volksheere zu schaffen, die die napoleonische Fremdherrschaft zertrümmerten. Die Kämpfer und Sänger der Demokratie waren zugleich auch die Kämpfer und Sänger der nationalen Wiedergeburt. Ihre Verfolger und Schergen wollten in ihnen mit der inneren Freiheitsidee auch die „staatsgefährliche" Idee der deutsch-nationalen Einheit erwürgen. Ohne diese demokratische Kraftquelle, die die Geschichte der deutschen Einheitsbewegung bis 1870 in starken Stößen durchpulst, wäre das Ziel nie erreicht worden.

Dieses äußere Zusammengehen von demokratischer und nationaler Bewegung ist kein Zufall. Beides steht im engsten, inneren Zusammenhang miteinander. Nur wer an dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Staates Anteil erhält, lernt seinen ungeschmälerten Besitz schätzen. Nur dem wird sein Land zum wirklichen Vaterland, für das er freien Willens in den Tod geht. Erst wenn breitere Schichten sich zu mitberechtigten Nutznießern der materiellen und ideellen nationalen Güter kulturell erheben, werden die Kämpfe für deren Erhaltung und Mehrung erfüllt von den gewaltigen Kräften, die aus der Tiefe quellen. Die Kraft des Nationalgefühls wächst mit der Entwickelung des demokratischen Empfindens. Im politischen Freiheitsgefühl sind beide Kräfte in lebendigster Wechselwirkung untrennbar verbunden. Beides sind nur Ausstrahlungen der einen großen Grundkraft, des Dranges nach freier kultureller Entfaltung.

Einer von unten aufstrebenden sozialen Klasse kann zeitweise dieser Zusammenhang verschleiert werden. Die inneren

Kämpfe gegen die ihrem sozialen Aufstieg widerstrebenden, wirtschaftlichen und politischen Machtträger können so ganz das Bewußtsein beschlagnahmen, daß das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit zu entschwinden droht. Und es kann entschwinden, wenn die sozialen Emanzipationskämpfe fruchtlos bleiben, wenn die Macht der alten Herrenschichten so groß ist und so rücksichtslos gegen die aufstrebende Schicht ausgenutzt wird, daß dieser die Zerschmetterung der inneren Zwingherren durch äußere Mächte als nicht unerwünschte Wegbereitung erscheint.

Das hätte auch in Deutschland so kommen können, wenn die Politik des Ausnahmegesetzes und der polizeilichen Erwürgung der modernen Arbeiterbewegung weiter verfolgt und zu dem von gewissen Gewaltpolitikern erstrebten Ziele geführt worden wäre. Eine entrechtete und geknechtete deutsche Arbeiterschaft hätte aller Wahrscheinlichkeit nach in diesem Ringen um nationale Selbstbehauptung ebenso versagt wie der sozialistisch erfaßte Teil der russischen Arbeiterschaft als freiwillige nationale Kämpferschaft versagt hat. Das Gros der deutschen Arbeiter hätte sich vielleicht wie das Gros der russischen Muschiks und industriellen Lohnsklaven in den Kampf treiben und als Schießautomaten und Kanonenfutter gebrauchen lassen. Aber gefehlt hätte die im einzelnen Mann wirkende Kraft höchsten nationalen Pflichtgefühls, der entschlossene, zur äußersten Anstrengung befähigende Wille zum Sieg. Daß ein solcher innerer Widerstand für Deutschlands nationales Schicksal eine viel verhängnisvollere Sache gewesen wäre, wie es die Opposition der verhältnismäßig schwachen russischen Sozialdemokratie für den Zarismus ist, bedarf keines Nachweises.

Glücklicherweise sind die innerpolitischen Dinge im Deutschen Reich nicht so gegangen, wie gewisse Scharfmacher und Knebelungspolitiker es wünschten. Wohl ist es ihnen gelungen, eine Saat zu säen, deren Wirkungen auch heute inmitten des Weltkrieges im nationalen Gefühlsleben der Arbeiterschaft, insonderheit in Preußen, nachzittern. Aber die Tatsache, daß die deutsche Arbeiterschaft sich doch die Bahn der Aufwärtsentwickelung freihalten konnte, daß sie sich mit Hilfe des demokratischen Reichstagswahlrechts wachsenden politischen

Einfluß erringen, und daß sie ihn in den Gemeinden und den meisten Einzelstaaten ausweiten konnte, hat dafür gesorgt, daß jene Nachwehen für die vaterländische Pflichterfüllung der Arbeitermillionen bedeutungslos blieben. Die sozialen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinden sind in Deutschland sogar weiter gediehen, als in den westlichen Demokratien. Und ebenso halten die durch die deutschen Arbeiterorganisationen geschaffenen Einrichtungen zur wirtschaftlichen Fürsorge wie zur Vermittlung von geistigen und künstlerischen Gütern den Vergleich mit jenen Staaten sehr gut aus. Damit soll beileibe nicht gesagt sein, daß uns die inneren Zustände schon befriedigten. Sie sind noch weit von unserem Ideal entfernt, wichtige Positionen sind noch zu erobern, große Aufgaben sind noch zu lösen. Aber, die deutsche Sozialdemokratie sieht in dem national geeinigten, wirtschaftlich und kulturell hochentwickelten Deutschen Reich die Grundlage gegeben für den weiteren Aufbau ihres politischen und sozialen Werkes.

Mit jedem Schritt zur staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, mit jeder Aufstiegsstufe in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht wächst das Solidaritätsgefühl eines Volkes für den Fall einer Bedrohung von außen. Das ist das ganze Geheimnis des Zusammenbruchs der proletarischen internationalen Solidarität bei Ausbruch des Krieges. Im Lichte dieser Erkenntnis wird man die Treue, mit der die russische Sozialdemokratie bei der nichts als internationalen Parole blieb, begreifen. Aber wer sie den sozialistischen Parteien der westlichen Länder als Vorbild hinstellen will, der verkennt ganz und gar den natürlichen Gang der Entwickelung. Er stellt das Muster der Vergangenheit als Zukunftsideal auf.

Neben das Recht auf nationale Selbstbehauptung, wenn nötig, mit kriegerischer Wehr und Waffe, hat die Internationale freilich auch von jeher die Pflicht zur internationalen Verständigung auf friedlich-rechtlichem Wege gestellt. Das Ideal des Weltfriedens gehört zu dem ältesten und festesten Bestand ihres Programms.

Das schwebt auch denen vor, die da behaupten, wir „Nationalsozialisten“ hätten mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten „die Grundsätze der Internationale mit Füßen

getreten". Sie beweisen damit nur, daß sie diese Grundsätze in durchaus oberflächlicher Weise auffassen und sich nicht über die Einsicht derer erheben, die glauben, der Ruf: Die Waffen nieder! sei das Wundermittel zur Sicherung des ewigen Friedens. Das heißt in Wahrheit, die Krankheit durch Bekämpfung des Symptoms kurieren wollen, oder volkstümlicher ausgedrückt: den Gaul vom Schwanz aus aufzäumen.

Der wissenschaftliche Sozialismus hat sich von jeher gegen die Illusion eines rein ideologischen Pazifismus gewandt. Mit der Erkenntnis, daß die Ursachen der Kriege letzlich in großen ökonomischen Gegensätzen zwischen den Völkern oder herrschenden Schichten innerhalb der Völker verankert sind, wurde auch ausgesprochen, daß, solange in diesem Untergrund der Kriegsgründe nicht tiefgreifende Regulierungen durchgesetzt sind, mit der Möglichkeit, ja mit der Wahrscheinlichkeit kriegerischer Verwickelungen gerechnet werden müsse. Daraus erklärt sich der nur für den oberflächlichen Betrachter vorhandene Widerspuch, daß in den Beschlußfassungen der Internationale neben dem Weltfriedensideal die Forderung der „Nationalarmee" erscheint. So ist es zu verstehen, daß die Sozialdemokratie weder in den Ruf: die Waffen nieder! einstimmte, noch die Verweigerung des Heeresdienstes als Mittel zur Kriegsverhinderung guthieß. „Ehe nicht mit dem kapitalistischen System gebrochen ist, ehe nicht der Klassenkampf abgeschafft ist, ehe das Allgemeinwohl nicht zur Geltung gelangt gegenüber den Sonderinteressen einzelner Klassen und Personen — vorher kann von a l l g e m e i n e r A b r ü s t u n g und von einem allgemeinen Weltfrieden n i c h t d i e R e d e s e i n." So sprach Liebknecht der Alte am 26. März 1892 im Deutschen Reichstag, und wie er ein Jahr vorher auf dem Brüsseler Sozialistenkongreß mit den Phrasen des Niewenhuisschen Antrags auf Militärstreik umgesprungen war, kann an früherer Stelle nachgelesen werden.

Unsere Friedensprophylaxis geht auf die Beseitigung der Kriegs u r s a c h e n. Verständigung auf w i r t s c h a f t s - p o l i t i s c h e m Gebiet ist ihr erstes Wort, d. h. Verträge, die die ökonomischen Gegensätze zwischen den Völkern regulieren und internationale Rechtseinrichtungen, die Konflikte hintanhalten oder rechtzeitig beilegen. Dazu i n n e r p o l i t i s c h e

Verhältnisse, die es ausschließen, daß die Gewinninteressen herrschender Schichten den politischen und militärischen Apparat des Volksganzen für ihre Sonderzwecke mißbrauchen können!

Dieser Krieg hat uns gezeigt, wie wenig selbst in den der Form nach demokratischsten Ländern die Gesamtheit die Kontrolle über Presse, Diplomatie und Staatsleitung in der Hand hat. Zwischen der Gegenwart und dem Ziel einer von ökonomischen Interessenkämpfen innerhalb und zwischen den Völkern erlösten Menschheit liegt noch ein sehr langer Weg mühsamer Arbeit und Entwickelung. Aber angenommen, das Ziel einer sozialisierten Weltwirtschaft sei erreicht, so würde damit das Sonderleben der Nationen keineswegs aufhören. Wenn es in den oben zitierten Sätzen des Kommunistischen Manifests heißt, die „nationalen Absonderungen" verschwänden mehr und mehr schon durch die Entwickelung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse, und die Herrschaft des Proletariats werde sie noch mehr verschwinden machen, so ist das erstere bereits durch die tatsächliche Entwickelung widerlegt; das letztere scheint mir ein ebensolcher Trugschluß zu sein.

So wenig sich der Charakter eines Volkes restlos aus seinen wirtschaftlichen Grundlagen ableiten läßt, so wenig entspringen die nationalen Absonderungen und Verschiedenheiten nur aus ökonomischen Gegensätzen. Um das einzusehen, braucht man sich nur des Ursprungs der nationalen Gruppenbildungen bewußt zu werden. Ein so starkes Band auch der gemeinsame Besitz des Futterplatzes, des Jagd- und Fischreviers, für die Menschenherde war, so war es doch nur ein sekundärer Faktor ihres Zusammenhalts im kollektiven Kampf ums Dasein. Das primäre war die Bluts- resp. Geschlechtsgemeinschaft. Dies ist der biologische Urgrund der Artdifferenzierung für Menschenrassen, Stämme und Stammgruppen. Die Geschichte des Menschengeschlechts ist in dieser Hinsicht nur ein Spezialfall der allgemeinen Naturgeschichte, der Bildung von Rassen, Arten und Unterarten in der Tier- und Pflanzenwelt. Das gemeinsame Blut spielt auch für die heutigen großen Kulturvölker eine viel bestimmendere Rolle als man gemeinhin

annimmt. Freilich ist der Volksbestand der modernen Nationen kein reinrassiger. Durch die Jahrhunderte hindurch haben zahlreiche Vermischungen mit kleinen und größeren fremdrassigen Gruppen stattgefunden. Aber der biologische Grundstock ist dessen ungeachtet von durchschlagender Bedeutung geblieben. Einmal sorgt das Mendelsche Gesetz der Entmischung dafür, daß zahlreiche reine Rassentypen sich immer wieder durchsetzen und von bestimmendem Einfluß sind. Und ferner ist eben das Spezifische der Mischung, die für jedes der modernen Kulturvölker eine sehr verschiedenartige war, von großer Bedeutung für die nationale Eigenart.

Dazu kommen die sekundären Faktoren, die weiterhin mitwirken, den Gliedern einer durch die Generationen und Jahrhunderte gehenden staatlichen Lebensgemeinschaft ein nationales Sondergepräge zu geben. Die Einwirkungen des Landes, seines Klimas, seiner geographischen Bildung, seiner ganzen natürlichen Eigenart auf das physische und seelische Wesen seiner Bewohner. Die Gleichartigkeit der aus der gemeinsamen Heimat entspringenden Vorstellungswelt. Die gemeinsamen geschichtlichen Erlebnisse mit ihren gewaltigen Erschütterungen und Erinnerungswerten. Die Gedanken- und Gefühlswelt, die aus den laufenden Fragen und Kämpfen des öffentlichen Lebens quillt. Man denke weiter an das dichte Netz von verwandtschaftlichen, freundschaftlichen, geselligen Beziehungen, das jedes einzelne Glied einer Volksgemeinschaft mit seiner Umwelt von der Wiege bis zum Grabe umgibt. Sie bilden neun Zehntel der gefühlsbetonten Vorstellungen des Durchschnittsmenschen.

Zu all dem tritt die gemeinsame Muttersprache. Was sie als überkommener Schatz spezifisch geprägter Begriffe, als unerschöpflicher Born alter und neuer Geistesschöpfungen in Prosa und Dichtung, und als lebendige psychophysische Funktionsweise für die Uebertragung und immer feinere Differenzierung nationaler Eigenart von Generation zu Generation bedeutet, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wenn es auch nicht richtig ist, wie Johann Gottlieb Fichte es tat, die nationale Eigenart aus dem Wesen der nationalen Sprache selbst zu begründen, so ist der Einfluß der Muttersprache im Zusammenhang mit der sonstigen staatlichen Kultur-

gemeinschaft doch so stark, daß durch sie auch fremdrassige Elemente im Laufe der Generationen national eingeschmolzen werden.

So erklärt sich denn auch, daß die nationale Gefühlswelt im einzelnen Menschen mit seiner höheren Anteilnahme an der geistigen und sprachlichen Kultur außerordentlich an Inhalt und Intensität gewinnt. Die Vorstellung, daß die immer enger werdenden wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zum Ausland die nationalen Prägungen verwischen könnten, ist ganz falsch. Das Gegenteil ist der Fall. Es ist ja bekannt, daß viele ihr vaterländisches Herz und Wesen erst entdecken, wenn sie ins Ausland kommen. Da erst empfinden sie gewisse tiefste Gegensätzlichkeiten ihres eigenen Wesens zu dem seelischen Leben der fremden Völker. Wie sie in der Ferne erst die äußeren Eigentümlichkeiten und Einrichtungen ihrer Heimat in ihrer Besonderheit erfassen und oft genug erst schätzen lernen, so wird ihnen auch ihre innere nationale Eigenart erst klar bei der engeren Berührung mit fremden nationalen Typen. Illusionen, Wissensdrang und Abenteurerlust trieb sie in die Ferne; Sehnsucht nach der alten lieben Heimat führt sie zurück.

Ebenso geht's beim Reisen in die fremde Geisteswelt. Das Studium fremder Sprachen führt nicht zur Verwischung, sondern im Gegenteil zur tieferen Erfassung der eigenen Sprache. Erst im Vergleich mit den anderen wird uns das Wesen der Muttersprache ganz erschlossen. Die Kenntnis fremder Literatur und Kunst gibt dem Dichter wohl Anregung; aber wie wenig diese Ausweitung und Bereicherung seinem eigensten Schaffen das nationale Gepräge nimmt, zeigt uns ein Goethe, der, wie kaum ein zweiter seiner Zeit, in fremdem Geistesleben zu Hause war. Diese universelle Bildung brachte sein grunddeutsches Wesen im eigenen Schaffen erst recht zum Ausdruck.

Es geht im Völkerleben wie im Leben der Individuen. Das persönliche Gepräge des einzelnen wird durch den Verkehr mit anderen Persönlichkeiten nicht verwischt, sondern entwickelt. Die Gegensätzlichkeit in Charakter, Intellekt und Phantasie wirkt anregend und bringt die persönliche Eigenart zu schärferem Bewußtsein und stärkerer Entfaltung. Verwischung, Nachahmung und Anpassung an fremde Vorbilder tritt nur da

ein, wo überhaupt kein stärkeres persönliches Gepräge der Anlage nach vorhanden ist. Nur der ändert seinen Charakter im Verkehr mit anderen, der keinen besitzt. Wo die Anlage zu eigenem Gepräge ist, wird sie durch den Gegensatz erprobt und entwickelt. „Es bildet ein Talent sich in der Stille, doch ein Charakter in dem Strom der Welt."

Jede Entwickelung ist feinere Differenzierung. Wir sehen hier ein großes biologisches Gesetz am Werk. Das Ursprüngliche ist das einfachere, schablonenhaftere. Das gilt auch für den Ursprung und die Weiterentwickelung der nationalen Absonderung. Trotz aller technisch-wirtschaftlichen Angleichungen, trotz des immer regeren Austausches materieller und geistiger Güter, trotz alles persönlichen Verkehrs schreitet die spezifisch nationale Ausprägung fort. Ja, gerade wegen dieser innigen Berührung tut sie es. Indem sich die modernen Völker in den wirtschaftlichen und technischen Dingen gewissermaßen in den unteren Regionen des nationalen Lebens ausgleichen, entfaltet sich in den höheren und höchsten geistigen Lebensregionen die Differenzierung um so feiner. Man muß nicht auf die internationalen Hotels und Fremdenpensionen sehen, um dies zu erkennen, sondern auf die höchsten Leistungen des geistigen und künstlerischen Lebens, in denen sich der nationale Stil der Lebensgestaltung ausprägt.

Angesichts dieser historischen Entwickelung des Nationalitätenlebens kann nur eine oberflächliche Prophetie die Verschmelzung der Nationen in einen gleichartigen Völkerbrei als Zukunftsziel sehen. Das große biologische Gesetz der Differenzierung wird nicht innehalten. Der Sozialismus hat auch nicht das geringste Interesse daran, es zum Innehalten zu zwingen. Das Prinzip der Sozialisierung widerstreitet dem des nationalen Eigenlebens in keiner Weise. Selbst, wenn man sich die Volkswirtschaften der einzelnen Nationen zu einer einzigen sozialisierten Weltwirtschaft verschmolzen und das Ganze unter eine einheitliche politische Zentralregierung gestellt dächte — eine Zukunftsstaatskonstruktion, die in keiner Weise eine notwendige Ableitung aus dem Prinzip des Sozialismus ist —, so würde selbst innerhalb eines solchen Welteinheitsstaates nationales Eigenleben fortbestehen können und müssen. Denn dieses Eigenleben erzeugt feinste Kulturwerte eigensten Ge-

präges. Es bewirkt dadurch eine ungeheure Bereicherung und Vermannigfaltigung des Menschheitsdaseins. Die Gliederung in Einzelnationen bedeutet gewissermaßen das Prinzip der Arbeitsteilung für die Produktion feinster Stilformen der physischen und geistigen Weltkultur. Die Nationen „verschmelzen", hieße die mannigfaltige Blütenpracht des menschlichen Kulturbaumes plump zerstören.

Durch die allmähliche Ueberwindung der sozialen Gegensätze im Innern und der ökonomischen Interessengegensätze zwischen den Nationen aber muß es gelingen, die feindlichen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen innerhalb und zwischen den Nationen durch Ordnung und Gesetz zu überwinden. Der Krieg ist eine rohe, unzweckmäßige Form der Austragung solcher Gegensätze. Der gegenwärtige Krieg selbst wird nicht wenig dazu beitragen, diese Einsicht in neue Millionen von Köpfen zu hämmern. So richtig es ist, daß der gewaltsame Kampf ums Dasein für die Emporentwickelung des Menschengeschlechts aus der Tiefe der Tierheit von größter Bedeutung war, so unrichtig ist die daraus abgeleitete Behauptung einiger Darwinistischer Soziologen, daß das darum auch für alle Zukunft so bleiben müsse.

Wie im Innenleben der Völker der Kampf ums Dasein mit den Mitteln der gewaltsamen Vernichtung zwischen den Individuen ausgemerzt werden konnte, ohne den physischen Verfall der Mannestüchtigkeit nach sich zu ziehen, so wird es möglich sein, auch aus dem Kampf ums Dasein zwischen den Völkern jene grausamen Methoden der Vergangenheit auszuschalten. Der „Kampf um die Futterplätze" mit den Waffen der Vernichtung ist zu veredeln in einen Wettkampf technischer und kultureller Natur unter Anerkennung der Nachbarvölker als gleichberechtigter Glieder des Menschheitsganzen. Den Vernichtungskampf ausschalten, heißt nicht, den Wettkampf der Kräfte auszuschalten. Die Anerkennung der physischen Daseinsberechtigung aller Völker, die Gewährung einer ausreichenden Lebensbasis für die vorhandenen Menschengruppen, braucht nicht zur Stagnation des nationalen und menschheitlichen Daseins zu führen. Das Gegenteil wird der Fall sein. So wie erst auf der Voraussetzung eines materiell gesicherten Daseins die höchsten geistigen und künstlerischen Entwickelungen der

Individuen sich entfalten, so werden auch die zu höchster Entfaltung drängenden kulturellen Kräfte der Völker erst frei, wenn die elementaren Existenznotwendigkeiten gesichert sind.

Erst auf dieser Grundlage können die Nationen ihre höchsten Leistungen für die allgemeine menschliche Kultur vollbringen. Das Dasein der Nation kann nicht als Selbstzweck gefaßt werden. Ueber die Nation hinaus gibt es Ziele, denen jede Nation zu dienen hat. So heilig uns das Recht jedes Volkes auf nationales Eigenleben ist, so bricht doch dieses Recht in sich zusammen, sobald sich das Leben einer Nation in Gegensatz setzt zu der Kulturentwickelung der Menschheit. Das Ganze der Menschheit ist wertvoller als irgendein Teil. Darum findet in dem höheren Recht der gesamten menschlichen Emporentwickelung der besondere Anspruch jeder Nation seine Schranke.

Die Verkennung oder Mißachtung dieses Verhältnisses von Nation und Menschheit führt zu jenen chauvinistischen Verrohungen und Verzerrungen nationalen Fühlens und Strebens, die wir als nationale Entartung bekämpfen. Wie der einzelne ein Recht hat der Selbstachtung und Selbstbehauptung, so die Nation. Aber ebensowenig wie Selbstüberhebung und Niedertretung des Rechtes des anderen dem einzelnen zugebilligt werden kann, so wenig steht das einer Nation zu im Zusammenleben mit anderen. Es ist unverträglich mit höchster nationaler Eigenkultur.

Berufen zur Mitarbeit an der Emporentwickelung des Menschheitsganzen hat die deutsche Nation das Recht und die heilige Pflicht zur Selbstbehauptung und freien Entfaltung ihrer Kräfte. Aus diesem tiefsten Untergrund ihrer eigenen nationalen Ansprüche entspringt zugleich auch das Pflichtgebot der Achtung vor dem nationalen Leben der anderen zur Mitarbeit am allgemeinen Aufstieg berufenen Völker. Im Sinne dieser beiden Gebote steht jede Nation vor dem Richterstuhle der Weltgeschichte. Ich schließe mit dem Ausdruck der Ueberzeugung: das deutsche Volk und mit ihm die deutsche Sozialdemokratie werden vor diesem Richterstuhle bestehen.

Preis 2 Mark